G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Walter Fabian
Günstige Aussichten der KSZE

Klaus Ehrler
Europa dreißig Jahre ohne Krieg
Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945

Jörg Huffschmid
Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise
Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik

Gabriele Sprigath
Die Entwicklung in Südvietnam und das Pariser Abkommen

Robert Katzenstein
Zum Problem einer marxistischen „Staatsableitung"

Dieter Halfmann
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (III)
Von der „Spiegel"-Affäre zum „Entwurf für Europa"

Reiner Schulze
Sechs Jahre „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte" in Peru

4'75

April 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1975

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1975 361

KOMMENTARE UND BERICHTE

Günstige Aussichten für die KSZE . . . . . *Walter Fabian* 364

Zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten . . . . . *Christoph Butterwegge* 370

HAUPTAUFSÄTZE

Europa dreißig Jahre ohne Krieg. Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945 . . . . . *Klaus Ehrler* 373

Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Der Einfluß von Uberakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik . . . . . *Jörg Huffschmid* 386

Die Entwicklung in Südvietnam und das Pariser Abkommen . . . . . *Gabriele Sprigath* 409

Wissenschaft in der Demokratischen Republik Vietnam. Ein Bericht . . . . . *Angela Zassenhaus und Klaus Krickeberg* 418

Zum Problem einer marxistischen „Staatsableitung" . *Robert Katzenstein* 426

Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (III) Von der „Spiegel"-Affäre zum „Entwurf für Europa" . . *Dieter Haltmann* 439

Sechs Jahre „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte" in Peru . . . . . *Reiner Schulze* 457

MEDIENKRITIK

Jenes unerläßliche Gefühl . . . . . *Günter Giesenfeld* 467

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 468

WIRTSCHATSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 469

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft . . . . . *Gerhard Kade* 471

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Frankfurter Aufruf zum 8. Mai 1975 als 30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg (Wortlaut) 474

Erklärung Konstanzer Professoren zur Praxis des Radikalenerlasses (Wortlaut) 476

Erklärung und Aufruf zur Hilfe der Hilfsaktion Vietnam e. V. vom 2. April 1975 (Wortlaut) 479

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 4/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats März 1975

1. 3. — USA/Kuba. Der amerikanische Außenminister Kissinger erklärt in Houston (USA), falls die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Sanktion gegen Kuba aufheben sollte, seien „die Vereinigten Staaten bereit, ihre bilateralen Beziehungen mit Kuba zu verändern".

2. 3. — Berlin (West). Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus verlieren die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit; Stimmengewinne verzeichnen die Christlichen Demokraten. Es entfallen auf SPD 42,7 (1971: 50,4), CDU 43,9 (38,2), FDP 7,2 (8,5), SEW 1,9 (2,3) Prozent. Der Bund Freies Deutschland (BFD) erhält 3,4 Prozent. Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses: CDU 68 (1971: 54), SPD 67 (73), FDP 11 (11) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 14. März 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 111). Noch in der Wahlnacht erneuern Sprecher von SPD und FDP frühere Erklärungen über die Bildung einer Koalition.

4. 3. — Abrüstung. Die Konferenz des Abrüstungsausschusses (Conference of the Committee on Disarmament/CCD) nimmt in Genf die Beratungen nach längerer Unterbrechung (seit August 1974) wieder auf. Erstmalig sind die fünf neuen Mitglieder (BRD, DDR, Iran, Peru, Zaire) vertreten. — Am 26. 3. tritt mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die drei Depositarstaaten (USA, Großbri-

tannien, UdSSR) die „Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und deren Vernichtung" vom 10. April 1972 (Text in „Blätter", 5/1972, S. 553 ff.) in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt hatten 110 Staaten die Konvention unterzeichnet; davon hatten 83 Staaten ratifiziert.

6. 3. — Kambodscha. Der amerikanische Präsident Ford richtet einen dringenden Appell an den Kongreß, Zusatzkredite für die Regierung Lon Nol zu bewilligen. Ford weist auf die sich ständig verschlechternde politische und militärische Lage in Phnom Penh hin. — Am 12. 3. wird beschlossen, die amerikanische Luftbrücke in die eingeschlossene kambodschanische Hauptstadt um weitere 30 Tage (mindestens bis zum 26. 4.) fortzusetzen. — Am 28. 3. übermittelt die Regierung der UdSSR an Prinz Sihanouk in Peking eine Botschaft, in der die Königlich Kambodschanische Regierung der Nationalen Einheit als einzige legitime Vertretung des kambodschanischen Volkes anerkannt wird. Gleichzeitig werden die diplomatischen Vertreter der Regierung Lon Nol in Moskau des Landes verwiesen.

— DDR/BRD. Die seit mehr als einem Jahr unterbrochenen Verhandlungen über ein Kulturabkommen werden mit einem Gespräch zwischen Staatssekretär Günter Gaus und dem stellvertretenden DDR-Außenminister Kurt Nier in Berlin wieder aufgenommen, anschließend jedoch erneut vertagt. In einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN heißt es dazu, die Vertagung sei nicht „wegen Westberlin betreffender Fragen" erfolgt, sondern weil „die BRD-Regierung sich hartnäckig weigert, der DDR rechtmäßig zustehende Kulturgüter zurückzugeben".

7. 3. — Naher Osten. Der amerikanische Außenminister Kissinger tritt eine neue Reise in den Nahen Osten an, um ein weiteres militärisches „Entflechtungsabkommen" zwischen Israel und Ägypten vorzubereiten. Kissinger besucht mehrfach die beteiligten Staaten. — Am 22. 3. gibt der ägyptische Außenminister Fahmi auf einer Pressekonferenz in Assuan das Scheitern der Bemühungen des amerikanischen Außenministers (der sich in Israel aufhält) bekannt. Fahmi fordert die sofortige Wiedereinberufung der Genfer Nahostkonferenz. — Am 29. 3. kündigt Präsident Sadat vor dem Parlament in Kairo an, der Suezkanal werde am 5. Juni 1975, dem achten Jahrestag seiner Schließung, wieder für die Schiffahrt geöffnet.

9. 3. — Rheinland-Pfalz. Die regierende Christlich-Demokratische Union kann ihre absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen ausbauen; Sozialdemokraten und Freie Demokraten verzeichnen geringe Stimmenverluste. Es entfallen auf CDU 53,9 (1971: 50,0), SPD 38,5 (40,5), FDP 5,6 (5,9), NPD 1,1 (2,7), DKP 0,5 (0,9) Prozent. Zusammensetzung des Landtages: CDU 55 (1971: 52), SPD 40 (42), FDP 5 (6) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 21. März 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 111).

10.—11. 3. — EG. Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften halten (erstmalig unter der offiziellen Bezeichnung „Europäischer Rat") in der irischen Hauptstadt Dublin eine Konferenz ab. Wichtigstes Ergebnis ist die Einigung über die Bedingungen für das Verbleiben Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften.

11. 3. — Portugal. In Lissabon scheitert ein Putschversuch. Der frühere Staatspräsident, General Spinola, flüchtet in Begleitung mehrerer Offiziere ins Ausland, zunächst nach Spanien, später nach Brasilien, wo er Asyl erhält. — Am 12. 3. bildet die Bewegung der Streitkräfte (MFA) einen „Rat der Revolution", der legislative und exekutive Befugnisse hat. Der Rat soll einer „Versammlung der Streitkräfte" verantwortlich sein. General Spinola und 18 weitere Offiziere werden offiziell aus der Armee ausgeschlossen. — Am 14. 3. verfügt der Revolutionsrat die Verstaatlichung der Privatbanken, später auch der Versicherungsunternehmen. Ausgenommen sind Filialen ausländischer Institute sowie Spar- und Landwirtschaftskassen. Ministerpräsident Vasco Goncalves bezeichnet den Beschluß als Teil einer „antimonopolistischen Politik" der Regierung, der jedoch „nicht die Nationalisierung der portugiesischen Wirtschaft" bedeute. — Am 25. 3. wird das Kabinett umgebildet, dem 7 Militärs und 13 Zivilisten angehören. Die Portugiesische Demokratische Bewegung tritt neu in die Regierung ein. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mario Soares, gibt das Amt des Außenministers ab, bleibt aber, wie auch der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal, Minister ohne Geschäftsbereich.

Das Außenministerium übernimmt Oberst Ernesto Melo Antunes.

13. 3. — Südvietnam. Die Regierung ordnet die Generalmobilmachung an. — Am 25. 3. gibt Präsident Thieu den Auftrag zur Umbildung des Kabinetts in eine „kämpfende Regierung". Der Präsident fordert „qualifizierte antikommunistische Nationalisten" zur Mitarbeit auf. — Am 28. 3. trifft der Stabschef der amerikanischen Armee, General Weyand, in Saigon zu Besprechungen mit Thieu zusammen. — Am 27. 3. verbreitet Radio Saigon Meldungen über ein „Komplott" gegen Präsident Thieu. In einer Rundfunkansprache bestätigt Thieu den Rückzug der Regierungstruppen aus weiteren Gebieten, so aus der Provinz Quang und der Hafenstadt Da Nang.

15. 3. — Griechenland. Die Regierung versetzt 140 Offiziere der Armee, der Marine und der Luftwaffe in den Ruhestand. Zu den Betroffenen gehören 33 der 39 Militärs, die im Zusammenhang mit dem Putschversuch im Vormonat festgenommen worden waren.

18. 3. — Ungarn. Anläßlich des 11. Parteitages der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (17.—22. 3.) findet in Budapest eine Zusammenkunft der Parteisekretäre aus den sozialistischen Ländern Europas statt. Teilnehmer sind Leonid Breschnew (UdSSR), Todor Schiwkow (Bulgarien), Gustav Husak (CSSR), Edward Gierek (Polen), Erich Honecker (DDR) und Janos Kadar (Ungarn). In einer Information der Ungarischen Nachrichtenagentur MTI heißt es: „Die Vertreter der Parteien berichteten einander über die Lage der sozialistischen und kommunistischen Aufbauarbeit in ihren Ländern, besprachen die Fragen in bezug auf den 30. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und untersuchten die aktuellen Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung."

— Großbritannien. Premierminister Harald Wilson gibt vor dem Unterhaus einen Kabinettsbeschluß zu dem bevorstehenden Referendum über die künftige Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften bekannt: „Die Regierung Ihrer Majestät hat beschlossen, dem britischen Volk zu empfehlen, für ein Verbleiben in der Gemeinschaft zu stimmen." In Pressemeldungen heißt es, die Entscheidung im Kabinett sei mit 16 gegen 7 Stimmen gefallen.

— KSZE. In Bonn wird der Eingang eines Schreibens des sowjetischen Parteisekretärs Leonid Breschnew an Bundeskanzler Schmidt bestätigt; gleichlautende Briefe gehen allen Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu. Breschnew schlägt darin vor, die in Genf geführten Beratungen Ende Mai 1975 abzuschließen und die Schlußdokumente auf einer „Gipfelkonferenz" in Helsinki am 30. Juni 1975 zu unterzeichnen.

24.—25. 3. — CSSR / BRD. Bundesaußenminister Genscher konferiert in Prag mit seinem tschechoslowakischen Amtskollegen Bohuslav Chnoupek über bilaterale und internationale Fragen. Genscher wird auch von Ministerpräsident Lubomir Strougal und Parteisekretär Gustav Husak empfangen.

25. 3. — Saudiarabien. König Feisal fällt einem Attentat zum Opfer. Nachfolger wird der bisherige Kronprinz Khaled Ibn Abdul-Asis, der auch das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt und zusätzlich das Außenministerium verwaltet. Am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für König Feisal kommt es zu einem Treffen der führenden arabischen Politiker, unter ihnen Präsident Sadat von Ägypten und König Hussein von Jordanien.

26. 3. — DDR / Österreich. Außenminister Oskar Fischer und der österreichische Botschafter Friedrich Bauer unterzeichnen in Berlin ein Konsularabkommen, mit dem beide Staaten ihre jeweiligen Staatsbürgerschaften anerkennen. In dem Abkommen (vgl. dazu die Dokumentation in „Blätter", 3/1975, S. 355 ff.) heißt es, der Besitz der Staatsbürgerschaft richte sich „nach der jeweiligen nationalen Gesetzgebung".

31. 3. — Türkei. Mit der Bildung eines aus vier konservativen Parteien bestehenden Koalitionskabinetts wird die seit sechs Monaten andauernde Regierungskrise beendet. Die Koalition verfügt mit der Unterstützung einiger Unabhängiger über eine knappe Minderheit im Parlament. Ministerpräsident ist Suleyman Demirel (Gerechtigkeitspartei), den das Militär vor drei Jahren gestürzt hatte. Demirel bekräftigt in seiner Regierungserklärung die bisherige Politik der Türkei in der Zypern-Frage.

Günstige Aussichten der KSZE

I

1975 wird als ein Jahr von entscheidender Bedeutung für Europa und die Welt in die Geschichte eingehen. Noch in diesem Sommer werden — nach entsprechenden Absichtserklärungen — in Helsinki die Staats- und Regierungschefs von 33 europäischen Staaten, der USA und Kanadas mit ihrer Unterschrift unter die Schlußdokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eine neue Etappe der europäischen Geschichte einleiten. 30 Jahre nach der Niederwerfung des Hitlerfaschismus und der Beendigung des blutigsten Krieges auf unserem Kontinent sind die Bedingungen herangereift, dem friedlichen Zusammenleben aller europäischen Völker eine kollektive völkerrechtlich verankerte Grundlage zu geben. Entgegen der mancherorts in Politik und Publizistik verbreiteten Tendenz kann dies nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der erfolgreiche Abschluß der ersten gesamteuropäischen Friedenskonferenz, die diese Bezeichnung wirklich verdient, eröffnet große Möglichkeiten, die Konfrontation der Militärblöcke, die im unseligen Kalten Krieg entstanden sind, zugunsten einer kollektiven Sicherheit auf politischer Grundlage zu überwinden. Er schafft Voraussetzungen, nun die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen, das Wettrüsten in Europa zu stoppen und wirksame Maßnahmen der Abrüstung einzuleiten. Gleichzeitig sind die Grundlagen geschaffen, daß alle Völker Europas gemeinsam darangehen können, durch die Verstärkung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur im Interesse ihres gesellschaftlichen Fortschritts die großen ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Probleme anzupacken. Die vertraglichen Vereinbarungen über die Verstärkung der Kontakte zwischen den Menschen und Völkern in Europa zur Festigung des Friedens werden zum Abbau der im Kalten Krieg geschürten Vorurteile und Ängste beitragen und es der europäischen Öffentlichkeit ermöglichen, noch wirksamer als bisher auf die Politik der Staaten Einfluß zu nehmen. Mit dem bevorstehenden Abschluß der KSZE haben die Völker Europas, die politisch aktiven Kräfte des öffentlichen Lebens, die sozialistischen Staaten, von denen die Initiative zu dieser Konferenz ausging, und die realistischen Staatsmänner einen großen Erfolg gegen diejenigen rückwärtsgewandten politischen Kräfte errungen, die Europa im Zustand der Spannung und des Mißtrauens, des Rüstungswettlaufs und der Kriegsgefahr halten wollten.

Diese erfreuliche Einschätzung kann bereits heute, vor dem Abschluß der Konferenz, getroffen werden. Alle beteiligten Regierungen, auch die solcher Staaten, die in der Vergangenheit die Arbeit der KSZE zu bremsen versucht haben, haben im Prinzip dem Mitte März gemachten Vorschlag Breschnews zugestimmt, Ende Juni die KSZE mit einer Gipfelkonferenz in Helsinki abzuschließen. Dies konnte nicht überraschen. Nach beinahe zwei Jahren intensiver Beratungen in Helsinki und Genf konnte praktisch keine Regierung, es sei denn um den Preis des Verlusts ihrer Glaubwürdigkeit auch gegenüber einer systematisch „uninformierten" Öffentlichkeit, eine weitere Verschleppung der KSZE mehr vertreten. Zwar ließen solche Publikationsorgane wie die Springer-Presse und der „Bayernkurier" nicht nach, mit Tiraden über die angebliche „Magna Charta für Europas Unterwerfung" die KSZE zu diskreditieren und ihre Arbeit zu behindern, zwar meinte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) noch am 19. März, „nichts Wichtiges wird gefährdet, wenn die Genfer Veranstaltung im nächsten

Herbst in ihr viertes Jahr gehen sollte. Sie wird dabei nur immer langweiliger, immer unwichtiger", doch die Realitäten wiesen in eine andere Richtung.

Die technische Entwicklung auf dem Gebiet der strategischen Waffen und die Kosten des Wettrüstens veranlaßten die USA und die UdSSR, ihre Beziehungen weiter zu entspannen und zu verbessern, ein Fakt, der von großer Bedeutung für den Fortschritt der KSZE ist. Zudem wies die sich verschärfende Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Staaten immer dringlicher auf die Notwendigkeit der Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den sozialistischen Staaten und des Stopps des Wettrüstens hin, wozu eine Vertiefung der Entspannung nötig ist. Gleichzeitig bewies die praktische Arbeit der Diplomaten, daß es möglich ist, auch in komplizierten Fragen wie auf dem Gebiet der Kultur und der Kontakte, die eng verwoben mit der fortdauernden ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus sind, für beide Seiten befriedigende Kompromißlösungen zu erzielen. Nachdem bereits vor der Sommerpause 1974 auf diesem Gebiet, das manche Kreise im Westen mit unrealistischen und in der Konsequenz gegen das Hauptziel der Konferenz, die Festigung des Friedens, gerichteten Forderungen belasteten und zur zentralen Frage der KSZE zu machen versuchten, ein Durchbruch erzielt worden war, mehrten sich auch im Westen die Stimmen, die den Fortgang der KSZE optimistisch einschätzen. Am 14. November 1974 meinte dann auch der damalige Leiter der Delegation der BRD in Genf, Guido Brunner, es seien bereits soviele Ergebnisse erzielt worden, „daß sich niemand mehr ein Scheitern der Konferenz leisten könne" (FAZ v. 15. 11. 1974). Dennoch wurden die Versuche nicht aufgegeben, durch verschiedene Manöver, wie den Mißbrauch des in Genf praktizierten Prinzips der Einstimmigkeit, des Infragestellens bereits vereinbarter Prinzipien oder das Hineintragen von unrealistischen oder abseitigen Fragen den Konferenzverlauf zu verlangsamen. Die Bundesrepublik hat mit ihren Versuchen, das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen nachträglich einzuschränken, einen erheblichen Anteil an der Verlangsamung der Beratungen. Doch auch diese Frage konnte in diesem Frühjahr bereinigt werden. Anfang des Jahres konnten Beobachter in Genf feststellen, daß alle sachlichen Probleme soweit geklärt waren, daß es im wesentlichen auf den politischen Willen der Regierungen ankam, die Konsequenzen aus dem Beratungsstand zu ziehen und einen Abschlußtermin zu vereinbaren.

II

Wie sieht der Stand der Beratungen in Genf gegenwärtig im einzelnen aus? Bekanntlich sind die Verhandlungen vertraulich, doch aus den Presseberichten lassen sich Rückschlüsse auf die erzielten Ergebnisse ableiten. Nach den Empfehlungen der ersten Phase der KSZE, also der Außenministerkonferenz vom Juli 1973 in Helsinki, umfaßt die Tagesordnung vier Punkte, die sich in dreizehn Bereiche aufgliedern. Diese Bereiche sind: Prinzipien der Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten, Mittel zur Realisierung dieser Prinzipien einschließlich der friedlichen Regelung von Streitfragen; Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und der Stabilität in Europa; Handel, industrielle Kooperation und Vorhaben von allgemeinem Interesse, Wissenschaft und Technik, Umwelt, Zusammenarbeit in anderen wirtschaftlichen Bereichen; zwischenmenschliche Kontakte, Information, Zusammenarbeit und Austausch im Kulturbereich, in der Volksbildung; Schritte nach der Konferenz. In der zweiten Phase in Genf wurde außerdem beschlossen, ein Dokument über Mittelmeerfragen zu erarbeiten.

Nach den Festlegungen der Außenministerkonferenz von Helsinki werden unter dem ersten Tagesordnungspunkt die zehn Prinzipien der Beziehungen

zwischen den Teilnehmerstaaten inhaltlich formuliert, also nicht nur genannt. Dies sind: souveräne Gleichheit, Verzicht auf Gewalt oder Gewaltandrohung, Unantastbarkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Respektierung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichberechtigung der Völker und ihr Recht, über ihr Schicksal zu verfügen, Zusammenarbeit zwischen den Staaten, gewissenhafte Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen. Von diesen Prinzipien, die im politischen Hauptdokument enthalten sein werden, für das die sozialistischen Staaten die Bezeichnung „Generaldeklaration über die Grundlagen der europäischen Sicherheit und die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten in Europa" vorgeschlagen haben, sind neun Prinzipien abschließend formuliert. Die Frage der Grenzänderung, die vor allem von der BRD immer wieder angeschnitten wurde, wurde bereits im Februar gelöst. Dem Vernehmen nach gehört das Recht auf friedliche Grenzänderung im Einklang mit dem Völkerrecht und ohne Androhung von Gewalt zu dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten.

Bei dem anscheinend noch nicht ausformulierten Prinzip „Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen" sind wesentliche Passagen bereits vereinbart.

Das Dokument zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit) ist fast fertiggestellt. Es handelt sich dabei um das erste gesamteuropäische Programm einer umfassenden wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, um den Rahmen für die industrielle Zusammenarbeit und die Verwirklichung von gemeinsamen Großprojekten, aber auch für einen gesamteuropäischen Umweltschutz. Auf den Widerstand vor allem der Staaten der EG stößt die Forderung nach weitgehender Gewährung der sogenannten Meistbegünstigung im Handel, also die Aufhebung der aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Zolldiskriminierungen. Allerdings soll sich nach Presseberichten auch hier eine Einigung abzeichnen („Frankfurter Rundschau" [FR] v. 21. 1. 1975).

Bei der Formulierung des Dokuments zum dritten Tagesordnungspunkt „Zusammenarbeit im humanitären und in anderen Bereichen" waren zu Beginn der KSZE die gegensätzlichsten Positionen zu verzeichnen. Zu Beginn der Konferenz konnte man den Eindruck gewinnen, daß einige Staaten nicht so sehr daran interessiert waren, annehmbare Lösungen zu erzielen, sondern auf diesem Gebiet nachzuweisen, daß Einigungen wegen der Gegensätzlichkeit der Standpunkte nicht möglich seien. Nachdem aber im Juli 1974 die prinzipielle Grundlage der Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf dem Gebiet der Kultur vereinbart werden konnte, wurden konkrete Fortschritte möglich. Ausformuliert scheinen heute bereits zu sein die Leitsätze über Zusammenarbeit in der Information, über die Zugänglichmachung von Informationen, Familienzusammenführung, Kontakte aufgrund familiärer Bindungen, die Schaffung eines gesamteuropäischen Kulturdateninstituts, die Verstärkung der Verbindungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen auf dem Gebiet der Kultur, Kulturaustausch, Fremdsprachenunterricht, Volksbildung. Zwar scheinen noch einige Fragen nicht abschließend geregelt zu sein, aber alle beteiligten Seiten scheinen davon auszugehen, daß für die ausstehenden Probleme Lösungen in relativ kurzer Zeit gefunden werden könnten.

Zum Dokument über den Tagesordnungspunkt vier — Schritte nach der Konferenz — liegen die ersten Formulierungen vor, die in die Präambel die-

ses Dokuments Eingang finden sollen. Nachdem diese Frage lange Zeit aus der Diskussion ausgeklammert war, weil einige westliche Staaten die Ansicht vertraten, erst müßten genügend Ergebnisse in den anderen Punkten erzielt sein, bevor über mögliche Fortsetzungsschritte gesprochen werden könne, muß dieser Fortschritt hoch bewertet werden. Unklar scheint aber immer noch zu sein, ob die Konferenz — wie von den sozialistischen Staaten vorgeschlagen — ein gesamteuropäisches Fortsetzungsorgan schafft oder ob nur Vereinbarungen über Konsultationen zur Durchführung einer weiteren Konferenz getroffen werden. Seit Anfang des Jahres scheint zumindest aber Einigkeit darüber zu herrschen, daß die Konferenz „nicht in ein Niemandsland entlassen werden könne" (Willy Brandt).

Der bedeutsamste Fortschritt der Konferenz zeichnete sich Mitte Februar ab, als der Vorschlag des Leiters der schwedischen Delegation, eine Arbeitsgruppe für Fragen der Einberufung und Durchführung der dritten Phase der KSZE zu bilden, im zentralen Koordinationsausschuß der Konferenz breite Zustimmung fand. Diese Arbeit scheint weit gediehen zu sein, wenn man das positive Echo auf den Vorschlag von Breschnew über den baldigen Abschluß der Konferenz betrachtet.

Militärische und Fragen der Abrüstung spielen bekanntlich auf der KSZE keine Rolle, für sie gibt es andere Foren. Dennoch werden in Genf „vertrauensbildende Maßnahmen" diskutiert, die die politische Entspannung begleiten sollen. Einige westliche Staaten haben versucht, die Frage des Austauschs von Manöverbeobachtern und der Ankündigung von Manövern zu einem zentralen Problem der Konferenz zu machen, und dieses Gebiet mit maximalistischen Forderungen belastet. Doch seit März 1975 ist auch hier nach langer Stagnation Fortschritt erkennbar (FAZ v. 21. 3. 1975; FR v. 14. 3. 1975). Über den Austausch von Manöverbeobachtern scheint eine Einigung erzielt worden zu sein, für die Ankündigung von größeren Manövern scheint es einen neuen sowjetischen Vorschlag zu geben.

III

Der mit großer Sicherheit bevorstehende Abschluß der Konferenz in diesem Sommer stellt der Öffentlichkeit Europas und allen verantwortungsbewußten Kräften die Frage nach dem weiteren Fortgang des Entspannungsprozesses. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, die in Genf und Helsinki erzielten Ergebnisse mit Leben zu erfüllen und ihre Durchsetzung in der praktischen Politik Europas zu gewährleisten. Bei aller Befriedigung über den positiven Gang der Dinge kann nicht übersehen werden, daß starke Kräfte — wie die CDU/CSU-Führung in der BRD — versucht haben und weiter versuchen, die völkerrechtliche Bedeutung der KSZE herabzuspielen und zu leugnen, indem den Konferenzergebnissen nur der Rang von „politisch-moralischen Absichtserklärungen" zugewiesen wird (Debatte über die KSZE im Bundestag Mitte Oktober 1974). Diese Kräfte, die die Entspannung in Europa „auf ein Nebengleis der Geschichte" schieben möchten, werden auch in Zukunft vermutlich versuchen, die volle Anwendung der Konferenzergebnisse zu verhindern. Die Politik der Jackson-Gruppe im US-Kongreß, die neuen Rüstungsanstrengungen der USA und der BRD deuten darauf hin, daß angesichts der schweren Krise in den kapitalistischen Staaten die Gegner der Entspannung, die Anhänger des Wettrüstens und des Kalten Krieges wieder aktiver werden. Davon zeugt auch das seit geraumer Zeit betriebene Gerede von der „Tendenzwende". Doch der möglich gewordene Abschluß der Konferenz beweist eindeutig, daß sich die Einsicht, daß es zur friedlichen Koexistenz heute keine Alternative mehr gibt, auf breiter Front durchsetzt. Die Referate und Diskussionen auf der

„Außenpolitischen Konferenz der SPD" vom 17. bis 19. Januar 1975 lassen erkennen, daß dieser Prozeß auch vor der Bundesrepublik nicht haltmacht. Dennoch scheint es ein wichtiges Ziel aller im Bundestag vertretenen Parteien zu sein, auf dem Gebiet der Friedens- und Entspannungspolitik keinesfalls „mehr Demokratie zu wagen", d. h. den Druck der Bevölkerung auf den Fortgang dieser Politik möglichst gering zu halten. So berichtet die FAZ am 5. 10. 1974 über die KSZE-Debatte des Bundestages: „Zu den gemeinsamen Sorgen von Regierung und Opposition gehört auch die Befürchtung, daß die Sicherheitskonferenz wegen zu hoch gespannter Erwartungen zu einer Entspannungseuphorie führen könnte. Psychologische Auswirkungen im Sinne einer Schwächung der Verteidigungsbereitschaft haben zuständige Stellen in diesem Zusammenhang noch nicht feststellen können, aber . . ."

Um die Entspannung wirklich unumkehrbar zu machen, wird es zu den nächsten Aufgaben der Politik in Europa gehören, Schritte der militärischen Entspannung durchzusetzen. Der Abschluß der KSZE muß der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen neue Impulse geben. Es ist sicher ein ermutigendes Zeichen, daß mit der Aufnahme der Wiener Konferenz am 30. Oktober 1973 zum erstenmal konkrete Anstrengungen auf dem Gebiet der Abrüstung begannen. Die Übereinkunft über den geographischen Bereich, in dem abgerüstet werden soll, stellt gleichfalls einen bedeutenden Erfolg dar. Sie impliziert, daß Argumente der „geographischen Asymmetrie" als nicht stichhaltig betrachtet werden. Nach dem Titel der Konferenz, über den Einigkeit besteht, geht es um die Verminderung der Truppen und Rüstungen, also nicht um eine „Ausbalancierung", d. h. Veränderung des bestehenden Kräfteverhältnisses. Gleichzeitig enthält der Beschluß über den Beginn der Konferenz implizit die Festlegung, daß nicht nur zwei Staaten, etwa die UdSSR und die USA, sondern alle elf Staaten, die Truppen im Reduzierungsraum unterhalten, ihre Truppen und Rüstungen vermindern sollen und daß alle Teilstreitkräfte in die Verminderung einbezogen werden sollen. Dennoch scheinen einige NATO-Staaten die bereits getroffenen Festlegungen wieder in Frage gestellt zu haben. Die Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten unter Beachtung des Prinzips der gleichen Sicherheit bei der für 1975 vorgeschlagenen Reduzierung um 20 000 Mann auf beiden Seiten als Zeichen des guten Willens, vor allem die US- und UdSSR-Streitkräfte zu verringern, für die Dauer der Konferenz keine Erhöhungen vorzunehmen und 1976 um 5 %, sowie 1977 um 10 % Streitkräfte und Rüstungen zu vermindern, haben aber offenbar auch in diese Konferenz Bewegung gebracht (FAZ v. 2. 4. 1975).

Der positive Verlauf der KSZE hat unter Beweis gestellt, daß es andere, sicherere Grundlagen des Friedens gibt als das noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammende Dogma von der Friedenssicherung durch das Gleichgewicht des Schreckens. Damit wird für breite Kreise der Öffentlichkeit klar, wie auch schon die Ergebnisse der Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen zwischen den USA und der UdSSR gezeigt haben, daß der Stopp des Wettrüstens und die Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen nicht nur nötig sind, um dem Frieden eine festere Grundlage zu geben und Mittel für die Überwindung der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern freizumachen, sondern daß dies auch möglich ist. Doch wie alle Fortschritte auf dem Gebiet der Entspannung, kommt es auch in dieser Frage darauf an, die Diskussion in der Bevölkerung zu verstärken mit dem Ziel, dem Einfluß der Militärs und der Rüstungskonzerne und ihrer politischen Sachwalter den Willen der Bevölkerung

nach Frieden und Abrüstung entgegenzusetzen.

IV

Wie notwendig dieses ständige Handeln der Öffentlichkeit und vor allem der Gewerkschaften als der Organisationen der Mehrheit der Bevölkerung ist, zeigt die Geschichte des Ringens um die KSZE. Seit 1966 gab es den konkreten Vorschlag der sozialistischen Staaten, eine Sicherheitskonferenz durchzuführen. Erst nach langem Ringen konnten 1972 die vorbereitenden Konsultationen in Helsinki beginnen. Und erst im Juli 1973 trat die KSZE in ihrer ersten Phase zusammen, seitdem ständig von Versuchen begleitet, den erfolgreichen Abschluß zu verhindern. Ohne solche Initiativen aus der Bevölkerung wie das internationale Forum von Repräsentanten der öffentlichen Meinung für Sicherheit und Zusammenarbeit, das im Juni 1972 in Brüssel stattfand, wie das internationale Forum des „Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz" vom September 1971 in Bad Godesberg, an dem Gäste aus sieben europäischen Ländern teilnehmen, ohne die Bewegung für die Ratifizierung der Ostverträge vom Frühjahr 1972 oder jüngst den Bad Godesberger Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom Dezember 1974 hätte der gegenwärtig absehbare Erfolg der KSZE zumindest noch länger auf sich warten lassen. Eine der wichtigsten Erfahrungen des Ringens um die KSZE ist die Einsicht, daß die Aktivität der Regierungen der dauernden Initiative, Kontrolle und Unterstützung der aktiven Öffentlichkeit und breiter Kreise der Bevölkerung bedarf. Dies darf gerade dann nicht in Vergessenheit geraten, wenn große Erfolge wahrscheinlich geworden sind.

Die Initiative des internationalen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mit einem zweiten gesamteuropäischen Forum vom 26. bis 29. April 1975 den Dialog aller Befürworter der Entspannung für eine neue Gestaltung der internationalen Beziehungen in Europa fortzusetzen, verdient daher große Aufmerksamkeit. In der Aufforderung zur Fortsetzung dieses Dialoges heißt es: „Die Herausbildung einer neuen Struktur der europäischen Beziehungen wird ein schwieriger und langer Prozeß sein. Wir glauben aber, daß er sich notgedrungen entwickeln wird aufgrund der Bedürfnisse, die mit der Entwicklung der friedlichen Koexistenz, mit den auf dem Gebiet der Abrüstung realisierten Fortschritten und mit dem durch die Öffentlichkeit ausgeübten Druck verbunden sind. Die Zukunft Europas führt über die Beseitigung seiner Spaltung in entgegengesetzte politisch-militärische Gruppierungen. Eine durch kollektive Anstrengungen gestaltete Sicherheit soll die Grundlage der europäischen Beziehungen werden."

In vier Kommissionen sollen auf dem zweiten Forum die Perspektiven Europas erörtert werden. Dabei geht es um die Einschätzung der KSZE, um ihre Beendigung und um die Verwirklichung ihrer Beschlüsse; um die Untersuchung der politischen Perspektiven, um neue Grundlagen der Gewährleistung des Friedens, um konkrete Maßnahmen für die militärische Entspannung, um die Einstellung des Wettrüstens und die Entwicklung aller Formen der Zusammenarbeit. Die erste Kommission berät über den schnellen und erfolgreichen Abschluß der Konferenz, ihre Bedeutung und die Verwirklichung ihrer Beschlüsse. Die zweite Kommission soll die Umgestaltung der internationalen Beziehungen in Europa durch weitere Entspannung, Stopp des Wettrüstens, Abrüstungsmaßnahmen und Möglichkeiten der Auflösung der Militärblöcke beraten. Kommission drei soll die neuen Möglichkeiten der Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten erörtern. Kommission vier wird sich mit den Zusammenhängen zwischen der europäischen Sicherheit und dem Frie-

den in einer sich verändernden Welt beschäftigen. Daneben sind spezielle Begegnungen von Gewerkschaftsvertretern, der Frauen, der Jugend, der Kirchenvertreter und der Kulturschaffenden und Künstler geplant.

Die gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes sind aufgerufen, sich an diesem offenen und freimütigen Dialog zu beteiligen, der — so ist zu hoffen — auch die Diskussion in der Bundesrepublik befruchten wird. Walter Fabian

Zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten

Als sich vom 28. Februar bis 2. März 1975 die Delegierten des diesjährigen Juso-Bundeskongresses in der hessischen Landeshauptstadt trafen, fanden sie eine gegenüber früheren Konferenzen grundlegend gewandelte Ausgangslage vor, war doch die sozio-ökonomische und politische Entwicklung seit dem 2. Münchener Bundeskongreß [1]) nicht ohne Rückwirkung auf die SPD und ihren Jugendverband geblieben.

Während die schwerste Wirtschaftskrise nach dem Krieg einen neuen Höhepunkt erreichte und den anachronistischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise ebenso eindrucksvoll demonstrierte wie das Versagen des staatsmonopolistischen Planungs- und Lenkungsinstrumentariums, häuften sich parallel zu den verstärkten, nicht zuletzt von Sozialdemokraten aktiv mitgetragenen Formierungsbestrebungen der herrschenden Klasse auf gesamtgesellschaftlicher Ebene innerhalb der SPD die Versuche konservativer Kreise, den linken Parteiflügel zu dezimieren, jede Art von System-, Regierungs- bzw. Führungskritik zu illegalisieren und konsequent marxistische Kräfte auszuschalten. Im Rahmen dieser breitangelegten Disziplinierungskampagne kam dem Statutenverfahren des Bezirks Franken zur Stellung der Arbeitsgemeinschaften in der SPD besondere Bedeutung zu. Zwar ließ die Parteispitze das den sozialdemokratischen Vorständen von der Bundesschiedskommission eingeräumte Recht, mißliebige Arbeitsgemeinschaftsfunktionäre „abzuberufen" [2]), bei ihrer Novellierung der „Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften" am 1. Februar 1975 wieder fallen, doch wurde das Zensurrecht der Parteigremien auf den organisationsinternen Bereich (Publikationen, periodisch erscheinende Druckschriften) ausgedehnt. Die neuen Bestimmungen zur Öffentlichkeitsarbeit mußten im Falle ihrer konsequenten Anwendung in den Untergliederungen das Ende der jungsozialistischen Mobilisierungsstrategie und die Zerstörung der innerverbandlichen Kommunikationsstrukturen zur Folge haben. Der Wiesbadener Bundeskongreß wies denn auch den Maulkorbbeschluß des Parteivorstandes einmütig zurück und kündigte an, die Jungsozialisten würden wie bisher öffentliche Erklärungen abgeben und gleichzeitig darauf hinwirken, die restriktiven Bedingungen ihrer Arbeit zu beseitigen.

Beherrschendes Konferenzthema aber war nach den recht farblosen Referaten der Juso-Vorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul und des Parteivorsitzenden Willy Brandt die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Reformstrategie. Entsprechend der im „Vorwärts" zum Aus-

[1]) Vgl. Detlev Albers u. a., Perspektiven der Jungsozialisten nach dem zweiten Münchener Bundeskongreß und den Landtags- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1974, in: „Blätter", 5/1974, S. 486 ff.

[2]) Vgl. Gerhard Stuby, Zur Entscheidung der SPD-Schiedskommission gegen die Jungsozialisten, in: „Blätter", 12/1974, S. 1215 f.

druck gebrachten Erwartung der sozialdemokratischen Führung, die Delegiertentagung werde „einen Beitrag zum Schließen der letzten Harmonielücken" leisten [3]), bemühte sich der Juso-Bundesvorstand, den Verband auf einen mit der reformistischen Altlinken (die ihre prominenten Repräsentanten nahezu vollzählig nach Wiesbaden entsandt hatte) abgestimmten, gegenüber der Parteispitze ohne Konflikteskalation durchzuhaltenden Anpassungskurs festzulegen. Diese „Umarmungstaktik" korrespondierte mit einer scharfen Abgrenzung gegen die seit dem 2. Münchener Bundeskongreß näher zusammengerückte, im Kampf gegen opportunistische Strömungen geeinte und von der traditionalistisch-marxistischen Richtungsgruppierung um die Landes- bzw. Bezirksverbände Hamburg, Berlin und Westliches Westfalen angeführte Oppositionsbewegung innerhalb der sozialdemokratischen Nachwuchsorganisation.

Aufgrund der Erfahrungen, die der Bundesvorstand mit seiner in München gescheiterten Vorlage „Reform und Staat" [4]) gemacht hatte, stellte der neuformulierte Antrag stärker darauf ab, benachbarte Positionen zu integrieren, um mehrheitsfähig zu werden. An der reformistischen Grundtendenz hatte sich indes wenig geändert. So wurde, wegen des Verzichts auf eine ökonomische Analyse, ohne die der Funktionswandel des Staates im Monopolkapitalismus rätselhaft bleiben muß, durchaus verständlich, der Staat nicht als „Instrument der herrschenden Klasse", sondern als Spiegelbild der gesellschaftlichen Machtverhältnisse begriffen. Im Gegensatz zu einem als marxistischer Minimalkonsens in der Staatsfrage konzipierten Antrag des Bezirks Westliches Westfalen, mit dem sich die Opposition auch inhaltlich auswies, verwarf das Vorstandspapier die Engels'sche Auffassung, wonach der bürgerliche Staat „eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist" (ist) [5]). Der Bundesvorstand vertrat die Ansicht, der Staat müsse aus unterschiedlichen Kapitalinteressen das allgemeine der Garantierung von Verwertungsbedingungen herausfiltern und „wirke" deshalb als ideeller Gesamtkapitalist [6]). Hinter dieser Revision eines Klassiker-Zitates verbirgt sich die Illusion, das Wesen des Staates lasse sich schon im Kapitalismus grundlegend ändern. Eine Unterscheidung zwischen sozialistischer und reformistischer Politik lehnte die Juso-Spitze aus naheliegenden Gründen ab, während das westwestfälische Papier Reformismus als eine Strategie definiert, „die versucht, durch Reformen eine soziale und menschenwürdige Gesellschaft zu erreichen, ohne die kapitalistische Verwertung grundsätzlich anzutasten" [7]).

Nachdem die Delegierten den Antrag des Bezirks Westliches Westfalen zur Beratungsgrundlage erhoben hatten, kam es gegen Ende des ersten Konferenztages, der fast zu einem Schwarzen Freitag in der Geschichte des sozialdemokratischen Jugendverbandes geworden wäre, zum Eklat. Man stritt um die Frage, ob der Kapitalismus im Rahmen einer Kumulation von Reformschritten allmählich in den Sozialismus „hinüberwächst", oder ob staatliches Handeln notwendigerweise an eine „Systemgrenze" stoßen muß. Dazu heißt es in der Vorlage aus dem Bezirk Westliches Westfalen: „Staatliches Handeln findet dort seine Grenze, wo es zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise führen müßte, wo es die

[3]) Siehe Ulrich Rosenbaum, Ein Ja zum Kanzler wäre besser, Was die SPD vom Bundeskongreß der Jungsozialisten erwartet, in: „Vorwärts" v. 27. 2. 1975.
[4]) *Vgl. Antrag 32 „Reform und Staat" zum 2. Münchener Bundeskongreß der Jungsozialisten, in: Christoph Butterwegge/Karl Drewes (Hrsg.), Die Jungsozialisten nach München '74, Analyse und Ergebnisse des Juso-Bundeskongresses in München 1974, Hamburg 1974, S. 57 ff.*
[5]) Siehe *Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20,* Berlin (DDR) 1971, S. 260.
[6]) Siehe Antrag 1 „Reform und Staat" zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten (hektographiert), S. 3.
[7]) Siehe Antrag 3 „Reform und Staat" zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten (hektographiert), S. 4.

Grundlage der bestehenden Gesellschaft antasten müßte. Der Staat kann das Kapitalverhältnis, das System der gesellschaftlichen Produktion und privaten Aneignung nicht in Frage stellen oder antasten, ohne sich selbst als besondere Einheit neben der bürgerlichen Gesellschaft mit eigenen Interessen aufzuheben" [8]). Der Bundesvorstand hielt diese seinem „Konzept antikapitalistischer Strukturreformen" zuwiderlaufende Position ebenso für inakzeptabel wie eine von bayrischen Delegierten eingebrachte Kompromißformel: „Das Handeln des kapitalistischen Staates kann aus sich selbst heraus nicht zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise führen, kann das System der gesellschaftlichen Produktion und privaten Aneignung nicht überwinden. Das heißt nicht, daß Reformen im Rahmen des bestehenden Systems und politische Arbeit in staatlichen Institutionen für eine Strategie des Demokratischen Sozialismus bedeutungslos sind. Allerdings müssen die Grenzen des staatlichen Handlungsspielraums innerhalb kapitalistischer Systeme deutlich gemacht werden, um illusionäre Erwartungen an staatliche Institutionen zu verhindern und um diese Grenzen zu überwinden" [9]).

An dieser Stelle beantragten Heidemarie Wieczorek-Zeul und einige ihrer Vorstandskollegen eine Unterbrechung der Beratungen, weil sie sich außerstande sähen, den erst bis zur Hälfte abgehandelten Antrag gegenüber Partei und Öffentlichkeit zu vertreten. Damit drohte zu mitternächtlicher Stunde nicht nur der Abbruch des Kongresses, sondern auch die Spaltung des Verbandes. Am nächsten Morgen legten die Betreffenden zusammen mit anderen Bewerbern um einen Platz im Bundesvorstand ein „Positionspapier" vor, in dem die Existenz einer Systemgrenze geleugnet wird („Mit den Mitteln der Reform sollen entscheidende Machtverlagerungen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur durchgesetzt werden, die im Ergebnis eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus konstituieren" [10]), und diktierten der Konferenz die Bedingungen, unter denen sie zur Kandidatur für den Vorstand bereit seien. Das Thema „Reform und Staat" sei abzusetzen, das Positionspapier ohne Änderungen zu beschließen und Detlev Albers, neben Klaus-Uwe Benneter von der traditionalistisch-marxistischen Gruppierung nominiert, nicht in den Bundesvorstand zu wählen.

Das Junktim verfehlte seine disziplinierende Wirkung nicht. Um die Einheit des Verbands fürchtend, vollzog ein Teil der Delegierten die geforderte Kehrtwendung. Albers und Benneter zogen daraufhin ihre Kandidatur zurück, so daß die Opposition im neuen Bundesvorstand nicht mehr vertreten ist, obwohl die Unterzeichner des Positionspapiers teils erst im zweiten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl erreichten.

Bei einer letzten Kampfabstimmung über den Vergesellschaftungsbegriff in einer Resolution zur Wirtschaftspolitik (der Bundesvorstand und die ihn tragenden Bezirke sprachen von einer Demokratisierung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, die traditionalistischen Marxisten kritisierten die Ausklammerung der Eigentumsfrage und forderten eine Übertragung des Eigentumstitels und der Verfügungsgewalt auf gesellschaftlich kontrollierte Organe) gelang es der innerverbandlichen Opposition erneut, sich durchzusetzen.

Der Bundesvorstand hat das Spiel trotz oder gerade wegen seines spektakulären Erpressungsmanövers noch einmal gewonnen. Der Handstreich von Wiesbaden dürfte jedoch insofern ein Pyrrhussieg gewesen sein, als die zukünf-

8) Ebd., S. 11.
9) Änderungsantrag zu Antrag 3 (hektographiert).
10) Heidemarie Wieczorek-Zeul u. a., Positionspapier, vorgelegt auf dem Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten (hektographiert), S. 2.

tige Relevanz des vom Anspruch her sozialistischen Jugendverbandes der SPD davon abhängen wird, ob er dem massiven Druck der Parteiführung geschlossen entgegentritt und demokratische Alternativen zu ihrer Politik zu erarbeiten vermag. Es besteht allerdings die Gefahr, daß das in Wiesbaden beschlossene Positionspapier als theoretische Grundlage eines neuen Rechtsrucks der Jungsozialisten herhalten muß. Christoph Butterwegge

Europa dreißig Jahre ohne Krieg

Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945

Von Klaus Ehrler

I

Im Mai 1975 kann Europa auf eine dreißigjährige Periode ohne Krieg zurückblicken. Es war keinesfalls eine Periode gesicherten Friedens, aber doch eine des stufenweise sicherer werdenden Friedens. Der Kalte Krieg, der zwischen 1948 und 1962 einigemale in einen heißen Krieg umzuschlagen drohte, konnte entschärft werden, zunächst fallweise, punktuell; seit 1963 etwa überwiegt die Tendenz, Konflikte auf dem Wege von Verhandlungen zu klären und beizulegen. Der Wunsch der Völker wurde vorherrschend, Kriege gar nicht erst ausbrechen oder anzetteln zu lassen, sondern die sie ermöglichenden Spannungen schon vorher durch systematische Friedensbemühungen auszuräumen oder doch wenigstens in zumutbaren Maßen zu begrenzen. Die Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, Genf) und für Truppenreduzierungen (Wien) sind erste sichtbare Ergebnisse und zugleich Instrumente dieser bestimmend gewordenen Tendenz zur einvernehmlichen vorbeugenden und möglichst universellen, lückenlosen Friedenssicherung.

Die bisher vergangenen dreißig Jahre ohne Krieg in Europa sind die längste Periode dieser Art seit 1900. Damit sind bereits Grundlagen einer qualitativ neuen Tradition unseres Kontinents gelegt. Das kriegsträchtige Hegemonie-Prinzip mit seiner Unterscheidung von Groß- und Kleinstaaten zur Schaffung und Erweiterung machtpolitischer Ungleichheiten und Abhängigkeiten mußte dem Koexistenz-Prinzip Raum geben, das politisch wie völkerrechtlich allen Staaten ungeachtet ihrer Größe oder Gesellschaftsordnung gleiche Rechte, Verhandlungs-Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten zuerkennt und damit demokratische Maßstäbe für die Beziehungen der Staaten zueinander setzt.

Im Vergleich der Zeit von 1945 bis 1975 mit den 31 Jahren, die die vorangegangene Periode der beiden Weltkriege umfaßt, wird die Neuartigkeit und Friedenswirkung des Koexistenz-Prinzips besonders deutlich. Hegemoniale, auf Vorherrschaft über kleinere Nachbarstaaten gerichtete Ansprüche des Deutschen Reiches (gegenüber Belgien) und seines militärischen Bündnispartners Österreich-Ungarn

(gegenüber Serbien) veranlaßten 1914 den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und verhinderten auch seine baldige Beendigung. Parallel dazu bremste die im Kriegsverlauf forcierte Militarisierung des öffentlichen Lebens mit ihrem Rückfall in die blinde Hierarchie von Befehl und Gehorsam auch im zivilen Bereich die innenpolitische Entwicklung, die aufgrund des Stärkerwerdens der Sozialdemokratischen Partei und ihres Bündnisses mit bürgerlichen Demokraten zu einer Ablösung des feudal-bürokratischen Obrigkeits-Systems drängte. Schon damals zeigte sich, daß Frieden und Demokratie sowohl Ausdrucksformen als auch Kriterien progressiver politisch-sozialer Entwicklungen sind, daß sie notwendigerweise zusammengehören und deshalb gemeinsam den Angriffen von Militaristen und Faschisten ausgesetzt sind. 1912 war die Sozialdemokratie mit 30 % der Stimmen und 25 % der Mandate die stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag geworden — offenbar ein Alarmsignal für die herrschende Feudal- und Militärkaste, das im Zeichen der Arbeiter- und Friedensbewegung nach Demokratie und internationaler Zusammenarbeit strebende Volk dem kriegerischen „Stahlbad der Nation" auszusetzen. Das ungenügende Ergebnis der zwischenstaatlichen Bemühungen um die Durchsetzung einer kriegsverhütenden obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit begünstigte die damalige Hegemonialpolitik der militärischen Erpressung und Unterdrückung und ihre antidemokratischen Konsequenzen in der Innen- und Gesellschaftspolitik.

Auch die Versuche, den Rüstungswettlauf zu stoppen oder doch wenigstens zu mäßigen, scheiterten bereits mehrere Jahre vor 1914. Die kaiserlich-deutsche Delegation drohte damit, die Verhandlungen der Zweiten Haager Friedenskonferenz (1907) zu boykottieren, wenn das Thema Abrüstung überhaupt zur Sprache oder gar zur Verhandlung kommen würde. Reichskanzler Fürst v. Bülow erklärte das „Abrüstungsgerede" für „Schwindel", denn es sei klar, daß Deutschland sich nur auf die Gewalt seiner Waffen verlassen könne. An dieser nur machtpolitisch orientierten Haltung des Wilhelminischen Deutschland zerbrachen damals alle Hoffnungen auf einen zivilisierten völkerrechtlichen Umgang der Staaten miteinander, und es konnte nicht verwundern, daß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im August 1914 die belgische Neutralität nach ihrer Verletzung durch die deutschen Armeen einen „Fetzen Papier" nannte — vor dem Deutschen Reichstag, nicht etwa in einer privaten Äußerung. Abgesehen von dem Maß der Schuldverteilung bei der Prüfung der Frage der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch geht schon aus der damit deutlich gewordenen Qualität der Politik des Deutschen Reiches vor 1914 hervor, wie rücksichtslos konfrontativ sie war. Ihr Scheitern im Ersten Weltkrieg führte aber nicht etwa zu einer Neubesinnung und Umorientierung, sondern nur zu einigen innenpolitischen und außenpolitischen Umgruppierungen, die den Charakter der imperialistischen Hegemonie-Politik eher noch verschärften und verschlimmerten, anstatt zu einem qualitativen Neuansatz zu führen, der den Fehlerkreislauf von Erpressung und Gegen-Erpressung, Drohung und Gegen-Drohung hätte beenden können.

Mit dem Entstehen des ersten sozialistischen Staates der Geschichte nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland erwuchs dem Imperialismus, der sich bis dahin nur theoretischen und ideologischen Alternativen gegenübergesehen hatte, die prinzipielle Infragestellung von der politischen und gesellschaftlichen Praxis eines antikapitalistischen und antiimperialistischen Gemeinwesens her. Damit erhielten die sich um Machteinflüsse und Kolonialgebiete streitenden imperialistischen Konkurrenz-Staaten mitten in ihrer auf Tod und Leben geführten und zum Weltkrieg ausgeweiteten Auseinandersetzung einen gemeinsamen Gegner, der aber nicht die Quantitäten ihres Bestandes, sondern die Qualität ihrer Struktur

und Orientierung zum Zielpunkt seiner Infragestellung machte. Bereits ein Jahr vor dem Abschluß seines Kampfgeschehens bekam der als Krieg von Imperialisten gegen Imperialisten begonnene und geführte Erste Weltkrieg einen neuen Charakter, aufgrund dessen dem Krieg als Mittel der Daseinsgestaltung grundsätzlich der Kampf angesagt wurde. Das aber alarmierte Imperialisten und Militaristen; der Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland mobilisierte eine Art Gemeinschaftssinn der in tödlicher Konkurrenz gegeneinander befindlichen Imperialisten; Konterrevolution in Rußland und Faschismus in den für sozialistische Tendenzen oder gar Umwälzungen anfälligen Ländern waren ihre Gegen-Rezepte; in „normalen" Ländern genügte die antikommunistische Fixierung der Sozialdemokraten, zunächst auch im Deutschen Reich.

Auf diese Weise erhielt der Friedensschluß nach dem Ersten Weltkrieg einen zwiespältigen Charakter: In Versailles sollte das Deutsche Reich für seine Aggressivität und Völkerrechtsverletzungen, die auch für Imperialisten schon etwas Regelwidriges hatten, bestraft werden; andererseits aber mußte es als Bollwerk gegen das sozialistische Rußland und als Hort des Antikommunismus lebensfähig und einsatzbereit gehalten werden. Darum haben die USA und Großbritannien als Hauptakteure einer antikommunistischen Globalstrategie mehr Rücksicht auf die Interessen ihrer deutschen Konkurrenten genommen als etwa die Vertreter Frankreichs und Belgiens, deren Kriegs- und Besatzungsschäden keinen Platz für Rücksichtnahmen auf die Belange ihres aggressiven Nachbarn ließen. So kam es, daß weder der Friedensvertrag von Versailles noch die Weimarer Verfassung, die als eine der vorbildlichsten demokratischen Verfassungen überhaupt gerühmt wurde, 1919 das deutsche Volk wirklich und endgültig auf den Weg des Friedens und der Demokratie führen konnten. Die in beiden enthaltenen oder sogar angelegten imperialistischen Widersprüche und Widerhaken konnten infolge der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse und der entsprechenden Orientierungsschwäche der bürgerlichen Demokraten und Pazifisten nicht beseitigt oder auch nur allmählich überwunden werden; das Paktieren der führenden rechten Sozialdemokraten mit den weiterhin tonangebenden Leitfiguren der Industrie und der Armee ließ trotz begrüßenswerter Reformen im einzelnen den friedensfeindlichen Charakter und antidemokratischen Kurs der deutschen Reichspolitik unangetastet. Damit war Versailles von vornherein ein Frieden auf Widerruf und die Weimarer Verfassung eine Demokratie auf Abruf; sowohl die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führende Sabotage friedlicher und gleichberechtigter Verhältnisse zwischen den Staaten als auch der Rückfall in Militarismus und Faschismus, die beide nach Hitlers Machtantritt offensichtlich bestimmend für die deutsche Politik wurden, waren bereits Elemente und Tendenzen in der Entwicklung der Weimarer Republik. Das Fehlen eines internationalen sozialistischen Staatensystems und die ungenügende Zusammenarbeit der Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten im Innern ließen es zu, daß die Aggressivität der imperialistischen Hegemonie-Politik und die Beseitigung demokratischer Errungenschaften in den vom Faschismus befallenen Staaten Europas noch einmal historisch bestimmende Elemente und Tendenzen der Entwicklung des Kontinents werden konnten — trotz der starken und hoffnungsvollen Impulse, die von Sowjet-Rußland, seit 1922 der Sowjetunion, und von der internationalen Arbeiterbewegung ausgingen.

Man kann bereits die Geschichte der Weimarer Republik als Kampf dieser beiden Gegensätze beschreiben: die Ermordung von Sozialisten und Demokraten wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Matthias Erzberger und Walter Rathenau, die alle Opfer monarchistisch-militaristischer Kreise wurden, kennzeichnet die Härte

und Unmenschlichkeit, mit denen Imperialisten und Faschisten ihre Vorherrschaft bewahren und festigen wollten. Da das Verlangen der Völker nach Frieden und Demokratie unüberhörbar war, mußten Diplomatie und Politik des Deutschen Reiches, fast durchweg vertreten von Angehörigen der schon vor 1918 herrschenden Klassen und Kreise, Rücksicht üben und eine zumindest teilweise Anpassung vollziehen.

Im Vertrag von Rapallo wurde 1922, noch zu Lebzeiten und im Sinne Lenins, erstmals auf diplomatischer Ebene das Prinzip der friedlichen Koexistenz praktiziert: Staaten gegensätzlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in diesem Falle das sozialistische Sowjet-Rußland und das kapitalistische Deutsche Reich, vereinbarten auf klar definierten Gebieten ihre gleichberechtigte friedliche Zusammenarbeit. Diese Aufhebung der diplomatischen Isolierung des ersten sozialistischen Staates schockierte die imperialistischen Siegermächte in starkem Maße; Koexistenzpolitik und Hegemoniepolitik sind unversöhnliche Gegensätze. Die Beibehaltung dieser Koexistenz-Orientierung hätte dem Deutschen Reich selbst mit kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zu einer kontinuierlichen Friedenspolitik mit der Chance progressiver demokratischer Einzel-Reformen wie etwa in Schweden verhelfen können. Stattdessen drängten die Westmächte, besonders Großbritannien und Frankreich, das auf Revanche und Expansion bedachte rechte Führungskartell des Deutschen Reiches, das den Rapallo-Außenminister Rathenau unter Mörderkugeln sterben sah und den Rapallo-Kanzler Wirth nicht mehr lange amtieren ließ, auf den Weg der Konfrontation mit den östlichen Nachbarstaaten; diese antikommunistische Komplizenschaft mit Deutschland wurde auch auf Kosten der Sicherheit der mit den Engländern und Franzosen befreundeten Tschechoslowaken und Polen angestrebt und gefördert; im Diktat von München 1938 führte sie mit der Preisgabe der CSR zu ihrem ersten Katastrophen-Ergebnis auf internationaler Ebene vor Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Der oft zu unkritisch gerühmte Locarno-Vertrag von 1925, den Deutschland in diesem Sinne mit den Westmächten abschloß, schuf nur an den Westgrenzen des Reiches fest garantierte Verhältnisse; entsprechende Grenz- und Integritätsgarantien für Polen und die CSR waren von der deutschen Regierung nicht zu bekommen. Damit waren die Wege künftiger deutscher Expansion und Aggression schon in den scheinbar so friedlichen 20er Jahren deutlich vorgezeichnet. Ohne diese politisch-diplomatischen Weichenstellungen hätte der in der bürgerlichen Geschichtsschreibung zu isoliert gesehene und dämonisierte Hitler vor kaum überwindbaren Hindernissen seiner nicht nur militärisch betriebenen Aggressionsstrategie gestanden. Insofern enthielt das Locarno-System von Anfang an den Keim des nächsten großen imperialistischen Krieges in sich. Der Kalkulationsfehler der Westmächte bestand darin, daß ihnen die Garantie ihrer eigenen Grenzen genügte; Sicherheit und Frieden aber sind unteilbar; und wenn *eine* Grenze unsicher und in Frage gestellt ist, so sind Grenzsicherheit und Gebietsintegrität der nicht unmittelbar betroffenen Staaten ebenfalls mit verunsichert. Als 1938, also noch vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, mit der Besetzung Österreichs und vor allem mit der Zerstückelung der CSR das Prinzip der Unantastbarkeit von Territorien und Grenzen ins Wanken und Rutschen geriet, begannen sich plötzlich viele Völker des Kontinents unsicher und bedroht zu fühlen. Diese Erinnerung ist für die angemessene Würdigung der Bemühungen der KSZE um unwiderrufliche Grenz- und Souveränitätsverhältnisse besonders wichtig.

Aber nicht nur durch die Mißachtung der Erfordernisse friedlicher Koexistenz-,

Entspannungs- und Sicherheitspolitik auf diplomatischer Ebene machte sich das Deutsche Reich der 20er und 30er Jahre zur gefährlichsten Krisen- und Kriegsgefahrenquelle Europas; auch seine Aufrüstungspolitik trug erheblich zur Verschärfung des politischen Klimas und zur Verhinderung entscheidender Fortschritte der internationalen Abrüstungsbemühungen bei; beide Faktoren, Entspannungsfeindlichkeit und Rüstungsforcierung, mußten kombiniert beim Fehlen eines kollektiven internationalen Sicherheitssystems und bei der innenpolitischen Zersplitterung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie in Deutschland geradezu unvermeidlich zum Krieg führen, sobald die Faschisten das politische Heft in die Hand bekamen; richtig prophezeiten 1933 beim Machtantritt Hitlers und der Nazis die Kommunisten: „Hitler bedeutet den Krieg."

Zunächst setzte Hitler diplomatisch die Hegemonie-Politik der Weimarer Republik fort. Er spielte die Nachbarn Deutschlands und die verschiedenen Garantiestaaten des Versailler Friedensvertrages gegeneinander aus, begann sofort mit der offenen Verletzung der bestehenden Rüstungsbeschränkungen und ging zum systematischen Terror gegen seine innenpolitischen Gegner — insbesondere Kommunisten, Sozialisten, Antifaschisten und Pazifisten — sowie gegen die Opfer seines antisemitischen Rassismus, die Juden, über. Bereits im Frühjahr 1933 wurden die ersten Konzentrationslager, z. B. Dachau bei München, errichtet und „in Betrieb" genommen. Im Oktober 1933 erklärte Hitler den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund, der infolge des Mangels an Universalität der Mitgliedschaft und an positiver Mitarbeit der wichtigsten Staaten niemals die Bedeutung und den Einfluß erlangen konnte, den heute trotz aller Kritik die Vereinten Nationen errungen haben. Die USA sind niemals, die UdSSR erst seit 1934 Völkerbundsmitglied gewesen; Deutschland war erst nach dem Zustandekommen der doppelgesichtigen Locarno-Politik als Mitglied zugelassen worden (1926). Die internationale Abrüstungskonferenz scheiterte endgültig an der deutschen Forderung nach militärischer „Gleichberechtigung", nachdem schon in der Weimarer Republik die illegale Schwarze Reichswehr und die geschickte Umgehung von Rüstungsbeschränkungen durch technische Neuerungen zu einer Atmosphäre des Mißtrauens und praktisch zum Beginn eines neuen Wettrüstens geführt hatten, das es nicht zuließ, beispielsweise den Plan zum Verbot der Luftkriegführung 1932 (ein Jahr vor Hitlers Machtantritt) zu realisieren.

1935 führte das faschistisch regierte Deutschland wieder die allgemeine Wehrpflicht ein, 1936 wurde das vertraglich als entmilitarisiert definierte linksrheinische Gebiet von der Reichswehr besetzt, ohne daß kollektive Gegenmaßnahmen der Versailler Garantie-Mächte erfolgten. 1936—39 wurde der Militär-Putsch des Generals Franco in Spanien offen durch Waffen- und Mannschaftslieferungen („Legion Condor") unterstützt. 1938 wurde im Diktat von München durch diplomatische Ausschaltung der UdSSR, die im Falle der Zustimmung Frankreichs zur Rettung der CSR hätte beitragen können, dieser für die Sicherheitspolitik ganz Europas wichtige Staat aufgeteilt, so daß Hitler seine Auflösung und Okkupation im März 1939 widerstandslos vollziehen konnte. In der Innenpolitik kam es zu entsprechend spektakulären Rechtsverletzungen und Verbrechen: 1934 wurden unliebsame Freunde und Konkurrenten konservativer Orientierung unter den Augen der Öffentlichkeit ermordet, als prominenteste der Reichskanzler a. D. v. Schleicher und der SA-Führer Röhm; in Österreich der Bundeskanzler Dollfuß, der wenige Monate zuvor seinerseits in blutigen Bürgerkriegskämpfen die Wiener Arbeiterschaft hatte zusammenschießen lassen. Österreich wurde so schon vor der Annexion im Jahre 1938 als „Inland" betrachtet, so wie es die BRD nach dem Inhalt des Spruches von Karlsruhe vom 31. Juli 1973 auch mit der DDR halten soll.

Das Fehlen eines kollektiven Sicherheitssystems und die antikommunistische Fixierung der westlichen Nachbarn Deutschlands ließen es zu, daß Hitler und das deutsche Machtkartell aus Großindustrie, Großlandwirtschaft und Militärkaste noch in Friedenszeiten derartige Interventionen, Verbrechen und Verletzungen der internationalen Friedensordnung praktizieren konnten. Dieser Mangel an gemeinsamem Widerstand ermöglichte es den deutschen Faschisten, in den ersten Jahren ihres zunächst gegen Polen eröffneten Aggressionskrieges weiter schnelle und große Beute zu machen; der „Blitzkrieg" wurde zum Schrecken Europas, bis er sich schließlich nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 totlief und am wachsenden Widerstand der sich in der Anti-Hitler-Koalition zusammenschließenden Völker scheiterte.

Mit der Kriegserklärung Hitlers an die USA, die unmittelbar nach dem noch im formellen Friedenszustand erfolgten Überfall der Japaner auf Pearl Harbour im Dezember 1941 ausgesprochen wurde, wuchs sich dieser Krieg endgültig zum Zweiten Weltkrieg aus. Endlich reagierten die Regierungen der widerstandsbereiten Staaten gemeinsam: am 1. Januar 1942 gründeten 26 Staaten als „vereinte Nationen" das Bündnis gegen die drei Aggressor-Staaten Deutschland, Italien und Japan, die Anti-Hitler-Koalition.

Es bedurfte noch dreieinhalb Jahre schwersten Kampfes, den faschistisch-imperialistischen Aggressionskrieg mit der Niederlage der Aggressoren und mit der Befreiung der okkupierten Länder und unterdrückten Völker zu beenden. In Europa geschah dies am 8. Mai 1945, in Ostasien am 15. August 1945. Die Hauptentscheidung des Zweiten Weltkrieges aber war zweifellos mit der Kapitulation Nazi-Deutschlands gefallen.

Es ist schwer vorstellbar, welches Ausmaß an Opfern, Zerstörung und Vernichtung Faschismus und Krieg unmittelbar hervorgerufen haben, von den indirekten katastrophalen Konsequenzen ganz abgesehen, die nicht sofort und überall feststellbar sind. Namen wie Auschwitz und Coventry wurden zu schauerlichen Symbolen einer vom zivilisierten Europa für unvorstellbar gehaltenen Wirklichkeit der Menschenverachtung und Kulturvernichtung. Mit etwa 55 Millionen Toten erreichte der Zweite Weltkrieg eine Rekordzahl, die die Zahl der Opfer jeder beliebigen Naturkatastrophe weit in den Schatten stellt. Polen verlor ein Fünftel seiner Menschen und zwei Fünftel seines Nationalvermögens; 85 % seiner Hauptstadt waren total zerstört, d. h. Warschau war praktisch ausgelöscht. Jugoslawien beklagte den Verlust von 13 % seiner Menschen, die UdSSR 10 %, also nahezu 20 Millionen!

An diesen wenigen Zahlen ist zu erkennen, welche Bedeutung der 8. Mai 1945, das Kriegsende in Europa, sowohl für die unmittelbar betroffenen Völker als auch für die gesamte Menschheit hatte und noch immer hat. Nach 31 Jahren Weltkrieg, Kriegsvorbereitung und wiederum Weltkrieg mußte endlich ein neuer Anfang gemacht werden, der Fortsetzungen oder Wiederholungen solcher Unmenschlichkeiten und Verbrechen von vornherein auszuschließen hatte. Würden diesmal die Völker und ihre Regierungen die richtigen Konsequenzen ziehen? Welche Konsequenzen insbesondere würden die Deutschen und Deutschland ziehen, von dem zweimal das Weltkriegsgeschehen: Aggression, Zerstörung und Kulturverfall, ausging? Diese Fragen waren mit dem 8. Mai 1945 gestellt und sind noch heute unvermindert aktuell, besonders für die Bundesrepublik Deutschland, die sich selber als Rechtsnachfolger des untergegangenen Deutschen Reiches versteht.

II

Zum Kampf um die Durchsetzung der Koexistenzpolitik in der BRD

„Sagt mir, *wie* Ihr zum 8. Mai steht, so sage ich Euch, *wo* Ihr steht", — in dieser Weise ließe sich eine nicht selten gebrauchte Orientierungsweisheit des Volksmundes abwandeln, wenn es um die Beurteilung der geradezu krampfhaften Bemühungen der Bundesregierung geht, sich um die angemessene Würdigung der Bedeutung und der Verpflichtung des 8. Mai 1945 herumzudrücken. Fast muß vermutet werden, daß nationale Trauerfeiern der offiziellen Bundesrepublik nur deshalb nicht vorgesehen sind, weil zu den Siegern von 1945 auch die engsten NATO-Verbündeten der BRD von heute zählen, die natürlich nicht direkt provoziert werden dürfen. Wie anders wäre sonst die Anweisung des Bonner Außenministeriums an die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der BRD im Ausland zu verstehen, sich von offiziellen Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus fernzuhalten? Wer die Kapitulation der Nazi-Wehrmacht auch heute noch nicht (vielleicht auch: heute nicht mehr) als Preis für die Befreiung von faschistischer Brutalität und von organisierter Unmenschlichkeit akzeptiert, bezieht damit objektiv eine profaschistische Position.

Wäre der 8. Mai 1945 nur das Datum der Kapitulation einer Nationalarmee vor einer oder einigen anderen, so verdiente er nicht die ihm zukommende Aufmerksamkeit und weltweite Würdigung. Auch die fast unermeßlichen Quantitäten an Menschen, Material und Kulturgütern, die dem Kriegsgeschehen ausgesetzt waren oder ihm zum Opfer fielen, wären trotz ihrer Erstmaligkeit allein noch nicht Anlaß genug, die Bedeutung des 8. Mai 1945 so allgemeingültig und mit dem Anspruch auf Verbindlichkeit hervorzuheben. Die historische und politisch-moralische Qualität dieses Waffenstillstandes ist so unvergleichbar, weil von seinem Abschluß an der neugewonnene Frieden *unwiderruflich* für *alle* Staaten Europas zu einer aus *gemeinsamer* Anstrengung aller Friedenskräfte erwachsenen Realität werden konnte. Trotz vieler Anfechtungen und Gefährdungen dieser noch immer keineswegs selbstverständlichen Friedens-Realität Europas können die diplomatischen, politischen und nicht zuletzt die sehr verschiedenartigen gesellschaftlichen (z. B. kulturellen, religiösen, gewerkschaftlichen) Friedenskräfte Europas nach dreißig Jahren ihres Kampfes um internationale Sicherheit, Verständigung und Zusammenarbeit eine insgesamt positive Bilanz ihrer Friedens-Arbeit (warum nicht: ihres Friedens-Experiments) ziehen. Trotz vielfältiger Widerstände, Rückschläge, Behinderungen und Bedrohungen diplomatischer, politischer, ideologischer und auch militärischer Art ist die Unwiderruflichkeit des internationalen Friedens in Europa dreißig Jahre nach dem 8. Mai 1945 zu einem situationsbestimmenden politischen Faktor der Weltpolitik geworden, dessen Zustandekommen ebenso höchste Beachtung und Aufmerksamkeit verdient wie seine weitere vertragliche Fixierung, organisatorische Stabilisierung und nicht zuletzt praktische Anwendung und Ausnutzung als tägliches Friedensinstrument. Wenn die Bundesregierung angesichts dieser historischen und weltpolitischen Dimension der Bedeutung des 8. Mai weiterhin Staat und Gesellschaft der BRD aus der politisch-moralischen Gemeinsamkeit der von der Anti-Hitler-Koalition der Vereinten Nationen aus faschistischer Okkupation und Unterdrückung zur Chance des unwiderruflichen Friedens befreiten Völker Europas heraushalten will, wie sie es mit ihrer Anweisung an die Bonner Auslandsvertretungen zum 8. Mai 1975 tut, so muß sie sich nach der Endgültigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Verständigungs- und Entspannungspolitik ebenso fragen lassen wie nach der Vorbehaltlosigkeit und Ernsthaftigkeit des UNO-Beitritts der Bundesrepublik. Denn: wer

nicht zugeben kann oder will, daß diese Friedenschance auch für die Deutschen Befreiung und demokratischen Neuanfang signalisierte, macht auch Vorbehalte gegen definitive Friedensregelungen zwischenstaatlicher Art.

*

Die Friedenshoffnungen des Frühjahrs 1945 waren — rückblickend betrachtet — nicht auf eine mehr als dreißigjährige Periode ihrer in oft langwierigen Verhandlungen und nach harten Auseinandersetzungen schrittweise erzielten Verwirklichung gerichtet; die Gemeinsamkeit der Zielsetzungen, die von den drei Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition, Großbritannien, UdSSR und USA, bei Gelegenheit ihrer Gipfelkonferenz in Jalta (Februar 1945) gefunden und formuliert worden war, ließ trotz der qualitativen Besonderheit und Neuartigkeit der zu lösenden Friedensproblematik doch einen verhältnismäßig kurzfristigen Ablauf der Verhandlungen und Konferenzen bis zur definitiven Friedensregelung erwarten. Verzögerungen wurden damals vor allem aufgrund der Ungewißheit der noch bevorstehenden Dauer der Kampfhandlungen in Ostasien und im pazifischen Raum einkalkuliert. Präsident Roosevelt legte deshalb in Jalta großen Wert auf die Übereinkunft der drei Großmächte, daß die Sowjetunion, die schon die Hauptlast des Kampfes in Europa tragen mußte, drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands auch noch an der militärischen Niederwerfung Japans, insbesondere zur Befreiung Chinas, teilnehmen sollte. Die drei Großmächte, die ihre Gemeinsamkeit und Einigkeit „im Ziel und im Vorgehen" als Voraussetzung für „den Sieg der Vereinten Nationen in diesem Krieg" (Jalta-Kommuniqué) bekräftigten, begannen noch vor Abschluß des Waffenstillstandes die Fundamente für die vor allem von den kriegsbetroffenen Völkern verlangte zuverlässige neue Friedensordnung zu legen:

1. durch Umformung des am 1. Januar 1942 von 26 „vereinten Nationen" gegründeten und im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges durch Beitritt weiterer 25 Staaten erweiterten Bündnisses gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan sowie ihre Satelliten-Regime in besetzten oder abhängig gemachten Staaten zu einem universalen und dauerhaften internationalen System des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit;

2. durch Vorbereitung der Schaffung friedensfördernder Verhältnisse und Strukturen in den für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges verantwortlichen, faschistisch beherrschten Aggressor-Staaten;

3. durch Ausarbeitung eines Statuts für den Internationalen Militär-Gerichtshof, der die noch lebenden Hauptschuldigen unter den faschistischen Kriegstreibern und Verbrechern zur Verantwortung ziehen und im Sinne eines Völker-Strafrechts aburteilen sollte.

Alle drei Fundamente wurden tatsächlich noch im Laufe des Jahres 1945 gelegt; die Chance, auf ihnen die von den Völkern geforderte Weltordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu errichten, wurde endgültig erst mit der Kapitulation Nazi-Deutschlands am 8. Mai 1945 eröffnet.

Die Charta der Vereinten Nationen wurde auf der Basis der Dumbarton Oaks-Vorschläge vom Oktober 1944 am 26. Juni 1945 in San Francisco feierlich unterzeichnet und verkündet; sie trat am 24. Oktober 1945 als verbindlich geltendes Völkerrecht in Kraft.

Schon in Jalta gelangten die führenden Großmächte der Anti-Hitler-Koalition der Vereinten Nationen zu der Erkenntnis, daß nicht die Aufteilung Deutschlands in sechs oder sieben Staaten, wie sie z. B. in den USA erörtert worden war, sondern

nur die Beseitigung der Wurzeln der organisierten Aggressivität und des revanchistischen Militarismus sowie vor allem die systematische Förderung der Entwicklung demokratischer Verhältnisse den Frieden in Europa gewährleisten kann. In Abschnitt III des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 wurden entsprechende „Politische Grundsätze" und „Wirtschaftliche Grundsätze" für die Nachkriegsentwicklung Deutschlands festgelegt, deren Mißachtung und Verletzung in den westlichen Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik gebildet wurde, schließlich den Antagonismus des Kalten Krieges zwischen BRD und DDR in den 50er und 60er Jahren unvermeidlich werden ließ.

Am 8. August 1945 wurde in London das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof unterzeichnet, mit dessen Konstituierung in Berlin noch im Oktober 1945 die praktische Voraussetzung für den Beginn der Prozesse gegen die Hauptangeklagten aus der Führungsgruppe Hitler-Deutschlands geschaffen wurde; auf amerikanischen Wunsch war Nürnberg, die Stadt der Nazi-Parteitage, als Ort der Prozeßführung vorgesehen. Nicht zuletzt die USA zeigten sich damals an einer strengen und nachhaltig wirksamen Bestrafung der Kriegsverbrecher interessiert; diese Tatsache geriet in der Zeit des Kalten Krieges vielfach in Vergessenheit.

Die nationalistisch-chauvinistische Kritik an den Nürnberger Prozessen bezeichnete sie als Rache-Akt der Siegerstaaten, und auch in der offiziellen Geschichtsbetrachtung der BRD ist es bestenfalls zu verlegenem Schweigen oder Ausweichen gekommen, wenn davon die Rede war. Solange aus falsch verstandenem Nationalstolz, aus antikommunistischer Interessengleichheit oder aus Mangel an politischer Bildung und Sensibilität eine derart negative Beurteilung dieser ersten konkreten Schritte zur Etablierung eines letztlich der Kriegsentfesselung entgegenwirkenden Völker-Strafrechts vorherrscht, fehlt ein wichtiges Element im politischen Bewußtsein der Öffentlichkeit, das den Gesichtspunkten der Friedens- und Gerechtigkeits-Solidarität aller Menschen und Völker über egoistische und ausbeuterisch-partikulare Gruppeninteressen hinweg die geradezu überlebensnotwendige Beachtung sichern könnte. Diese Bewußtseinslücke der Bundesbürger entspricht ihrer vorwiegend skeptisch-pessimistischen Beurteilung der UNO, die leider nicht nur von der Springer-Presse angeheizt und ausgenutzt wird. Das in der BRD vorherrschende antikommunistisch-ideologische Blockdenken verschüttet mit dem Zugang zur Erkenntnis der positiven und hoffnungsvollen Bedeutung des 8. Mai 1945 zugleich auch viele Chancen und Perspektiven der UNO.

*

Schon das anfängliche Selbstverständnis der offiziellen Bundesrepublik war *gegen* Inhalt und Verwirklichung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam, *gegen* Londoner Statut und Nürnberger Prozesse eingestellt, und zwar nicht nur im Sinne einer theoretischen Position, sondern durchaus mit der Absicht einer wenigstens stückweise angestrebten Revision. Nur im Hinblick auf die UNO, also auf San Francisco und New York, das zum ständigen Sitz der Weltorganisation bestimmt wurde, befleißigte sich Bonn einer strengen Zurückhaltung. Obwohl die BRD als „Feindstaat" im Sinne der Artikel 53 und 107 der UN-Charta gewisse Nachteile ihrer diplomatischen Position in Kauf nehmen mußte, war ihre Regierung zu Beginn der 50er Jahre mit der damaligen Lage und Entwicklung der UNO durchaus zufrieden: Die Mehrheit der damaligen Mitgliedsstaaten unterstützte die Politik der USA, die 1949 mit der Gründung der NATO und 1950 mit der militärischen Unterstützung des diktatorischen Syngman Rhee-Regimes in Südkorea unter der Flagge der UNO in unübersehbare Widersprüche zu Geist und Zielsetzung der Weltorganisation geriet. Das satzungswidrige Weiter-Amtieren des nur bis 1950 gewählten UN-Generalsekretärs Trygve Lie bis 1953 ermöglichte

diese zeitweilige Fehlentwicklung der UNO. Erst mit der Aufnahme der unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien, im Pazifik und in der Karibik als gleichberechtigte UN-Mitgliedsstaaten von der Mitte der 50er Jahre an veränderte sich das politisch-diplomatische Kräfteverhältnis in der Vollversammlung, deren Debatten und Manifestationen dadurch wieder an die antikolonialistischen und antiimperialistischen Ausgangspositionen der UNO anknüpfen und sie konsequent — zum Ärger der meisten NATO-Staaten — weiterentwickeln konnten.

Die Zuspitzungen des Kalten Krieges in Europa am Ende der 40er und zu Beginn der 50er Jahre ließen die völkerrechtliche Hauptaufgabe der Vereinten Nationen in bezug auf Deutschland, nämlich die Ausarbeitung, Abschließung und Realisierung des den Zweiten Weltkrieg in Europa juristisch beendenden Friedensvertrages, optisch in den Hintergrund treten. Die USA, Großbritannien und das nach der Konferenz von Potsdam in den Kreis der Großmächte sowie dementsprechend in die Zahl der Ständigen Mitglieder des Welt-Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einbezogene Frankreich haben damals die gemeinsamen Positionen von Jalta, San Francisco und Potsdam (Februar, Juni und August 1945) verlassen und ein Zweckbündnis mit restaurativen, reaktionären und zum Teil auch revanchistischen deutschen Kreisen und Gruppen gesucht, um die wirtschaftlichen und strategischen Potentiale ihrer Besatzungsgebiete in die Waagschale des Kalten Krieges werfen zu können. Die zügige Erledigung des Friedensvertrags-Auftrages hätte diesem Bestreben einen Riegel vorgeschoben. So war der jahrzehntelange Kampf um den Abschluß der Friedensvertragsregelung nicht nur eine Abwehraktion gegen die Irrwege und Gefahren des Kalten Krieges, dessen Umschlagen in den heißen und blutigen Krieg oft unmittelbar zu befürchten war, sondern zugleich ein konkretes Engagement zur Förderung der Respektierung und Realisierung der UNO-Beschlüsse und -Prinzipien. Es ist den damals maßgeblichen Kräften in der politischen Führung der USA gelungen, im Zusammengehen mit Bundeskanzler Adenauer und der CDU/CSU den direkten friedensvertraglichen Weg zu internationaler Entspannung und völkerrechtlicher Normalisierung in Europa zu blockieren; die fortschreitende Verbesserung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Verständigungs- und Friedenspolitik, die Herausarbeitung klarer und positiver Alternativen zum Kalten Krieg und zur Gefahr des Rückfalls in faschistische und imperialistische Abenteuer sowie vor allem die Durchsetzung friedenspolitischer Erfolge wie der Verträge von Moskau, Warschau, Berlin und Prag, in denen die BRD 1970, 1972 und 1973 inhaltliche Vereinbarungen im Sinne der bis dahin von ihr verweigerten Friedensregelung und diplomatischen Normalisierung getroffen hat, konnten sie dennoch nicht verhindern. Mit dem Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Westberlin im September 1971 fanden sich die vier Großmächte zumindest grundsätzlich und in einigen konkreten Punkten auf der Basis der alliierten Grundverpflichtungen von 1945 wieder einvernehmlich zusammen. Die Aufnahme der DDR und der BRD in den Kreis der Mitgliedsstaaten der UNO im September 1973 kann als ein formeller Abschluß der Friedens- und Normalisierungspolitik auf diplomatischer Ebene betrachtet werden; der politische Schlußpunkt ist erst mit der erfolgreichen Beendigung der seit 1973 in Gang gekommenen und jetzt in ihrer zweiten (Detail-)Verhandlungsphase befindlichen Genfer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu erwarten; dem völkerrechtlichen Abschluß des Entspannungs- und Normalisierungsprozesses stehen wiederum zwei gewichtige bundesdeutsche Hindernisse im Wege: der Friedensvertragsvorbehalt der Bundesregierung gegenüber der Endgültigkeit der in den sogenannten Ostverträgen (Moskau, Warschau, Berlin und Prag) getroffenen inhaltlichen Vereinbarungen und die Urteilsbegrün-

dung des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zur Frage der Vereinbarkeit von Grundlagenvertrag BRD—DDR und Bonner Grundgesetz. Beide Positionen und Entscheidungen wollen juristisch den Weg der inhaltlichen Revision der friedens- und entspannungspolitischen Verhandlungsergebnisse der seit 1969 regierenden SPD/FDP-Koalition auf dem Gebiet der sogenannten Ostpolitik offenhalten; sie sind beide als Erfolge des Revisions- und Hegemonie-Konzepts der Oppositionspolitik, insbesondere der CSU und ihres Vorsitzenden Strauß, zu bewerten. Aus beiden Ansätzen kann sich eine entspannungs- und friedensgefährdende Renaissance der Adenauerschen Konfrontations- und Nichtanerkennungspolitik entwickeln, die alle bisher auf den Feldern von Frieden und Sicherheit erzielten Fortschritte in Frage stellen würde. Es ist darum nicht nur eine Sache juristischer Spitzfindigkeit oder Hypertrophie, entweder den einseitigen Verzicht der BRD auf das Instrument des Friedensvertragsvorbehalts zu verlangen oder aber auf einen UNO-Beschluß — sei es der Vollversammlung oder des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag — zur Annullierung bzw. zur Erklärung der Nichtigkeit des Bonner Vorbehalts gegen die Unwiderruflichkeit des bisher erreichten Friedens hinzuwirken. Der Teufel des Unfriedens sitzt auch hier im Detail.

Die auf eine Klage der bayerischen CSU-Regierung vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe zur Vereinbarung von Grundlagenvertrag BRD—DDR und Grundgesetz hin erfolgte Urteilsbegründung muß als Verurteilung der Ziele und der schon gewonnenen Ergebnisse der Bonner Verständigungspolitik aufgefaßt werden: wenn die Grenzen der BRD zur DDR nur den Charakter von Inlandsmarkierungen haben sollen, wie etwa die zwischen Bayern und Hessen, wie kann dann ernsthaft und glaubwürdig von diplomatischer und völkerrechtlicher Normalisierung in Europa gesprochen werden? Auch hier ist ein Gang zum Internationalen Gerichtshof der UNO erwägenswert; Völkerrecht muß in Friedensfragen dem einzelstaatlichen Verfassungsrecht oder Rechtsanspruch *über*geordnet sein; und grenzüberschreitende Hegemonie-Ansprüche sind mit der territorialen Souveränität und Integrität staatlicher Völkerrechtssubjekte eben keinesfalls in Einklang zu bringen. Die Kampftechnik der restaurativen, revisionsbegierigen und revanchistischen Kräfte der BRD gegen die Erfüllung der z. B. noch 1947 vom Ahlener Programm der CDU anerkannten Nachkriegsverpflichtungen Deutschlands bezieht alle nur denkbaren und ausnutzbaren Möglichkeiten ein. Jetzt wird vom bundesamtlich subventionierten „Bund der Vertriebenen" sogar der Weg zur — UNO empfohlen, um nach nur formaler, inhaltlich aber nicht vorhandener Analogie des PLO-Auftretens in der Vollversammlung die Weltorganisation zur Tribüne revanchistischer Anklagen und Forderungen zu machen. Gerade die Absurdität dieses Ansinnens kann sich als Ferment der psychologischen Kriegführung gegen Sinn und Ziel des 8. Mai 1945, also gegen die Gewinnung der Unwiderruflichkeit des Friedens erweisen. Die schmerzlichen Umsiedlungen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen sowie aus den Randgebieten der Tschechoslowakei müssen als Ergebnisse zweier bitterer Erfahrungen der östlichen Nachbarstaaten des Deutschen Reiches aus der Zwischenkriegszeit der 20er und 30er Jahre erkannt werden: 1. Die Ostgrenzen des Deutschen Reiches — wohlgemerkt identisch mit denen vom 31. Dezember 1937, deren Einklagbarkeit die CDU/CSU-Bundesregierungen der 50er und 60er Jahre immer wieder reklamieren zu können behaupteten — wurden 1925 *nicht* in die Endgültigkeits-Garantie des Locarno-Vertrages einbezogen; damit waren die CSR und Polen einer unverhüllten Revisionsdrohung gegen ihre territoriale Integrität ausgesetzt. 2. Die deutschen Minderheiten in der CSR und Polen erwiesen sich in den vom Hitler-Faschismus bis zum äußersten getriebenen, jedoch bereits latent und offen vor-

handenen Konfliktsituationen als Sprengkörper der jeweiligen staatlichen Ordnung und Sicherheit. Klare, strategisch haltbare Grenzen und homogene Bevölkerungskörper ohne unsichere Feindinseln im Innern waren darum nach den Schrecken und Greueln der im Namen des deutschen Volkes begangenen Nazi-Verbrechen — denen z. B. 20 % des gesamten polnischen Volkes zum Opfer gefallen sind — unmittelbar einleuchtende Zielsetzungen der Betroffenen. Da das UNO-Programm der kollektiven systematischen und unwiderruflichen Sicherung des Friedens nicht von einem Tag auf den anderen in die Realität umgesetzt werden konnte, mußten solche unter dem Vernichtungs-Schock wachgerufenen einzelstaatlichen Sicherheitsvorkehrungen auch von der Potsdamer Konferenz der Großmächte unter der Bedingung der „organisierten und humanen" Durchführung (Abschnitt XIII des Potsdamer Abkommens) der Umsiedlungen akzeptiert werden. Es ist wichtig, auch nicht zu vergessen, daß die deutschen Armeen bei ihrem Rückzug aus den Ostprovinzen ganze Landstriche zur Evakuierung der Bewohner zwangen, denen dann nur die kollektive, verlustreiche Flucht im Treck nach Westen übrigblieb. Die auf diese Weise oft mehrfach in Kampfhandlungen hineingerissenen Flüchtlingsströme des Frühjahres 1945 haben dann vielfach mit den geräumten Siedlungsgebieten vollendete Tatsachen hinterlassen. In diesem Zusammenhang hat sich die politisch-moralisch effektive Komplizenschaft der Mehrheit des deutschen Volkes mit den faschistischen Aggressoren und Okkupanten Europas katastrophal ausgewirkt; hätte es, wie etwa seit 1943 in Italien, einen wenigstens teilweise erfolgreichen Widerstand ganzer Volksteile und Armee-Einheiten gegen Hitler und seine Todesmaschine gegeben, so wäre die Programmatik der bevölkerungshomogenen Siedlungsgebiete nicht mit der dann durchgesetzten Konsequenz verwirklicht worden.

Beschämend mutet es an, daß es zwanzig Jahre mühsamen Kampfes bedurfte, um die BRD auf den Weg konkreter friedenspolitischer Schritte zu bringen. Anerkennung der bestehenden Grenzen, Verzicht auf die Hallstein-Doktrin, die der diplomatischen Isolierung der DDR dienen sollte; Normalisierung der Beziehungen zur DDR und zu den Staaten Osteuropas; Verzicht auf die status- und entspannungswidrige Einbeziehung Westberlins in die Bundesrepublik — all diese und noch andere Positionen und Forderungen der diplomatischen und demokratischen Friedenskräfte Europas mußten hartnäckig Zug um Zug durchgesetzt werden, weil der direkte regierungsamtliche Weg, der glatte Königsweg zum Frieden, jahrzehntelang blockiert war. Man bedenke, mit welch gezielter Energie Adenauer die für seine „Politik der Stärke" bedrohliche Bedeutung und Nachwirkung des 8. Mai 1945 auslöschen wollte: er richtete es so ein, daß die BRD genau zehn Jahre nach der Kapitulation der Nazi-Wehrmacht im Mai 1955 der NATO beitrat und damit im Sinne der alliierten Beschlüsse von 1945 illegales internationales Aufrüstungs-Subjekt wurde. Doch Europa ließ sich nicht schrekken: Österreich drängte wenige Tage nach Bonns NATO-Beitritt auf schnellen Abschluß seines Staatsvertrages durch die vier Großmächte; die Staaten Osteuropas schlossen sich zum Bündnissystem des Warschauer Vertrages zusammen.

Diese Polarisierung der Kräfte in Europa war bereits das Zeichen ihres neuen Verhältnisses: das aufgrund der großen Kriegszerstörungen Osteuropas bis in die 50er Jahre bestehende wirtschaftliche und militärische Übergewicht der NATO-Staaten war 1955 ausgeglichen; das Atomwaffenmonopol der USA wurde bereits 1949 von der Forschung und Technologie der Sowjetunion gegenstandslos gemacht. Die Bandung-Konferenz der Staaten der Dritten Welt im Frühjahr 1955 signalisierte ebenfalls eine internationale Tendenzwende in Richtung friedlicher Koexistenz, Dekolonisierung, Entspannung und Abrüstung. So war die Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte im Juli 1955 wieder in die Lage versetzt,

an die im härtesten Kalten Krieg von den Westmächten verlassenen Positionen der Beschlüsse von Jalta und Potsdam anzuknüpfen. Es ist charakteristisch, daß es der konservative britische Außenminister Eden war, der einen Plan zur militärischen Entspannung Europas und zur politischen Wiedervereinigung Deutschlands vorlegte, dessen Scheitern aber infolge der Obstruktion der Bundesregierung unter Adenauer und ihrer Ausnutzung durch den US-Außenminister John Foster Dulles unvermeidlich war.

Entscheidend zur Veränderung des politischen Klimas hatten aber auch die verschieden organisierten und motivierten Friedenskräfte beigetragen; seit dem Stockholmer Appell gegen Atomwaffen aus dem Jahre 1950, dessen massenweise Unterstützung durch breite Schichten fast aller Völker der Weltfriedensrat wirkungsvoll zum Ausdruck bringen konnte, wuchs die internationale Friedensbewegung zu einem wichtigen Faktor der öffentlichen Meinungs- und Entscheidungsbildung heran. Den bisher bedeutendsten Höhepunkt erreichte diese vor allem im Zusammenhang der Arbeit der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) der UNO verheißungsvolle Friedensarbeit anläßlich des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte vom Oktober 1973, dessen Verbindungs-Komitee seither die Arbeit vieler Friedensgruppen und -organisationen der Welt koordiniert und fördert.

1955 mußte die gegen die Remilitarisierung der BRD gerichtete Paulskirchenbewegung noch isoliert, wenn auch in Übereinstimmung mit Organisationen anderer Staaten ihre Sache ausfechten; schon die gegen die Atombewaffnung auftretende Ostermarschbewegung der frühen 60er Jahre konnte eine verbesserte und wirksame internationale Kooperation erreichen. Die jetzt entwickelten Formen der Arbeit, z. B. des Brüsseler Forums der europäischen Öffentlichkeit und der Trägergruppen des Moskauer Weltfriedenskongresses lassen, wie ihre Aufrufe zur Würdigung und Aktualisierung des 8. Mai 1945 aus Anlaß seines 30. Jahrestages zeigen, ein weiteres Anwachsen der Bedeutung und der Wirkung dieses internationalen Friedensfaktors erwarten. Es darf nie in Vergessenheit geraten, daß die Regierung Brandt/Scheel ohne die Friedens-, Entspannungs- und Anerkennungs-Lobby der zahlreichen Gruppen, Aktionen und Kampagnen der außerparlamentarischen Opposition der späten 60er Jahre niemals ihre Verständigungs- und Normalisierungspolitik hätte durchführen und durchsetzen können.

Diese Erkenntnis gilt es angesichts der von Strauß und der CDU/CSU angestrebten Tendenzwende zurück zu Konfrontation und Hegemoniepolitik zu beherzigen. 30 Jahre Frieden in Europa sind eine positive Bilanz der Friedenskräfte aller Arten und Motivationen (diplomatische, politische, kulturelle, gesellschaftliche, religiöse, gewerkschaftliche z. B.). Darum ist der 8. Mai (in einigen Ländern der 9. Mai) ein Tag des Friedenserfolges und der weiteren gemeinsamen Friedenshoffnungen der Völker Europas. Nur von objektiv profaschistischen Positionen aus kann dieses Tages mit Trauer und Revanchekonzepten gedacht werden. Trauer und Unzufriedenheit kann es doch nur im Hinblick auf das Fehlen eines im Endeffekt erfolgreichen deutschen Widerstandes gegen Hitler und seine Führungsgehilfen geben.

Während die Bundesregierung ihre Diplomaten anweist, den 8. Mai dezent zu übergehen und totzuschweigen, soll demgegenüber der 17. Juni in alter CDU/CSU-Manier weiterbegangen werden. Diese Entscheidungen sind nicht nur für die aktiven Friedenskräfte des Kontinents eine empörende Herausforderung. Sie ignorieren und mißachten die Friedensinteressen der Völker Europas, sie behindern den

kollektiven politischen Bildungsgang des Volkes der Bundesrepublik. Gerade deshalb ist es wichtig und notwendig, den 8. Mai und die bis dahin errungenen Friedensergebnisse der vergangenen dreißig Jahre zum Ausgangspunkt der Entfaltung eines gesamteuropäischen Bewußtseins der gemeinsamen Verantwortung der Völker für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu machen. Nachdem die USA im Dezember 1974 endlich das Genfer Giftgas-Anwendungsverbot mit 49jähriger Verspätung ratifiziert haben, sollte auch der 17. Juni 1975 — wie vom Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte empfohlen —, der fünfzigste Jahrestag der Unterzeichnung dieser ersten erfolgreichen universellen Abrüstungsmaßnahme (Giftgas war die Atombombe des Ersten Weltkrieges), gewürdigt und als Weltabrüstungstag zu einer Manifestation für Frieden und Zusammenarbeit werden.

Das Beispiel Adenauers sollte uns mahnen: mit dem NATO-Beitritt des 8./9. Mai 1955 wollte er den 8. Mai 1945 ungeschehen machen. Die Aufgabe der Friedenskräfte ist es jetzt, durch die positive Friedensbilanz des 8. Mai 1975 den Irrweg des 8. Mai 1955 aufzuheben und die Lehren, Hoffnungen und Chancen des 8. Mai 1945 ins Bewußtsein und in die Arbeit eines jeden Tages einzubringen.

Europa dreißig Jahre ohne Krieg — dies sei das Programm auch des nächsten Menschenalters.

Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise

Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik

Von Jörg Huffschmid

I

Die gegenwärtige massive ökonomische Krise in der BRD hat in den letzten Wochen und Monaten unübersehbare Unsicherheit in großen Teilen der Bevölkerung hervorgerufen und dadurch die reaktionäre Politik der Unternehmer und ihrer politischen Repräsentanten begünstigt. Der Kampf der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte ist unter den Bedingungen der Krise schwieriger geworden, rückschrittliche Kräfte und Tendenzen haben an Boden gewonnen und von der Wirtschaftskrise profitiert. Die niedrigen Tarifabschlüsse im Baugewerbe, in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst zeigen dies ebenso deutlich wie die Stimmengewinne der CDU/CSU bei allen Landtagswahlen in diesem und

dem vergangenen Jahr und die weiter verschärfte Politik der Berufsverbote in den Betrieben und im öffentlichen Dienst.

Eine derartige Entwicklung liegt aber durchaus nicht in der „Natur der Sache", ist nicht zwangsläufig mit dem Auftreten kapitalistischer Krisen verbunden. Die Entwicklungen in Frankreich und Italien zeigen vielmehr, daß dort durch die wirtschaftliche Krise die Macht des Großkapitals und der reaktionären Strömungen eher unterhöhlt und geschwächt als gestärkt wird, daß dagegen die politische Bewegung der fortschrittlichen Kräfte unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise an Stärke gewinnt.

Die gegenwärtige ökonomische Krise in der BRD findet jedoch zu einem Zeitpunkt statt, an dem der Kapitalismus zwar weltweit auf dem Rückzug ist und in einer schweren ökonomischen und politischen Krise steckt, während die Kräfte der Demokratie und der Arbeiterbewegung Boden gewinnen, an dem in der Bundesrepublik jedoch die Kräfte und Organisationen der fortschrittlichen Strömungen noch relativ schwach sind, die Gewerkschaftsbewegung noch überwiegend reformistischen und sozialpartnerschaftlichen Kurs steuert, die Sozialdemokratie noch weitgehend in antikommunistischer Verhärtung verharrt und die kommunistische Bewegung noch sehr jung und wenig entwickelt ist. Gewiß, in allen diesen Bereichen sind die Verhältnisse in Bewegung: die Basis der Kommunisten besonders in den Betrieben nimmt langsam, aber spürbar zu, die Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie verschärfen sich, und in den Gewerkschaften gewinnen die fortschrittlichen Kräfte an Boden, wie einige wichtige Beschlüsse auf Gewerkschaftstagen der vergangenen Monate deutlich zeigen [1]). Aber im großen und ganzen handelt es sich um Ansätze, die noch ungefestigt, noch nicht konsolidiert sind. Und in einer solchen Situation ist eine tiefgreifende ökonomische Krise, wie sie gegenwärtig in der BRD und in den meisten anderen kapitalistischen Industrieländern herrscht, der geeignete Nährboden für Unsicherheit und Resignation der sich eben erst formierenden fortschrittlichen und für zeitweilige Bodengewinne der reaktionären Kräfte.

Zu dieser Unsicherheit trägt die Unklarheit über den Charakter der gegenwärtigen Krise und ihren Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise erheblich bei: Die Enttäuschung über das offensichtliche Unvermögen der SPD/FDP-Regierung, eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, kann um so leichter in Kapital für die Rechtskräfte umgemünzt werden, je weniger zum einen der Charakter der gegenwärtigen Krise erkannt wird, die eben nicht in dieser oder jener Politik ihre Ursache hat, sondern gesetzmäßig zur kapitalistischen Entwicklung gehört und gegen deren Folgen sich die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zur Wehr setzen muß, um eine massive Verschlechterung der ökonomischen und politischen Situation der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu vermeiden, und je weniger es zum anderen gelingt, aus dieser Erkenntnis heraus Ansatzpunkte für die Verteidigung und Ausweitung des demokratischen Potentials in unserer Gesellschaft aufzuzeigen.

Der folgende Beitrag will durch die Darstellung der allgemeinen ökonomischen Grundlagen der Krisen im Kapitalismus und die Erklärung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der BRD in ihren konkreten Erscheinungsformen auf diesen Grundlagen *zum einen* dazu beitragen, Klarheit darüber zu schaffen, daß Krisen mit Notwendigkeit zum Kapitalismus gehören, daß es keinen krisenfreien Kapitalismus gibt.

1) Vgl. Gewerkschaftsbeschlüsse 1974, Sonderdruck der „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", Januar 1975.

Eine derartige Klarstellung richtet sich in erster Linie gegen die Ansicht, die Krise sei das Ergebnis politischer Mißwirtschaft und könne daher durch eine geeignete Politik auch prinzipiell vermieden werden. Diese Ansicht wird gegenwärtig von der CDU/CSU hemmungslos verbreitet, wobei die propagandistische Demagogie derartiger Auslassungen in der theoretischen Konzeptionslosigkeit ihr Gegenstück findet. Eine derartige „Theorie" liegt aber auch den sozialdemokratischen Vorstellungen über den reformierten Kapitalismus zugrunde, wie sie in den Langzeitprogrammen und zuletzt im Orientierungsrahmen '85 formuliert sind. Die politische Konsequenz derartiger Konzepte besteht darin, vor der Faktizität der Krise zu kapitulieren, Reformvorhaben zurückzustellen und der Bevölkerung zu versprechen, nach der Krise werde man da weitermachen, wo man vor ihr aufgehört habe, im übrigen sei gegenwärtig angesichts der Krise Mäßigung für alle am Platze.

Die gegen reformistische Hilflosigkeit gerichtete Klarstellung des gesetzmäßigen Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Krise darf sich auf der anderen Seite aber nicht mit diesem prinzipiellen Statement begnügen, aus dem sich auf dieser Ebene der allgemeinen Prinzipien nur die prinzipiell richtige Schlußfolgerung ziehen läßt, daß dann eben zur Vermeidung der Krisen der Kapitalismus abgeschafft werden müsse. Die prinzipielle Richtigkeit dieser Folgerung ändert nichts an ihrer politischen Irrelevanz unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD und an ihrer Kurzschlüssigkeit als analytischer Schlußsatz einer Untersuchung. Eine auf dieser Ebene verharrende Analyse ist nicht weniger idealistisch, die aus ihr abgeleitete politische Praxis des „Weg mit . . .!" nicht weniger voluntaristisch als die reformistische Analyse und Politik, sie ist vielmehr ihr direktes Spiegelbild.

Einer materialistischen Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftskrise stellt sich daher *zum anderen* die Aufgabe, auf der Grundlage der Herausarbeitung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Krisen soweit zu den konkreten historischen Erscheinungsformen vorzustoßen, daß die Widersprüche und konkreten Ansatzpunkte in den krisenhaften Prozessen sichtbar werden, an denen die fortschrittlichen Kräfte anknüpfen und eine politische Bewegung gegen die breiteste Kreise der Bevölkerung betreffenden Folgen der kapitalistischen Krise fördern und vorantreiben können, eine Bewegung, die dann freilich auch ein Schritt auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus ist.

II

Grundlagen der Krisen im Kapitalismus: Akkumulation und Überakkumulation

Die Grundlagen der Krisen im Kapitalismus liegen in den Eigentumsverhältnissen und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Organisationsformen der materiellen Produktion und deren Widersprüchen". Sie lassen sich — natürlich sehr stark verkürzt — wie folgt darstellen:

Kapitalistische Verkehrsverhältnisse sind durch die augenscheinliche Herrschaft des Marktes gekennzeichnet („Marktwirtschaft"), gesellschaftliche Reproduktion geschieht dadurch, daß Warenbesitzer auf dem Markt miteinander in Kontakt treten und ihre materielle Versorgung durch Tausch regeln.

Austausch muß aber prinzipiell Austausch von Gleichwertigem sein, wenn er nicht nur mehr oder minder vereinzelt vorkommen, sondern regulierendes Prinzip der gesellschaftlichen Reproduktion sein soll (Äquivalenzprinzip). Er verweist insofern auf eine allen Waren zugrundeliegende, sie vergleichbar und damit auch in ihrer Gleichwertigkeit meßbar machende Substanz, den Wert, deren im Tausch

erscheinende Form der Tauschwert bzw. der Preis der Waren ist. Die gemeinsame Substanz aller Waren ist die menschliche Arbeit, der Maßstab des Wertes ist die unter den jeweils gegebenen technischen Produktionsbedingungen durchschnittlich für die Herstellung einer Ware benötigte gesellschaftliche Arbeitszeit.

Die Existenz des *Geldes*, die notwendig ist, wenn der Austausch als universelles Reproduktionsmedium fungieren soll, zerlegt den Akt des unmittelbaren Tausches zweier Gebrauchswerte (W — W) in die beiden Akte des Gelderwerbs (W — G) und der Geldverausgabung (G — W), die nicht mehr unmittelbar miteinander im Zusammenhang stehen. Maximale Bedürfnisbefriedigung ist also durch ein Maximum an Geld, das prinzipiell Anspruch auf jedes beliebige Gebrauchsgut darstellt, zu erreichen, das Streben der Individuen richtet sich also primär auf Maximierung des Gelderwerbes.

Ein Warenproduzent, der für seine Waren auf dem Markt einen bestimmten Geldbetrag erzielt, wird daher dieses Geld oder einen Teil davon nur dann wieder zu erneuter Produktion verausgaben, wenn er aus dieser Produktion mehr erlösen kann, als er an Geld und Arbeitskraft hineingesteckt hat (G — G'), wenn er einen *Profit* auf das — als Kapital — verauslagte Geld erhält. Die Entwicklung der Bestimmungen der Marktwirtschaft führt also mit Notwendigkeit zum Begriff des Profits und der Profitwirtschaft.

Der in diesen oberflächlichen Bestimmungen der kapitalistischen Verkehrsverhältnisse liegende Widerspruch — Kapitalismus als Marktwirtschaft muß einerseits dem Prinzip des Äquivalententausches, andererseits dem Profitprinzip gehorchen — läßt sich innerhalb der Marktsphäre nicht lösen, sondern verweist auf die zwischen dem Warenerwerb und dem Warenverkauf als den beiden die Reproduktion regulierenden Marktprozessen liegende Sphäre der *Produktion.* Die Differenz zwischen verauslagtem und vereinnahmtem Geld, die im Kapitalismus als Profit angeeignet wird, wird real, d. h. als Wert, in der Produktion hergestellt. Der Profitaneignung als Marktprozeß liegt also die Produktion von Mehrwert zugrunde, deren Quelle wie die Quelle allen Wertes überhaupt die menschliche Arbeit ist. Die Arbeitskraft als Träger der lebendigen Arbeit wird vom Kapitalisten zu ihrem Wert gekauft — das Prinzip der Gleichwertigkeit aller getauschten Güter ist also gewahrt; sie schafft dann durch ihre Verausgabung im Dienste des Kapitalisten einen Neuwert, der größer ist als der zur Herstellung der Arbeitskraft — also das zur Erhaltung des Arbeiters — notwendige Wert, der in Form des Lohnes ausbezahlt wird; dieser Neuwert wird — wiederum unter Einhaltung des Prinzips der Gleichwertigkeit — verkauft und erbringt im zweiten Zirkulationsakt einen Geldbetrag, der größer ist als der im ersten Zirkulationsakt vorgeschossene.

Das Prinzip der Geldvermehrung in der Marktwirtschaft beruht also auf dem Klasseneigentum an Produktionsmitteln, der Produktion von immer neuen Zusatzwerten durch die Arbeiter und der Aneignung dieser Zusatzwerte durch die Produktionsmittelbesitzer, auf der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital: Geld wird dann am meisten vermehrt, wenn es nicht einfach aufgehäuft und verwahrt, sondern immer wieder in die Produktion gesteckt, zum Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften verwendet wird und wenn auch der dadurch erzielte Profit wiederum in der Produktion angelegt wird, und so weiter.

Die Verwandlung von Geld in Kapital, die Wiederanlage von als Profit angeeignetem Mehrwert, die kapitalistische *Akkumulation* ist das Zwangsgesetz der kapitalistischen Entwicklung, deren Springpunkt die Produktion von Mehrwert ist, die

Verwertung des Kapitals, d. h. die Vermehrung der als Kapital angelegten Werte durch die Produktion, und die Aneignung dieser zusätzlichen Werte durch die Kapitalistenklasse. Die Erhöhung des produzierten und zur Aneignung verfügbaren Mehrwerts durch die Ausdehnung des Arbeitstages oder die Vermehrung der Zahl der Arbeiter auf der einen (absoluter Mehrwert) oder die Senkung des zur Reproduktion der Arbeitskraft — also zur Lohnzahlung — erforderlichen Teiles der Arbeitszeit durch die Steigerung der Intensität oder die Entwicklung der Produktivität der menschlichen Arbeit (relativer Mehrwert) auf der anderen Seite sind die Methoden der Steigerung von Mehrwert, deren letztere als Hebel der Entwicklung von Maschinerie und Industrie gleichzeitig zum mächtigsten Hebel der Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte überhaupt geworden ist, von der freilich in erster Linie die herrschende Klasse profitiert.

Hier wird aber der allen kapitalistischen Krisen zugrundeliegende Widerspruch der Kapitalakkumulation sichtbar: Kapitalakkumulation besteht in ständiger Anhäufung und Wiederanlage von Kapitalwerten, die als Resultate menschlicher Arbeit, als vergegenständlichte menschliche Arbeit einerseits Wert darstellen, der nach Wiederanlage und neuer Verwertung verlangt, der auf der anderen Seite selbst aber keinen Wert schaffen kann. Die Verwertung ständig wachsender und akkumulierter Werte als Grundgesetz der kapitalistischen Entwicklung verlangt eine ständige Ausdehnung des neu zu produzierenden Mehrwerts, dessen Ausdehnbarkeit auf der anderen Seite durch die begrenzte *Verfügbarkeit* von mehrwertschaffenden Arbeitskräften, durch den im Laufe der Produktivitätsentwicklung im Verhältnis zum Maschinenkapital relativ abnehmenden Einsatz von Arbeitskräften (steigende „organische Zusammensetzung des Kapitals") sowie durch die begrenzte — im historischen Verlauf und mit zunehmender Organisierung und Stärke der Arbeiterbewegung abnehmende — *Ausbeutbarkeit* verfügbarer Arbeitskräfte beschränkt ist. Jede Akkumulation, also Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals, schafft die Notwendigkeit, höhere Mehrwertmassen als bisher zu produzieren und in Profit zu verwandeln, und jedes Gelingen eines Versuches hierzu löst das Problem nur momentan, um es in Wirklichkeit verschärft zu reproduzieren: denn in der nächsten Periode entsteht die Notwendigkeit, eine eben durch den vorherigen Erfolg weiter erhöhte Wertmasse verwerten zu müssen. Dieses Dilemma führt mit Notwendigkeit an den Punkt, an dem es nicht mehr gelingt, den gewachsenen Kapitalbestand mit der historisch zur Verfügung stehenden Mehrwertmasse zu verwerten, d. h. einen Profit anzueignen, der im Verhältnis zur Kapitalmasse, also als Profit*rate*, zumindest nicht sinkt; die Profitrate nimmt vielmehr ab. Dies ist die Situation der *Überakkumulation*, deren Zwangsläufigkeit Marx in seinem berühmten „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" analysiert hat. Sie führt mit Notwendigkeit zu einem Sinken des Verwertungsgrades des Gesamtkapitals und damit zu einer Verlangsamung, zu einem „Erschlaffen" der Akkumulation [2]).

Dabei ist es für die grundsätzliche Argumentation nicht von Bedeutung, wie sich die Überakkumulation konkret als Krise zeigt:

— sie zeigt sich als Krise in der Produktion von Mehrwert (oder als *Verwertungskrise* im engeren Sinne), wenn aufgrund der durch die Akkumulation bewirkten starken Nachfrage nach Arbeitskräften die Löhne so stark (über den Wert der Ware Arbeitskraft) steigen, daß der als Profit zur Aneignung verfügbare Teil des

[2]) Die hier vorgetragene erweiterte Fassung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate wurde in den letzten Jahren vor allem in Frankreich von dem Kreis um den marxistischen Theoretiker Paul Boccara entwickelt und zur Grundlage ihrer Untersuchungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus gemacht. Vgl. Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Paris 1971, Berlin (DDR) 1972, 1. Kapitel; Paul Boccara, Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: „Sopo", 11. 6. 1971, bes. S. 22 ff.

Neuwerts (der Mehrwert) zu klein wird und die Produktion von daher eingeschränkt oder eingestellt wird;

— sie zeigt sich als Krise der Realisierung von Mehrwert *(Realisierungskrise),* wenn aufgrund der niedrigen Löhne der Teil des Neuwerts, der als Lohn gezahlt wird, zwar so niedrig ist, daß der Mehrwertanteil des Produktes ausreichend hoch ist, wegen der geringen Kaufkraft der Bevölkerung die Waren aber nicht abgesetzt, der produzierte Mehrwert also nicht realisiert und als Profit angeeignet werden kann.

In beiden Fällen sinkt der dem Kapital zur Aneignung verfügbare Profit, was zu Einschränkung der Akkumulation, konkret zu Einschränkungen oder Einstellungen der Produktion einzelner Kapitale, zu Unternehmenszusammenbrüchen, zur Nichtauslastung von Kapazitäten, zu Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, zur Auffüllung der industriellen Reservearmee, zum Sinken des Lohnes und zur Verschlechterung der Lage der Werktätigen führt. Dieser Prozeß dauert so lange, bis die Mehrwertmasse durch die Disziplinierung der Arbeiterklasse so weit gesteigert und der Wert des Gesamtkapitals durch Vernichtung und Brachlegung soweit verringert sind, daß die Verwertungsbedingungen für das noch fungierende Kapital sich verbessern, die kapitalistische Akkumulation sich wieder belebt und der Aufschwung einsetzt.

Zusammenfassend: Die kapitalistische Krise ist Krise der kapitalistischen Akkumulation, d. h. der Akkumulation zum Zwecke der Profiterzielung. Akkumulation ist das Zwangsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise; sie stößt im Laufe ihrer Entwicklung an die Grenzen

— weiterer *Produktion* von Mehrwert (beschränkte Verfügbarkeit ausbeutbarer und beschränkte Ausbeutbarkeit verfügbarer Arbeitskräfte),

— weiterer *Realisierung* produzierten Mehrwerts als Profit.

Beides ist Folge der durch die Akkumulation produzierten Überakkumulation, d. h. des die Verwertung hemmenden Mißverhältnisses zwischen akkumuliertem Kapitalwert und historisch verfügbarem und in Profitform anzueignenden Mehrwert. Die Lösung dieser Verwertungsblockierung liegt daher ganz allgemein darin, daß entweder der Mehrwert über das historisch bisher erreichte Maß gesteigert wird (Lohnsenkung, Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer, Intensivierung und Rationalisierung der Arbeit, Erschließung neuer Märkte, Staatsaufträge) oder aber daß der akkumulierte Kapitalwert gesenkt, Kapital brachgelegt und vernichtet wird. Beides sind die in der Krise ablaufenden sichtbaren Prozesse. Beide können aber nicht zu einer dauerhaften Lösung der in der kapitalistischen Akkumulation als Akkumulation privater, auf Privatverwertung gerichteter Kapitale liegenden Probleme führen: Indem die kapitalistische Akkumulation durch Verbesserung der Verwertungsbedingungen angekurbelt wird, wird auch die Herbeiführung neuer Überakkumulation vorbereitet und gefördert. Überakkumulation als allgemeiner Ausdruck der kapitalistischen Widersprüchlichkeit ist also untrennbar mit der kapitalistischen Gesellschaft verbunden, kapitalistische Entwicklung ist nicht nur historisch tatsächlich in der zyklischen Abfolge von Prosperität und Krise vor sich gegangen und geht immer noch so vor sich; sie ist auch theoretisch gar nicht anders als in dieser zyklischen Bewegung denkbar, deren historischer Trend allerdings auf eine immer tiefere Erschöpfung und Vergeudung der Verwertungsressourcen hinausläuft.

III

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus in der BRD und die gegenwärtige Krise

Vor diesem allgemeinen theoretischen Hintergrund läßt sich sowohl die relativ krisenfreie — wenn auch in zyklischen Schwankungen verlaufende — Entwicklung des Kapitalismus in der BRD bis 1966, als auch seine zunehmende Krisenhaftigkeit in der Zeit danach bis heute und die gegenwärtige Krise *in ihren Hauptzügen* erklären. Die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft verläuft grob vereinfacht in drei Etappen [8]):

Die *erste Etappe* nach der Gründung der BRD war bestimmt durch

— die volle Restauration der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse unter dem maßgeblichen Einfluß der Westalliierten,

— einen durch Kriegseinwirkungen relativ wenig beeinflußten und noch einigermaßen funktionsfähigen Produktionsapparat und

— durch eine große und durch Flüchtlingsströme für viele Jahre immer wieder aufgefüllte Arbeitslosenreserve.

Die Kapitalverwertungsbedingungen waren entsprechend hervorragend: Die *Produktion* von Mehrwert war durch reichliche und billige Arbeitskräfte sowie durch den einsatzfähigen Produktionsapparat gewährleistet; die *Realisation* dieses Mehrwerts erfolgte durch den Nachholbedarf der westdeutschen Bevölkerung an Gütern der einfachen Lebenshaltung sowie durch die Ausfuhr, die durch den Korea-Boom zum erstenmal angeheizt wurde und seitdem ununterbrochen zunimmt und zusätzlichen Mehrwert absorbiert. Diese Phase der für die Unternehmer vollkommen unproblematischen Expansion dauerte etwa bis 1957.

Seit Ende der 50er Jahre ist die Produktion von Mehrwert von der Seite der Verfügbarkeit von Arbeitskräften her erschwert. Dies geht aus Tabelle 1 deutlich hervor: Während in den Jahren von 1950 bis 1957 im Durchschnitt jährlich 0,6 Mio. abhängig Beschäftigte in den Verwertungsprozeß eingegliedert wurden, lag die Zahl in der anschließenden Periode von 1958 bis zum Beginn der ersten großen Rezession 1966 bei 0,3, und der Durchschnitt betrug von 1966 bis 1973 sogar nur 0,1 Mio., und das trotz des großen Heeres ausländischer Gastarbeiter, die sich die westdeutschen Unternehmen ins Land geholt haben. Enger auf die unmittelbare industrielle Produktion bezogen, läßt sich die in der Verfügbarkeit von Arbeitskräften liegende Grenze der Kapitalverwertung durch die Entwicklung der in der Industrie geleisteten Arbeiterstunden verdeutlichen: Von 1950 bis 1957 betrug der jahresdurchschnittliche Zuwachs 4,7 %, in der Zeit von 1960 bis 1966 (1957 und 1966 können nicht miteinander verglichen werden, weil ab 1960 das Saarland und Westberlin mit in die statistische Darstellung eingehen) ging die Zahl der Arbeiterstunden dagegen um 1,5 % pro Jahr zurück, und in der Zeit von 1966 bis 1973 betrug der durchschnittliche Rückgang noch einmal 1,2 %. Insgesamt nahm die Zahl der in der Industrie geleisteten Arbeiterstunden von 1950 bis 1956 um 40,1 % zu, sank dagegen in der Zeit von 1960 bis 1973 um 16,8 %.

---

[8]) Vgl. zum folgenden auch Elmar Altvater/Jürgen Hoffmann/Wolfgang Schoeller/Willi Semmler, Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Volkhard Brandes (Hrsg.), Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974; Aike Blechschmidt, Profitentwicklung und Krise in der BRD-Industrie, im gleichen Handbuch.

Tabelle 1

Arbeitskräftepotential, Löhne und Gehälter, Arbeitsvolumen in der BRD a) 1950 bis 1974

Jahr	Arbeitskräftepotential Mio. Pers. Unselbst. Beschäftigte insg.	Deutsche	Ausländer	Arbeitslose	Löhne u. Gehälter Monatsverdienste DM	Veränd. in %	Arbeitsvolumen. Geleistete Arbeitsstunden i. d. Industrie
1	2	3	4	5	6	7	8
1950	13,7	13,7	—	1,6	243	—	9 240
51	14,3	14,3	—	1,4	283	16,3	10 218
52	14,8	14,8	—	1,4	305	7,9	10 501
53	15,3	15,3	—	1,3	326	5,9	10 885
54	16,0	15,9	0,1	1,2	340	5,2	11 516
55	16,8	16,7	0,1	1,0	377	7,9	12 484
56	17,5	17,4	0,1	0,8	396	8,0	12 952
57	18,0	17,9	0,1	0,7	417	5,2	12 624
1958	18,2	18,1	0,1	0,7	444	6,7	12 377
59	18,5	18,3	0,2	0,5	469	5,5	12 231
60	19,0	—	—	0,2	513	9,4	—
60	20,3	20,0	0,3	0,3	512	—	13 393
61	20,7	20,2	0,5	0,2	565	10,2	13 403
62	21,0	20,4	0,6	0,2	616	9,2	12 998
63	21,3	20,5	0,8	0,2	654	6,2	12 579
64	21,5	20,6	0,9	0,2	713	9,0	12 609
65	21,8	20,7	1,1	0,1	778	9,1	12 654
66	21,8	20,6	1,2	0,2	835	7,3	12 221
1967	21,0	20,0	1,0	0,5	862	3,3	10 986
68	21,2	20,2	1,0	0,3	916	6,2	11 322
69	21,8	20,4	1,4	0,2	1000	9,2	11 946
70	22,2	20,4	1,8	0,1	1148	14,7	12 246
71	22,4	20,3	2,1	0,2	1283	11,8	11 726
72	22,4	20,1	2,3	0,2	1398	9,0	11 210
73	22,6			0,3	1565	12,0	11 144

a) Bis 1960 (1. Zeile) ohne Saarland und Westberlin, Jahresdurchschnittswerte
Quellen: Unselbständige Beschäftigte und Arbeitslose: Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 7/2848, S. 222; geleistete Arbeitsstunden in der Industrie: ebd., S. 262. Monatsverdienste: Sozialbudget 1974, BT-Drucksache 7/2853, S. 144.

Die *zweite Etappe* der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus ist immer noch durch relativ günstige Verwertungsbedingungen gekennzeichnet. Der Knappheit an Arbeitskräften, die zu einem kontinuierlichen Ansteigen der Reallöhne und -gehälter vor allem in der Zeit nach 1957 führte, konnten die Unternehmer zum einen dadurch begegnen, daß sie bremsenden Einfluß auf die Lohnentwicklung in Westdeutschland ausübten. Zum anderen aber führten sie in großem Umfang Modernisierungen und Rationalisierungen des Produktionsapparates durch, wodurch Arbeitskräfte freigesetzt und zur weiteren anderweitigen Akkumulation verfügbar gemacht wurden [4]). Beide Strategien wurden vom Staat in vielfältiger Weise unterstützt.

4) Vgl. Robert Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, S. 117 ff.

Das Resultat dieser Bemühungen von seiten der Unternehmer und des Staates war einerseits ein weiteres, wenn auch verlangsamtes Ansteigen der Beschäftigten und der Produktion bei gleichbleibend günstigen Realisierungsbedingungen. Auf der anderen Seite aber wurde die Verwertung durch zwei Faktoren belastet: durch die trotz allem oder eben wegen der fortgesetzten Akkumulation weiter steigenden Löhne, die dämpfend auf die Ausdehnung des Mehrwerts wirkten; zum anderen durch die Ausdehnung des akkumulierten vergegenständlichten Kapitals, das im Vergleich zur Ausdehnung der Masse der Arbeitskräfte und des Arbeitsvolumens erheblich stärker zunahm. Tabelle 2 zeigt: In den Jahren 1950 bis 1957 nahm das Nettoausrüstungsvermögen im Unternehmensbereich, also das konstante fixe Kapital der Unternehmen, um jahresdurchschnittlich 8,6 Mrd. DM zu, in der Periode von 1958 bis 1967 dagegen um jahresdurchschnittlich 20 Mrd. DM.

Tabelle 2

Kapitalstock, Akkumulation und Produktion in der BRD 1950 bis 1973

Jahr	Kapitalstock Nettoausrüst.-vermögen im Unternehmensbereich [b] Mrd. DM		Akkumulation Bruttoausrüst.-Investitionen im Unternehmenbereich	Produktion Nettosozialprodukt zu Marktpreisen			
				nominal		Preise von 1962	
	Bestand am Jahresanfang	Zunahme		Mrd. DM	Veränd. in %	Mrd. DM	Veränd. in %
1950	52	—	8	90	—	131	—
51	57	5	10	110	22,2	145	10,7
52	71	14	12	125	13,6	159	9,7
53	76	5	13	136	8,8	172	8,2
54	78	2	15	146	7,4	185	7,6
55	84	6	19	167	14,4	208	12,4
56	97	13	21	185	18,7	222	6,7
57	111	14	21	201	8,7	234	5,4
1958	121	10	22	215	7,0	242	3,4
59	131	10	25	233	8,4	260	7,4
60	141	10	30	260	11,7	283	8,9
60	149	—	31	276	—	300	—
61	170	21	37	303	9,8	316	5,3
62	192	22	40	327	7,9	326	3,2
63	214	22	41	346	5,8	336	3,1
64	231	17	45	380	9,8	358	6,6
65	257	26	50	414	9,0	377	5,3
66	279	22	50	440	6,3	386	2,4
1967	301	22	46	442	0,5	382	—1,0
68	305	4	51	482	9,1	410	7,3
69	320	15	64	541	12,2	445	8,5
70	361	41	80	611	12,9	470	5,6
71	414	53	87	677	10,8	481	2,3
72	465	51	89	741	9,5	496	3,1
73	492	27	93	827	11,6	521	5,4

	1950—1957	1958—1966	1967—1973
Durchschnittliche Zunahme des Nettoausrüstungsvermögens im Unternehmensbereich in Mrd. DM	8,6	20	37
Durchschnittliches Wachstum des Nettosozialprodukts in %			
nominal	12,3	8,4	9,5
real	8,7	5,1	4,5

b) Wiederbeschaffungspreise
Quellen: „Wirtschaft und Statistik" 1972, S. 691*, Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1972, Stuttgart 1973, S. 198, Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 7/2848, S. 229.

Wenn wir hiermit die Angaben in Tabelle 1 vergleichen, so läßt sich feststellen, daß im Laufe des Übergangs von der ersten zur zweiten Etappe der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus größeren Zunahmen der zu verwertenden Kapitalwerte immer kleinere Zunahmen der Arbeitskräfte gegenüberstanden, deren Ausbeutbarkeit durch sinkende Arbeitszeiten und steigende Löhne noch zusätzlich beschränkt war. Die so durch die Rationalisierungsmaßnahmen des Kapitals selbst herbeigeführte Überakkumulation führte zur Krise 1966/68, die zum erstenmal in der Geschichte der BRD stagnierendes Sozialprodukt, sinkende Industrieproduktion, größere nicht nachkriegsbedingte Arbeitslosigkeit, umfangreiche Überkapazitäten und einen dadurch bedingten Produktionsausfall von über 30 Mrd. DM mit sich brachte, der bei einem Kapitalkoeffizienten von ca. 2,2 eine Kapitalentwertung von 6,6 Mrd. DM reflektiert.

Die *dritte Etappe* der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus beginnt mit der Krise 1966/68, die zu einer starken Disziplinierung der Arbeiterklasse — niedrigste Tarifabschlüsse seit dem Zweiten Weltkrieg — sowie zu einem starken Ansteigen der Unternehmenszusammenbrüche führt und insofern auch zu einer umfassenden Verbesserung der Verwertungsmöglichkeiten. In die gleiche Richtung wirken die Zunahme der Exportmöglichkeiten aufgrund der entgegengesetzten konjunkturellen Entwicklung in den meisten kapitalistischen Industrieländern sowie die staatlichen Gewinnsteigerungsmaßnahmen. Die Verbesserung der Akkumulationsbedingungen wurden von den westdeutschen Unternehmen in vollem Umfang ausgenutzt: In den Jahren 1969 und 1970 haben sie ihren Produktionsapparat in einem Maße erweitert, das einmalig in der Geschichte der BRD ist. Der Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen im Unternehmensbereich betrug in beiden Jahren jeweils über 25 %; insgesamt wurden nach 97 Mrd. DM in den Jahren 1967 und 1968 in den beiden folgenden Jahren 144 Mrd. investiert. In der dritten Etappe der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft (1967 bis 1973) haben die Unternehmer jährlich im Durchschnitt 72,9 Mrd. DM in ihren Produktionsapparat investiert, nach 8 Mrd. DM von 1950 bis 1957 und 20 Mrd. DM von 1958 bis 1966 (vgl. Tabelle 2) [5]).

Diese starke Steigerung der Investitionen führte natürlich zu einem erheblichen Anstieg des Werts des konstanten fixen Kapitals, dessen statistischer Indikator das Nettoanlagevermögen ist. Da die Zahl der Arbeitskräfte jedoch fast konstant blieb, war mit dieser Entwicklung bereits die Basis für die nächste, schwerere Krise gelegt. Die Tendenz hierzu wurde dadurch verstärkt, daß die Arbeitsmarktlage es den Gewerkschaften erlaubte, relativ hohe Tariflohnsteigerungen unter Mobilisierung, teilweise erst unter dem Druck der Basis durchzusetzen, was

5) Auf die Problematik der Indikatoren soll hier nicht eingegangen werden; vgl. dazu die durchaus noch nicht erschöpfenden Bemerkungen und nicht zufriedenstellenden Lösungsversuche bei Altvater und Blechschmidt in dem zitierten Handbuch 1: Perspektiven des Kapitalismus.

die in der Krise außerordentlich gestiegenen Ausbeutungs- und Disziplinierungsmöglichkeiten wieder in einem gewissen Umfang senkte [6]).

Diese beiden Faktoren führten mit Zwangsläufigkeit zu einer neuen krisenhaften Zuspitzung der Entwicklung, die sich zunächst 1971 in einem leichten Einbruch der Konjunktur andeutete und 1974 — am Rande verstärkt durch die Verteuerung des Erdöls aus den arabischen Staaten [7]) — in die schwerste ökonomische Krise in der Geschichte der BRD führte, die bisher 1,2 Mio. Arbeitslose und rund 1 Mio. Kurzarbeiter, also empfindliche Senkung des Lebensstandards für mehr als 2 Mio. Lohn- und Gehaltsabhängige brachte. Auch die Konkurszahl, die seit 1970 ununterbrochen ansteigt, lag 1974 mit ca. 7500 Unternehmenszusammenbrüchen so hoch wie in den beiden Krisenjahren 1967 und 1968 zusammen; für Januar 1975 wird eine neue Rekordzahl von 792 Konkursen gemeldet [8]).

Tabelle 3:

Entwicklung der Konkurse in der BRD seit 1960

1960:	*2 689*	*1968:*	*3 583*
1961:	*2 549*	*1969:*	*3 578*
1962:	*2 531*	*1970:*	*3 943*
1963:	*2 862*	*1971:*	*4 255*
1964:	*3 029*	*1972:*	*4 410*
1965:	*2 928*	*1973:*	*5 277*
1966:	*3 301*	*1974:*	*ca. 7 500*
1967:	*3930*		

Quelle: 1960 bis 1973: „IPW-Berichte", 8/1974; 1974: Verband der Vereine Creditform e. V. Neuss, venzanalyse III, o. O., o. J. (Neuss 1974), S. 1.

Zusammenfassend: Die ökonomische Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus in den letzten 25 Jahren ist gekennzeichnet zum einen durch eine außerordentlich günstige Verwertungssituation zu Beginn der Geschichte der BRD und zum anderen durch eine durch alle zyklischen Schwankungen hindurch erkennbar sich durchsetzende Verschlechterung der Verwertungsbedingungen. Diese Verschlechterung setzte ein mit der Erschöpfung der zur Verfügung stehenden Arbeitskraftreserve, wurde durch eine breite Rationalisierungswelle zunächst aufgefangen, die jedoch in die erste größere Krise 1966/68 führte. Das Ausmaß der in dieser Krise erfolgten Disziplinierung der Arbeiterklasse und der Kapitalentwertung, die günstige internationale Konstellation und die massive staatliche Gewinnförderungspolitik führten dann zu einem in der Geschichte der BRD beispiellosen ökonomischen Aufschwung, der eine ebenso beispiellose Krise in der Gegenwart zur Folge hatte.

Die über größere Zeiträume deutlich erkennbare Verlangsamung der realen gesamtwirtschaftlichen und industriellen Produktion sind unverkennbare Zeichen dafür, daß der Kapitalismus in der BRD sich immer schwerer tut, seine immanenten Verwertungsschranken zu überwinden. Das heißt nicht, daß er bereits am Ende aller Verwertungsmöglichkeiten ist, es heißt aber, daß die krisenhaften Prozesse sich vertiefen, die Entwertung des Kapitals und die Disziplinierung der Arbeiterklasse umfassender vor sich gehen muß, um die Akkumulations- und Verwertungsbedingungen wieder zu verbessern und einen neuen Aufschwung einzuleiten, der unter erschwerten Bedingungen auch neue Begleiterscheinungen

[6]) Vgl. hierzu Heinz Jung/Friedemann Schuster/Kurt Steinhaus, Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1966—1970, in: „Das Argument" 62, Dezember 1970, S. 873 ff.
[7]) Vgl. Josef Schleifstein/Kurt Steinhaus, Auswirkungen der Energiekrise in der BRD, in: „Marxistische Blätter", 1/1975, S. 26 ff.
[8]) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 19. 3. 1975, S. 27.

mit sich bringen wird, wie der letzte Aufschwung auch schon neue Begleiterscheinungen mit sich gebracht hat. Die wohl wichtigste dieser neuen Erscheinungen ist die gegenwärtige Inflation, in der sich die Profiterzielung noch weiter als bisher von der materiellen Produktion entfernt. Über ihre Ursachen soll im nächsten Abschnitt einiges gesagt werden, es läßt sich aber hier schon allgemein feststellen, daß auch die Inflation keine Perspektive für eine kontinuierliche Kapitalverwertung abgeben kann: in dem Maße, wie die Inflation fortschreitet, steigert sich auch die Masse des insgesamt zur Verwertung anstehenden Geldes, so daß die Situation der Überakkumulation beschleunigt herbeigeführt wird.

IV

Die Bedeutung der Monopole für die gegenwärtige Krise

Die Darstellung der Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation ist die unersetzliche Grundlage für die Erklärung der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus in der BRD und der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in ihren Hauptzügen. Sie reicht aber nicht aus, die konkreten Erscheinungsformen der gegenwärtigen Krise zu erklären, insbesondere folgt aus ihr noch nicht die Erklärung der Inflation, die zu den neuen Erscheinungsformen der Krise in der BRD gehört. Um bis zur Erklärung konkreter Prozesse zu gelangen, muß die Argumentation vielmehr weiterentwickelt und differenziert werden, muß die Konkurrenz und ihre Entwicklung zur monopolistischen Konkurrenz als das Medium einbezogen werden, in dem sich die allgemeinen Gesetze konkret durchsetzen und deren Entwicklung das konkrete Erscheinungsbild kapitalistischer Entwicklung und kapitalistischer Krise bestimmt.

Die bisherige Argumentation war nämlich insofern sehr abstrakt, als sie Akkumulation, Überakkumulation und Entwertung, also das innerste Wesen der Krise, immer nur vom Standpunkt des Gesamtkapitals betrachtet hat. Dieser Standpunkt reflektiert aber nicht die reale Bewegung: es bewegt sich nicht das Gesamtkapital als solches, sondern die Veränderungen des Gesamtkapitals zwischen zwei Zeitpunkten sind das Resultat der Bewegungen der vielen verschiedenen Einzelkapitale, die nicht in planvoll arbeitsteiliger Koordination eingesetzt werden, sondern isoliert und unabhängig voneinander produzieren bzw. produzieren lassen und auf den Märkten um den Absatz der produzierten Waren konkurrieren. Die Konkurrenz als permanenter Prozeß ist die grundsätzliche Bewegungsform des Kapitals als Bewegung der vielen Einzelkapitale, sie hält sie in den verschiedenen Entwicklungsetappen des Kapitalismus ebenso durch wie in den verschiedenen Phasen des kapitalistischen Zyklus. Was sich in beidem ändert, ist die Schärfe und die Form der Konkurrenz und damit die konkrete historische Verlaufsform, die ihrerseits wieder Wirkungen auf die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hat. Um die konkreten Erscheinungen der kapitalistischen Krisen und der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der BRD zu erklären, müssen die historischen Formen der Konkurrenz der Kapitale im gegenwärtigen Kapitalismus und speziell in der BRD kurz dargestellt und in ihrer Entwicklung erklärt werden.

Eine weitergehende theoretische Untersuchung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in seiner krisenhaften Verlaufsform ergibt, daß es gerade die kapitalistische Krise ist, die die historische Veränderung der Konkurrenz zu ihrer heute vorherrschenden Form, der monopolistischen Konkurrenz, zur politischen und ökonomischen Vorherrschaft großer Konzerne gefördert hat: Die allgemeine Überakkumulation verlangt außer der Erhöhung der Mehrwertrate und -masse —

der die Arbeiterklasse entgegensteht und die nur entsprechend dem jeweiligen Kräfteverhältnis durchsetzbar ist — die Entwertung, d. h. die Reduktion des akkumulierten Kapitalwertes. Dieser akkumulierte Kapitalwert existiert aber nicht als homogene Kapitalmasse, sondern als die Vermögenswerte vieler selbständiger Einzelkapitale, und die Entwertung des Gesamtkapitals bedeutet die Nichtverwertung, den Verlust oder Ruin für einen Teil der konkurrierenden Kapitale, also die Gefährdung oder den Verlust ihrer Existenz. Daß diese Gefährdung von den Kapitalisten nicht ohne Gegenwehr hingenommen wird, leuchtet ohne weiteres ein, jeder einzelne versucht vielmehr, den Verlust für sich zu vermeiden und auf die anderen abzuwälzen. Der Verlust für die Gesamtklasse ist unvermeidbar und vom übergeordneten Standpunkt des Gesamtkapitals auch zu begrüßen. Diesen übergeordneten Standpunkt des Gesamtkapitals gibt es aber in der Realität nicht, und so führen die insgesamt herrschenden Verwertungsschwierigkeiten zur Verschärfung der Konkurrenz [9]).

In diesem verschärften Konkurrenzkampf werden sich einige Kapitale aufgrund bestimmter historischer Vorteile besonders gut behaupten und auf Kosten anderer bereichern können, andere werden eine durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Profitrate erzielen, und wieder andere werden überhaupt zusammenbrechen und aus dem Konkurrenzkampf ausscheiden. Die ersten haben durch ihre hohen Profitraten einen Akkumulationsvorsprung erreicht, während die Kapitale mit niedrigen Profitraten in der Akkumulationskraft notwendigerweise zurückbleiben. Die Ausnutzung dieser in der krisenhaften Verschärfung der Konkurrenz entstandenen Unterschiede in der Akkumulationskraft im Prozeß der tatsächlichen Akkumulation führt zu unterschiedlichem Wachstum der Kapitale, zu unterschiedlichen Möglichkeiten der Produktivkraftentfaltung — Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet immer Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, was im Kapitalismus nur durch das Wachstum der Einzelkapitale möglich ist — zu Positionen, die neue Vorteile verschaffen und so die Ausgangspositionen für das Durchstehen der neuerlichen Verschärfung der Konkurrenz in der nächsten Krise verbessern. Der einmal historisch vorhandene Konkurrenzvorteil wird so zu einem systematischen Akkumulationsvorteil, der dem Einzelkapital ein überdurchschnittliches Wachstum erlaubt. Dieses überdurchschnittliche Wachstum bestimmter Kapitale verschafft ihnen in zunehmendem Maße Einfluß auf die gesamten Reproduktionsbedingungen in bestimmten Bereichen, läßt sie diese Produktionsbedingungen beherrschen und diese Herrschaft wiederum zur Steigerung ihrer Profite und damit ihrer Vorsprünge vor anderen Kapitalen ausnutzen. Auf der anderen Seite bleiben die anderen in den gleichen Bereichen vorhandenen Kapitale immer weiter hinter dem oder den wenigen Großunternehmen zurück, werden in ihren Reproduktionsbedingungen und -möglichkeiten immer mehr von diesen abhängig, in ihren Profiterzielungsmöglichkeiten folglich immer mehr eingeschränkt.

Die Herausbildung der großen, die Reproduktionszusammenhänge maßgeblich beherrschenden Einzelkapitale und die Polarisierung des Gesamtkapitals in monopolistische und nichtmonopolistische Kapitale ist die notwendige Konsequenz der krisenhaften kapitalistischen Akkumulation, ihrer Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche. Historisch hat sie zur Herausbildung des Monopolkapitalismus oder Imperialismus geführt, der durch die ökonomische Dominanz und die

[9]) „Sobald es sich (aber) nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder." Karl Marx, Das Kapital, 3. Band, MEW 25, S. 263.

Umsetzung dieser Dominanz in politische Herrschaft der großen Konzerne gekennzeichnet ist. Monopole stehen nicht außerhalb der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus überhaupt, aber ihre Machtposition erlaubt es ihnen weitgehend, die Folgen der Krisen von sich abzuwälzen; ökonomisch geschieht dies durch die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten sowie durch die Aneignung von Profit anderer Kapitale; politisch geschieht es durch das Einschlagen eines zunehmend reaktionären Kurses und einer Politik, die die weitgehende Zurückdrängung nicht nur der Positionen der Arbeiterklasse, sondern auch bürgerlicher Freiheiten und Rechte zum Ziel hat, in deren Namen einst der Kampf des Kapitals gegen das Feudalsystem erfolgreich geführt wurde, die aber gegenwärtig den durch die Krise bedingten verschärften Verwertungsstrategien der Konzerne zunehmend im Wege sind.

Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus ist die dem Kapital eigene und durch Kapitalwanderungen und die Bildung von Produktionspreisen unter „normalen" Bedingungen stattfindende Ausgleichsbewegung zur Bildung einer einheitlichen Durchschnittsprofitrate für alle Kapitale in ihrer Realisierung blockiert. Die Beherrschung ganzer Reproduktionszusammenhänge durch die Monopole, ihr Abschluß vor freier Kapitalwanderung, also die Besetzung bestimmter für die Reproduktion notwendiger Konkurrenzpositionen — Finanzierungsressourcen und -institutionen, Rohstoffquellen, Produktionspatente, Absatzmärkte usw. — durch die großen Konzerne führt dazu, daß diese die Preise über dem durch Kosten und Durchschnittsprofit bestimmten Niveau dauerhaft halten und — wenn auch nicht grenzenlos — weiter steigern können und so — vorausgesetzt, der Bankenapparat versorgt die Gesamtwirtschaft weiter mit Geld — inflationäre Prozesse in Gang setzen und beschleunigen, wie es gegenwärtig in allen kapitalistischen Industrieländern der Fall ist. Das Ergebnis dieser monopolistischen Positionen und Strategien ist die Erzielung von Monopolprofiten auf seiten der großen Konzerne, von unterdurchschnittlichen und die Akkumulationsbedingungen erschwerenden Profiten auf der Seite der nichtmonopolistischen Unternehmen. Die wegen des geringen Profitanteils zu ihrer Expansion auf Kredite angewiesenen nichtmonopolistischen Kapitale geraten auch auf diesem Wege — wegen der Beherrschung der Finanzinstitutionen durch die Konzerne — zunehmend in Abhängigkeit zum Großkapital.

Selbstverständlich hat die Herausbildung des Monopolkapitals in Deutschland nicht erst in den letzten Jahren begonnen, sondern reicht in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts zurück [10]). Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals hat sich jedoch in den letzten Jahren nicht zuletzt unter dem Einfluß der Krise 1966/68 erheblich beschleunigt, und die gegenwärtige inflationäre Entwicklung ist ein deutlicher Hinweis auf die Verstärkung der Macht der großen Konzerne in der BRD.

Statistisch läßt sich die Zunahme der Kapitalkonzentration in der BRD an der wachsenden Zahl von Unternehmenszusammenschlüssen ablesen, die als Ergebnis der verschärften Konkurrenz nicht zuletzt auch aus dem Ausland seit 1966 mehr oder minder freiwillig zustandegekommen sind: Während in den Jahren seit Inkrafttreten des Kartellgesetzes (und der damit verbundenen Anmeldepflicht für Fusionen bestimmter Größenordnungen) am 1. Januar 1958 bis zum Ausbruch der ersten ernsten Wirtschaftskrise in der BRD Ende 1966 nur *insgesamt* 231 Fusionen gemeldet worden sind, nahm diese Zahl in den folgenden Jahren erheblich zu und erreichte 1969 und 1974 außergewöhnliche Höhen (vgl. Tabelle 4).

[10]) Vgl. hierzu beispielhaft Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Band III: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin (DDR) 1974, insbes. 2. Kapitel.

Tabelle 4

Entwicklungen der anmeldepflichtigen Zusammenschlüsse von 1967 bis 1974

1967:	*65*	*1971:*	*220*
1968:	*65*	*1972:*	*269*
1969:	*168*	*1973:*	*242*
1970:	*305*	*1974:*	*318*

Quelle: 1967 bis 1973: Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1973 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet, BT-Drucksache 7/2250, S. 40; für 1974: „Presseinformationen des Bundeskartellamtes", Nr. 7/1975.

Von 1966 bis 1973 gab es insgesamt 353 „große" Zusammenschlüsse, bei denen die Bilanzsumme des erworbenen Unternehmens mindestens 25 Mio. DM beträgt, dabei wurden Vermögenswerte in Höhe von 30 Mrd. DM erworben [11]).

Das Ausmaß, in dem die großen Konzerne die ökonomische Aktivität in bestimmten Bereichen gegenwärtig schon beherrschen, kommt — wenn auch wegen der vielen nicht genau meßbaren Einflüsse über Personalverflechtungen in Vorständen und Aufsichtsräten, über faktische, aber statistisch kaum zu ermittelnde Abhängigkeiten bei weitem nicht erschöpfend — in den Umsatz- oder Beschäftigtenanteilen zum Ausdruck, die eine bestimmte Anzahl der größten Unternehmen an der Gesamtwirtschaft, der Gesamtindustrie oder an einer Branche auf sich vereinigen. So entwickelte sich der Anteil der 10 größten Industrieunternehmen am gesamten inländischen Industrieumsatz von 12,3 % im Jahre 1966 auf 13,8 % in 1969 und 13,6 % in 1973, die entsprechenden Anteilszahlen der 50 größten Industrieunternehmen lauten für 1966: 36,2 %, für 1969 39,6 % und für 1973: 41,7 %.

Noch deutlicher kommt das Gewicht der großen Konzerne auf den inländischen Märkten zum Ausdruck, wenn man einzelne Branchen betrachtet. So vereinigten die vier größten Unternehmen im Jahre 1973 in der Automobilindustrie fast drei Viertel, in der Chemieindustrie weit über die Hälfte und in der Elektroindustrie mehr als 40 % des gesamten Inlandsumsatzes der Branche auf sich (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5

Anteile der Inlandsumsätze der vier größten Unternehmen einer Branche an den jeweiligen Inlandsumsätzen der Branche, 1965 bis 1973

	1965	*1967*	*1969*	*1971*	*1973*
Automobilindustrie (VW, Daimler, Opel, Ford)	*55,6*	*58,7*	*64,3*	*63,6*	*73,7*
Chemische Industrie (Hoechst, Bayer, BASF, Henkel)	*34,0*	*34,8*	*47,0*	*49,4*	*56,8*
Elektroindustrie (Siemens, AEG, Bosch, SEL/IBM)	*40,8*	*45,6*	*51,8*	*46,1*	*42,6*

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und den jährlichen Aufstellungen der größten Unternehmen in der „Süddeutschen Zeitung".

Diese starke und überwiegend zunehmende Konzentration des Umsatzes und damit der Produktion, der entscheidenden Masse der Produktionsmittel und der Produktionsbedingungen bei wenigen Konzernen hat Folgen für den konkreten Verlauf der Wirtschaftskrise in der BRD. Sie bedeutet eine Machtstellung dieser Konzerne, die es ihnen ermöglicht, die Krise weitgehend ungeschoren zu überstehen, in ihr vielmehr weiter und besonders vorteilhaft zu akkumulieren, die

[11]) Kartellbericht 1973, BT-Drucksache 7/2250, S. 42.

Krisenlasten auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung und der nichtmonopolistischen Kapitale abzuwälzen.

Die Ausnutzung derartiger strategischer Positionen und Möglichkeiten durch die Großunternehmen bedeutet nicht, daß die Gesetzmäßigkeiten der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus außer Kraft gesetzt und durch willkürliche einzelkapitalistische Strategien ersetzt würden. Die Gesetze bestehen weiter und besagen, daß es im Zuge der kapitalistischen Akkumulation zu Überakkumulation, d. h. zu Krisen kommen muß, in deren Verlauf zur Wiederankurbelung der Akkumulation die Mehrwertrate und -masse erhöht und das vorhandene Kapital entwertet werden muß. Ebensowenig wie die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aber etwas darüber aussagen, ob und in welchem Umfang es dem Kapital in einer bestimmten historischen Situation gelingt, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Schichten tatsächlich nachhaltig zu verschärfen und von daher die Profitbedingungen zu verbessern, ebenso wenig sagen sie etwas darüber aus, in welcher konkreten Form die Kapitalentwertung vor sich geht und welche Teile des Kapitals sie besonders betrifft.

Auch im monopolistischen Kapitalismus findet in der Krise Kapitalentwertung statt: Das Mißverhältnis zwischen akkumuliertem Kapitalwert und verfügbarem Mehrwert wird u. a. durch die Senkung dieses Kapitalwerts, durch Nichtverwertung, Ruin und Ausscheiden eines Teils der Kapitale beseitigt oder gemildert. Diese Kapitalentwertung findet aber unter den Bedingungen der Dominanz großer Konzerne einseitig auf seiten der nichtmonopolistischen Kapitale statt, während die Konzerne sich in der allgemeinen Entwertungsbewegung relativ ungestört weiterverwerten und ihre Expansion verstärkt vorantreiben. Die strategischen Vorteilspositionen im Reproduktionsprozeß ermöglichen es ihnen, durch Angebotsverknappung und Preissteigerung, durch Waren- und Kapitalexport [12]) und die Verlagerung von Betrieben in Niedriglohnländer usw. die Produktion und Realisierung von Mehrwert bzw. Profit auch dann aufrechtzuerhalten und sogar zu steigern, wenn die gesamte in einem Land produzierbare und als Profit realisierbare Mehrwertmasse stagniert oder sogar schrumpft.

Die Einseitigkeit der krisenhaften Kapitalentwertung, die Polarisierung in Kapitalentwertung auf der einen und kontinuierliche Verwertung auf der anderen Seite kann durch eine Gegenüberstellung der Struktur der Unternehmenszusammenbrüche auf der einen und der Expansion der großen Konzerne auf der anderen Seite wenigstens andeutungsweise auch in Zahlen verdeutlicht werden:

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang zunächst die Verteilung der Konkurse auf die verschiedenen Unternehmensgrößenklassen; hierüber gibt es allerdings keine offiziellen statistischen Angaben. Der Verband der Vereine Creditreform in Neuss, der für Kreditinstitute die Kreditwürdigkeit potentieller Kunden prüft, hat jedoch eine Untersuchung über 373 in der Zeit von Juni bis November 1974 in verschiedenen Branchen angefallene Konkurse angestellt und kommt hinsichtlich der Verteilung dieser Zusammenbrüche auf Beschäftigtengrößenklassen zu dem in Tabelle 6 wiedergegebenen Ergebnis, zu dem er bemerkt: „Es fällt auf, daß Betriebe in der Größenordnung von 1 bis 200 Beschäftigten besonders häufig von Insolvenzen betroffen werden, in der vorliegenden Untersuchung sogar bis zu 91,9 %. Da man Unternehmen dieser Größenordnung grundsätzlich der mittelständischen Industrie zugehörig rechnen muß, wird einmal mehr der starke Druck deutlich, der von der seit Mai 1973 andauernden Restriktionsphase auf diesen Wirtschaftsbereich in kreditpolitischer Hinsicht ausgeübt

12) So hat sich im vergangenen Jahr der Kapitalexport westdeutscher Unternehmen nach einer Zusammenstellung des Bundeswirtschaftsministeriums außerordentlich gesteigert; vgl. SZ v. 19. 3. 1975, S. 28.

wird" [13]). Kapitalentwertung findet also weitgehend auf der Seite der kleineren Kapitale statt, die wegen ihrer geringeren Profitraten und -massen auf äußere Finanzierungsquellen zur Aufrechterhaltung der Akkumulation angewiesen sind, auf Finanzierungsquellen, die ihnen aber gerade nicht zur Verfügung stehen.

Tabelle 6:

Insolvenzen nach Betriebsgröße

Beschäftigte	Insolvenzen absolut	in %
1 — 5	55	14,7
6 — 10	49	13,1
11 — 50	142	30,1
51 — 200	97	26,0
201 — 500	24	6,4
501 — 1000	2	0,5
über 1000	4	1,1

Quelle: Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss, Insolvenzanalyse III, o. O., o. J. (Neuss 1974), S. 3.

Diesen Gefahren der Nichtverwertung und des Ruins ist das monopolistische Kapital nicht nur wegen seiner strategischen Konkurrenzvorteile gegenüber anderen Kapitalen im Bereich von Finanzierung, Beschaffung, Produktion und Absatz nicht ausgesetzt, sondern auch deshalb nicht, weil seine schiere Größe seinen Zusammenbruch und die damit verbundenen Massenentlassungen zu einem sozialen Problem ersten Ranges werden ließe, das zu erheblichen Unruhen und gegen das Profitsystem überhaupt gerichteten Kämpfen führen könnte. Derartigen Unruhen muß aber die Regierung, die den sozialen Frieden als Grundlage aller Verwertung zu gewährleisten hat, vorbeugen, und sie tut dies durch die Gewährung von profitstabilisierenden Subventionen. Diese Notwendigkeit, Zusammenbrüche von Großunternehmen aus Gründen des Systemfriedens unter allen Umständen zu verhindern, läßt sich nun wieder trefflich in die Verwertungsstrategie der großen Konzerne einbauen und als Hebel weiterer Gewinnsteigerung verwenden. Jüngstes, aber nicht einziges Beispiel hierfür ist die Strategie des Volkswagenwerks, das die Bundesregierung und die baden-württembergische Landesregierung schlicht mit der Androhung der Schließung des Werkes in Neckarsulm und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit von über 10 000 Lohn- und Gehaltsabhängigen erpreßt, um staatliche Subventionen zu erhalten. Ähnliche Vorgänge waren in den letzten Jahren u. a. im Steinkohlebergbau, in der Luftfahrtindustrie und auf dem Werftensektor zu beobachten. Es spricht für die Unentwickeltheit des Klassenkampfes in Westdeutschland, daß die Regierungen sich derartigen Erpressungen in der Regel widerstandslos beugen, statt auf der Basis einer breiten gewerkschaftlichen Mobilisierung die naheliegende andere Konsequenz zu ziehen, die betreffenden Konzerne und Industriezweige zu vergesellschaften, d. h. in Staatseigentum bei demokratischer Kontrolle der gewählten Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter zu überführen und zum Grundstock gesellschaftlicher Planung zu machen.

Die großen Konzerne sind in der Krise in der Regel nicht nur nicht vom Ruin bedroht. Der weitgehenden Verlagerung fast der gesamten Kapitalentwertung auf die Seite der nichtmonopolistischen kleinen und mittleren Unternehmen entspricht vielmehr auf der anderen Seite die kontinuierliche Steigerung des Um-

[13]) Verband der Vereine Creditreform, Neuss, Insolvenzanalyse III, o. O., o. J. (Neuss 1974), S. 3 f.

satzes, der Akkumulation und der Gewinne auf der Seite der Konzerne. Die in Tabelle 7 grob zusammengestellten Daten sollen hiervon einen Eindruck geben. Aus ihnen geht jedenfalls hervor, daß in der Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr die Investitionen zurückgegangen und auch der durch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zum Ausdruck gebrachte Teil der Profite gesunken ist, daß dagegen bei den großen Konzernen die Investitionen einigermaßen kontinuierlich, z. T. ganz außerordentlich stark gestiegen sind. Wenn trotz dieser nachweisbaren Steigerung der Gewinne der großen Konzerne von einer Krise gesprochen werden kann und die statistischen Durchschnittswerte der Investitionen und der Gewinne stagnieren oder sinken, dann signalisiert das die Tiefe der Polarisierung, die sich hinter diesen statistischen Durchschnitten verbirgt.

Diese Polarisierung der Verwertungsbedingungen spricht in aller Deutlichkeit der Propaganda der Unternehmerverbände und der Bundesregierung Hohn. Es haben sich nicht *die* Verwertungsbedingungen *der* Unternehmer verschlechtert, nicht

Tabelle 7

Entwicklung von Investitionen und Gewinnen in der Gesamtwirtschaft und bei einigen Konzernen 1972 bis 1974

		1972	1973	1974	1975
Gesamtwirtschaft					
Bruttoausrüstungsinvestitionen	*Mrd. DM*	*93*	*96*	*94*	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [c]	*Mrd. DM*	*201*	*219*	*217*	
Hoechst-Konzern					
Investitionen in Sachanlagen	*Mio. DM*	*1468*	*1060*	*1500*	*2800* [d]
Gewinne in % des Kapitals [e]		*31*	*40*	*52*	
BASF-Konzern					
Investitionen in Sachanlagen	*Mio. DM*	*915*	*1170*	*1450*	*1500* [d]
Gewinne in % des Kapitals [e]		*33*	*43*	*56*	
Bayer-Konzern					
Investitionen in Sachanlagen	*Mio. DM*	*1135*	*1213*	*1136*	*1800* [d]
Gewinne in % des Kapitals					
Siemens-Konzern					
Investitionen in Sachanlagen	*Mio. DM*	*812*	*954*	*1183*	
Gewinne in % des Kapitals		*45*	*53*	*58*	
AEG-Konzern					
Investitionen in Sachanlagen	*Mio. DM*	*363*	*444*	*483*	
Gewinne in % des Kapitals		*7*	*21*	*22*	
Thyssen-Konzern					
Investition in Sachanlagen	*Mio. DM*	*730*	*929*	*871*	
Gewinne in % des Kapitals		*4*	*23*	*30*	
Mannesmann-Konzern					
Investitionen in Sachanlagen	*Mio. DM*	*540*	*432*	*230*	
Gewinne in % des Kapitals		*38*	*38*	*48*	

c) Als Teil und Indikator des gesamten Gewinns genommen.
d) Geplante Investitionen für 1975.
e) Bereinigte Gewinne nach den Berechnungen der Berliner Handels-Gesellschaft — Frankfurter Bank.
Quellen: Gesamtwirtschaft 1972 und 1973: Jahresgutachten 1974, a. a. O., S. 230 und 236. 1974: „DIW-Wochenbericht", 8/1975, S. 58. Konzerninvestitionen: 1972 und 1973: Geschäftsberichte, 1974 und 1975 (geplante Investitionen): verschiedene Pressemeldungen. Konzerngewinne: Berliner Handels-Gesellschaft — Frankfurter Bank, Ausgewählte Daten zur Bewertung deutscher Aktiengesellschaften, Ausgabe 30. 9. 1974.

die Investitionsneigung hat nachgelassen, und es sind auch nicht *die* Unternehmensgewinne gesunken. Dies muß selbst einer der Hauptschreiber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) feststellen; er schreibt im Ergänzungsblatt der FAZ, dem „Blick durch die Wirtschaft": „Die Entwicklung der einzelnen Umsatzbereiche ist also geradezu konträr verlaufen: Bei den Firmen unter 1 Mrd. DM Umsatz hat sich die Gewinnsituation 1973 im Schnitt verschlechtert, bei den Großen dagegen wesentlich verbessert" [14]). Folgerungen werden aus dieser immerhin bemerkenswerten Feststellung jedoch nicht gezogen.

Natürlich können die Verwertungsbedingungen für die Bedürfnisse des Kapitals niemals gut genug sein, und die Konzerne stimmen selbstverständlich besonders laut in die Klagen über die sinkenden Gewinne ein, und das um so bereitwilliger, als es wiederum diese Konzerne sind, die am meisten von den staatlichen Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise profitieren; sie kassieren den größten Teil der Investitionszulagen für Investitionen, die sie ohnehin unternommen hätten, sie nützen die Abschreibungsvergünstigungen am besten aus und sie ziehen auch den größten Teil der Staatsaufträge zur Ankurbelung der Wirtschaft an sich.

Es bleibt bei alledem natürlich wahr, daß die Verschärfung der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, die gesetzmäßig im Zuge der Akkumulation immer wieder produzierte Überakkumulation, der tendenzielle Fall der Profitrate die letzten Ursachen auch der gegenwärtigen Krise in der BRD sind. Gleichzeitig ist es aber auch wahr und wichtig, daß der konkrete Verlauf, in dem sich diese allgemeine Erschwerung der Kapitalverwertung in der BRD durchsetzt, durch eine weitgehende Polarisierung der Verwertungsbedingungen zwischen monopolistischen und nichtmonopolistischen Kapitalen gekennzeichnet ist. Dies zu erkennen, bedeutet nicht nur die Weiterführung der wissenschaftlichen Analyse auf ein konkretes Niveau, auf dem die realen Erscheinungsformen begreifbar werden; es bedeutet gleichzeitig die Entwicklung einer Basis für politische Programmatik und Praxis, die an die konkreten Erscheinungsformen der gegenwärtigen Situation anknüpft und diese zum Ausgangspunkt politischer Forderungen macht. Nur so können Forderungen gefunden und formuliert werden, die auch jenen plausibel, wünschenswert und realisierbar erscheinen, die nicht von der Notwendigkeit der Abschaffung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus überzeugt sind. Die Aufstellung solcher Forderungen aber kann zum einen die notwendige breite machtpolitische Basis schaffen, die zur Veränderung der Verhältnisse notwendig ist; und nur im Kampf um die Realisierung derartiger Forderungen können zum anderen Lernprozesse inganggesetzt werden, die eine breite Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit der Abschaffung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus überzeugen und sie veranlassen werden, aus dieser Einsicht die notwendigen politischen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen.

V

Ansatzpunkte und Perspektiven fortschrittlicher Politik in der Krise

Welche politischen Folgerungen lassen sich aus den bisher gewonnenen Einsichten ziehen, den Einsichten nämlich, daß die gegenwärtige Krise erstens das Ergebnis des Wirkens allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und nicht das Ergebnis falscher Wirtschaftspolitik ist und zweitens,

[14]) „Blick durch die Wirtschaft" v. 13. 2. 1975, S. 4.

daß die Form, in der sich diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten gegenwärtig in der BRD konkret durchsetzen, durch eine Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen und der nichtmonopolistischen Kapitale bei gleichzeitiger ungebrochener Verwertung der großen Konzerne, durch verschärfte gesellschaftliche Polarisierung also, gekennzeichnet ist?

Welche politischen Forderungen könnten die fortschrittlichen Kräfte auf dieser Basis formulieren, welche Schritte können sie gehen und was können sie durchsetzen?

Mir scheint, daß Folgerungen und Forderungen in dreierlei Hinsicht und Richtung zu formulieren sind:

1. Die Erkenntnis, daß die Krise notwendig zum Kapitalismus gehört, muß weder zu Resignation Anlaß geben, noch kann sie mit der kurzschlüssigen Formel „Kapitalismus muß weg" beantwortet werden. Aus ihr folgt vielmehr die Aufforderung, den gewerkschaftlichen Kampf um die Erhaltung und Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen mit aller Konsequenz zu führen: Es ist klar, daß Kurzarbeit und Zwangsurlaub, Betriebsverlagerungen und -stillegungen ebenso wie die niedrigen Tarifabschlüsse der letzten Monate den materiellen Lebensstandard der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung unmittelbar verschlechtern. Wenn es aber ebenso klar ist, daß die kampflose Hinnahme der Strategien der Unternehmer zur kapitalistischen Lösung der Krise die materielle Lage der Werktätigen auch langfristig keineswegs verbessert, daß vielmehr der auf dem Rücken und auf Kosten der werktätigen Bevölkerung herbeigeführte Aufschwung über kurz oder lang unweigerlich erneut zur Krise mit neuer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung führen wird, dann besteht auch nicht mehr der leiseste Anschein einer sachlich notwendigen und akzeptablen Grundlage für die an die Bevölkerung gerichteten Verzichtsappelle von seiten der Unternehmer und der Regierung.

Die gegenwärtig geübte gewerkschaftliche Verzichtspolitik rechtfertigt sich durch die Vertröstung auf die Krisenüberwindung in der Zukunft, in der dann der Lebensstandard wieder verbessert werden könne. Der Nachweis, daß eine solche Verbesserung zwar durchaus denkbar ist, aber wiederum nur kurzfristigen Charakter haben kann, von neuen Krisen bedroht ist, daß Unsicherheit und periodische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsabhängigen historisch ebenso wie theoretisch zum Kapitalismus gehören, entzieht einer solchen Politik und ihrer Rechtfertigung den Boden und kann dazu beitragen, das notwendige Umdenken in den Gewerkschaften zu fördern und sie statt zu undemokratischer Abschottung vor aller Kritik an ihrer bisherigen Verzichtspraxis zu konsequenterer Vertretung der Interessen der Werktätigen zu veranlassen.

Freilich wird eine solche konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung die gegenwärtige Krise weder lösen noch mildern; indem sie die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen verhindert oder zumindest entschieden bekämpft, wird sie jedoch deutlicher machen und allgemein ins Bewußtsein heben, daß die Krise eine Krise der Unternehmergewinne ist, daß es sich um eine Krise der herrschenden Klasse handelt, die auf die beherrschten Teile der Gesellschaft abgewälzt werden soll. Der Kampf hiergegen, der Kampf um Aufrechterhaltung und Steigerung des realen Lebensstandards, gegen Kurzarbeit, Zwangsurlaub und Betriebsstillegungen verstärkt auf der einen Seite die Krise des Kapitals, verbessert auf der anderen Seite aber auch die Ausgangsbedingungen für die Beseitigung der Krisen durch die Beseitigung des sie produzierenden Mechanismus.

2. Die Einsicht in die gesellschaftliche Polarisierung, die sich im Gewicht und der Kontinuität der Gewinnerzielung der großen Konzerne inmitten der Krise ausdrückt, liefert zugleich sichtbare und einsehbare Ansatzpunkte für den Kampf um die Erhaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen: Unter den Bedingungen allseitiger Angriffe auf den Lebensstandard der Unselbständigen sind die weiter steigenden Konzerngewinne natürlicherweise geeignete Angriffspunkte für die Politik der fortschrittlichen Kräfte, die Beschneidung dieser Gewinne und ihre Nutzbarmachung für die Versorgung der Bevölkerung wird zu einem Kernpunkt breiteste Kreise der Bevölkerung vereinigender und über den Horizont akuter Krisensituationen hinausweisender, wenn auch an ihnen entzündeter Forderungen des ökonomischen Kampfes.

Notwendige Voraussetzung, um in dieser Richtung plausible und realistische Forderungen formulieren zu können, sind allerdings bessere Informationen über die Entwicklung der Akkumulation und Gewinne der großen Konzerne, Informationen, die man gegenwärtig nur durch mühsame Kleinarbeit mit detektivischem Spürsinn und mannigfachen Rechenkunststücken zusammentragen kann. Erste und der eigentlichen Gewinnbeschränkung vorgelagerte Forderung muß also die nach „gläsernen Taschen" oder Bilanzen, nach vollständiger Veröffentlichung aller für die Beurteilung der ökonomischen Entwicklung eines Unternehmens relevanten Tatbestände sein.

Auf der Basis einer solchen umfassenden Information lassen sich antimonopolistische Forderungen nach Beschneidung der Monopolprofite und Nutzbarmachung der dadurch gewonnenen Mittel im Interesse der werktätigen Bevölkerung zielen, vor allem in dreierlei Richtung konkretisieren:

— als Forderung nach demokratischer Kontrolle der Preispolitik der Konzerne. Eine solche Politik, die selbstverständlich auf voller Information über die Kostenentwicklung aller Unternehmensbereiche beruhen müßte, könnte die Ausnutzung monopolistischer Macht- und Marktpositionen durch Preistreiberei verhindern, etwa durch einen Preisstopp, wie ihn die DKP gegenwärtig fordert, aber auch durch eine differenzierte Preiskontrolle unter breiter Beteiligung der Bevölkerung; sie könnte dadurch die Preise in bestimmten Bereichen niedrig halten und so sonst den Konzernen zugeflossene Monopolgewinne in zusätzliche Kaufkraft der Bevölkerung verwandeln;

— als Forderung nach verschärfter Besteuerung der Konzerngewinne. Die verschärfte Besteuerung von Konzerngewinnen könnte die Mittel zur Verfügung stellen, aus denen bestimmte Projekte im Interesse der Bevölkerung finanziert werden könnten. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Bürgerinitiative gegen die Fahrpreiserhöhung in Hannover, die fordert, von der regionalen Großindustrie und den Warenhauskonzernen eine Nahverkehrsabgabe zu erheben und hieraus die Verbesserung des Nahverkehrssystems im Raum Hannover zu finanzieren;

— als Forderung nach demokratischer Kontrolle der Investitionen. Auch über die demokratische Kontrolle und Lenkung der Konzerninvestitionen, deren Schlüsselposition für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung oben angedeutet wurde, können dem hemmungslosen, durch den Systemmechanismus erzwungenen Gewinnstreben der Konzerne gegenüber die Interessen der Bevölkerung an ausreichender Versorgung mit qualitativ guten Produkten der Lebenshaltung, an Erhaltung der Umwelt, Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens usw. mit mehr Nachdruck vertreten werden.

Alle derartigen Strategien — ebenso wie die nach Vergesellschaftung bestimmter Konzerne oder Sektoren, demokratischer und an den Interessen der Bevölke-

rung orientierter Wirtschafts- und Haushaltspolitik — laufen darauf hinaus, mit den Konzerngewinnen auch die Dispositionsfreiheit der großen Konzerne bzw. ihrer Eigentümer oder Manager einzuschränken. Sie zielen darauf ab, Umfang und Produktion nicht mehr ausschließlich am Maximum (oder „Optimum") des Konzernprofits, sondern an bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren, bringen also ein Moment gesellschaftlicher Gesamtplanung in die Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse und Entwicklungen.

Der Kapitalismus, dessen Basis und wesentliches Kennzeichen das Privateigentum an Produktionsmitteln und der Zwang zur einzelkapitalistischen Verwertung ist, wäre hiermit noch nicht abgeschafft, die Wirksamkeit seines Funktionsmechanismus wäre allerdings spürbar eingeschränkt: In dem Maße, wie Momente gesellschaftlicher Planung gegenüber dem Profitmaximierungszwang der Konzerne an Gewicht gewinnen — durch die Einführung bzw. Verstärkung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung in den Betrieben, durch die Ausrichtung der Entscheidungen in den mitbestimmten Konzernen an demokratisch unter Beteiligung der Werktätigen und ihrer Massenorganisationen erstellten regionalen, nationalen oder branchenspezifischen Entwicklungsplänen, durch die Einrichtung demokratischer Wirtschafts- und Sozialräte auf regionaler und nationaler Ebene —, in dem Maße also, wie das Profitprinzip als Zwangsgesetz der Bewegung des als Kapital fungierenden Privateigentums zwar noch existiert, sich aber nicht mehr in vollem Umfang durchsetzen kann, in diesem Maße würde zwar nicht die *Tendenz* zur Krise beseitigt, könnte aber der *akute Ausbruch* von Krisen verhindert und die Lage der Werktätigen und der anderen nichtmonopolistischen Teile der Gesellschaft langfristig stabilisiert werden.

Die Krise ist eine gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus; in dem Maße aber, wie es gelingt, die beherrschenden Monopole durch Eindämmung ihrer Gewinne und Kontrolle ihrer Politik dem Funktionszwang der Kapitalverwertung zumindest teilweise zu entziehen — und ob dies gelingt, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses und nicht der Gesetzmäßigkeit —, wird auch die Krise immer noch zu einer jederzeit drohenden und ständig zu bekämpfenden Gefahr, aber nicht mehr zu einer unausweichlichen Perspektive der ökonomischen Entwicklung.

Die Perspektive der Überwindung und Verhinderung der kapitalistischen Krisen liegt also nicht in einer Verzichtspolitik, die sich auf die immer wieder neue Krisen produzierende „Sachlogik" des Kapitals einläßt, sondern in einem schrittweisen Zurückdrängen und Außerkraftsetzen der Möglichkeiten und Zwänge zur Profitakkumulation der großen Konzerne, in einer Strategie, die über Preiskontrolle, verschärfte Profitbesteuerung, Investitionslenkung und eine Reihe anderer Instrumente Elemente gesellschaftlicher Planung gegenüber den Monopolen durchsetzt; in diesen Elementen gesellschaftlicher Planung werden die Interessen der werktätigen Bevölkerung ebenso realisiert, wie den nichtmonopolistischen Kapitalen in der Ausarbeitung ihrer Rolle in einer demokratischen Gesamtplanung eine längerfristige krisensichere Perspektive eröffnet würde.

3. Ein antimonopolistisches Programm dieser Art kann sich selbstverständlich nicht auf die Wirtschaft beschränken. Jede Einschränkung der Gewinnerzielungs- und Dispositionsfreiheit des Großkapitals schränkt mit dessen Verwertungsspielraum auch seine politische Machtstellung ein und muß aus beiden Gründen erbitterten Widerstand von seiten der großen Konzerne und seiner politischen Vertreter hervorrufen. Je breiter und solider die ökonomische Basis antimonopolitischer Politik ist — und die Krise stärkt durch die verschärfte ökonomische Polarisierung zwischen Monopolkapital auf der einen und abhängig Beschäftigten sowie nichtmonopolistischen Kapitalen auf der anderen Seite diese Basis —,

desto schärfer wird die Reaktion der Monopole auf fortschrittliche ökonomische und politische Bewegungen sein. Die Politik der Konzerne und der sie vertretenden Kräfte in der Regierung wird dabei den Rahmen der Legalität immer mehr ausdehnen, sprengen und verlassen, wird zu immer offeneren Formen der Disziplinierung und Unterdrückung demokratischer Kräfte, Organisationen und Bewegungen greifen, den Staatsapparat immer zentralistischer zu gestalten und immer mehr von kritischen Elementen zu säubern versuchen. Notstandsgesetze, Finanzreform, die Novellen zur Strafprozeßordnung und die allenthalben verschärfte Praxis des Berufsverbots sind hierfür deutliche Beispiele. Die herrschenden Kräfte wissen, daß die ökonomische Krise und die Versuche, sie auf kapitalistische Weise zu lösen, Gedanken und Bewegungen fördern, die, wenn sie auch gegenwärtig in der Bundesrepublik noch wenig entwickelt sind, ihre ökonomische und politische Machtposition, d. h. letztlich ihre Klassenherrschaft beschneiden und aufheben wollen. Hiergegen geht sie bereits jetzt in aller Schärfe vor.

Aber auch auf diesem Gebiet haben die demokratischen Kräfte — wie beim gewerkschaftlichen Kampf — keine Wahl: Angesichts der antidemokratischen Disziplinierungsversuche, wie wir sie gegenwärtig in der BRD erleben, hilft ein Zurückweichen ebensowenig wie eine Verzichtpolitik der Gewerkschaften im Lohnkampf; es würde im Gegenteil dazu führen, daß die Repression nur desto ungenierter betrieben würde. Auch im Bereich der Politik ist es wie beim gewerkschaftlichen Kampf eine Frage des konkreten Kräfteverhältnisses, ob die politische Rechtsentwicklung in der BRD sich weiter fortsetzen kann. Und dieses Kräfteverhältnis hängt nicht allein, aber auch nicht zuletzt von der Breite und Solidität eines antimonopolistischen Bündnisses gegen die demokratiefeindliche Politik herrschender Kreise ab, hängt ab von der Konsequenz, Konkretheit und Realistik, mit der auch im Bereich des politischen Lebens ein Programm zur Demokratisierung politischer Prozesse und Institutionen in der BRD und demokratischer Alternativpolitik formuliert und propagiert wird.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat einerseits die unmittelbaren politischen Kampfbedingungen der fortschrittlichen Kräfte in der BRD verkompliziert und erschwert. Sie hat aber auf der anderen Seite die objektiven Voraussetzungen zur Schaffung einer umfassenden demokratischen Bewegung auf der Basis eines breiten antimonopolistischen Bündnisses aller vom Monopolkapital politisch und ökonomisch unter Druck gehaltenen Teile der Gesellschaft verbessert. Es ist vordringliche Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in der BRD, durch Entwicklung und Propagierung realistischer demokratischer Alternativen zur gegenwärtigen Entwicklung und Politik die Realisierung dieses Bündnisses und damit die Stärkung der auf ihm aufbauenden demokratischen und antimonopolistischen Bewegung voranzutreiben.

Die Entwicklung in Südvietnam und das Pariser Abkommen

Von Gabriele Sprigath

I

In den letzten Wochen konnten die nationalen Befreiungsbewegungen in Südvietnam und in Kambodscha große militärische Siege erringen, die das Kräfteverhältnis in Indochina entscheidend zu ihren Gunsten verändert haben.

In Kambodscha haben die Volksbefreiungsstreitkräfte am 1. Januar 1975 gleichzeitige Offensiven an den drei strategisch wichtigen Fronten gestartet: gegen Phnom Penh, gegen alle strategisch wichtigen Wasser- und Landwege und gegen den Flughafen Pochentong sowie gegen die wenigen noch von Lon Nol kontrollierten Provinzhauptstädte. Diese Offensive hat das Schicksal der CIA-Republik Kambodscha besiegelt: nur wenige Tage nach dem 5. Jahrestag der FUNK, die am 23. März 1970 als Antwort auf den Putsch vom 18. März 1970 gegründet worden war, setzte sich die Lon Nol-Clique ins Ausland ab. Von den 7 Verrätern, die vom 2. am 24./25. 2. 1975 in den befreiten Gebieten tagenden Nationalkongreß der FUNK zum Tode verurteilt worden waren, sind nur noch In Tam und Sirik Matak im Land. Der vollständige Sieg der FUNK und die Rückkehr der legalen Regierung Kambodschas, der GRUNK, nach Phnom Penh stehen bevor [1]).

In Südvietnam begann die Saigoner Armee Ende März militärische Positionen in den von ihr kontrollierten Gebieten aufzugeben. Über die Hintergründe dieser Kapitulation, die ohne allgemeine Offensive der südvietnamesischen Volksbefreiungsarmee erfolgte, ist viel spekuliert worden. Tatsache ist, daß das Saigoner Regime diese Gebiete weder politisch noch militärisch halten konnte. Obgleich die Provisorische Revolutions-Regierung (PRR) schon vorher 4/5 des Territoriums kontrollierte, hat sich die Situation in einem Punkt wesentlich verändert: Südvietnams Karte gleicht nicht mehr einem „Leopardenfell"; die PRR kontrolliert jetzt zusammenhängende, sich über Hunderte von Kilometern erstreckende Gebiete sowie die wichtigsten Städte Südvietnams, die bisher in den Händen des Thieu-Regimes waren.

Die westliche Presse weiß wie gewöhnlich von den jüngsten Ereignissen in Indochina nur als „nordvietnamesischer Offensive", als „Roter Khmer-Offensive" oder kurz als „kommunistischer Offensive" zu berichten. Ganz im Sinne der US-Propaganda hat sie seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens die Berichterstattung über die gesamtpolitischen Zusammenhänge vor dem Hintergrund dieses Abkommens vernachlässigt, das in ihrer Sprachregelung nur als „Waffenstillstandsabkommen" existiert. Damit werden jene Kapitel des Abkommens unterschlagen, die eine politische Lösung in Südvietnam festlegen. In der westlichen Öffentlichkeit soll der Eindruck entstehen, als habe sich mit der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens nicht viel geändert: der Krieg, d. h. die „kommunistische Aggression" geht weiter. Diese Propaganda soll vor allem die andauernde US-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams und Kambodschas rechtfertigen und nötigenfalls das massive militärische Eingreifen der USA psychologisch vorbereiten. Die jüngste Entwicklung in Indochina

1) Siehe: G. Sprigath, Die Entwicklung in Kambodscha und die USA, in: „Blätter", 10/1974, S. 1035 ff.

hat erneut die Sinnlosigkeit dieser US-Politik bewiesen: 300 Mio. Dollar — eine Summe, die Kissinger und Ford vom Kongreß vergeblich zur Unterstützung des Saigoner Regimes forderten — hat das Thieu-Regime allein in den letzten 3 Wochen im März an Munition verschleudert, mit dem Ergebnis der Preisgabe der meisten von 44 Provinzen [2]).

Die Ereignisse der letzten Wochen sind das Ergebnis einer Reihe von Faktoren, die sich seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens herauskristallisiert haben. Der Schlüssel zum Verständnis dieser Ereignisse sowie der weiteren Entwicklung in Vietnam liegt deshalb in einer realistischen Einschätzung dieses Abkommens, insbesondere seines politischen Teils.

II

Im allgemeinen laufen die Einschätzungen des Pariser Vietnam-Abkommens auf zwei Grundhaltungen hinaus: Die einen halten es — nach dem Motto: Der Krieg geht weiter, man kann doch nichts dagegen tun — für einen Fetzen Papier; die anderen meinen, daß es die „kommunistische Machtübernahme" in Südvietnam zur Folge hätte. Beide Haltungen sind insofern unrealistisch, als sie grundsätzlich am Kernproblem vorbeigehen: es geht in Indochina — und in den anderen Ländern, deren Völker für nationale Unabhängigkeit kämpfen — nicht um eine „kommunistische Machtübernahme", sondern um das spezifische Problem der nationalen Befreiung im antiimperialistischen Kampf. Die hervorragende Rolle der Kommunisten in diesem Kampf mit der kommunistischen Machtübernahme gleichzusetzen, gehört zu einer Propaganda, die den Charakter des nationalen Befreiungskampfes grundlegend entstellt. Was Südvietnam betrifft, so steht dort nicht der Aufbau des Sozialismus oder gar des Kommunismus auf der Tagesordnung — auch nicht nach den spektakulären Siegen der Befreiungsbewegung —, sondern das Vorantreiben der nationaldemokratischen Revolution, insbesondere der nationalen Befreiung [3]). Aus dieser Perspektive gesehen, ist die im Pariser Vietnam-Abkommen vorgesehene politische Lösung für die weitere Entwicklung Südvietnams von grundlegender Bedeutung.

Abgesehen davon, daß das Abkommen das Ende der offenen US-Aggression in ganz Indochina besiegelt hat, liegt die Bedeutung dieses völkerrechtlich verbindlichen Dokumentes darin, daß die in Kapitel IV festgelegte politische Lösung die Machtfrage in Südvietnam im Sinne der nationalen Unabhängigkeit Vietnams beantwortet. Diese Lösung stellt die gegenwärtige Etappe des nationalen Befreiungskampfes in Rechnung: die Existenz von 2 Regierungen, 2 Armeen und 3 politischen Kräften in Südvietnam wird anerkannt; gleichzeitig wird das grundlegende Prinzip festgelegt, auf das die zwei Regierungen — PRR und Saigon — verpflichtet werden, das Prinzip der „nationalen Versöhnung und Eintracht" (Art. 11) [4]). Daß dieses Prinzip im Abkommen verankert ist, ist ein großer Sieg vietnamesischen Volkes.

Die vorgesehene politische Lösung, deren Voraussetzung der effektive Waffenstillstand ist, ist im Grunde einfach: beide südvietnamesischen Parteien — PRR und Saigon — sollen die demokratischen Freiheiten garantieren (Art. 11). Sie sollen „Konsultationen im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht, der

2) „Herald Tribune" v. 27. 3. 1975.
3) Siehe: Nguyen Duy Trinh (Außenminister der DRV und Unterzeichner des Pariser Abkommens für die DRV), Ziele und Mittel unseres gegenwärtigen Kampfes, in: „Marxistische Blätter", 5/1974.
4) Wortlaut des Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam und des Schlußdokuments der Internationalen Vietnam-Konferenz in Paris, in: „Blätter", 2/1973, S. 204 ff. und 4/1974, S. 440 ff.; die Texte sind lieferbar bei: Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, Frankfurt/M., Eichwaldstraße 32.

gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteliminierung durchführen, um einen nationalen Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht (NRNVE) aus drei gleichen Komponenten zu bilden. Der Rat soll nach dem Prinzip der Einstimmigkeit arbeiten" (Art. 12 a). Auch auf niedrigerer Verwaltungsebene sollen entsprechende Räte gebildet werden (Art. 12 a). Die „drei gleichen Komponenten" sind: die PRR, Saigon und die „3. Kraft", die weder auf der Seite der PRR noch auf der Seite Saigons steht, aber für eine Politik der nationalen Unabhängigkeit eintritt. Zum erstenmal ist damit die „3. Kraft" als politisch selbständige Kraft in Südvietnam anerkannt, und zwar gleichberechtigt mit den beiden anderen (PRR und Saigon). Der zu bildende NRNVE hat die Aufgabe, die nationale Versöhnung und Eintracht herbeizuführen, die Sicherung der demokratischen Freiheiten zu fördern (Art. 12 b) und die in Artikel 9 b vorgesehenen freien und demokratischen allgemeinen Wahlen unter internationaler Kontrolle zu organisieren. Nicht präzisiert sind die Staatsform und die Organe, die aus diesen Wahlen hervorgehen werden. Diese Frage kann auch nicht Gegenstand des Abkommens sein: sie betrifft die inneren Angelegenheiten Südvietnams, über die allein die südvietnamesische Bevölkerung im Sinne der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes zu entscheiden hat. Die offenen Fragen der Verfahrensweise, der zu wählenden Organe etc. hätten allerdings nach Art. 12 a schon möglichst 90 Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens in zweiseitigen Beratungen geklärt sein sollen. Die beratende Konferenz in La Celle St. Cloud zwischen der PRR und Saigon ist bisher jedoch ergebnislos verlaufen [5]). Schließlich gilt auch für die die vietnamesischen Streitkräfte betreffenden Fragen das Prinzip der „nationalen Versöhnung und Eintracht": diese Fragen werden von den beiden südvietnamesischen Seiten untereinander geregelt. Die Truppenstärke soll reduziert werden (Art. 13). Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Unabhängigkeit verfolgen (Art. 14).

Die Struktur dieser politischen Lösung zeigt, daß die Politik der „nationalen Versöhnung und Eintracht" aufs engste mit dem Problem der Wiederherstellung, der Garantie und der Sicherung der demokratischen Freiheiten in Südvietnam verbunden ist. Die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten ist tatsächlich neben dem Waffenstillstand die wesentliche Voraussetzung zur Verwirklichung des in Artikel 9 garantierten Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung. Der politische Kampf hat damit in Südvietnam — unter günstigeren Bedingungen nach dem Abzug der US-Truppen — noch größere Bedeutung als bisher gewonnen. Er erweist sich als Teil des weltweiten Kampfes der Völker für Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt. Aus dieser Perspektive ist nach den Ursachen zu fragen, die bisher die konsequente Verwirklichung des Abkommens verhindert haben.

III

Die Haltung der beiden südvietnamesischen Regierungen, der PRR und des Saigoner Regimes, gegenüber dem Pariser Vietnam-Abkommen ist von fundamentalen Interessengegensätzen bestimmt.

Die 1960 gegründete FNL und die 1968 in Hue gegründete ANDFK [6]), die vor allem in den südvietnamesischen Städten den Kampf für nationale Befreiung führt, hatten 1969 einen Nationalkongreß einberufen, auf dem die PRR gebildet wurde. Beide Organisationen haben sich seit ihrem Bestehen von dem Prinzip

[5]) Zu den Positionen der PRR und Saigons bei den zweiseitigen Beratungen in La Celle St. Cloud: G. Sprigath, Südvietnam nach dem Abschluß des Pariser Abkommens, in: „Blätter", 5/1973, S. 516 ff.
[6]) Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte.

einer breiten und fortschrittlichen Demokratie, von der Einheit aller fortschrittlichen nationalen Kräfte leiten lassen [7]). Nguyen Huu Tho, Präsident der FNL, und Trinh Dinh Thao, Präsident der ANDFK, haben anläßlich des 5. Jahrestages der ANDFK bestätigt, „daß die nationale Eintracht eine Politik von größter Bedeutung, eine grundlegende und jetzt wie zukünftig andauernde Politik, eine konsequente Politik ist" [8]). Zwischen der Politik der PRR einerseits und der im Pariser Vietnam-Abkommen andererseits verankerten Respektierung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes, der nationalen Versöhnung und Eintracht sowie der daraus resultierenden politischen Lösung in Südvietnam besteht daher grundsätzlich Übereinstimmung. Auch ein Vergleich der von der DRV und der FNL 1969 bei den vierseitigen Verhandlungen in Paris vorgeschlagenen ersten Friedenslösungen mit dem Pariser Abkommen von 1973 führt zur Feststellung einer in den wesentlichen Gesichtspunkten ungebrochenen Kontinuität. Die revolutionären Kräfte in Vietnam haben eine eindeutige, widerspruchsfreie Haltung zum Pariser Abkommen, weil sein Inhalt einer wichtigen Etappe ihres nationalen Befreiungskampfes entspricht. Deshalb kämpfen sie für dessen vorbehaltlose Verwirklichung.

Anders verhält es sich mit dem Saigoner Regime: „Wenn das Hauptverbrechen von Nguyen Van Thieu vor der Unterzeichnung des Pariser Abkommens darin bestand, das Instrument der „Vietnamisierung" des Krieges in Südvietnam, der Antreiber bei der Einführung der Nixon-Doktrin in Kambodscha und Laos gewesen zu sein, so ist sein größtes Verbrechen nach der Unterzeichnung des Abkommens, mit allen Mitteln die Anwendung der Klauseln des Abkommens behindert zu haben" [9]). Aufgrund der Interessen, die Nguyen Van Thieu vertritt, kann ihm in der Tat nicht an der Verwirklichung des Abkommens gelegen sein: „Das gegenwärtige Saigoner Regime hat eine Basis in den reaktionärsten Ausbeuterschichten und in den proamerikanischen politischen und religiösen Kräften. Diese Gruppen haben an die neokolonianistische US-Präsenz gebundene Privilegien und Interessen. Es kennzeichnet das Saigoner Regime, daß alle politischen und militärischen Chefs: Präsident der Republik, Ministerpräsident, Minister, Präsident des Senats und der Abgeordnetenversammlung, Generalität, militärische Bezirksbefehlshaber, Provinzchefs ... die an der ökonomischen Ausbeutung des Landes teilhaben, sich eng mit dem US-Kapitalismus verbünden. Durch Korruption, Schmuggel, Ausplünderung der Bevölkerung haben sie große Reichtümer zusammengerafft. Nach Schätzungen aus westlichen Quellen liegt der Besitz der Nguyen Van Thieu-Familie bei 400 Mrd. Piaster (ca. 1,7 Mrd. DM). Von den 100 Saigoner Generalen besitzen 30 mehrere Mrd. Piaster, 25 zwischen 500 und 700 Millionen Piaster. Die höheren Offiziere der Saigoner Armee und Polizei (vom Befehlshaber aufwärts) stellen ein Viertel der Direktoren in den wichtigsten südvietnamesischen Betrieben. Und da die Wirtschaft in den von Saigon kontrollierten Gebieten vollständig von der US-Hilfe abhängt, ist es offensichtlich, daß die Elemente dieser ‚gesellschaftlichen Basis' des Nguyen Van Thieu-Regimes nur das Andauern der US-Herrschaft wünschen können. Deshalb stehen ihre Interessen im Widerspruch zur übrigen Bevölkerung" [10]). Diese totale Abhängig-

7) Die Programme der FNL und der ANDFK sind abgedruckt in: Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution, Bd. 1: Südvietnam, hrsg. von Jutta v. Freyberg und Kurt Steinhaus, Frankfurt/M. 1969.

8)Pham Ngoc Thuan und Pham Giang, Die nationale Versöhnung und Eintracht und die Lösung der Machtfrage in Südvietnam, in: Das Pariser Vietnam-Abkommen (Grundlegende juristische Probleme), Hanoi 1973, hrsg. vom Institut für Rechtswissenschaften beim Komitee für Gesellschaftswissenschaften, S. 162 (in französischer Sprache).

9) Huyn Van Ly, Zur Koexistenz von zwei Staatsmächten in Südvietnam, in: „Sud Vietnam en lutte", Nr. 215, 24. 9. 1973 (in französischer Sprache).

10) Die amerikanischen Absichten und die Wirklichkeit, Kommentar der Presseagentur Befreiung, abgedruckt in: „Informationsbulletin", hrsg. von der Ständigen Gesandtschaft der PRR in Paris, Nr. 5 v. 11. 7. 1974 (in französischer Sprache).

keit spiegelt sich im Haushalt Saigons wider, der zu 90 % von den USA finanziert wird. In ihr ist der antinationale, faschistische Charakter des Thieu-Regimes begründet, das nie etwas anderes als ein Instrument des US-Neokolonialismus war. Die Verwirklichung der vorgesehenen politischen Lösung würde die uneingeschränkte Herrschaft dieser Ausbeuterschicht zugunsten einer Regierungsform nationaldemokratischen Charakters beenden, was zugleich ein schwerer Schlag für den US-Neokolonialismus wäre. Deshalb mußte Thieu von vornherein die Sabotage des Pariser Abkommens mit allen von Washington zur Verfügung gestellten Mitteln zum Grundpfeiler seiner Politik machen. Unverblümt hatte er schon am 27. Januar 1974, am Tag der Unterzeichnung des Abkommens, angekündigt, daß sich mit dem „Waffenstillstand" nichts in Südvietnam ändern würde, d. h. daß der Krieg weitergehen würde. Nach dem Abzug der US-Truppen begann damit nichts anderes als eine neue Phase der „Vietnamisierung". Sie bedeutete praktisch den unbegrenzten Krieg gegen die befreiten Gebiete, um deren Konsolidierung zu behindern, nachdem ihre Liquidierung sich militärisch als unmöglich erwiesen hatte. Washington hatte entsprechend sein militärisches Hilfsprogramm zugeschnitten. Tatsächlich ist die US-Militärhilfe für Saigon nach der Unterzeichnung des Abkommens gestiegen (Bruch des Art. 14): Im Steuerjahr 1972 lag sie bei 2,584 Mio. Dollar, im Steuerjahr 1973 bei 2,735 Mio. und im Steuerjahr 1974 bei 4,069 Mio. Dollar, während sie in den offiziellen Angaben der gleichen Jahre als rückläufig ausgewiesen wurde [11]). Gleichzeitig hat Washington rund 26 000 US-Militärberater, getarnt als Zivilisten, nach Südvietnam eingeschleust (Bruch von Art. 5) und nicht nur das verbrauchte Kriegsmaterial erneuert, sondern darüber hinaus neue Waffengattungen an Saigon geliefert (Bruch von Art. 7): z. B. wurde der Bombertyp F-5A durch den modernen Typ F-5E ersetzt, um die Operationsfähigkeit der Saigoner Luftwaffe zu stärken. Die schon vor dem Abkommen übliche verbrecherische Politik der „Befriedung" wurde nach der Unterzeichnung weiter fortgesetzt: vom 28. Januar 1973 bis zum 30. Juni 1974 hat Thieu rund 320 000 Polizei- und „Befriedungsaktionen" durchgeführt und über 1 600 000 Menschen zwangsweise in Lager deportiert [12]). Die PRR hat ihrerseits erst 9 Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens, am 15. Oktober 1973, ihre Volksbefreiungsstreitkräfte aufgerufen, die ständigen militärischen Übergriffe auf ihre Gebiete und die sich verschärfende Saigoner Aggression konsequent abzuwehren und entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in den befreiten Gebieten zu ergreifen.

Offener Krieg gegen die befreiten Gebiete ist die eine Seite der Thieu'schen Sabotage des Pariser Abkommens. Die faschistische Unterdrückung der „3. Kraft" in den von Saigon kontrollierten Gebieten ist die andere Seite. Diese „3. Kraft" ist keine politisch homogene Kraft, steht aber mit ihrer nationalpatriotischen Grundorientierung im Widerspruch zum Saigoner Regime. Ihre soziale Basis sind die kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung in den Städten. Deren Existenzbedingungen haben sich in den letzten 2 Jahren zusehends verschlechtert. Allein 1974 wurde der Piaster zehnmal abgewertet. Aufgrund der totalen ökonomischen Abhängigkeit von den USA hat sich die allgemeine Krise des Kapitalismus in Südvietnam noch schärfer als in anderen Ländern ausgewirkt: Washington ist nicht mehr in der Lage, die Kredite ins Uferlose zu steigern, deren Stagnation bereits katastrophale Folgen für die gesamte südvietnamesische Ökonomie hat. Daher die verstärkten Bemühungen Washingtons, die „Hilfe" für Süd-

11) Aus: „Haben die USA ihre Verpflichtung respektiert, den Krieg in Vietnam zu beenden?" hrsg. von der Presse- und Informationsabteilung des Außenministeriums der PRR (Oktober 1974, in französischer Sprache); dazu auch der Artikel von Doan Khac Xuyen, Aspekte des US-Neokolonialismus. Die US-Hilfe für die Saigoner Verwaltung, in „Courrier du Vietnam", Nr. 30 v. November 1974 und Nr. 31 v. Dezember 1974 (in französischer Sprache).

12) Siehe Anmerkung 11.

vietnam auf andere Länder, darunter die BRD, abzuwälzen [13]), und so die Auswirkungen der inflationären Geldentwertung und der Kapitalflucht in Südvietnam einzudämmen: „Gegenwärtig wohnt man einer schnellen Entwicklung dieser Widersprüche bei, die die Grundlagen des Regimes untergraben, solange es hartnäckig den Krieg weiterführt, der jede ökonomische Aktivität behindert und selbst dem Interesse der Elemente der „sozialen Basis" des Saigoner Regimes schadet; vom Elend der arbeitenden Massen nicht zu reden" [14]). Diese Zuspitzung der Widersprüche hat trotz gleichzeitiger Verschärfung aller faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen günstige Bedingungen für die sprunghafte Entwicklung des politischen Kampfes in den Saigoner Gebieten, d. h. vor allem in den Städten geschaffen. Sie hat zur Konsolidierung der „3. Kraft" geführt, die sich trotz unvorstellbarer Schwierigkeiten in der südvietnamesischen Öffentlichkeit Gehör für die Politik der „nationalen Versöhnung und Eintracht" schaffen konnte.

IV

Die Opposition in den Städten Südvietnams gegen die US-Aggression ist schon in den Jahren vor der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens ein unübersehbarer politischer Faktor gewesen. Der Kampf der Stadtbevölkerung gegen den US-Imperialismus geht über 25 Jahre auf den 19. März 1950 zurück: damals waren Zehntausende auf den Straßen von Saigon, um gegen die Anwesenheit von 2 US-Kriegsschiffen im Hafen zu protestieren. An der Spitze dieser Massendemonstration gingen Frau Nguyen thi Binh, die heute Außenministerin der PRR ist, und der Rechtsanwalt Nguyen Huu Tho, der spätere Präsident der FNL.

In dem Maß, in dem die befreiten Gebiete Südvietnams entstanden, sich konsolidierten und 1969 beginnend mit der PRR über einen eigenen Staatsapparat verfügen, veränderten sich auch die Bedingungen des Kampfes in den von Thieu kontrollierten Städten. Seither hat sich die Entwicklung der Opposition zur „3. Kraft" vollzogen. Die sogenannten „Präsidentschaftswahlen" im Herbst 1971 brachten eine entscheidende Wende: Kräfte verschiedenster sozialer Schichten und Überzeugungen schlossen sich gegen den „einzigen Kandidaten", gegen Thieu, zusammen, um den antidemokratischen, faschistischen Charakter des Regimes zu entlarven. Thieu antwortete darauf mit der Inhaftierung von Tausenden von politischen Gegnern, die er als „Kommunisten" von der Bevölkerung zu isolieren versuchte. Die führenden Persönlichkeiten der „3. Kraft" verschwanden in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, die mit US-Dollars in ganz Südvietnam errichtet wurden. Bisher waren noch über 200 000 politische Gefangene ihrem furchtbaren Schicksal überlassen, obwohl sie längst entsprechend dem Pariser Abkommen hätten freigelassen werden müssen. Ein typischer Fall ist der bekannte Studentenführer Huynh Tan Mam, der seit 1971 von einem Gefängnis ins andere verschleppt wird. Über die Hälfte aller politischen Gefangenen in der Welt sitzt in den Lagern des Thieu-Regimes [15]). Dennoch ist es Thieu nicht gelungen, die „3. Kraft" als wichtigen politischen Faktor zu liquidieren.

Als Thieu im Januar 1974 versuchte, über „Verfassungsänderungen" sein zweites „Präsidentschaftsmandat" von 1975 vorzubereiten, um sein diktatorisches Re-

13) Konferenz der Weltbank in Paris am 16. 10. 1973 mit 19 Teilnehmerstaaten. Für die BRD nahmen teil: Dr. Moltrecht und Herr Lehmann vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sowie Herr Berendonck vom Auswärtigen Amt. Für Juni 1975 bereitet die Weltbank mit der Asiatischen Entwicklungsbank mit größter Diskretion eine zweite Konferenz zum Thema „Hilfe für Südvietnam" vor („Le Monde" v. 7. 3. 1975).
14) Siehe Anmerkung 10.
15) Dokument der „Vietnamesischen Gemeinde" (Paris), die von Pater Nguyen Dinh Thi geleitet wird. Demnach hält Thieu illegal 201 200 politische Gefangene fest gegenüber 385 000 in der ganzen Welt.

gime zu verlängern, löste dies eine Welle des Protestes unter den Saigoner Parlamentariern aus: 51 Senatoren und Abgeordnete erklärten, daß mit diesen Änderungen die demokratischen Institutionen verraten würden. Am 19. Januar 1974 demonstrierten 40 Abgeordnete auf der Straße gegen die Faschisierung des Regimes unter der Losung: „Solange Thieu die Macht hat, geht der Krieg weiter." Daneben schlossen sich am 20. Januar 1974 zahlreiche Persönlichkeiten der Opposition anläßlich des 1. Jahrestages des Pariser Vietnam-Abkommens zur „Volksorganisation für die Anwendung des Pariser Abkommens" zusammen. Ihrem Exekutivausschuß gehören u. a. Frau Ngo Ba Thanh, Präsidentin des Komitees der Frauen für das Recht auf Leben, und der Abgeordnete Ho Ngoc Nhuan (neben anderen Abgeordneten) an. Damit waren die politischen Hauptakzente gesetzt, um die sich in den folgenden Monaten trotz zunehmender Repression der Kampf der „3. Kraft" kristallisierte: gegen Thieu, für die Verwirklichung des Pariser Vietnam-Abkommens. Nicht alle Organisationen indessen verbanden von vornherein diese beiden Aspekte miteinander: die 301 katholischen Priester z. B., die am 18. Juni 1974 in einer Erklärung die Korruption, die Ungerechtigkeit und das soziale Elend des Thieu-Regimes offen angriffen, wünschten zwar „die offizielle Politik vollständig gewandelt zu sehen, um einen Zusammenbruch zu vermeiden, bevor es zu spät ist", ohne sich jedoch auf die im Pariser Abkommen festgelegte politische Lösung zu berufen. Gleichwohl vertraten die gleichen Kräfte in ihrer Grundsatzerklärung vom 19. August 1974 anläßlich der Gründung der katholischen „Volksbewegung für den Kampf gegen die Korruption, für nationale Rettung und die Wiederherstellung des Friedens" die Auffassung, daß nur „nationale Versöhnung und Eintracht" zum Frieden führen können. Im Unterschied zu dieser Organisation der Katholiken treten die fortschrittlichen buddhistischen Kräfte für die Anwendung des Pariser Abkommens ein. Sie gründeten am 13. September 1974 in der Pagode An Quang die „nationale Versöhnungskraft" mit der Zustimmung und Unterstützung der vereinigten buddhistischen Kirche und dem Vorsitz des Senators Vu Van Mau. General Duong Van Minh hat dieser Organisation seine Unterstützung ausgesprochen.

Die Verlesung des „Anklageakts Nr. 1" durch den Präsidenten der „Volksbewegung für den Kampf gegen die Korruption . . .", Pater Tran Huu Than am 8. September 1974 auf einer Kundgebung in Hue vor 5000 Menschen war der Auftakt zu einer gewaltigen Massenbewegung, deren Hauptforderung der Rücktritt Thieus war. In allen größeren Städten Südvietnams kam es in den folgenden Monaten zu Kundgebungen und Protestaktionen bei der Verlesung des „Anklageakts Nr. 1", der Thieu und seine Familie für die Korruption verantwortlich macht. Gleichzeitig entstanden Kampfkomitees zu den brennendsten tagespolitischen Fragen, in denen die verschiedenen politischen Kräfte zusammenarbeiteten: am 6. September wurde das „Kampfkomitee für Presse- und Herausgeberfreiheit" gebildet, um den Versuchen Thieus entgegenzutreten, die Presse zu liquidieren. Am 22. September wurde die „Volksfront für den Kampf gegen den Hunger" gegründet, zu deren Programm auch die Forderung nach Thieus Rücktritt gehört, und 4 Tage später, am 26. September 1974, das „Komitee zur Verteidigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung". Dessen Vorsitzender ist Pater Phan Khac Tu; ihm sind 6 Gewerkschaftsführer als Kopräsidenten beigegeben, unter ihnen Nguyen Van Que, Präsident des Gewerkschaftsverbandes der Flußtransporte und Nguyen Van Cuot, Vize-Präsident der Eisenbahnergewerkschaft. Die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten entsprechend Artikel 11 des Pariser Abkommens gehört zu den wichtigsten Forderungen dieses Komitees. In den kommenden Monaten mobilisierten außer diesen Organisationen eine

Fülle anderer Gruppen die Bevölkerung in den Städten zu den vielfältigsten Kampfaktionen, so daß die Presseagentur Reuter am 24. Oktober 1974 schrieb: „Die gegen die Regierung gerichteten Versammlungen schießen wie die Pilze in den Städten Südvietnams aus dem Boden." Am 8. Oktober 1974 rief die PRR in einer Erklärung zur Situation in Südvietnam zum Sturz des Thieu-Regimes auf.

Thieu seinerseits versuchte, diese sich ausweitende Oppositionsbewegung durch Repression und durch politische Manöver unter Kontrolle zu bekommen: über einen Saigoner Abgeordneten wurde der Geheimplan „Komet" bekannt: er sieht 12 faschistische Maßnahmen zur Zerschlagung dieser Bewegung in den Städten vor und wird, ein Musterbeispiel der psychologischen Kriegführung à la CIA, seit dem 22. September durchgeführt [16]). Ende Oktober wechselte Thieu 4 Minister und 4 Generale aus und erließ das Verbot, einen 8-km-Umkreis um das Stadtzentrum von Saigon zu überschreiten. Seine Rede vom 1. November, in der er die „3. Kraft" als „Handlanger der Kommunisten, der defaitistischen Kolonialisten und Pazifisten im Ausland" beschimpfte, spiegelte die zunehmende Isolierung seines Regimes wider. Angesichts der für Herbst 1975 geplanten „Präsidentschaftswahlen" hat die Anti-Thieu-Bewegung Anfang dieses Jahres einen neuen Höhepunkt erreicht: am 1. Februar 1975 veröffentlichte die „Volksbewegung für den Kampf gegen die Korruption . . ." den „Anklageakt Nr. 2" gegen Thieu in der Kirche Tan Chi Linh in Anwesenheit von 500 Katholiken: Thieu habe die Exekutive, die Legislative und die Rechtsprechung in seiner Hand vereinigt. Er sei ein Produkt des Krieges und versuche mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben und den Krieg weiterzuführen. Am 27. Februar 1975 haben andererseits 7 Organisationen, die sich als Vertreter der „3. Kraft" verstehen, den US-Senat und den Kongreß in einem Brief aufgefordert, jede Form von Hilfe für Thieu und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzustellen [17]).

Bei aller Stärke der Anti-Thieu-Bewegung sind die in ihr vorhandenen Widersprüche nicht zu übersehen. Die PRR hat bereits im Oktober vor dem Versuch der USA gewarnt, die Opposition gegen Thieu für ihre neokolonialistische Politik zu mißbrauchen. Die jüngste Entwicklung in Südvietnam hat u. a. auch den Abgrenzungsprozeß der proamerikanischen von den nationalfortschrittlichen Kräften in den Reihen der „3. Kraft" beschleunigt. Am 27. März 1975 wurde z. B. in Tan Son Nhut auf einer Versammlung ein „Komitee zur nationalen Rettung" gebildet; anwesend war neben General Nguyen Cao Ky auch Pater Tran Huu Than, der führende Mann der „Volksbewegung für den Kamps gegen die Korruption . . .", der im Herbst 1974 selbst Opfer der Repression geworden war [18]). Offensichtlich versuchen die USA jetzt einen neuen, Thieu möglicherweise ablösenden Strohmann durch seine Beziehungen zu den oppositionellen Kräften vor der Öffentlichkeit überzeugend aufzubauen. Angesichts derartiger Machenschaften der USA wird die „3. Kraft" sich als selbständige politische Kraft nur behaupten können, wenn die einzelnen Organisationen verschiedener politischer oder religiöser Überzeugung klar ihre Aktivitäten auf die Verwirklichung des Pariser Vietnam-Abkommens als einzigen Weg zum Frieden und zur nationalen Unabhängigkeit orientieren.

V

Die Auflösungserscheinungen des Saigoner Regimes in den letzten Wochen bewiesen, daß es die Unterstützung der südvietnamesischen Bevölkerung mit sei-

16) Wortlaut des Plans „Komet" abgedruckt in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin", 1/1957.
17) Kurzer Überblick über die neuen Entwicklungen der Kampfbewegungen in den Städten Südvietnams (10. 10. 1974) und: Nachrichten über den Kampf gegen die Thieu-Diktatur in den Städten Südvietnams (15. 11. 1974), beide hrsg. in französischer Sprache von der Union der Vietnamesen in Frankreich. Dazu Nachrichten aus „Le Monde" und „L'Humanité".
18) „Le Monde" v. 30./31. 3. 1975.

ner jahrelangen mörderischen Politik definitiv verspielt hat. Wenn gegenwärtig die westliche Berichterstattung die Ereignisse in Südvietnam zynisch zu antikommunistischer Hetze mißbraucht, indem sie der Öffentlichkeit die katastrophalen Folgen der Saigoner Kriegspolitik als Ergebnis einer „kommunistischen Aggression" verkauft, so ist demgegenüber mit aller Entschiedenheit klarzustellen: umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die gegenwärtige Situation ist einzig und allein das Ergebnis der systematischen Sabotage des Pariser Vietnam-Abkommens durch die USA und ihre Saigoner Handlanger. Dinh Ba Thi, Leiter der Delegation der PRR bei der zweiseitigen Konferenz in La Celle St. Cloud, hat zu dieser irreführenden Berichterstattung und zu den Ereignissen in Vietnam am 25. März auf einer Pressekonferenz in Paris Stellung genommen. Die gegenwärtige Offensive ist „der legitime und notwendige Gegenschlag der Bevölkerung und der Volksbefreiungsarmee, der sich seit Anfang des Monats in machtvollen Aufständen und Angriffen äußert" und der „der Ford-Regierung und der Gruppe Nguyen Van Thieu schwere und voll verdiente Niederlagen eingebracht hat. Dennoch beharren sie auf ihren im Gegensatz zum Pariser Vietnam-Abkommen stehenden Machenschaften, ohne daraus die rettende Lehre zu ziehen. Die Ford-Administration versucht der Gruppe Nguyen Van Thieu weitere Dollars, weitere Waffen zu liefern." Dinh Ba Thi hat ausdrücklich bekräftigt, daß in Südvietnam keine nordvietnamesischen Truppen auf der Seite der PRR kämpfen: „Ich möchte betonen, daß die Streitkräfte, die in Südvietnam kämpfen, die bewaffneten Streitkräfte der Bevölkerung von Südvietnam sind, die dem Oberkommando der Volksbefreiungsarmee von Südvietnam unterstehen." Auch das von der westlichen Presse in den Vordergrund ihrer Berichterstattung gestellte Flüchtlingsproblem hat Dinh Ba Thi aus dem Gesamtzusammenhang der Saigoner Kriegspolitik richtiggestellt: „Bevor Thieus Truppen gezwungen sind, aus einer Reihe von Städten und Ortschaften abzuziehen, gibt Thieu ihnen Befehl, die Politik der verbrannten Erde durch Brandstiftung und Plünderung der Wohnsitze anzuwenden und sie anschließend massiv zu bombardieren, um die Bevölkerung zu zwingen, alles aufzugeben und sich auf die von Thieu bewußt organisierte Flucht zu begeben; die Flüchtlinge sollen den sich zurückziehenden Saigoner Truppen als ‚Menschenschild' dienen, die internationale Öffentlichkeit glauben machen, daß die ‚Einwohner vor den Kommunisten fliehen' und auf diese Weise öffentliche Hilfsbereitschaft für Saigon mobilisieren. Die aus ihren Wohnungen gewaltsam vertriebenen Menschen werden in Lagern untergebracht und dienen der Saigoner Armee als Kanonenfutterreservoir. Was die Lebensbedingungen betrifft, denen sie ausgeliefert sind, so beweisen alle Zeugenaussagen das Elend und das Leiden" [19]). Jede „Hilfeleistung" bei der sogenannten „Evakuierung der Flüchtlinge", wie sie auch die Bundesregierung auf Verlangen der USA angekündigt hat, ist deshalb als direkte Unterstützung der Sabotage des Pariser Vietnam-Abkommens durch die USA und Thieu aufs schärfste zu verurteilen.

Die zukünftige Entwicklung Südvietnams betreffend hat Dinh Ba Thi erklärt, daß das Ziel der PRR nicht eine „Machtergreifung" in Südvietnam sei: „Wir beabsichtigen weiterhin, das Pariser Vietnam-Abkommen zu respektieren und das südvietnamesische Problem auf der Grundlage des im Pariser Abkommen vereinbarten Prozesses zu lösen [20]). „Die 3. Kraft wird eine aktive und angemessene Rolle in

[19]) „L'Humanité v. 26. 3. 1975: Die Presseagentur AFP (Agence France Presse) hat einen Augenzeugenbericht veröffentlicht, der den Zwangscharakter der „Evakuierung" bestätigt: Der französische Direktor einer Teeplantage bei Pleiku, Henri Louyrette, hat den Exodus der Bevölkerung miterlebt, der sich über 50 km hinzog und den Thieu-Truppen mit Panzern und Bulldozern einkeilten und vor sich hertrieben. „Viele Menschen haben bei diesem Exodus den Tod gefunden, nicht durch die Kugeln der Kommunisten, die wir praktisch nicht zu Gesicht bekommen haben, sondern weil sie unter ihren durch Bulldozern umgestürzten Fahrzeugen erdrückt wurden. Die Verletzten selbst wurden zurückgelassen, und ihre Schmerzensschreie wurden nicht gehört." Zehntausende von Menschen sind bei dieser Art „Evakuierung" bereits umgekommen.

den Verhandlungen übernehmen, die auch den Sturz des Thieu-Regimes und der Bildung einer Verwaltung in Saigon, die wirklich Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationale Eintracht wünscht, beginnen werden. Die 3. Kraft soll an allen politischen Aktivitäten in Südvietnam teilnehmen" [21]). In den letzten Wochen hat die südvietnamesische Bevölkerung reale Voraussetzungen zur Verwirklichung des Pariser Abkommens geschaffen, und in den bereits befreiten Provinzen und Städten Südvietnams sind die ersten Schritte schon getan. Verschiedene Organisationen der „3. Kraft" haben ihre Anhänger aufgerufen, in den Städten und in ihren Heimatorten zu bleiben und mit der PRR auf der Grundlage des Pariser Vietnam-Abkommens gemeinsam den Weg zum Frieden in nationaler Unabhängigkeit zu ebnen.

Wissenschaft in der Demokratischen Republik Vietnam

Ein Bericht

Von Angela Zassenhaus und Klaus Krickeberg

I

Im Jahr 1954 endete mit den Genfer Verträgen das, was man in Vietnam den ersten Widerstand nennt: der Kampf gegen den französischen Kolonialismus. In diesem Jahr begann zugleich die Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit in der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) auf der Basis langfristiger Pläne. In der ersten Periode des Bestehens der DRV, 1945—1954, waren inmitten der Kämpfe die Grundlagen eines modernen Erziehungssystems entstanden, und die Analphabetenrate war von 95 % auf 20 % gesunken [1]), doch reichten die Schulen vor allem der Mittel- und Oberstufe noch keineswegs aus. So boten sich denn 1954 zwei Alternativen: mit wissenschaftlicher Tätigkeit zu warten, bis das Ausbildungssystem auf dem unteren und mittleren Niveau voll ausgebaut sein würde, oder beides gleichzeitig zu betreiben. Man wählte den zweiten Weg, und dieser Weg hat dahin geführt, daß es heute in der DRV eine breite wissenschaftliche Kultur gibt, die sowohl für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als auch für wissenschaftliche Höchstleistungen eine solide Basis darstellt. Er ist in seiner Zielstrebigkeit und Flexibilität nicht weniger beispielhaft als der zur gleichen Zeit geführte Kampf des vietnamesischen Volks gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten — der zweite Widerstand —, und er wurde unter unsäglichen Schwierigkeiten durchlaufen.

In den meisten Fächern mußte einer der ersten wesentlichen Schritte darin bestehen, junge Leute zum Studium ins Ausland zu schicken. Die Situation der

20) Ebd.
21) Pressekonferenz des Leiters der Delegation der PRR bei der zweiseitigen Konferenz in La Celle St. Cloud, Dinh Ba Thi, am 2. 4. 1975, zit. nach „Le Monde" v. 4. 4. 1975.
1) Zum Schulsystem in der DRV siehe: L'enseignement général en RDVN. Etudes Vietnamiennes, Nr. 30, Hanoi 1971.

facher Hinsicht. Einmal, weil ihre Entwicklung in der Konzentration von Produktion und Kapital die Bedingungen schafft, aus denen heraus das Monopol, der inneren Natur des Kapitals entspringend, zwangsläufig hervorwächst. Zum anderen, weil das monopolistische Kapitalverhältnis zur Bedingung für die Anwendung und die weitere Entwicklung von Produktivkräften so hochgradig gesellschaftlichen Charakters wird. Um sie profitabel anwenden zu können, ist das Kapital gezwungen, ganze Produktionsketten bzw. ganze Bereiche monopolistisch in den Griff zu bekommen und dort die Produktion planmäßig zu organisieren bzw. zu regulieren. Es ist hier nicht der Platz, das eingehend abzuleiten. Wesentlich ist, daß das Monopol als Entwicklungsform der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu fassen ist. So betrachtet, fügt es sich auch bruchlos in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ein. Es entspringt ihrem Wesen, baut auf ihnen auf.

Geht man dagegen von der Gleichstellung der Warenbesitzer im Zirkulationsprozeß aus, so scheint es dieser zunächst zu widersprechen, und es widerspricht ihr auch in der Tat, wenn man nicht sieht, daß es hier um das kapitalistische Privateigentum und die Gleichstellung der Privateigentümer geht. Die ökonomische Macht des Monopols realisiert sich ja gerade über die Zirkulation. Dieser Widerspruch, in bezug auf die Warenbesitzer, wirkt anscheinend wie eine Wand, die man nicht zu durchdringen vermag. Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte mag sich noch so sehr entwickeln und noch so viele, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen — oder, besser, den privaten Aneignungsverhältnissen — widersprechende Bedingungen ihrer rationellen Anwendung setzen, das Monopol mag sich noch so sehr verallgemeinern und alle Prozesse des gesellschaftlichen Lebens durchdringen: es bleibt eine vergängliche Erscheinung, es bleibt eine der vielen Formen, in denen sich das Kapital, vergeblich, dem Ausgleich der Profitraten zu entziehen versucht. Und damit basta!

Das PKA z. B., das von seiner politischen Konsequenz her aus der Fülle der übrigen Schriften herausragt, vermag diese Frage politökonomisch nicht in den Griff zu bekommen. Das verwundert, weil die politische Konsequenz der Gruppe PKA aus ihrer Untersuchung der Klassenbewegungen herrührt. Gerade in bezug auf die Klassenbewegungen ergibt sich aber die Frage der Eigentumsverhältnisse als Angelpunkt der Untersuchung mit besonderer Prägnanz. In bezug auf die Bedingungen aber, die diese Eigentumsverhältnisse formen, und in bezug auf ihre Rückwirkungen nimmt das PKA einen geradezu bornierten Standpunkt ein [7]). Sein Monopolbegriff hebt sich kaum von der bürgerlichen Fassung dieses Begriffes ab. Das Monopol wird einfach verabsolutiert, mit Allmacht ausgestattet und dann durch die einfache Folgerung, daß es folglich das Wertgesetz aufheben müsse, zur Utopie erhoben [8]). Dabei ist nicht einmal die Folgerung zwingend, daß ein allmächtiges Monopol das Wertgesetz aufhöbe. Auch ein solches Monopol unterliegt dem Gesetz, daß sich die gesellschaftliche Arbeit in bestimmten Proportionen auf die einzelnen Zweige der Produktion verteilen muß. Es wäre demnach nicht die Aufhebung des Wertgesetzes einfach zu dekretieren, sondern es wäre zu untersuchen, wie sich dies Gesetz unter diesen Bedingungen durchsetzt. Eine Schlußfolgerung, die das PKA sogar zieht. Nur leistet es diese Untersuchung nicht. Durch seinen Kunstgriff der Verabsolutierung hebt es das Monopol einfach auf. Faktisch zieht es sich damit auf den bürgerlichen

7) PKA, Leninismus — neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus? Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W. I. Lenin, Berlin (West) 1972.
8) Vgl. ebd., S. 374. Diese utopische Fassung des Monopolbegriffs wird dann auch noch Lenin untergeschoben!

Markt als gleichgeltende Warenbesitzer gegenüber. Damit sind alle Bedingungen erfüllt. Das gleiche gilt für den Feudalismus. Ob der Feudalherr die Produkte, die er sich im Ausbeutungsprozeß aneignet, als Waren auf den Markt wirft oder der Hörige die ihm verbleibenden Erzeugnisse seiner Arbeit, der Handwerksmeister die Produkte der Arbeit seiner Gesellen oder die eigener Arbeit — auf dem Markt treten sie sich alle als gleichgeltende Warenbesitzer gegenüber. Der Staat schützt die spezifischen Eigentumsverhältnisse, in denen Ausbeutungsverhältnisse und Beziehungen der Warenbesitzer inbegriffen sind. So allgemein ist das zu sehen. Die Entwicklung der Produktivkräfte schlägt sich, auf bestimmtem Niveau, in bestimmten Eigentumsverhältnissen und, in der Ausbeutergesellschaft, in bestimmten Ausbeutungsformen nieder. Auf diese Verhältnisse bezieht sich der Staat. Er ist ausgesprochen klassenbezogen, während die gesellschaftlichen Beziehungen der Warenproduzenten sozusagen klassenneutral sind.

Diese Beschränkung der Staatsableitung auf nur *ein* Element der Produktionsverhältnisse, und noch dazu nicht auf dasjenige, welches diesen ihren spezifischen Charakter verleiht, hat natürlich Konsequenzen für das ganze theoretische Gedankengebäude, das sich darauf aufbaut. Es sind vor allem zwei wichtige Problemkomplexe in bezug auf die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, in denen sich das bemerkbar macht: in der Monopolproblematik und in der Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik heute.

Auch wenn man diese Fragen untersucht, ist zunächst einmal wieder von dem Zusammenhang Produktivkräfte—Produktionsverhältnisse auszugehen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheint der Kapitalismus insgesamt und überhaupt als Produktionsweise mit Übergangscharakter. Der Wendepunkt ist hier ebenfalls in den Produktivkräften gesellschaftlichen Charakters zu sehen. Man findet das bei Engels abgeleitet. In seiner Arbeit „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" zeigt er mit einzigartiger Prägnanz, daß hier Produktivkräfte in eine Aneignungsweise hineingestellt werden, die ihren Voraussetzungen schon nicht mehr entspricht. Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakters erfordern auch eine gesellschaftliche Aneignungsweise. Engels arbeitet heraus, daß sich die Form der Aneignung nicht automatisch und unmittelbar verändert. Die private Aneignung bleibt bestehen. Was sich ändert, ist ihr Charakter. Statt des Produktes eigener Arbeit wird das fremder Arbeit angeeignet. Das ist der naturwüchsige Prozeß, der, auf der Basis naturwüchsig entwickelter privater Aneignungsverhältnisse, mit *Notwendigkeit* die kapitalistische Produktionsweise hervorbringt und ihr zugleich — wegen des Fortbestehens der privaten Aneignung — diesen Übergangscharakter verleiht. Es ist dieser Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und der privaten Aneignungsweise, der sich als kapitalistischer Grundwiderspruch darstellt und der seinen Ausdruck unmittelbar in den Krisengesetzmäßigkeiten findet. Es ist dieser Widerspruch, der schließlich das Monopol und den staatsmonopolistischen Kapitalismus hervorbringt — als Anpassungsformen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte. Wir können diesen Zusammenhang hier nicht ausführlicher darstellen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß wir ihn in der erwähnten Arbeit von Engels bereits in seinen wesentlichen Umrissen entwickelt finden. Lenin schließt hier unmittelbar an Engels an, und es ist seine Leistung, diese Gedanken zu einer marxistischen Theorie des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus ausgebaut zu haben.

Aus der Entwicklung der Produktivkräfte, ihres gesellschaftlichen Charakters, entspringt das Monopol als notwendige Form des Kapitalverhältnisses. In zwie-

II

Wenn wir die kapitalistischen Produktionsverhältnisse betrachten, so bilden darin die gesellschaftlichen Beziehungen der Warenproduzenten ohne Zweifel ein wichtiges Element. Unleugbar spielt ihre Sicherung auch eine große Rolle als Staatsfunktion. Gerade weil sie diese Beziehungen und die dadurch gesetzten äußeren Bedingungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses gut herausarbeiten, bestechen die Arbeiten von Läpple und des „Projekts Klassenanalyse" (im folgenden PKA) zunächst. Das ändert aber nichts daran, daß ihr Ausgangspunkt fehlerhaft bleibt und sich dies dann auch auf ihr ganzes theoretisches Gedankengebäude auswirkt. Diese Beziehungen bilden kein Spezifikum der kapitalistischen Produktionsverhältnisse; mit der Ausnahme, daß unter kapitalistischen Verhältnissen auch die Arbeitskraft zur Ware wird und die Arbeiter folglich zu Warenbesitzern. Wenn wir von diesen Beziehungen ausgehen, so ist ihre Sicherung die Funktion eines jeden Staates, der sich aus Produktionsverhältnissen ableitet, in denen die Beziehungen der Warenproduktion einen wesentlichen Bestandteil bilden, d. h. überall dort, wo sich der Reproduktionsprozeß des materiellen Lebens der Gesellschaft zu wesentlichen Teilen in der Form der Warenproduktion vollzieht. So können wir in der Tat auch beobachten, daß dort, wo die Warenproduktion sich entfaltet, sich auch politische Machtstrukturen entwickeln, die die Sicherung dieser Beziehungen implizit enthalten. So ist der Schutz des Handels gegen die Raubgelüste des naturwüchsig entstandenen Adels in der Sklaverei und ebenso die Zentralisation der politischen Macht bei den feudalen Fürsten bzw. Monarchen nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Warenproduktion sich ausbreitete und ihre Beziehungen, als allgemeine äußere Bedingungen des Reproduktionsprozesses, staatlichen Schutz erforderten. Es sind vielschichtige Klasseninteressen, die diese Veränderungen in den politischen Machtverhältnissen bewirkten, und es sind vielfältige Formen von Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnissen, die auf dieser Basis entstanden, aber es zeigt sich immer ein objektiver Zusammenhang zur Ausbreitung der Warenproduktion und zum Schutz der Warenbeziehungen. Es ist aber charakteristisch, daß diese Entwicklungen niemals den Rahmen der gegebenen, spezifischen Produktionsverhältnisse sprengten.

Da die Gleichstellung der Warenbesitzer auf dem Markt stets eine durch die Warenproduktion gesetzte äußere Bedingung des Reproduktionsprozesses bleibt, gleichgültig, welche Produktionsverhältnisse auf dieser Warenproduktion aufbauen, ergibt sich folglich die Frage, wie diese Bedingungen von den Staaten sowohl der Sklaverei wie des Feudalismus und des Kapitalismus in gleicher Weise sichergestellt werden. Die Antwort haben wir im Grunde schon gegeben: Indem das Eigentum der Warenbesitzer an ihren Waren gesichert wird [6]). Sowohl beim Sklavenhalter- wie beim Feudal- und beim bürgerlichen Staat ist die Sicherung dieser äußeren Bedingungen des Reproduktionsprozesses implizit in der Sicherung der jeweils spezifischen Eigentumsverhältnisse enthalten. Indem sie diese Eigentumsverhältnisse sichern, stellen sie sicher, daß die Warenbesitzer sich auf dem Markt als Gleichgestellte gegenübertreten. Nur darum aber geht es in der Zirkulationssphäre. Wer sich dort als Warenbesitzer gegenübertritt, wird durch eben dieselben spezifischen Eigentumsverhältnisse in der Produktionssphäre bestimmt. In der Sklaverei beruht die Warenproduktion auf der Anwendung der Sklavenarbeit. Eigentümer der Waren, zu denen hier auch die Arbeiter selbst gehören, sind die Sklavenhalter, und sie treten sich auf dem

[6]) Vgl. Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 99.

arbeit entwickelte. Sicherlich! Aber: erstens waren die Manufakturen bereits Vorformen der Vergesellschaftung der unmittelbaren Produktion und beruhten auf einer entsprechenden Entwicklung der Produktionsmittel, d. h. auf einer Spezialisierung der Produktionsinstrumente, die ihrerseits schon unmittelbare Vorstufe der Maschinerie war. Vor allem aber konnte, zweitens, auch diese Form der Ausbeutung nur bestehen, weil sie in die feudalen Produktionsverhältnisse eingebettet war. Auf der einen Seite waren die Produktivkräfte bereits soweit entwickelt, daß Bauern freigesetzt wurden. Auf der anderen Seite versperrten die feudalen Zunftordnungen usw. ihnen alle anderen Bereiche des Lebenserwerbs. Daher bestand für sie der Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft, konnte sich diese Form der Lohnarbeit entwickeln.

Theoretisch konnte also die ganze Produktion zur Warenproduktion werden, ohne je andere Produktionsverhältnisse hervorbringen zu können als die der Sklaverei oder des Feudalismus. Es bedarf der unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, also des vollen oder beschränkten Eigentums der Herren an den unmittelbaren Produzenten, um das Ausbeutungsverhältnis unter diesen Bedingungen aufrechtzuerhalten, und das schlägt sich dann auch in den entsprechenden politischen Strukturen nieder.

Wie man die Sache auch dreht und wendet, aus dem Doppelcharakter der Arbeit und den gesellschaftlichen Beziehungen der Warenproduktion allein kann man die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht ableiten; es ist eine völlig andere Frage, daß sie ohne diese Kategorien nicht verständlich, durchschaubar werden. Aber erst mit der Herausbildung von Produktivkräften, Produktionsmitteln gesellschaftlichen Charakters werden kapitalistische Produktionsverhältnisse zur Notwendigkeit. Hier liegt der Wendepunkt. Natürlich ist diese Entwicklung von Produktionsmitteln gesellschaftlichen Charakters nicht denkbar ohne die Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, also auch die Entfaltung der Warenproduktion. Aber nicht in diesem Prozeß, sondern eben in den Produktionsmitteln gesellschaftlichen Charakters ist die Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte zu sehen, die den Umschlag der feudalen Warenproduktion in die kapitalistische Warenproduktion und die ihr eigenen Produktionsverhältnisse mit Notwendigkeit hervorbrachte. Produktionsmittel gesellschaftlichen Charakters, d. h. Produktionsmittel, die das Zusammenwirken einer Vielzahl von unmittelbaren Produzenten bei der Herstellung einer Ware erfordern, sind nicht mehr individuell anzuwenden. Kein unmittelbarer Produzent kann sich mehr selbständig machen; es sei denn, er werde Kapitalist und wende Lohnarbeit an. Unter den Bedingungen des Privateigentums an den Produktionsmitteln setzen diese Produktivkräfte unvermeidlich das Verhältnis Lohnarbeit und Kapital. Hier entsteht für den unmittelbaren Produzenten der ökonomische Zwang zum Verkauf seiner Arbeitskraft, muß die Arbeitskraft zur Ware werden. Und diese Produktivkräfte mußten mit Notwendigkeit dazu führen, daß die feudalen Produktionsverhältnisse zerbrochen und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verallgemeinert wurden. Es ist unnötig, diese Frage hier eingehend zu behandeln. Aber aus diesen Produktivkräften ist die Notwendigkeit der Abschaffung der feudalen Eigentumsverhältnisse, als dem bestimmenden Element der feudalen Produktionsverhältnisse, abzuleiten. Sie wurden zu Fesseln für die Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion. Von ihnen aus ist die Notwendigkeit der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, als dem bestimmenden Element der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, abzuleiten. Und von hier aus, von den Eigentumsverhältnissen her, ist dann auch die Ableitung des bürgerlichen Staates vorzunehmen.

tionsbedingungen und nicht die unmittelbaren Produzenten auch die Warenbesitzer sind bzw., im Feudalismus, die Besitzer jenes Teils des Produkts fremder Arbeit, den sie sich kraft des Ausbeutungsverhältnisses aneignen. Hier, in den Eigentumsverhältnissen liegt die Kernfrage, und es sind gerade die Eigentumsverhältnisse, wodurch sich die Produktionsweisen voneinander unterscheiden. Klammert man einmal die Naturalwirtschaft aus, also die Zick-Zack-Wege in der Entwicklung der Grundformen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, und bezieht man sich nur auf die Entwicklung der Warenproduktion, so muß man sich doch folglich zunächst einmal die Frage stellen, ob auf der Warenproduktion, in den ersten Jahrhunderten ihrer Entwicklung, wie weit sie sich auch entfalten möge, überhaupt andere Produktionsverhältnisse als die der Sklaverei und des Feudalismus aufbauen *konnten.* Erst wenn man diese Frage bejahen kann, kann man auch aus der Entfaltung der Warenproduktion die Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates ableiten. Genau diese Frage aber muß man verneinen.

Wir wollen jetzt hier nicht auf die Ursachen eingehen, die die Eigentumsverhältnisse gerade der Sklaverei bzw. des Feudalismus hervorgebracht haben. Für beide gemeinsam gilt, daß sie auf Entwicklungsstufen der materiellen Produktivkräfte aufbauen, die durch Produktionsmittel individuellen Charakters gekennzeichnet werden, also durch zwerghafte, auf den individuellen Gebrauch zugeschnittene Produktionsmittel. Auf der Basis solcher Produktivkräfte aber konnte sich die Warenproduktion entfalten, wie immer sie wollte — eines konnte sie mit *Notwendigkeit* nie, nämlich kapitalistische Produktionsverhältnisse hervorbringen. Auf dieser Basis konnten immer nur die Produktionsverhältnisse der Sklaverei oder des Feudalismus entstehen. Theoretisch kann die Warenproduktion unter diesen Umständen durchaus alle Bereiche erfassen. Dem steht überhaupt nichts im Wege. Nur eines kann sie mit *Sicherheit* nicht — die Lohnarbeit als Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervorbringen oder, präziser ausgedrückt, sie verallgemeinern. Einfach deshalb nicht, weil bei individuellem Charakter der Produktionsmittel das Ausbeutungsverhältnis allein durch das Eigentum der herrschenden Klasse an den Produktionsbedingungen nicht aufrechtzuerhalten ist. Jeder unmittelbare Produzent kann sich dem Ausbeutungsverhältnis unter diesen Umständen mit Leichtigkeit entziehen, kann einfach ausbüxen, sich die notwendigen Arbeitsmittel selbst beschaffen oder herstellen und sich selbständig machen. Daher kann die Arbeitskraft gar nicht zur Ware werden. Es besteht kein ökonomischer Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft, der sie im Ausbeutungsverhältnis festhält. Alle anderen Produkte aber können Waren werden; dafür gibt es keine Grenzen.

Man mag dagegen einwenden, der Boden, als wichtigste Produktionsbedingung, sei nicht beliebig produzierbar und daher als Eigentum monopolisierbar. Damit verließe man aber das Gefilde der reinen Abstraktion und beträte das der konkreten Verhältnisse. Nur konkret kann man die Monopolisierbarkeit des Bodens annehmen. Theoretisch bleibt immer die Möglichkeit, freie Räume in Anspruch zu nehmen, um sich der Ausbeutung zu entziehen. Nebenbei gesagt, das war auch konkret-historisch der Fall, denn genau dieser Prozeß bildete ein ganz entscheidendes Hindernis sogar noch für die Ausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den Kolonien.

Man mag ferner einwenden, daß sich bereits im Feudalismus und noch auf der Basis der Produktionsmittel individuellen Charakters die Manufakturen herausgebildet haben, in denen sich bereits das kapitalistische Verhältnis der Lohn-

Arbeiten wird das Problem so gelöst, daß der Zwang zur Sicherung dieser Beziehungen gewissermaßen mit der Entfaltung der Warenproduktion zunimmt, bis sie schließlich, bei voll entfalteter Warenproduktion, auch in entsprechende politische Strukturen umschlagen muß. Eine solche Erklärung kann aber keineswegs befriedigen. Schon in der Sklaverei und im Feudalismus können wir eine relativ hochentwickelte Warenproduktion feststellen. Wie ist es möglich, daß sich das nicht auch in entsprechenden Staatsformen niederschlägt? Die Erklärung ist im Grunde einfach. Wir finden sie bei Marx. Marx entwickelt den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik ganz allgemein, und er zeigt auch, worauf es dabei ankommt.

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens", so schreibt er, „gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen" [3]). Und weiter, an anderer Stelle: „Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten — ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer jedesmaligen Produktivkraft entspricht —, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden" [4]). Und den Entwicklungszusammenhang, seine aktiven und passiven — wenn auch natürlich wechselwirkenden — Elemente, faßt Marx dann so zusammen: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlagen wälzt sich der ganze Überbau langsamer oder rascher um" [5]).

Der Unterschied springt ins Auge. Marx betont die Eigentumsverhältnisse als dasjenige Element der Produktionsverhältnisse, das für die Beziehung von Ökonomie und Politik ausschlaggebend ist. Die genannte Gruppe von Autoren stützt ihre Ableitung des bürgerlichen Staates dagegen auf jenes Element der Produktionsverhältnisse — die gesellschaftlichen Beziehungen der Warenproduktion —, mit dem die unterschiedlichsten Eigentumsverhältnisse verflochten sein können. Das ist eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise. Auf den Privateigentumsverhältnissen in der Produktion baut ja einerseits das Ausbeutungsverhältnis auf und andererseits das gesellschaftliche Verhältnis der Warenproduzenten zueinander (sie sind Warenproduzenten, weil sie arbeitsteilig produzieren und zugleich als private Produzenten gegeneinander verselbständigt sind; hieraus leitet sich auch erst der Doppelcharakter der Arbeit ab). Die Synthese beider Formen gesellschaftlicher Verhältnisse, die auf dem Privateigentum aufbauen, findet sich dann beispielsweise darin, daß die Eigentümer der Produk-

3) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, S. 8.
4) Ders., Das Kapital III, MEW 25, S. 799 f.
5) Ders., Zur Kritik . . ., a. a. O., S. 9. — Wir haben diese Marxstellen nach Ebbighausen, a. a. O., zitiert. Darauf sei hier besonders hingewiesen. Es ist geradezu eine einmalige Leistung, wie Ebbighausen/Winkelmann, in der Einleitung zu dieser Aufsatzsammlung, von dieser völlig richtigen und von ihnen im Kommentar noch auf die Eigentumsverhältnisse zugespitzten Ausgangsposition wieder auf die gesellschaftlichen Beziehungen der Warenproduktion als wesentlichstes Element der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zurückkommen.

Zum Problem einer marxistischen „Staatsableitung"

Von Robert Katzenstein

I

Die Frage einer marxistischen Ableitung des bürgerlichen Staates wird in jüngster Zeit lebhaft diskutiert. Innerhalb dieser Diskussion tritt eine Gruppe von Autoren hervor, die zwar im einzelnen teils sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten, jedoch in der Staatsableitung alle von einer gemeinsamen Grundauffassung ausgehen [1]). Sie alle legen ihrer Ableitung letztlich den Doppelcharakter der Arbeit zugrunde. Den Kerngedanken dieser Staatsableitung kann man etwa folgendermaßen zusammenfassen: Die Warenproduktion beruht auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Mit ihr spaltet sich der Reproduktionsprozeß in zwei besondere Sphären auf: Produktion und Zirkulation. In der Zirkulation treten sich die Warenbesitzer als gleichgeltende und in ihren Entscheidungen freie Subjekte gegenüber. Das ist Bedingung des Warenaustauschs; jedes andere Verhältnis würde den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß lähmen. Mit der voll entfalteten Warenproduktion muß sich dieses Verhältnis, als äußere Bedingung des Reproduktionsprozesses, auch in den politischen Strukturen der Gesellschaft niederschlagen. Gleichheit und Freiheit werden, als Bedingung des Reproduktionsprozesses, zum gemeinsamen Interesse aller Warenbesitzer. Dieses gemeinsame Interesse muß notwendig in Konflikt mit den persönlichen Interessen der Warenbesitzer treten, da jeder von ihnen versucht, seine persönlichen Interessen im Austauschprozeß durchzusetzen. Es bedarf daher eines politischen Instrumentes, einer politischen Macht, die dieses gemeinsame Interesse verkörpert und es gegen die Vielfalt und Sprengkraft der individuellen Interessen durchsetzt. Dieses Instrument ist der bürgerliche Staat.

Das ist eine sehr grobe Zusammenfassung. In ihr mögen viele Feinheiten, die bei den einzelnen Autoren ausgearbeitet sind, verloren gehen. Man könnte sich auch hier schon streiten [2]). Aber das ist alles nicht so wichtig, denn dem Grundgedanken kann man durchaus zustimmen. Es ist völlig richtig, daß die Gleichheit und Freiheit der Warenbesitzer im Austauschprozeß eine äußere Bedingung des Reproduktionsprozesses ist, soweit er sich in der Form der Warenproduktion vollzieht, und als solche auch vom Staat gesichert werden muß. Fraglich wird die Sache erst, wenn man daraus direkt und unmittelbar den bürgerlichen Staat ableitet.

Die Warenproduktion ist keine Erscheinung allein des Kapitalismus. Es gab sie schon in der Sklaverei und im Feudalismus, und es gibt sie im Sozialismus. Wie soll man also die Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates nur aus den gesellschaftlichen Beziehungen der Warenproduktion erklären? In den genannten

[1]) Beispielhaft für diese Gruppe seien genannt: Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt/M 1974. — Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken, Berlin (West) 1973. — Dieter Läpple, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infrastrukturtheorien, Berlin (West) 1973.

[2]) Die Warenbesitzer sind Warenbesitzer, weil sie Privateigentümer und gegeneinander verselbständigte Produzenten sind. Es sind ihre persönlichen Privatinteressen, die sie gegen das gemeinsame Interesse durchzusetzen suchen. In der Tat kommt z. B. Läpple auch notwendig immer wieder auf diese Seite zurück, ohne jedoch seine Ableitung bis zu dieser Ebene zu vertiefen.

rungen noch lange andauern. Zwar hat, wie wir oben sagten, mit den Pariser Abkommen im Norden Vietnams eine Periode relativen Friedens begonnen, aber die Bedrohung von außen dauert an, und zugleich fühlt sich jeder auch mitverantwortlich für die Entwicklung im Süden.

Das bisher in der DRV Aufgebaute würde einen wissenschaftlichen Austausch mit der Bundesrepublik sinnvoll und fruchtbar für beide Seiten machen. In jedem Einzelfall bedarf es freilich einer präzisen Vorbereitung. Als erster Schritt wäre schon jedes Angebot eines Forschers der BRD sehr wertvoll, mit seinen Fähigkeiten zu helfen, d. h. gegebenenfalls konkrete Anfragen vietnamesischer Kollegen zu beantworten, Kontakte aufzunehmen, Bibliographien und andere Informationen zu vermitteln. Ebenso wichtig wären alle Angebote, Bücher, Geräte, Laboratoriumseinrichtungen oder Verbrauchsmaterial zu spenden, auch für die Medizinische Fakultät in der Republik Südvietnam. Angesichts der Vielzahl der wissenschaftlichen Einrichtungen der DRV sind praktisch alle wissenschaftlich wertvollen Monographien, Nachschlagewerke, Sammelbände, Kongreßberichte und grundlegenden Lehrbücher willkommen *).

*) Von den vielen Kollegen in der BRD, an die wir nach unserer Rückkehr aufgrund uns von Hanoi mitgegebener spezieller Bitten geschrieben haben, bekamen wir ohne Ausnahme eine rasche positive Antwort. Weitere Angebote von Hilfeleistungen sind sehr willkommen und können gerichtet werden an die „Wissenschaftlich-Technische Hilfe für Vietnam (WTH)", Dr. F. Schmithals, Universität NW 1, 28 Bremen 33, Achterstraße; Tel. (0421) 218 24 20; die WTH erteilt auch Auskünfte über den Bedarf auf speziellen Gebieten. Für ihre vielfältigen Projekte, die alle auf Anregungen vietnamesischer Wissenschaftler beruhen, ist sie dringend auf Geldspenden angewiesen. Diese können geschickt werden auf ein Konto der „Hilfsaktion Vietnam e. V.": Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto Nr. 10 16 25 03 00, oder Postscheckkonto Essen 900 40-430. Die Überweisung muß den Zusatz „Wissenschaftlich-Technische Hilfe für Vietnam" oder kurz „WTH" tragen. Die Spenden sind steuerbegünstigt. D. Verf.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

14 Berufsverbote durch Gesetz? Wortlaut und Kritik des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften" (Doppelband)

15 Matthiessen, Rüstungseskalation und Abrüstungsperspektiven (Doppelband)

16 Walter Volpert, Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft

17 Grossner/Schierholz, Projekt MRCA. Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte (Doppelband)

18 Krusewitz/Kade, Anti-Enzensberger. Von der Umweltkatastrophe und den Grenzen literarischer Krisenbewältigung

19 Huffschmid/Kade/Ipsen, Die Krise und die Grenzen der bürgerlichen Ökonomie

Einfachband DM 4,–, Doppelband DM 6,–

Pahl-Rugenstein

der Republik Südvietnam durch militärische Aktionen einzuengen. Das korrupte Saigoner Regime, das nie seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Probleme lösen konnte, unterhält das größte System von Gefängnissen und Konzentrationslagern der Welt, gerichtet nicht gegen die Befreiungsfront, sondern gegen den Widerstand auf dem eigenen Territorium, die „Dritte Kraft". Bei einer Bevölkerungszahl von wenigen Millionen besitzt es eine der größten Luftstreitkräfte der Erde und setzt sie ständig gegen die Bevölkerung der Republik Südvietnam ein. Bezahlt — und gebaut — werden Gefängnisse ebenso wie Flugzeuge, ausdrücklich für den Gebrauch gegen Zivilpersonen konstruierte vielfältige Bombentypen ebenso wie Napalm und chemische Produkte zum Zerstören der Pflanzungen von den USA. Auch die Bundesrepublik unterstützt das Thieu-Regime: Anfang September 1974 wurde eine Vereinbarung über eine Zahlung von 40 Mio. DM unterzeichnet, vieles war vorangegangen, für Januar 1975 sind weitere 100 Mio. DM angekündigt.

Die Entwicklung des Gesundheitswesens in der Republik Südvietnam erscheint unter diesen Umständen besonders dringlich. Ebenso wie das Erziehungssystem ist es tatsächlich trotz aller Hemmnisse und Gefährdungen im ganzen Gebiet wohl aufgebaut, gut organisiert und gleichmäßig verteilt. Es stützt sich aber zum großen Teil noch auf nicht völlig ausgebildete medizinische Hilfskräfte. Die geplante Medizinische Fakultät soll diesem Mangel abhelfen. Darüber hinaus hat uns der Leiter der Delegation die folgende Botschaft an die wissenschaftlich Arbeitenden der Bundesrepublik mitgegeben: Dank an alle, die schon geholfen haben; die Bitte, mit darauf hinzuwirken, daß die Vereinigten Staaten und das Regime in Saigon die Pariser Abkommen einhalten, die sie zusammen mit der Regierung der Republik Südvietnam und der der Demokratischen Republik Vietnam unterschrieben haben; die Bitte um nachdrückliche Unterstützung der Aufforderung an die Bundesregierung, die Republik Südvietnam anzuerkennen und sie bei Hilfeleistungen nicht schlechter zu behandeln als das Thieu-Regime.

Am 15. September traten wir, wieder mit der Eisenbahn, die Rückreise an, beladen mit unvergeßlichen Eindrücken, Geschenken, einem Haufen von Arbeitsprojekten und dem Vorsatz, mehr als vorher zur Unterstützung unserer Kollegen in der DRV und der Republik Südvietnam zu tun. Wir hatten nicht nur das reiche wissenschaftliche Leben dort kennen gelernt, sondern auch viele Freunde gewonnen. Am letzten Tage ließ sich A. Z. anstelle eines „Abschlußexamens" von jedem Teilnehmer an ihren Kursen in englischer Sprache erzählen, wie er den Dezember 1972 erlebt hatte. Diese einfachen, unpathetischen Schilderungen haben uns mit ihnen noch mehr verbunden als schon die gemeinsame Arbeit.

V

Das Fazit: Die DRV hat unter schwierigsten Umständen den erstaunlichsten und schnellsten Aufbau eines Erziehungs-, Ausbildungs- und Wissenschaftssystems vollbracht, den wir kennen. Es ist eine der wichtigsten Grundlagen der weiteren Entwicklung des Landes. Dessen sind sich auch seine Gegner bewußt; nicht umsonst wurde z. B. vor 1973 die Gegenwart von Gruppen von Wissenschaftlern in einem Dorf, seien es auch nur „abstrakte Mathematiker", streng geheimgehalten, denn sie hätte sonst sofort Bombardierungen nach sich gezogen.

Die Wissenschaftler in der DRV brauchen Unterstützung, denn ihre zielstrebige Arbeit wird, ohne Schuld ihres Landes, durch eine Unzahl widriger Umstände erschwert. Viele der beschriebenen Schwierigkeiten werden infolge der Zerstö-

kationen in fremden Sprachen in Hanoi, die Wissenschaftlich-Technische Zentralbibliothek, das im Dezember 1972 zum großen Teil zerstörte Krankenhaus Bach Mai und ein als landwirtschaftliche Kooperative arbeitendes Dorf: an seinen technischen Einrichtungen und den Jahreszahlen seiner Häuser ließ sich auch hier der immense Fortschritt seit der Gründung der DRV ablesen.

Überall hatten wir lebhafte, konkrete Diskussionen, erhielten viele spezielle Anregungen, überall sahen wir auch das schon Erreichte ebenso wie die immer noch großen materiellen Schwierigkeiten.

IV

Überwältigend war die Gastfreundschaft unserer vietnamesischen Kollegen und der Mitarbeiter des „Komitees". Wir haben denn auch, obwohl wir nicht allzu viel Zeit darauf verwenden konnten, das nichtwissenschaftliche, „eigentliche" vietnamesische Leben kennenzulernen, schon durch wenige Unternehmungen einen deutlichen Eindruck von seiner Reichhaltigkeit bekommen. In Hanoi besuchten wir das Museum der schönen Künste, das auch wunderbare Stücke aus der Frühgeschichte Vietnams birgt, und den etwa 900 Jahre alten Tempel der Literatur. Im Museum der Revolution liegen, neben vielen anderen, Dokumente und Gegenstände, die von den schweren Bombardierungen Hanois Ende 1972 zeugen, aber auch von der Solidarität aus der ganzen Welt. Wir fuhren durch die zu jener Zeit völlig zerstörten Städte Haiphong und Hongai, deren Wiederaufbau, wenn auch energisch betrieben, noch lange nicht abgeschlossen sein wird und deren Bewohner dennoch ebenso gelassen, lebhaft, ja fröhlich ihrer Arbeit nachgehen wie in Hanoi oder auf dem Lande. Wir hielten uns, von zwei Kollegen begleitet, drei Tage lang an der zauberhaften Bucht von Halong auf, in der unzählige Fischerboote und, wie man sagt, 3000 Inseln verteilt sind, wir gingen in Hanoi ins Theater und in den Zirkus und bummelten über die Märkte, auf denen sich Einfallsreichtum und handwerkliches Können angesichts unzulänglicher technischer Mittel nicht weniger als in den wissenschaftlichen Laboratorien manifestieren.

Eine der eindrucksvollsten Begegnungen aber war die mit der Delegation der Republik Südvietnam in Hanoi. Wir hatten um eine Unterredung gebeten, weil die Provisorische Revolutionäre Regierung dort eine Medizinische Fakultät vorbereitet, um genügend Ärzte an Ort und Stelle auszubilden; bei ihrem Aufbau könnten auch Wissenschaftler aus den Ländern Westeuropas helfen, durch Übersendung von Büchern und anderem sinnvoll ausgewählten Unterrichtsmaterial, einfachen Einrichtungen für Laboratorien, handlichen Vervielfältigungsapparaten, Geräten für den Sprachunterricht usw.[2]). Natürlich war die Diskussion hierüber nur im Rahmen eines Gesprächs über die augenblickliche allgemeine Situation im Süden Vietnams sinnvoll. Wenn uns auch die meisten Tatsachen aus verschiedenen Publikationen, darunter auch bürgerlichen Zeitungen wie „Le Monde", in abstrakter Form geläufig waren, wurden sie doch aus dem Munde des Leiters der Delegation lebendig und bedrängend gegenwärtig: Für den Alltag der Menschen in vielen Teilen der Republik Südvietnam bedeutet das Nichteinhalten des Pariser Abkommens durch die Thieu-Regierung in Saigon Beschießungen, Bombardements, Zerstörung von mehr als 1600 Dörfern (bis Anfang September 1974), davon 200 total, und von großen Teilen der Vegetation. Es bedeutet ständige Versuche der Truppen Saigons, das zur Zeit des Abkommens bestehende Gebiet

[2]) Näheres siehe in einem im Frühjahr 1974 in Paris gegebenen Interview der Ministerin für Gesundheit der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, das bei der WTH (Adresse am Schluß dieses Aufsatzes) angefordert werden kann.

unseres Doktors, die der an guten europäischen Universitäten, die diese Gebiete pflegen, nicht nachsteht. Das Ziel dieser Vorlesung war denn auch, sie mit einem in rascher Entwicklung begriffenen Spezialgebiet bekanntzumachen, das vielerlei Anwendungen in der Wirtschaftsplanung, den Naturwissenschaften, in Medizin, Land- und Forstwirtschaft usw. hat und viele offene mathematisch relevante Probleme enthält. Zugleich sollte sie zur Bildung von Arbeitsgruppen Gelegenheit geben, denn infolge ihrer recht verschiedenartigen Ausbildung an verschiedenen Orten und des Mangels an auswärtigen Kontakten nach dem Studium ist es für die vietnamesischen Wahrscheinlichkeitstheoretiker nicht einfach, zu einer Konzentration auf wesentliche Schwerpunkte zu gelangen.

Der Vorbereitung solcher Arbeitsgruppen dienten u. a. die „Seminare", die einigemal an die Stelle der Vorlesung traten und wo wir uns über offene Probleme, aktuelle Strömungen und aussichtsreiche Arbeitsgebiete unterhielten. Neben der Vorlesung gab es einmal wöchentlich „Konsultationen". Hierzu traf sich ein kleiner Teil der Hörer der Vorlesung mit K. K. zu mathematischen Diskussionen beim Tee, jedesmal eine andere Gruppe, bis alle einmal dagewesen waren. Alle Hörer arbeiteten in der Vorlesung, den Seminaren und Konsultationen sehr intensiv mit. Sie hatten sich auch, gestützt auf vorangegangene Korrespondenz, ganz spezifisch und sorgfältig vorbereitet.

Ein kleines Erlebnis, das gleichzeitig von vietnamesischer Findigkeit und vom Mangel an Vervielfältigungsgeräten zeugt: wir hatten einige Zeit vor der Reise neben anderen Unterlagen zwei Sammelbände mit einzelnen Aufsätzen nach Hanoi geschickt. Als wir ankamen, fanden wir, daß man diese Bände völlig zerlegt hatte, um jeweils einen Artikel an eine Gruppe von Hörern zum Durcharbeiten zu geben.

Großes Interesse fand auch ein Vortrag von K. K. über die mathematische Ausbildung und Arbeit in der BRD, gehalten vor der Mathematischen Gesellschaft Vietnams. Dort waren wohl 200—300 Zuhörer anwesend.

Man arbeitet in der DRV viel und intensiv, aber nie haben wir so etwas wie Arbeitsdruck bemerkt. Der Rhythmus ist vernünftig geplant und dem Klima angepaßt: man steht früh auf — schon um 5 Uhr morgens herrscht in den Straßen reges Leben —, macht aber während der Arbeit oft kurze Pausen und fast immer eine größere in der heißen Zeit nach 12 Uhr.

Natürlich standen nicht nur Vorlesungen aus unserem eigenen Interessenbereich auf dem Programm. Wir hatten uns einerseits vorgenommen, für vietnamesische Wissenschaftler Kontakte zu vermitteln, spezielle Wünsche (nach Material, Büchern und Zeitschriften und anderen wissenschaftlichen Informationen) zu sammeln und mit verschiedenen Institutionen über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zu diskutieren, andererseits für einige Wissenschaftler der BRD nach solchen Möglichkeiten Ausschau zu halten. So hatten wir denn zwei größere Unterredungen mit Mitarbeitern des „Komitees" und besuchten die Fakultät für Mathematik der Universität, das Forstwirtschaftliche Institut, das übrigens eine kleine mathematische Abteilung unterhält, das wissenschaftlichen Zwecken dienende Urwaldschutzgebiet Cuc Phüông, dessen Umgebung von der ethnischen Minorität Müông bewohnt wird, das Institut zur Ausbildung von Lehrern für Fremdsprachen — es untersteht direkt dem Erziehungsministerium und ist das wichtigste Fremdspracheninstitut in Hanoi; dort sahen wir auch das von den Westberliner Eisenbahnern gespendete moderne Sprachlabor, trotz Raummangels zweckmäßig aufgebaut —, die Abteilung für Fremdsprachen der Universität, den Verlag für Publi-

tern und Verbindungen zu vermitteln. Im großen und ganzen ist unser Besuch diesem Programm gemäß abgelaufen.

Wir brachen am 19. Juli 1974 auf, mit der Eisenbahn über Moskau, Ulan Bator und Peking, etwa 10 Tage reine Fahrzeit in den bequemen sowjetischen und chinesischen Schlafwagen. Das war billiger und gestattete uns, eine große Menge Bücher und anderes Arbeitsmaterial mitzunehmen, das im Flugzeug die Gewichtsgrenze weit überschritten hätte. Vor allem aber kamen wir so schon früh in eine vietnamesische Umgebung, denn von Moskau ab waren die allermeisten Passagiere Wissenschaftler, Techniker und Studenten aus der DRV, die in der Sowjetunion oder anderen europäischen sozialistischen Staaten studiert hatten und nun endgültig oder für kürzere Zeit nach Hause fuhren. Ihre Vorfreude auf die Heimkehr übertrug sich auf den ganzen Zug.

Nach der Ankunft hielten wir uns zwei Tage in Tam Dao auf, einem Bergmassiv, das sich ungefähr 80 km nordwestlich von Hanoi aus der Ebene des Roten Flusses erhebt. An seinem Fuß gewannen die Vietnamesen unter Ly Thüöng Kiêt im Jahre 1077 die entscheidende Schlacht gegen die Eindringlinge der Dynastie Tong. Später ließen sich französische Kolonialbeamte auf seinem Gipfel einen Kurort bauen. Dort unterhielten wir uns zum erstenmal über die Möglichkeit wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit einem Mitglied des „Komitees", einem Meeresbiologen. Seine Aufgabe war zugleich, uns bei allen vielleicht auftretenden Schwierigkeiten zur Seite zu stehen, aber Schwierigkeiten gab es kaum, denn alles war ebenso wirksam wie unaufdringlich organisiert. Gleichzeitig wurden in Hanoi die letzten Vorbereitungen für unsere Arbeit getroffen: eigentlich waren ja Sommerferien.

A. Z. gab dann vor allem Sprachkurse über wissenschaftliches Englisch für Mitarbeiter des „Komitees" und andere Wissenschaftler und Techniker: Mediziner, Ingenieure, Chemiker, Mathematiker, Übersetzer, Architekten, technisches Personal. Fehlende Geläufigkeit im Umgang mit den verbreiteten wissenschaftlichen Sprachen, insbesondere dem Englischen, eine Folge der Isolierung, ist in der Tat zugleich ein wesentliches Hemmnis bei ihrer Überwindung. Zur Zeit sind in der DRV viele Wissenschaftler, die oft an anderer Stelle fehlen, nur mit Übersetzungen für ihre Kollegen beschäftigt. Größere Sprachkenntnisse wären auch ein wesentliches Komplement zu einer der größten Errungenschaften des Aufbaus der Wissenschaften in der DRV, nämlich der Schaffung einer wissenschaftlichen Terminologie und Ausdrucksweise in der eigenen Sprache. Sie begann schon bald nach 1945 und ist im wesentlichen abgeschlossen. Heute wird dort z. B. Mathematik auf allen Niveaus in vietnamesischer Sprache getrieben, und die Lehrbücher für alle grundlegenden Kurse sind im eigenen Lande geschrieben. Auf diese Weise erscheint Wissenschaft dort nie als etwas Fremdes, und auch ein wissenschaftlicher Austausch in englischer, russischer oder französischer Sprache wird nicht die Gefahr der Überfremdung mitsichbringen. Übrigens ist das von der Mathematischen Gesellschaft in Hanoi vor drei Jahren herausgegebene englisch-vietnamesische mathematische Wörterbuch eines der umfassendsten und am intelligentesten organisierten mathematischen Wörterbücher überhaupt.

K. K. hielt an der Technischen Universität eine Vorlesung über ein Gebiet der Mathematischen Statistik (Statistik gewisser stochastischer Prozesse). Hörer waren etwa 40 Mathematiker des „Komitees", der beiden Universitäten und anderer Forschungsinstitute. Sie alle hatten im Bereich der allgemeinen Mathematischen Statistik und Wahrscheinlichkeitstheorie eine Vorbildung auf dem Niveau

Es gibt also heute in der DRV die wissenschaftlichen Strukturen, die gut ausgebildeten Wissenschaftler und die klaren Vorstellungen über deren zukünftige Arbeit, die notwendige Bedingungen für eine fruchtbare wissenschaftliche Entwicklung bilden. Ebenso ist *die* Bedingung erfüllt, von der man es aufgrund so vieler Berichte ohnehin erwartet und deren Vorliegen dann doch beim Zusammentreffen mit vietnamesischen Kollegen immer wieder durch ihre Intensität überrascht, nämlich Enthusiasmus, intellektuelle Neugier und Arbeitswillen, verbunden mit einer Gelassenheit und Sicherheit, die nichts von den überstandenen Schrecknissen und den andauernden täglichen Schwierigkeiten ahnen lassen. Im Bewußtsein der Wissenschaftler der DRV haben die Pariser Abkommen vom Januar 1973, ebenso wie sie eine der Grundlagen der allgemeinen Politik ihres Landes bilden, auch eine neue Phase der wissenschaftlichen Arbeit eingeleitet. Man empfindet die damit begonnene Periode trotz aller nach wie vor bestehenden Bedrohungen als die eines Friedens, in der Projekte verwirklicht werden können, an die zur Zeit der Bombardierungen nicht zu denken war. Die damals in den Dörfern und Bergen weit verstreuten Arbeitsgruppen und die Bestände der wissenschaftlichen Bibliotheken sind nach Hanoi zurückgekehrt, die zerstörten Teile der Universität und Technischen Universität und die ebenso zerstörten medizinischen Forschungseinrichtungen von Krankenhäusern wie Bach Mai im Wiederaufbau begriffen. Einige Neubauten entstehen, z. B. für das Physikalische Institut des „Komitees".

Was fehlt, sind zunächst materielle Dinge: Laboratoriumseinrichtungen für Forschung und Lehre und der zugehörige laufende technische Bedarf, Räume, wissenschaftliche Literatur. Was ebenso fehlt, sind normale wissenschaftliche Kontakte nach außen. Vietnamesische Wissenschaftler waren immer großen Belastungen unterworfen, die ihnen oft keine Gelegenheit ließen, sich systematisch umzusehen; es mangelt an Büchern, Zeitschriften, Forschungs- und Kongreßberichten; moderne Dokumentations- und Reproduktionsverfahren fehlen; Kongreßbesuche oder Arbeitsaufenthalte im Ausland sind schwierig zu finanzieren; schließlich besteht in den meisten kapitalistischen Staaten ein allgegenwärtiges, sichtbares oder unsichtbares, direktes und indirektes Embargo gegen die DRV, das auch den wissenschaftlichen Austausch trifft. All dies zieht für die wissenschaftlich Arbeitenden dort eine Isolierung vom wissenschaftlichen Leben der Außenwelt nach sich, die in krassem Gegensatz zu ihren Fähigkeiten, Wünschen und Plänen steht.

III

Natürlich haben sich die Wissenschaftler der DRV von Anfang an darum bemüht, ihre Isolierung zu überwinden. Sie fanden darin die Unterstützung der Regierungen der sozialistischen Staaten und die von Einzelpersonen und Organisationen in manchen westlichen Ländern, zuerst vor allem in Frankreich, später auch in Italien, den Niederlanden, Schweden u. a. Am Internationalen Mathematikerkongreß 1966, der in Moskau stattfand, nahm bereits eine größere Delegation der DRV teil. Dort kam der eine von uns (K. K.) zum erstenmal mit vietnamesischen Kollegen in Berührung. Wir haben dann diese Kontakte in den darauf folgenden Jahren je nach den vorliegenden Möglichkeiten mehr oder weniger intensiv fortgesetzt, vor allem durch Bücher- und Zeitschriftensendungen und das Vermitteln wissenschaftlicher Informationen. Wir erhielten schließlich vom „Komitee" und der Mathematischen Gesellschaft Vietnams eine Einladung auf der Grundlage eines Anfang 1973 formulierten Arbeitsprogramms, das ein wenig dazu beitragen sollte, Kollegen aus der DRV den Zugang zur Entwicklung außerhalb zu erleich-

Mathematik etwa ist typisch für viele Fächer: es gab in der Tat im Jahr 1954 in der DRV nur einen promovierten Mathematiker, den heutigen Vorsitzenden der Mathematischen Gesellschaft Vietnams und Direktor des Mathematischen Instituts in Hanoi; er hatte in der Schweiz studiert. Gleichzeitig begann jedoch in der DRV selbst der Aufbau der wissenschaftlichen Strukturen. Dieses kombinierte Programm wurde — und auch das wieder ist charakteristisch für Planung und Arbeit in der DRV — in wohl durchdachter und gründlicher Weise verfolgt. Z. B. fing das Studium im Ausland in der Regel mit einem vollen Jahr des Erlernens der Sprache des gastgebenden Landes an (im allgemeinen ein sozialistisches Land), dann folgten, wenn nötig, vorbereitende Studien und schließlich vier, fünf oder mehr Jahre bis zum ersten Studienabschluß oder einem höheren Grad. Die Ausbildung auf Universitätsniveau im Innern des Landes, die in kleinem Umfang sehr früh begonnen hatte, verstärkte sich nach der Rückkehr der ersten Wissenschaftler aus dem Ausland. Heute gibt es schon eine große Zahl fertiger Mathematiker, die Vietnam nie verlassen hatten.

II

Struktur und Inhalt der Wissenschaft in der DRV sind den Bedürfnissen des Landes angepaßt, und dieser Begriff ist sehr weit gefaßt: Gesundheitswesen und wirtschaftliche Entwicklung stehen im Vordergrund, aber Gebiete wie Geschichte einschließlich Archäologie, Ethnologie, Literaturwissenschaften haben selbst in der Zeit der intensivsten Bombardements große Fortschritte gemacht, und ein Blick in die Buchhandlungen oder die Kataloge publizierter Bücher zeigt, daß sie weit über den Kreis der Spezialisten hinaus Interesse finden.

In ganz groben Zügen geschildert, spielt sich das wissenschaftliche Leben der DRV innerhalb des folgenden Rahmens ab.

Planung und Koordination der naturwissenschaftlichen Arbeit obliegen vor allem dem „Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technologie", das im folgenden kurz „Komitee" genannt werden soll. Es unterhält zugleich Forschungsinstitute für Mathematik (mit Rechenzentrum), Physik, Biologie und Geowissenschaften mit Ozeanographie. Ein ähnliches „Komitee" existiert für die Sozialwissenschaften.

Auch an der Universität Hanoi, deren Anfänge, auf Medizin und wenige geisteswissenschaftliche Fächer beschränkt, auf die Zeit vor der Unabhängigkeit zurückgehen, an der 1956 gegründeten (Poly-)Technischen Universität, die 1965 moderne Gebäude bekam, und an den der Lehrerausbildung dienenden, auf mehrere Städte verteilten Pädagogischen Universitäten wird auf vielen Gebieten wissenschaftlich gearbeitet. Der ursprünglichen Konzeption zufolge soll hier die Grundlagenforschung den Vorrang haben, während sich die Institute des „Komitees" und die weiter unten erwähnten spezialisierten Institute auf angewandte Forschung konzentrieren. Tatsächlich verlaufen die Grenzen im einzelnen manchmal etwas anders, beeinflußt durch die Bedürfnisse der Lehre und der Anwendungen einerseits, durch die materiellen und personellen Kapazitäten andererseits.

Die medizinische Forschung, die sich meist auf ganz spezielle dringende Probleme richtet und dort ein sehr hohes Niveau erreicht hat, liegt vor allem in den Händen des Gesundheitsministeriums. Eine Reihe weiterer Ministerien betreibt Forschung in eigenen Instituten oder im Zusammenhang mit der Lehre an spezialisierten Technischen Hochschulen von Universitätsrang: Landwirtschaft, Wirtschaft und Planung, Geologie und Bergbau usw.

Begriff des Oligopols zurück. Das ist aber ein Begriff, der nur dazu dient, den qualitativen Unterschied zwischen dem einfachen und dem monopolisierten Kapital auf einen quantitativen zu reduzieren; das eine unterscheidet sich vom anderen nur noch durch seine Größe. Daß hier der Herrschaftsanspruch des Kapitals, seinem Wesen immanent, eine ökonomische Machtbasis erhält, über die es das ganze gesellschaftliche Leben beeinflußt, durchdringt und tiefgehende Konsequenzen für die ganze Entwicklung der Gesellschaft nach sich zieht — eben die Konsequenzen der Bewegung des Monopolkapitals, die Lenin herausgearbeitet hat —, das geht dabei unter. Und das alles, weil man den Zusammenhang zwischen Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnissen nicht begriffen hat und man folglich in der Gleichsetzung der Warenbesitzer im Austauschprozeß das bestimmende Element der Produktionsverhältnisse sieht. Über diesen fehlerhaften theoretischen Ausgangspunkt kommt man einfach nicht hinweg.

Macht man die Eigentumsverhältnisse zum Angelpunkt der Untersuchung, so wird die Bedeutung dieses fehlerhaften Ausgangspunktes sofort klar. In die Eigentumsverhältnisse paßt das Monopol ohne Bruch hinein. Auf ihnen baut es auf, als naturwüchsige Entwicklungsform des Kapitalverhältnisses, die sich von der erreichten Gesellschaftlichkeit der Produktivkräfte her mit Notwendigkeit ergibt. Ihnen widerspricht es in keiner Weise, daß nicht nur die Gleichheit der Proletarier, als Warenbesitzer, mit den Kapitalisten rein formalen Charakter hat, sondern daß auch die der einfachen Warenproduzenten und selbst die des nichtmonopolisierten Kapitals im Zuge der Entwicklung dieser Produktionsweise immer mehr formalen Charakter bekommen muß. Führt die Entwicklung hochgradig gesellschaftlicher Produktivkräfte zum Monopol, so wird das Monopol seinerseits zur Basis der Vernichtung oder Unterwerfung (als Vorform der Vernichtung) von Formen des Kapitals, die auf Produktivkräften niedrigeren gesellschaftlichen Charakters beruhen; es verallgemeinert sich. Daß sich diese Vernichtung über den monopolistischen Ausbeutungsprozeß vollzieht, die Konkurrenz durch ihn ergänzt und verschärft wird, ändert daran nichts. Das Monopol hebt die Konkurrenz nicht auf, sondern es hebt sie auf eine höhere Stufe, verwandelt die freie in die monopolistische, in die imperialistische Konkurrenz. Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus die Frage nach der Gleichheit der Warenbesitzer auf dem Markt stellt, muß man sie dann nicht so beantworten, daß sie sich unter diesen Bedingungen überhaupt nur wieder über die Verallgemeinerung des Monopols herstellen kann? Wir wollen das als Frage im Raum stehen lassen [9]). Natürlich wirft das Monopol eine Fülle neuer Probleme in bezug auf die Bewegung des Kapitals, die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und der Warenproduktion schlechthin auf. Man muß eben untersuchen, wie es sich mit den äußeren Bedingungen des auf der Warenproduktion beruhenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses unter diesen Umständen verhält, wie sich das Wertgesetz durchsetzt etc. Aber das sind Fragestellungen, keine Einwände.

Vom Gesichtspunkt der Eigentumsverhältnisse aus ist auch das Verhältnis Ökonomie und Politik heute zu bestimmen. Ist der bürgerliche Staat heute noch ideeller Gesamtkapitalist, oder ist er Instrument der Monopolbourgeoisie? Grundsätzlich ist erst einmal festzuhalten, daß der bürgerliche Staat die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sichert. Insofern ist er ideeller Gesamtkapitalist. Aber seine Funktion ist nicht auf die Gleichheit der Warenbesitzer auf dem

[9]) Vgl. zur Monopolproblematik auch den Versuch des Autors in: „Sozialistische Politik", Berlin (West), H. 28/1974.

Markt gerichtet. Er stellt die Bürger als Privateigentümer gleich, d. h. er sichert das kapitalistische Privateigentum, gleichgültig, welche besondere Machtstellung auf diesem Eigentum auch immer aufbauen möge. Als bürgerlicher Staat sichert er also Eigentumsverhältnisse, die bereits durch die monopolistische Form des Kapitalverhältnisses bestimmt werden. Er muß so, indem er bürgerlicher Staat bleibt, einfach durch die Entwicklung dieser Produktionsweise selbst, auch seinen Charakter ändern — er wird zum Staat der Monopole. Wir wollen hier gar nicht darauf eingehen, daß sich auf dieser Basis auch ein Mechanismus direkter Verbindung zwischen Monopol und Staat ausbilden muß. Hier sei nur darauf verwiesen, daß keine Maßnahme des bürgerlichen Staates, worauf sie auch immer gerichtet sein möge, den monopolistischen Charakter des kapitalistischen Akkumulationsprozesses heute, den Fortschritt des monopolistischen Zugriffs auf Wirtschaft und Gesellschaft verändern kann, solange sie im Rahmen dieser formalen Gleichsetzung der Privateigentümer bleibt. D. h., worauf auch immer die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft gerichtet sind, objektiv heben sie die Polarisation der Gesellschaft in Kapital und Proletariat nicht auf, und das bedeutet, sie heben den Fortschritt des Monopolisierungsprozesses nicht auf. Er kann alte Formen des Kapitalverhältnisses nicht konservieren, ohne sich der Entwicklung der Produktivkräfte entgegenzustemmen. Man braucht wohl kaum darauf hinzuweisen, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist. Er kann, als bürgerlicher Staat, nur sichern, daß sich dieser Entwicklungsprozeß als kapitalistischer Prozeß vollzieht. Aber was heißt denn das anderes als die Sicherung des monopolistischen Akkumulationsprozesses? Objektiv muß er daher immer Staat der Monopole sein; deshalb auch der notwendig rein formale Charakter jeder Mittelstands- oder Landwirtschaftspolitik. Es kommen noch zwei Momente hinzu. Auch hier ist der Zusammenhang zur Entwicklung der Produktivkräfte bei privaten Aneignungsweisen zu sehen. Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte ist heute so ausgeprägt, daß die Einbeziehung des Staates in den Reproduktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals notwendig geworden ist als Bedingung für die Anwendung dieser Produktivkräfte auf kapitalistischer Basis. Auch hier ergibt sich wieder zwangsläufig eine Verbindung staatlicher Maßnahmen mit der Bewegung des Monopolkapitals. Zum anderen hat der Staat ökonomische Funktionen erhalten, die dem Klassenkampf unter den heutigen Bedingungen entspringen. Die ganze Entwicklungsphase dieses Systems wird seit der sozialistischen Revolution in Rußland durch eine Zuspitzung der Klassenkonflikte gekennzeichnet, gleichgültig, wie sie sich auch immer darstellen, ob als äußere oder innere Konflikte usw., die sich in einem stetigen Fortschritt der Umwälzung dieses Systems niederschlagen. Von der historischen Entwicklung her gesehen, befindet sich der Kapitalismus in einer Entwicklungsphase, die durch den Übergang zum Sozialismus geprägt wird. Und hier schließt sich der Kreislauf wieder: Wollte der kapitalistische Staat alte Formen des Kapitalverhältnisses konservieren und nicht, über die Erweiterung des ökonomischen Monopols durch staatlich gesetzte Monopolbedingungen Spielraum für die Bewegung der gesellschaftlichen Produktion als kapitalistische Produktion schaffen, so würde er Konflikte auslösen, die das System unmittelbar sprengen. Wenn der bürgerliche Staat seine Funktion der Sicherung der Existenz des Systems erfüllen soll, kann er sich dem monopolistischen Akkumulationsprozeß überhaupt nicht in den Weg stellen. Er kann nur versuchen, ihn so zu regulieren, daß dieser Prozeß selbst nicht jene Klassenkräfte mobilisiert, die unmittelbar die Umwälzung des Systems herbeiführen. Wir können diese ganze Problematik hier nicht weiter ausführen, sondern nur auf ihre allgemeinen Zusammenhänge hinweisen.

Betrachten wir die Sache noch von einem anderen Gesichtspunkt. Wenn man die Formbestimmtheit eines spezifischen Staates ableitet, so muß man selbstredend von Elementen ausgehen, aus denen sich die Formbestimmtheit der Staaten ganz generell ableiten läßt. Was verbindet eigentlich die Staaten einer jeden Gesellschaftsordnung? Unter anderem, daß sie die äußeren Bedingungen des Reproduktionsprozesses zu sichern haben. Was sind das für Bedingungen? Es sind die Bedingungen der *Produktion,* der *Verteilung* und des *Austausches,* die dadurch gesetzt sind, daß sich der Reproduktionsprozeß als Prozeß arbeitsteiliger Produktion gegeneinander verselbständigter Produzenten vollzieht. Was unterscheidet die Staaten der verschiedenen Gesellschaftsordnungen voneinander? Eben genau diese Bedingungen der Produktion, der Verteilung und des Austausches in ihrer jeweils spezifisch durch die Eigentumsverhältnisse bestimmten Form, die ihrerseits ihre Basis im Entwicklungsstand der Produktivkräfte haben und durch diese notwendig wieder zur Aufhebung gebracht werden — vermittelt über den Klassenkampf. Aus den Eigentumsverhältnissen leiten sich auch die Klassenverhältnisse ab. Die Zusammenhänge sind im einzelnen außerordentlich vielschichtig. Aber hier finden wir nicht nur die Grundlagen für die Formbestimmtheit der Staaten in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen, hier finden wir auch die Basis, aus der sich die politische Macht einer bestimmten Schicht innerhalb der ökonomisch herrschenden Klasse ableiten läßt. Es ist das gemeinsame Interesse der gesamten herrschenden Klasse an der Aufrechterhaltung der gegebenen Eigentumsverhältnisse, auf denen ihre ganze soziale Stellung in der Gesellschaft beruht, die bestimmte Teile von ihr zwingt, sich der Herrschaft der ökonomisch mächtigsten Schicht zu unterwerfen [10]). Der ganze Bewegungsmechanismus einer Gesellschaftsordnung, das Verhältnis Ökonomie und Politik in ihr und ebenso die Konstellation der Klassenkräfte, die sie überwindet, ist überhaupt nicht zu verstehen, wenn man nur von den Bedingungen der Warenproduktion, womöglich nur des Austausches allein, ausgeht und das eigentlich bestimmende Element der Produktionsverhältnisse aus der Untersuchung ausklammert.

III

Wir haben eingangs alle Autoren, die ihrer Staatsableitung die Warenproduktion schlechthin zugrunde legen, zu einer Gruppe zusammengefaßt. Es ist zum Schluß deshalb notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Palette theoretischer Gedankengebäude, die auf diesem Ausgangspunkt aufbauen, sehr unterschiedlich ist. Bei den einen führt die Methode zu einer völligen Verflachung und Vulgarisierung der marxistischen Theorie. Das geht so weit, daß der Klassencharakter des bürgerlichen Staates nur noch rein formal erscheint; nicht mehr der Ableitung selbst entspringend, sondern ihr nur noch formal aufgesetzt [11]). Bei anderen erscheint der Klassencharakter des bürgerlichen Staates dagegen nur als Schranke in der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus. Nimmt man beispielsweise die Arbeit von Läpple, so findet man sogar die Notwendigkeit der Einbeziehung des Staates in den Reproduktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals aus dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen heraus entwikkelt [12]). Aber er faßt dies als notwendige Folge der Entfaltung der Warenproduktion, freilich auf der Basis hochgradig gesellschaftlicher Produktionsmittel,

10) Vgl. dazu Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7.
11) Vgl. z. B. S. v. Flatow/F. Huisken, Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, in: „Probleme des Klassenkampfs", Berlin (West), Nr. 7/1973.
12) Vgl. Läpple, a. a. O., S. 163 ff.

und verleiht dem ganzen Prozeß dadurch einen merkwürdig technisch bedingten Charakter. An der eigentlichen Problematik geht er zwar nicht vorbei, im Gegenteil, aber sie wird in den Hintergrund geschoben; man ist fast versucht zu sagen, gegen seinen Willen.

Läpple beschäftigt sich mit den allgemeinen Produktionsbedingungen, die nur gesellschaftlich herzustellen sind. Er leistet dabei eine wirklich gute Kritik des bürgerlichen Begriffs der Infrastruktur und ohne Zweifel auch einen Beitrag zur Präzisierung eines marxistischen Begriffs der allgemeinen Produktionsbedingungen. Zwar engt er diesen Begriff schließlich wieder auf die „verbindenden Adern einer Masse besonderer Produktionsprozesse" ein. Das ist sicher so nicht richtig. So z. B. gehört die Regulierung des Wasserhaushalts zur Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen, aber das Wasser ist nicht nur Schifffahrtsweg, sondern auch Kühlwasser, und es geht zum Teil direkt in den Arbeitsprozeß ein, z. B. in der Papierindustrie. Das gilt auch für die Elektroenergie, die Läpple zu allgemeinen Produktionsbedingungen erhebt, obwohl der Strom heute teilweise schon unmittelbares Arbeitsmittel geworden ist. Aber es handelt sich ja hier um eine Frage, die noch genauer zu untersuchen ist. Daran braucht man sich nicht zu stoßen. Aber die allgemeinen Produktionsbedingungen gewinnen für uns doch nicht deshalb Bedeutung, weil sie den Charakter allgemeiner Bedingungen haben, sondern weil bei ihnen unter den Bedingungen der Privatproduktion das Problem ihrer Herstellung zentrale Bedeutung erlangt. Läpple erkennt das auch völlig richtig, und er arbeitet auch das zentrale Problem der Kapitalverwertung sehr gut heraus, das darüber bestimmt, ob und inwieweit das Kapital ihre Herstellung selbst übernehmen kann. Aber gerade weil er diesen Prozeß nur als Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der Warenproduktion faßt, verwischt er diese zentrale Problematik dann wieder.

Was die Produktionsmittel dieser Bereiche besonders kennzeichnet, sie von den anderen abhebt, ist ihr von vornherein hochgradig gesellschaftlicher Charakter. Ausdruck findet das in dem großen Umfang des fixen Kapitals und dem dadurch bedingten langsamen Kapitalumschlag und dem niedrigen Verwertungsgrad des Kapitals in diesen Bereichen. Das Problem spitzt sich dort noch dahingehend zu, daß der Umschlag dieses Kapitals überhaupt nur dann gewährleistet ist, wenn die gesellschaftliche Produktion ganz allgemein bereits entsprechend hoch entwickelt ist. Der Umschlag des Wertes einer solchen Produktionsbedingung, einer Straße, eines Kanals, einer Hafenanlage usw., setzt eine entsprechende Größe ihrer Nutzung, des Verkehrs, des Güteraufkommens usw., also der Produktion voraus. Gesellschaftlichkeit der Produktion ist also schon Voraussetzung des Wertumschlags dieser Produktionsmittel. Zugleich aber sind diese Produktionsbedingungen selbst wiederum Voraussetzung dafür, daß sich diese Gesellschaftlichkeit der Produktion überhaupt herstellen kann. Ohne die Straße, den Kanal usw., die die Fabrik mit dem Markt und den Zulieferern etc. verbindet, können die hochgradig gesellschaftlichen Produktivkräfte in dieser Fabrik überhaupt nicht profitabel zur Anwendung gebracht werden, und ohne den Verkehr, den ihre Anwendung in der Fabrik mit sich bringt, bzw. ihre Verflechtung mit anderen Produktionen usw. kann der Wert dieser allgemeinen Produktionsbedingungen nicht umschlagen. Dieser Widerspruch bewirkt, daß hier zunächst keine Bedingungen gegeben sind, die die Erstellung dieser Produktionsbedingungen durch das Kapital selbst zulassen. Wohl aber kann es sie als Sphäre der Kapitalbewegung übernehmen, wenn erst einmal die Gesellschaftlichkeit der

Produktion soweit entwickelt ist, daß in diesem Bereich Umschlag des angelegten Kapitals und seine Verwertung möglich wird [13]). Marx verweist deshalb darauf, daß der Grad des Übergangs dieser Bereiche in die Sphäre der Kapitalbewegung auch den Grad der Entwicklung des Kapitalismus anzeige [14]).

Man muß festhalten — und das ist wesentlich —, daß diese Problematik nicht nur die allgemeinen Produktionsbedingungen, sondern alle Produktionsbedingungen betrifft, die hochgradig gesellschaftlichen Charakter aufweisen. Es ist ja geradezu bezeichnend für den Zuspitzungsgrad des Widerspruches zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen heute, daß immer mehr Bereiche auch herkömmlicher besonderer Produktionen aus der Sphäre der Kapitalverwertung ausbrechen und zu ihrer Weiterentwicklung staatliche Eingriffe erforderlich machen. Mißt man also an dem Übergang der allgemeinen Produktionsbedingungen in die Sphäre der Kapitalbewegung den Entwicklungsstand des Kapitalismus, so kann man am umgekehrten Vorgang den Grad der Überlebtheit des Systems ablesen. Auf diese Seite der Herstellungsfähigkeit der Produktionsbedingungen im Rahmen der von den Produktionsverhältnissen gesetzten Entwicklungs- und Regulierungsbedingungen kommt es also an.

Es zeichnet Läpples Arbeit aus, daß diese Problematik bei ihm implizit immer enthalten ist. Auf der anderen Seite aber vermag er ihre Zuspitzung heute nicht herauszuarbeiten. Für ihn bleibt stets der Unterschied zwischen der Allgemeinheit und der Besonderheit der Produktionsbedingungen im Vordergrund der Untersuchung stehen. Daß sich die Problematik kapitalistischer Entwicklung, die sich bei den allgemeinen Produktionsbedingungen von vornherein zeigt, heute auf alle Produktionsbereiche ausdehnt, vermag er nicht zu erkennen. Wo er dies sieht, reiht er die besonderen Produktionen einfach in die Sphäre der allgemeinen Produktionsbedingungen ein. Er gerät dabei sogar mit sich selbst in Widerspruch. Hafenanlagen, die so spezialisiert sind, daß sie nicht mehr für andere Produktionszweige zu verwenden sind, reiht er z. B. in die besonderen Produktionsbedingungen ein [15]). Die Verteilungssysteme der Elektroenergie, für die das ebenfalls zutrifft, veranlassen ihn dagegen (weil es sich um Verteilungssysteme, also „verbindende Adern" handelt), die Elektroenergieversorgung zur allgemeinen Produktionsbedingung zu machen. Diese Schranke, die er nicht zu durchbrechen vermag, ergibt sich offensichtlich aus seinem falschen theoretischen Ausgangspunkt. Er bleibt befangen in der Warenproduktion, mit deren Entfaltung auch die relative Bedeutung und der Umfang der allgemeinen Produktionsbedingungen zunehmen müssen. Wie sehr dieser Ausgangspunkt seinen Erkenntnissen Grenzen setzt, zeigt sich in diesem Zusammenhang daran, daß er das Wertgesetz zum alleinigen kapitalistischen Regelmechanismus erhebt [16]). Das Wertgesetz reguliert zwar auch die kapitalistische Warenproduktion, aber es setzt sich in der Warenproduktion ganz allgemein durch. Es sind seine spezifisch kapitalistischen Durchsetzungsformen, die hier von Belang sind. Was hier versagt, ist der Profitmechanismus als Regulierungsmechanismus der gesellschaftlichen Produktion.

Weil Läpple so allgemein herangeht, von den spezifisch kapitalistischen Verhältnissen letztendlich immer wieder absieht, führt er die wachsende Einbe-

13) Vom Problem der Realisierung des Werts und Mehrwerts wollen wir hier absehen.
14) Vgl. K. Marx, Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 429 f. Läpple zitiert diese Stelle von Marx auf S. 113.
15) Läpple, a. a. O., S. 169 (Fußnote).
16) Ebd., S. 168.

ziehung des Staates in den Reproduktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals daher auch nicht auf die Zuspitzung dieses Widerspruchs und das daraus resultierende Versagen des Profits als Rationalitätsmaßstab der Entwicklung zurück, sondern auf den ganz normalen, sich aus der Vergesellschaftung der Produktion, aus der „Entfaltung" der Warenproduktion ergebenden wachsenden Umfang der allgemeinen Produktionsbedingungen. Im Endeffekt bleibt, was die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus betrifft, eine merkwürdig bedeutungslose Feststellung sich ausdehnender allgemeiner Produktionsbedingungen zurück [17]).

Dasselbe gilt auch für den Begriff der allgemeinen Produktionsbedingungen selbst. Es ist längst an der Zeit, den bürgerlichen Begriff der Infrastruktur durch einen marxistischen Begriff zu ersetzen, um gerade die Ausdehnung der in diesen Bereichen gegebenen Entwicklungsproblematik bzw. Verwertungsproblematik auf die anderen Bereiche gut darstellen und beide gegeneinander abheben zu können. Gute Ansätze zur Entwicklung eines solchen Begriffs sind bei Läpple auch gegeben. In der Konsequenz aber dehnt er den Begriff dann inhaltlich so aus — auch die Einengung auf die „verbindenden Adern" wird faktisch von ihm durchbrochen, meines Erachtens läßt sie sich ohnehin nicht halten —, daß die gesamte kapitalistische Problematik verschwindet. Am Ende läßt er uns also mit einem so verschwommen gefaßten Begriff der allgemeinen Produktionsbedingungen zurück, daß man mit diesem noch weniger anfangen kann als mit dem Begriff der Infrastruktur, in dem wenigstens die Frage der Kapitalverwertung noch implizit enthalten ist. Was bleibt, ist ein schlechtes Gewissen, wenn man ihn fürderhin noch verwendet *).

17) Vgl. Läpple, a. a. O., S. 185 ff. (Schlußbemerkungen).

*) Nachbemerkung: Nachdem der vorstehende Beitrag bereits in Satz gegangen war, erschien ein Artikel „Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates" von B. Blanke, H. Jürgens und H. Kastendiek (in: „Probleme des Klassenkampfes", H. 14/15, 1974), auf den an dieser Stelle nicht mehr im einzelnen eingegangen werden kann, der aber zu nennen ist, weil er von derselben Grundauffassung wie die anderen Arbeiten ausgeht, zugleich aber die Fehlerhaftigkeit des Ausgangspunktes besonders sichtbar macht. Zunächst scheint es, als drängen die Verfasser einen Schritt weiter vor, bis zu den Eigentumsverhältnissen. Tatsächlich aber fassen sie mit ihrem Begriff der Eigentumsverhältnisse nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse — die auch bei ihnen wesentliche Verhältnisse der Warenproduzenten sind —, sondern die abgeleiteten Rechtsverhältnisse, mit dem Ergebnis, daß der bürgerliche Staat bei ihnen gewissermaßen überhaupt nur vorübergehend eine Klassenfunktion erhält. Die logische Kehrseite der Medaille: das Monopol wird überhaupt nicht behandelt, obwohl hier doch die eigentliche Problematik der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse liegt. Offenbar erkennen sie das gar nicht, weil sie nicht die Produktionsverhältnisse, sondern die Rechtsverhältnisse im Auge haben, die sich ja nicht verändern.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

46 *v. Bredow* (Hrsg.), Ökonomische und soziale Folgen der Abrüstung. 210 S. DM 12,80

51 *Beyer,* Zwischen Phänomenologie und Logik. Hegel als Redakteur der Bamberger Zeitung. 350 S. DM 19,80

54 *Räuschel,* Die BASF. Anatomie eines multinationalen Konzerns. ca. 200 S. ca. DM 12,80

57 *Elsner,* Die EWG — Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. ca. 250 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (III)*)

Von der „Spiegel"-Affäre zum „Entwurf für Europa"

Von Dieter Halfmann

II. Vom abgedankten Minister zum Kanzlermacher der Großen Koalition

a) F. J. Strauß in der Aufstiegsphase der Gruppe Erhard (1963—1965)

1. Kurskorrekturen in Bonn

Die „Spiegel"-Affäre war Bestandteil eines historischen Prozesses, in dem nicht allein Regierungsmitglieder wechselten, sondern auch die offizielle Politik sich zu ändern begann. Nach wie vor behielten die imperialistischen Kräfte in der BRD ihre Ziele bei. Da sich jedoch das Kräfteverhältnis international weiter zugunsten des Sozialismus wandelte, schlugen sie nach dem Scheitern der „Politik der Stärke" allmählich einen Kurs ein, der auf größere taktische Flexibilität gerichtet war. In höherem Maße als bisher gelangten ökonomische und politische Mittel zum Einsatz.

Die Kurskorrekturen ließen jeweils lange auf sich warten; denn der Imperialismus war auf BRD-Gebiet im Kalten Kriege und durch den Kalten Krieg erstarkt. Er betrachtete ihn als sein Lebenselixier und konnte nur durch härtesten äußeren Druck veranlaßt werden, von seiner bisherigen Linie abzugehen.

Zu Kurskorrekturen kam es nach Konflikten zwischen den Monopolparteien und deren verschiedenen Flügeln. Innerhalb der Koalition traten vornehmlich Erhard, Schröder und Mende für eine flexiblere imperialistische Politik ein. Im Rahmen des bereits erwähnten Konzepts eines locker gefügten „atlantischen" Großraums wirkten sie den Kleineuropa-Plänen sowohl de Gaulles als Adenauers entgegen und paßten sich sehr weitgehend der US-Politik an. Gerade so gedachten sie auch zur Mitverfügung über Kernwaffen zu gelangen. Mit der Anlehnung an Washington im Einklang stand die Absicht zu gewissen Verhaltenskorrekturen dem sozialistischen Lager gegenüber, die in Außenminister Schröders „Politik der Bewegung" und in den FDP-Vorstellungen von „Verwaltungskontakten" mit der DDR ihren Niederschlag fanden. Hinter dieser Politikergruppe standen hauptsächlich Monopole der verarbeitenden und Konsumgüterindustrie, besonders solche mit hohem amerikanischen Kapitalanteil.

Die durch Adenauer und Strauß vertretene rechtskonservative Gruppierung suchte zunächst das Kleineuropa-Konzept durchzusetzen und derart die Gewichte in der NATO zu verschieben. Sie hielt am Bündnis mit den USA fest, übte aber an Washington in dem Maß Kritik, wie dessen Politik dem ursprünglich gemeinsamen Kurs des Kalten Krieges widersprach und gleichzeitig der wirtschaftliche Konkurrenzkampf im imperialistischen Lager sich verschärfte. Hinter der Gruppierung standen vor allem Konzerne der Grundstoffindustrie einschließlich der meisten Chemiekonzerne, standen die hochgradig an der Rüstung partizipierenden Wirtschaftszweige. Wichtigstes Kreditinstitut war die Deutsche Bank mit ihrem damaligen Vorstandssprecher H. J. Abs.

*) Vgl. Heft 1/1975, S. 43 ff., und Heft 2/1975, S. 192 ff.

Der Einfluß der Rechtskonservativen auf die Regierungsgeschäfte nahm zunächst ab. Nach Verlust der absoluten CDU/CSU-Mehrheit im September 1961 mußte Adenauer die FDP wieder in sein Kabinett aufnehmen, bekam Gerhard Schröder, der sich zum Anhänger Erhards mauserte, das Auswärtige Amt in die Hände. Als im Dezember 1962 Strauß seinen Ministerposten verlor, verringerte sich gleichzeitig generell das Gewicht von CSU und rechter CDU im Bundeskabinett. Im Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard Kanzler.

Die konservative Reaktion hatte wesentlich deshalb Mißerfolge erlitten, weil sie es längere Zeit nicht verstand, sich der gewandelten politischen Konstellation anzupassen. Um die Mitte der 60er Jahre sorgte jedoch vor allem Strauß für eine außen- und wirtschaftspolitische Konzeption, die der veränderten internationalen Lage und den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution stärker Rechnung trug. Zugleich orientierte er noch stärker als namhafte CDU-Führer darauf, das Potential der Union durch Aufnahme weiter rechts stehender Kräfte, auch neofaschistischer, zu erhöhen.

Über eineinhalb Jahrzehnte hatte Konrad Adenauer die Führung der konservativen Kräfte innegehabt. Er war nun durch sein hohes Alter ernstlich behindert, diese Funktion weiter auszuüben. Als engster, wenngleich keineswegs folgsamster Bundesgenosse des Altkanzlers wußte Strauß sich prädestiniert dafür, Adenauers politisches Erbe anzutreten. „Im alten Geist mit neuer Kraft" — so ein zeitgenössischer Wahlslogan der CSU unter den Bildern beider Politiker — sollten die Konservativen der Union mitsamt dem größten Teil der außerhalb der Partei stehenden Rechten in den Kampf geführt werden. Unter Erhards Kanzlerschaft organisierte F. J. Strauß die „Opposition in der Koalition" und trat mit einem außen- und wirtschaftspolitischen Programm hervor, das zum Regierungskurs kontrastierte.

2. Sicherung und Ausbau Straußscher Macht

Nach der „Spiegel"-Affäre waren Strauß' Parteigänger zunächst damit beschäftigt, ihre Positionen gegen Angriffe aus der CSU und den ihr nahestehenden Verbänden, aus der katholischen Laienbewegung und dem hohen Klerus zu verteidigen. Prälat Lorenz Freiberger appellierte damals an den CSU-Chef, eine Pause in seiner politischen Tätigkeit einzulegen [1]). Erzbischof Kardinal Döpfner riet ihm, nicht wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren [2]). Baron zu Guttenberg verlangte: „Jeden Tag einen katholischen A . . .tritt für Strauß" [3]).

Die Kritiker gingen von der Annahme aus, daß unter Straußens weiterer Führung die CSU nur mehr Schaden erleiden würde, da sowohl er selbst als auch seine unmittelbaren Anhänger sich zu oft kompromittiert hätten. Aktuelle Anlässe zu verschärfter Kritik boten der „Spiegel"-Bericht der Bundesregierung [4]) und das Vorgehen der CSU gegen Guttenberg, der im Dezember 1962 ohne Strauß' Wissen Gespräche mit der SPD über eine Große Koalition geführt hatte. Die Münchner RCDS-Gruppen verlangten, die ganze Strauß ergebene CSU-Spitze zum Teufel zu jagen. Strauß' Anhänger vermochten es jedoch, eine zu diesem Zweck geforderte außerordentliche Landesversammlung zu verhindern.

Der CSU-Vorsitzende trat eine Tournee durch die Parteibezirke an, in deren Ergebnis es ihm mit Hilfe des Apparats gelang, die Bezirke sämtlich zu gewinnen.

1) „Süddeutsche Zeitung" v. 10. 1. 1963.
2) „Der Spiegel" v. 22. 5. 1963, S. 33/34.
3) Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Sechster Band, Erster Teil, S. 257.
4) „Bulletin", hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, v. 5. 2. 1963.

Hinter den Kulissen wurde ein Kompromiß mit den Altkonservativen um Hundhammer und Ludwig Huber geschlossen, der diesen einen festen Platz in der Parteiführung und mehr Einfluß auf die Landespolitik sicherte. Dafür erhielt die Gruppe Strauß weiteren Rückhalt für sich und ihre Aktionen in Bonn.

Anfang Juli 1963 wählte die CSU-Landesversammlung in München F. J. Strauß mit 559 von 702 abgegebenen Stimmen erneut zum Parteivorsitzenden. Ein Brief der bayerischen Katholischen Aktion mit dem gegen ihn gerichteten Aufruf, „einer Entfremdung des katholischen Volksteils von der christlichen Partei entgegenzuwirken" [5]), wurde vom Tisch gewischt und jeder Redner niedergeschrien, der dem CSU-Chef auch nur entfernt zu opponieren wagte.

Dem hohen Klerus trat die Gruppe um Strauß sehr selbstbewußt gegenüber. Demonstrativ verwies sie auf die finanziellen Leistungen der CSU für die Kirchen und auf den überkonfessionellen Charakter der Partei, der sie veranlasse, nicht nur die Meinung des katholischen Klerus zu berücksichtigen [6]). Im Nürnberger „8-Uhr-Blatt" erschien eine giftige Satire wider die Strauß-Gegner im bischöflichen Ornat [7]). Autor war der frühere Pressechef der Partei und nebenberufliche Sex-Schriftsteller Hans Wüst, Auftraggeber war der CSU-Vorsitzende selber [8]).

Die Männer um Strauß erwiesen sich dem hohen Klerus und dessen Parteigängern in der CSU überlegen; denn weder folgten die meisten Landpfarrer, noch sämtliche bischöflichen Ordinariate Kardinal Döpfners Linie. Der erzreaktionäre Regensburger Bischof Graber stellte sich dem Kardinal entgegen.

Im Frühjahr 1964 begab Erzbischof Döpfner sich in einem umgekehrten Canossagang zu Strauß nach Rott am Inn. Ende April desselben Jahres erklärte er im Münchner Dom, daß zwischen Kirche und SPD noch immer ein Abgrund klaffe, wohingegen den „christlichen Politikern" im Lande zu danken sei. Wenig später opferte er den Münchner Redakteur der Katholischen Nachrichten-Agentur, weil dieser weiter die CSU und deren Vorsitzenden kritisierte. Freiberger war inzwischen umgeschwenkt, der Baron zu Guttenberg ein enges Bündnis mit Strauß eingegangen [9]).

Zur CSU-Landesversammlung im April 1965 im Münchner Schwabingerbräu entsandte Kardinal Döpfner Pressereferent Anton Maier mit einem Schreiben, das den Segenswunsch enthielt: „Der Herr möge Ihrer Aussaat eine reiche Ernte schenken" [10]). Der Vorgang war in seiner Art beispiellos. Strauß übertrumpfte aber den Erzbischof, indem er sich den Parteitagsdelegierten faktisch als Werkzeug Gottes vorstellte. „Was dabei" — so ein Ohrenzeuge — „seinen wirren, ungeschlachten Sätzen ... zu entnehmen ist, läuft darauf hinaus, daß er als Fackelträger der Freiheit für eine Neuordnung Europas so lange zu kämpfen gewillt sei, bis er einmal sagen könne: ‚Herr, du entläßt deinen Diener in Frieden' " [11]).

Im Parteiapparat hatte die Gruppe um Strauß infolge ihres Kompromisses mit dem Hundhammer-Huber-Flügel Terrain verloren. Der CSU-Chef umgab sich dafür mit einer Anzahl junger Leute, die als persönliche Referenten, außenpolitische Beauftragte und Redakteure des „Bayernkurier" aktiv wurden. Sie hatten

5) Zit. nach „Saarbrücker Zeitung" v. 2. 7. 1963.
6) Die CSU zwischen gestern und morgen. Referat des Landesvorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, bei der Landesversammlung der CSU am 6. 7. 1963 in München, S. 19.
7) „8-Uhr-Blatt", Nürnberg, v. 22. 7. 1963, „Bayernkurier" v. 3. 8. 1963.
8) „Die Welt" v. 13. 8. 1963; Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, S. 252.
9) Zusätzlich zu den Dokumenten zur parteipolitischen Entwicklung vgl. zum letzten und vorletzten Absatz u. a. „Süddeutsche Zeitung" v. 2./3. und 9./10. 1963, 19./20. 9. 1964; „Die Zeit" v. 20. 11. 1964; „Stern" v. 29. 11. 1964; „Die Welt" v. 30. 11. 1966.
10) „Süddeutsche Zeitung" v. 12. 4. 1965.
11) Ebd.; vgl. „Bayernkurier" v. 17. 4. 1965.

seine Politik zu propagieren und mußten ihr bisweilen durch eigene Vorstöße den Boden bereiten. Zu diesen fest angestellten Mitarbeitern gehörten Carl Schmöller, Klaus Bloemer und Marcel Hepp.

Seit der Landesversammlung 1963 in München bewirkten Strauß und seine Anhänger eine Öffnung der Partei nach rechts, um unter ihren Fahnen auch andere konservativ-reaktionäre, nationalistische und militant-aggressive Kräfte zu sammeln. Der verschärfte Rechtskurs war eine Schlußfolgerung aus der gewandelten strategischen Situation und eine Antwort auf die wachsende Aktivität der demokratischen Kräfte im Lande. Er stellte gleichzeitig die Konsequenz der Gruppe Strauß aus dem zu ihren Ungunsten veränderten Verhältnis zwischen den retardierenden und den flexiblen Elementen im BRD-Imperialismus dar. Gestützt auf das Gros der Ultrareaktionäre nicht allein in Bayern, sondern in der gesamten Bundesrepublik, wollte sie unerwünschte Bonner Kurskorrekturen verhindern, den eigenen Einfluß auf die offizielle Politik erhöhen und schließlich im Bunde mit den CDU-Rechten die Staatsgeschäfte völlig in die Hand nehmen.

In ihrer Propaganda knüpfte die CSU-Spitze an reaktionäre Traditionen speziell der bayerischen Geschichte an. Der Neonationalismus, charakteristisch für die BRD seit Mitte der 60er Jahre, wurde von ihr schon vorher propagiert. Auch organisatorisch hatte der verschärfte Rechtskurs sehr bald Konsequenzen. So vereinnahmte die CSU über ein Wahlbündnis den bayerischen Landesverband der Gesamtdeutschen Partei, dessen Führung ehemalige Faschisten innehatten. Am bedeutsamsten war, daß GDP-Landesausschußvorsitzender Walter Becher, vormals führender Funktionär der Henlein-Partei, mit überwechselte. Er spielte eine wichtige Rolle in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ist 1968 als Nachfolger Seebohms Sprecher dieses größten Revanchistenverbands der Bundesrepublik geworden.

Die Entwicklung der CSU nach rechts wurde auch durch das CSU-Vorstandsmitglied Dr. Neuwirth, einst Fraktionschef der Henlein-Partei in Prag, vorangetrieben. Im Auftrag Strauß' bemühte dieser Mann sich darum, neben der GDP noch andere nationalistische und profaschistische Vereinigungen zum Anschluß an die CSU zu bewegen. Im „Demokratisch-Konservativen Kreis" faßte er im April 1964 eine Gruppe reaktionärer Publizisten zusammen, die schon seit längerem die Politik des CSU-Chefs unterstützten. Dazu gehörten Armin Mohler, Emil Franzel und Prof. Frhr. v. d. Heydte, der 1962 nach seiner zweiten Landesverratsanzeige gegen den „Spiegel" von Strauß zum Brigadegeneral der Reserve befördert worden war.

Systematisch wurde eine ultrareaktionäre Pressepropaganda betrieben. Ein Pamphlet Neuwirths gegen Bundesaußenminister Schröder, veröffentlicht unterm 11. April 1964, stellte gewissermaßen die Geburtsurkunde des neuen „Bayernkurier" dar. Innerhalb eines Jahres nach der Landesversammlung von 1963 war die Wochenzeitung vom Mitteilungsblatt der CSU in ein neonationalistisches Kampfblatt umgestaltet worden. Die dahinterstehende Politikergruppe gedachte durch provozierende Meinungsmache Druck auf Bonn auszuüben. Stieß dies ernstlich auf Widerstand, so erklärte Strauß in aller Regel, daß er den betreffenden Artikel nicht gelesen oder selber in der „BK"-Redaktion nichts zu sagen habe. Er legte so den Grund für jene später zur Vollendung entwickelte Taktik, mit zwei Zungen zu reden, einerseits als seriöser, dem Bundeskanzler gegenüber loyaler Politiker und andererseits durch das allein für schrille Töne durchlässige, sie hundertfach verstärkende Sprachrohr „Bayernkurier". Auflage und Leserzahl des Blattes, dessen Herausgeber er ist, stiegen an.

Bis Ende 1962 war die Linie F. J. Strauß' im wesentlichen durch Artikel in der CSU-Presse, offizielle Verlautbarungen, eigene Interviews und die militärpolitischen Kommentare Adelbert Weinsteins in der „Frankfurter Allgemeinen" propagiert worden, außerdem nur durch zweitrangige Publikationsorgane mit geringer Auflagenhöhe. Danach standen ihr bald sehr viel größere Tribünen zur Verfügung. Im Sommer 1964 gewann die Gruppe um Strauß infolge ihres Wahlbündnisses mit der bayerischen GDP die Sympathie der „Deutschen Nationalzeitung und Soldaten-Zeitung", des damals auflagenstärksten Blattes der äußersten Rechten, das den CSU-Vorsitzenden bisher aus Gründen politischer Konkurrenz befehdet hatte. Andererseits wurde dieser u. a. auch von dem katholischen Boulevardblatt „Neue Bildpost" unterstützt.

Von größter Wichtigkeit war, daß die Springer-Presse generell für ihn Partei ergriff. Es hing das mit dem etwa gleichzeitigen Abschluß ihrer Mauserung zum bundesdeutschen Hauptpropagandisten fortdauernden Kalten Krieges zusammen, die der Hamburg-Westberliner Pressezar Ende der 50er Jahre inganggesetzt hatte, nachdem er in Moskau mit Vorstellungen einer „Wiedervereinigung" auf DDR-Kosten abgeblitzt war. Führender Kopf der Rechtskräfte, mit denen Axel Springer danach eng zu kooperieren begann, war F. J. Strauß. Kein Wunder also, daß er gerade ihm mit seiner publizistischen Macht zu Hilfe kam, was ansatzweise bereits 1962 [12]), nun jedoch auf breiter Front geschah. In der „Welt am Sonntag" tat sich dabei William S. Schlamm hervor, ein Austro-Amerikaner, der die Bundesrepublik zehn Jahre nach ihrer Gründung mit einer Propagandaschrift für den dritten Weltkrieg beglückt hatte [13]). In der „Bild-Zeitung" rührte Chefredakteur Peter Boenisch, seit seinen Münchner Tagen Freund des CSU-Vorsitzenden, die Trommel für Strauß. Andererseits unterstützte die CSU die Bemühungen des modernen Hugenberg Axel Springer um Ausweitung seines Imperiums.

Bundesdeutsche Justizorgane trugen wesentlich dazu bei, die Position F. J. Strauß' zu stärken. Die Staatsanwaltschaft Bonn stellte Ermittlungen gegen ihn wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung während der „Spiegel"-Affäre mit der Begründung ein, er und sein damaliger Staatssekretär Hopf hätten möglicherweise geglaubt, in einer Notstandslage zu handeln [14]). Rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf 1965 erreichte Strauß durch Verfügung des Landgerichts München I, daß eines einzigen Satzes über sein Verhalten im Herbst 1962 wegen 8,2 Millionen Exemplare einer FDP-Wahlillustrierten neu gedruckt werden mußten und dem Koalitionspartner ein Schaden von 250 000 bis 300 000 DM entstand [15]). 1966 schließlich wies das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde des „Spiegel" gegen das 1962er Vorgehen Strauß' und seiner Helfer zurück [16]).

Eklatanter noch waren die Entscheide, die in den Jahren 1965—1968 auf eine Privatklage Strauß' gegen Rudolf Augstein und Berufungsklagen beider Seiten hin zwei bayerische Gerichte und der Bundesgerichtshof in Karlsruhe fällten. Den Verfahren lag der im „Spiegel" Nr. 14/1964 erhobene Vorwurf zugrunde, der CSU-Chef stehe im „Ruch der Korruption". Obwohl dieser Vorwurf nicht widerlegt werden konnte, verurteilte das Landgericht München I Augstein, 25 000 DM Schmerzensgeld an Strauß und 75 % der Verfahrenskosten zu zahlen. Das Ober-

12) „Bild" am 7. 8. 1962 zu Strauß' Auseinandersetzung mit der Kennedy-Administration: „Bundesverteidigungsminister Strauß ist ein harter Mann. Viele mögen ihn deswegen nicht. ‚Bild' hat ihn verteidigt, weil die Bundesrpublik seine Härte braucht. Wir brauchen sie gerade jetzt nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen unsere Verbündeten."

13) William S. Schlamm, Die Grenzen des Wunders. Ein Bericht über Deutschland, Zürich 1959. Dazu Brief von Strauß im „Stern" v. 18. 7. 1959 und Stellungnahme gegenüber „Die Welt" v. 1. 8. 1959.

14) Einstellungsverfügung von Anfang Juni 1965 in: Die Spiegel-Affäre, Band I, S. 549 ff.

15) Der inkriminierte Satz lautete: „Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen wurde die Justiz durch einen Minister veranlaßt, Menschen zu verhaften und Häuser zu durchsuchen."

16) Teilurteil v. 5. 8. 1966 in: „Der Spiegel" v. 22. 8. 1966.

landesgericht München bürdete ihm später 90 % der Kosten beider Rechtszüge auf. Der Bundesgerichtshof erhöhte den Streitwert, nach dem die Prozeßkosten berechnet werden, aufs Vierfache [17]). Insgesamt dürften sich die Ausgaben des Nachrichtenmagazins auf eine Viertelmillion DM belaufen haben [18]).

„Die Justiz" — so Rudolf Augstein — „ist gelegentlich das taugliche Instrument, Freiheitsrechte ungebührlich zu beschneiden" [19]).

3. *Strauß und die Übergangsregierung Erhard bis 1965*

Mitte Oktober 1963 hatte zum erstenmal der Bundeskanzler gewechselt. Ludwig Erhard löste Konrad Adenauer ab. Ein langwieriger Streit um die Kanzlernachfolge kam zum Abschluß. Doch blieben die Gegensätze zwischen den Auffassungen des konservativ-reaktionären und denen des auf taktische Flexibilität orientierten Flügels der CDU/CSU erhalten.

Dem Wechsel fiel außer Adenauer selbst der Minister für gesamtdeutsche Fragen Barzel zum Opfer. Der Einfluß der Adenauer-treuen Rechtskonservativen verminderte sich, doch blieben Krone und Blank im Kabinett, übte des Altkanzlers Gefolgsmann Heinrich Lübke noch bis 1969 das Amt des Bundespräsidenten aus. Aus dem Schattenkabinett der Staatssekretäre schieden Hans Globke und Franz Thedieck. Der gesamte mittlere Beamtenapparat blieb unverändert bestehen.

In Partei- und Fraktionsführung der Union hatten Gegner des neuen Kanzlers die wichtigsten Posten inne, darunter Adenauer selbst bis März 1966 den CDU-Vorsitz. Barzel wurde Ende 1963 stellvertretender Vorsitzender, ein Jahr später Chef der Bundestagsfraktion. In der CDU erlangte er 1966 nach hartem Kampf mit Erhard um den Parteivorsitz das neugeschaffene Amt des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden.

Franz Josef Strauß hatte sich 1963 zum Chef der CSU-Landesgruppe in Bonn und Vizevorsitzenden der Unionsfraktion wählen lassen. Er war bald einer der offiziell bestellten „Kanzlersucher" der CDU/CSU, wodurch wenige Monate nach der „Spiegel"-Affäre bereits seine politische Bedeutung wieder nachhaltig demonstriert wurde. Strauß ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei weiter Erhards Kandidatur unterstützte. Vier Tage nach einem Gespräch mit ihm wurde am 23. April der Bundeswirtschaftsminister Kanzlerkandidat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Gründe für Strauß' Vorgehen in dieser Sache lagen wesentlich darin, daß die Ära Adenauer in der Tat zu Ende war. Ein Bundeskanzler Erhard aber wäre auf Unterstützung durch die Rechtskonservativen angewiesen, folglich zu Konzessionen an sie gezwungen. Andererseits stellte er, wie seine Fehden mit Adenauer zeigten, für diese Kräfte keinen sonderlich ernstzunehmenden Gegner dar. Das Schlüsselwort zu Strauß' Verhalten im Kanzlernachfolgestreit bis 1963 lieferte dieser selbst durch die Bemerkung, diesmal gehe nicht, wie seinerzeit bei Bismarcks Entlassung, der Lotse von Bord, es wechsle vielmehr nur der Kapitän [20]). Nachhaltiger denn je gedachte er Einfluß auf Bonn zu nehmen.

Gemeinsam mit dem Adenauer-Flügel der CDU wirkten Strauß und seine Partei darauf hin, daß ungeachtet gewisser taktischer Korrekturen unter Bundeskanzler Erhard weiter der alte Kurs gesteuert wurde. Sie brachten dem Kanzler auch

17) Apropos Strauß, Stuttgart 1965, S. 193/94; „Die Zeit" v. 5. 8. 1966 und „Der Spiegel" v. 19. 9. 1966; „Neue Zürcher Zeitung" v. 31. 10. 1968.
18) „Bayernkurier" v. 2. 11. 1968.
19) „Der Spiegel" v. 19. 9. 1966, S. 37.
20) „Nürnberger Nachrichten" v. 27. 5. 1963.

immer wieder zu Bewußtsein, daß er von ihnen abhängig war. Einen Monat nach dem Regierungswechsel nahm Strauß in einer Auseinandersetzung um die Kriegsopferrenten gegen Erhard Partei. Im Juli 1964 desavouierte er einen mit den Stimmen der CSU-Bundesminister gefaßten Kabinettsbeschluß, die Telefongebühren heraufzusetzen.

Genauso demagogisch wie diese pseudosozialen Scharmützel waren Kampagnen, die Strauß und andere rechtsstehende Unionspolitiker gegen die FDP inszenierten. Zum Anlaß nahmen sie meist solche Vorschläge der Freien Demokraten, die dem Konzept der „Verwaltungskontakte" mit der DDR entsprachen. Strauß griff den Koalitionspartner nicht nur deshalb an, weil FDP-Vertreter sein Vorgehen in der „Spiegel"-Affäre am schärfsten mißbilligt und ihm die Befähigung zu einem Bonner Ministeramt abgesprochen hatten. Er wollte auch Ludwig Erhard treffen, der sich in hohem Maße auf die Freien Demokraten stützte.

Bevorzugtes Streitobjekt innerhalb der CDU/CSU war die Außenpolitik. Während Minister Schröder den sozialistischen Staaten gegenüber eine „Politik der Bewegung" propagierte, schärfte die Gruppe um Strauß zusammen mit der rechten CDU die alten Forderungen ein. Sie ließ, nachdem in drei sozialistischen Ländern bundesdeutsche Handelsmissionen errichtet waren, keinen weitergehenden Schritt mehr zu und drohte dem Kanzler mit „härtestem Kampf", falls diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufgenommen werden sollten [21]). Mit als Folge solcher Blockadetätigkeit kam Bonn über Ansätze einer Kurskorrektur, die auf das Ausmaß der sogenannten Friedensnote vom März 1966 beschränkt blieben, nicht hinaus. In dieser Note erklärte sich die Bundesregierung zwar bereit, auf die Herstellung von Kernwaffen zu verzichten, an Abrüstungskonferenzen teilzunehmen und sozialistischen Staaten gegenüber Gewaltverzichtserklärungen abzugeben. Sie hielt aber an der Forderung nach Mitverfügung über Atomwaffen und an der „Rechtsgültigkeit" der Grenzen von 1937 fest und nahm die DDR de facto vom Gewaltverzicht aus. Die Gruppe um Erhard war auch ihrerseits nicht gewillt, Vorschläge zur Festigung der europäischen Sicherheit zu unterbreiten.

Im Ergebnis verschärfte sich die Tendenz zur Selbstisolierung der Bundesrepublik.

Charakteristisch war die tiefe Krise, in die im Februar 1965 Bonns Nahostpolitik geriet. Sie wurde ausgelöst erstens durch die Aufdeckung der geheimen, fünf Jahre vorher von Adenauer und Strauß ins Werk gesetzten Waffenlieferungen der BRD an Israel, zweitens durch einen bundesdeutschen Erpressungsversuch gegenüber Präsident Nasser, der veranlaßt werden sollte, eine Einladung an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, zum Besuch Ägyptens zurückzuziehen. Da Kairo dem Bonner Druck standhielt, sah sich die Bundesregierung mit der Frage konfrontiert, wie der Verstoß gegen „Alleinvertretungsrecht" und Hallstein-Doktrin geahndet werden sollte. Einem Ratschlag Schröders und der FDP-Führer folgend, der sich mit amerikanischen Empfehlungen deckte, beschloß der Kanzler, die Beziehungen zu Ägypten aufrechtzuerhalten. Die bereits eingestellte „Wirtschaftshilfe" an Kairo wurde jedoch nicht wieder aufgenommen. Ein Austausch von Botschaftern zwischen der BRD und Israel führte später dazu, daß neun arabische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abbrachen und ein zehnter keine aufnahm. Der Schlag für Bonn und die Hallstein-Doktrin war verheerend. Die USA, Großbritannien und Frankreich hatten die ganze Zeit über keine Miene gemacht, der BRD beizustehen.

21) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" v. 6. 3. 1967.

Strauß' Haltung während des Konflikts war in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Als Verfechter eines harten Kurses plädierte er dafür, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen und solche zu Israel aufzunehmen [22]). Zugleich rühmte er sich offen der Waffengeschenke an den israelischen Staat, die seinerzeit bewirkt hatten, daß die Bundesrepublik nicht in den Sog des Eichmann-Prozesses geraten, sondern durch Ben Gurion zum nichtnazistischen neuen deutschen Staat deklariert worden war [23]). Als die Katastrophe über Bonns Nahostpolitik hereinbrach, übte Strauß scharfe Kritik am Bundesaußenminister, weil dieser auf Nichtabbruch der Beziehungen zu Kairo gedrängt und sich von dem Waffengeschäft mit Israel distanziert hatte. In einem Illustriertenartikel wurde Schröder als „Versager des Jahres" hingestellt: „Wir haben im Nahen Osten unsere Positionen verspielt, und die neutrale Welt betrachtet uns kaum noch als ernstzunehmende Macht... Die Sowjets reden in einer demütigenden und verletzenden Sprache mit uns ... Wie lange kann sich die Bundesrepublik Deutschland diesen Außenminister noch leisten?" [24]).

Ganz im Sinne ihres längerfristigen Konzepts der Akkumulation politischer Rechtskräfte nutzte die CSU-Spitze jede Gelegenheit, durch nationalistische Demagogie die Atmosphäre anzuheizen. Ihre Kontroversen mit dem Bundesaußenminister waren zahlreich und vielgestaltig. Im Auswärtigen Amt betätigte sich mindestens ein Mitarbeiter für sie und die Adenauer-Gruppe [25]). Andererseits richtete Strauß in Bonn ein eigenes außenpolitisches Büro ein, dem mehrere Jahre lang Dr. Bloemer vorstand [26]).

Der CSU-Chef beschränkte sich nicht darauf, das Auswärtige Amt zu kritisieren. Er wurde auch als Quasi-Außenminister und wichtigster Kontaktmann der bundesdeutschen Erzreaktionäre zu den Ultras in Übersee tätig, wobei er zugleich Konzerne vertrat, die am Kapitalexport in jene Länder interessiert waren. Strauß besuchte Staaten, zu denen Bonn aus taktischen Erwägungen keine diplomatischen Beziehungen unterhielt: Taiwan, Südafrika, Südrhodesien und Israel. Überall von höchsten Regierungsmitgliedern und bisweilen von Präsidenten empfangen, trat er wie ein Staatsmann der ersten Garnitur auf. Er führte politische und Wirtschaftsgespräche und pries die Segnungen der südafrikanischen Apartheid [27]) ebenso wie die Stärke der Armee Israels [28]). In Bonn befreundeten Staaten pflegte Strauß Kontakt auch zu nicht regierenden Kreisen, so dem um Barry Goldwater, den republikanischen Präsidentschaftskandidaten der USA von 1964, der sich damals anheischig machte, den westeuropäischen Verbündeten Kernwaffen in die Hand zu geben [29]). Durch Propaganda für seine eigene Konzeption und Abgabe von Erklärungen, die zu dem offiziellen Kurs Bonns kontrastierten, wirkte der CSU-Chef mitunter direkt dem Auswärtigen Amt entgegen.

Im Hinblick auf die Bonner Ostpolitik gelang es — wie wir gesehen haben — den konservativ-reaktionären Kräften, die Verfechter größerer Flexibilität zu stoppen. Die West- und Atommachtpolitik wurde zum Hauptfeld des Streites beider Rich-

22) „Rundschau am Sonntag", Köln, v. 7. 3. 1965 und „Nürnberger Nachrichten" v. 8. 3. 1965.
23) „Welt am Sonntag" v. 20. 2. 1965; Dalberg, S. 163/64.
24) „Quick" v. 28. 3. 1965. Daß die Attacke Strauß' Linie entsprach, zeigen dessen Artikel in der „Quick" v. 28. 2. 1965 und im „Bayernkurier" v. 27. 2. 1965, worin er Schröders Demission verlangte.
25) Der Legationsrat Hans Graf Huyn gab u. a. eine vertrauliche Information über den Plan verstärkter Kontakte zu Großbritannien weiter, die Freiherr zu Guttenberg und Adenauer dann gegen Schröder auszunutzen versuchten. Huyn trat nach seiner Entlassung aus dem Amt in Strauß' Dienste.
26) Als „Der Beauftragte für außenpolitische Angelegenheiten des CSU-Vorsitzenden" war Bloemer von Ende 1964 bis zur Jahreswende 1968/69 tätig. Im Sommer 1969 trat er nach Meinungsverschiedenheiten mit Strauß zur SPD über.
27) „Welt am Sonntag" v. 24. 4. 1966; „Die Welt" v. 11. 5. 1966; „Der Spiegel" v. 16. 5. 1966; „Bayernkurier" v. 28. 5.1966.
28) Am 11. 6. 1963 gegenüber DPA.
29) Interview mit „Welt am Sonntag" v. 3. 11. 1963.

tungen. Dabei stand die Frage obenan, ob die BRD sich fest in die veränderte amerikanische Globalstrategie einordnen oder vielmehr versuchen sollte, allein den alten Kurs fortzusetzen. Die Verfechter einer flexibleren Politik waren zugleich „Atlantiker". Sie griffen Vorschläge auf, sich zusammen mit den USA um eine atlantische Freihandelszone zu bemühen und eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO (MLF) zu schaffen; dabei gingen sie darauf aus, die amerikanische Kernwaffenkontrolle später durch ein von allen Teilhabern, d. h. besonders der BRD, ausgeübtes Kontrollrecht abzulösen. Die Kräfte um Adenauer und Strauß hingegen schlugen vor, daß die westeuropäischen Staaten eine gemeinsame Atomstreitmacht bilden und sich politisch zusammenschließen sollten.

In der Praxis hatten zunächst Erhard, Schröder und Verteidigungsminister v. Hassel die Oberhand. Sie erreichten noch unter der Kanzlerschaft Adenauers, daß die Bundesrepublik im Widerspruch zu Frankreich dem MLF-Projekt zustimmte und andererseits der westdeutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 weitgehend entwertet wurde. Eine Achse Bonn—Paris kam nicht zustande. Stattdessen verschärften sich die Gegensätze zwischen beiden Staaten, wodurch zeitweilig auch der Fortbestand der EWG in Frage gestellt wurde.

Nach dem Kanzlerwechsel 1963 ging die Gruppe um Erhard daran, ihr „atlantisches" Konzept zu verwirklichen. Wie sich seinerzeit Adenauer auf Dulles orientierte, so jetzt sein Amtsnachfolger auf Lyndon B. Johnson. In Erwartung großzügiger Gegenleistungen besonders auf atomarem Gebiet versprach er mehrere Milliarden DM Devisenausgleich für die amerikanischen Truppen in der BRD und verzichtete auf die Klausel, daß diese Hilfe nur entsprechend der Bonner Haushaltslage geleistet werde. Die Bundesregierung unterstützte in wachsendem Maße den Vietnamkrieg der USA. Neue Vereinbarungen über militärische und waffentechnische Zusammenarbeit trugen faktisch den Charakter eines Sonderbündnisses.

Eine Achse Washington—Bonn schien zu entstehen. Das von Erhard erwartete US-Honorar für Leistung und Wohlverhalten jedoch blieb aus. Zwar ließ sich Präsident Johnson bewegen, dem Kanzler zum Jahresende 1964 ein Abkommen über die MLF zu versprechen; er begrub aber das Projekt, als die sozialistischen Staaten, neutrale und NATO-Länder sowie die internationale Öffentlichkeit gleichermaßen Protest einlegten. Der vom Generalinspekteur der Bundeswehr unterbreitete Plan eines Atomminengürtels an der Grenze zur DDR scheiterte unmittelbar nach Bekanntwerden aus demselben Grunde. Andererseits lehnte Washington im Einvernehmen mit London und Paris auch die von Bonn geforderte „Deutschland-Initiative" ab.

Gleich Altkanzler Adenauer tadelte F. J. Strauß die allzu enge, für Bonn nicht einmal politisch lukrative Anlehnung an die USA. Beide griffen auch die amerikanische Regierung und deren Atomstrategie an. Dabei kritisierte Adenauer die USA, weil sie infolge ihres Asien-Engagements „Europa vergessen" hätten [30]). Strauß akzeptierte die Orientierung Washingtons hauptsächlich auf den pazifischen Raum und suchte gerade daraus Kapital zu schlagen. So regte er an, zusätzlich zwei europäische NATO-Divisionen aufzustellen, darunter eine bundesdeutsche, und sie mit Kernwaffen auszustatten; dafür könnten dann zwei amerikanische Divisionen aus Europa abziehen [31]). Er forderte bei anderer Gelegenheit, für Bonner Devisenhilfe US-Raumfahrttechnik zu liefern [32]).

30) „Die Welt" und „The New York Times" v. 10. 2. 1965.
31) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 28. 2. 1966 und „U.S. News & World Report" v. 18. 4. 1966.
32) „Rheinischer Merkur" v. 7. 10. 1966.

Dem MLF-Projekt stand Strauß reserviert gegenüber. Er ging in seiner Betrachtung davon aus, daß der amerikanische Präsident den atomaren Einsatzbefehl ja doch nicht anderen übertragen würde, und sah in dem ganzen Projekt allenfalls „einen Anfang, der schließlich in eine von Amerika unabhängige europäische Atommacht einmünden müsse" [33]). Als Washington den Plan ad acta legte, warnte Strauß die Bundesregierung dringend davor, ihn weiterzuverfolgen [34]). Rigoros ablehnend verhielt er sich zum britischen Vorschlag einer Atlantischen Nuklearstreitmacht (ANF), die nur zum geringen Teil aus einer MLF-Flotte, im übrigen aber aus bereits vorhandenen Atomstreitkräften bestehen sollte [35]). Er plädierte stattdessen weiter für eine landgebundene westeuropäische Atommacht.

Vehement widersetzte sich der CSU-Vorsitzende allen Schritten zur Eindämmung der atomaren Gefahr, so 1963/64 dem Moskauer Teststoppabkommen. Er drängte, es nicht zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren, weil der Vertrag ein einseitiges Zugeständnis zuungunsten des Westens, ein „neues München" sei, das „zumindest die De-facto-Anerkennung Pankows" bedeute [36]). Erhard und Schröder hingegen stimmten dem Abkommen von Anfang an zu, da Washington daran interessiert war.

1965 begannen in Genf Beratungen über einen Vertrag zur Nichtweitergabe von Kernwaffen. Die konservativ-reaktionären Kräfte der BRD nahmen dies zum Anlaß, ihre nationalistische Propaganda beträchtlich zu verschärfen.

Strauß attackierte nicht allein gleich Adenauer den ersten amerikanischen Entwurf eines Nonproliferations-Vertrages, er kündigte auch einen zweiten Hitler für den Fall an, daß die Forderungen seiner Gruppe nicht erfüllt werden sollten: „Für jeden vernünftig Denkenden ... muß ein Deutschland, dem man noch eine Art ‚militärisches Versailles' aufoktroyieren würde und das dann als drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt diskriminiert zwischen West und Ost stünde, nur als ein Alptraum erscheinen. Allein nach den geschichtlichen Erfahrungen könnte man sich ausrechnen, wann ein neuer Führer-Typ einem derartig behandelten Deutschland Atomwaffen oder Schlimmeres versprechen und wohl auch verschaffen würde" [37]).

Im Bundestagswahlkampf 1965 ging der CSU-Chef mit den Verbündeten ins Gericht. „Der liebe Gott hat nicht festgelegt, daß die Kontrolle über die für uns so entscheidenden Atomwaffen nur den Engländern, Amerikanern und Franzosen vorbehalten ist", erklärte er. „Wir wollen nicht von denen abhängen. Dafür haben uns Teheran, Jalta und Potsdam zuviel schlechte Erbmasse beschert" [38]). Und: „Unsere Alliierten, vor allem die Engländer, müssen aufhören, uns zu behandeln, wie früher Regimentskommandeure in Indien ihre Schuhputzer behandelt haben" [39]).

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes verband Strauß so die offene Bekundung bundesdeutschen Atommachtstrebens mit unverfälscht nationalistischer Propaganda. Aufmerksame Beobachter hatten schon zwei Jahre vorher geschlossen, daß er im Begriff sei, „Chef einer nationalen Opposition" zu werden [40]). Dies wurde nunmehr trotz zeitweiliger NPD-Konkurrenz offensichtlich.

---

33) „Die Welt" v. 11. 6. 1964.
34) So in einem Artikel im „Stern" v. 28. 3. 1965.
35) „Süddeutsche Zeitung" v. 16. 12. 1964; „Stern" v. 28. 3. 1965; Entwurf für Europa (vgl. Anm. 56), S. 103.
36) Hierzu „Frankfurter Rundschau" v. 7. 8. 1963; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Die Welt" v. 14. 8. 1963; „Der Spiegel" v. 21. 8. 1963.
37) Artikel im „Rheinischen Merkur" v. 27. 8. 1965.
38) Zit. nach „Neues Deutschland" v. 30. 8. 1965.
39) Interview mit „Bild" v. 9. 9. 1965.
40) „Hamburger Echo" v. 4. 9. 1963.

Bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965 überrundete die CSU die Freien Demokraten, die sie erbittert bekämpft hatte, und wurde zweitstärkste Regierungspartei. Im Ergebnis langwieriger und konfliktreicher Verhandlungen um die Regierungsbildung erlangte sie erstmals fünf Ministerposten. Schröder und Mende blieben entgegen Strauß' und Adenauers Wünschen im Kabinett, mußten dafür jedoch fast alle CSU-Forderungen akzeptieren. Die FDP mußte einräumen, daß Franz Josef Strauß wieder eines Ministerpostens würdig sei. Ihre Verhandlungskommission und die der CDU/CSU erklärten „alle bisherigen Vorbehalte hinsichtlich der Kabinettsfähigkeit führender Mitglieder ihrer Parteien als beendet" [41]). Keine drei Jahre nach der „Spiegel"-Affäre kam so die politisch-verbale Ächtung Strauß' in Fortfall.

In einer Reihe wesentlicher Fragen hatte die konservative Reaktion sich durchgesetzt. Daß aber ein Teil ihrer personellen Wünsche unerfüllt blieb, veranlaßte die CSU, der von ihr mitgetragenen Regierung die Fehde anzusagen. Sie lehnte kurzerhand jede Mitverantwortung für die künftige Außen- und Wehrpolitik ab. Strauß trumpfte auf: „Der Kanzler kann die Richtlinien der Politik bestimmen. Wir haben die Freiheit als Parlamentarier, diese Richtlinien für richtig zu halten oder nicht" [42]).

b) Strauß' außenpolitische Zielsetzung

Während die Auseinandersetzungen in CDU/CSU und Regierungslager sich zuspitzten, legte Strauß der Öffentlichkeit ein neues außenpolitisches Konzept vor. Darin stellte die durch ihn vertretene Monopolgruppe die seit Ende der 50er Jahre entstandenen Bedingungen in Rechnung, ohne vom Kern ihrer Forderungen abzugehen. Der Appell an nationalistische Instinkte sollte dazu dienen, den Plan künftiger bundesdeutscher Außenpolitik durchzusetzen. „Die Politik eines großen Landes kann nicht ohne politisches Selbstbewußtsein gestaltet werden", schrieb Strauß. „Die deutsche Tagespolitik kann sich nicht ausschließlich auf Programme stützen, die nur einen Gegensatz zu allem darstellen sollen, was Hitler getan hat" [43]).

1. Strauß' Wirken für eine „europäische" Konzeption und deren historische Wurzeln

In Dutzenden Reden, Artikeln und Interviews, in Gesprächen mit in- und ausländischen Politikern, einer Broschüre und drei Büchern entwickelte der CSU-Vorsitzende ab 1963 sein zweites außenpolitisches Konzept nach dem bereits erörterten Plan der Atlantischen Union. Die extrem antikommunistische Zielsetzung behielt er bei, desgleichen die Forderung nach westeuropäischer Integration und die Kennzeichnung des Atlantischen Ozeans als „Mare nostrum" [44]). Weiterhin auch sollte Westeuropa zum zweiten Pfeiler im Bündnis werden. Da die USA Bonns Wünschen in der Atomfrage nicht entgegengekommen waren, propagierte Strauß nunmehr eine politisch führende Rolle der BRD. Dies sollte über eine imperialistische Großmacht Westeuropa mit eigenen Atomstreitkräften geschehen, die den Vereinigten Staaten von Amerika völlig gleichgestellt sein sollte. Auch die „Deutschlandfrage", mit der er sich zum erstenmal ausführlich befaßte, sollte durch „Europäisierung" gelöst werden. Dem sozialistischen Lager

41) „Frankfurter Rundschau" v. 21. 10. 1965.
42) Interview mit „Neue Rhein Zeitung" v. 29. 10. 1965.
43) Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 152, 151.
44) Italiens Faschisten bezeichneten so das Mittelmeer.

gegenüber versuchte nun auch er, die gescheiterte „Politik der Stärke" zu einer „Auflockerungspolitik" zu modifizieren.

Unter Anwendung der verschiedensten nichtmilitärischen Mittel und Methoden sollten die sozialistischen Länder bis zum Bug und zum Schwarzen Meer als „Zwischeneuropa" auf die Seite des Westens herübergezogen werden. Aus beiden Teilbereichen würden dann die „Vereinigten Staaten von Europa" entstehen, ein noch stärkeres imperialistisches Machtgebilde.

Gleich Adenauer und Guttenberg propagierte der CSU-Chef die westdeutsch-französische Aktionseinheit als ersten Schritt auf dem Weg nach „Europa". Er sprach sowohl Politiker als auch Wirtschaftsmanager, Finanziers und Großkaufleute anderer imperialistischer Länder an. Die hinter ihm stehenden Monopole nahmen seine Agitation sehr wichtig. Zu einem Vortrag vor dem Belgischen Nationalrat der Christlichen Mittelstandsbewegung über sein Konzept erschien er, wie am 14. September 1965 die „Frankfurter Rundschau" zu melden wußte, „dem Vernehmen nach mit einem Privatflugzeug des Flick-Konzerns".

Etwa zur selben Zeit eröffneten Strauß und seine Mitarbeiter eine Jahre dauernde, intensive England-Kampagne, als deren publizistischer Auftakt im September 1965 in London „The Grand Design", die erste umfassende Konzeptionsschrift des CSU-Vorsitzenden, erschien. Das Buch mit dem anspruchsvollen, John F. Kennedy entlehnten Titel trug die Unterzeile „A European Solution to German Reunification". Es war binnen sieben Wochen fertiggestellt worden [45]).

„Entwurf für Europa", die erste große Konzeptionsschrift Strauß' in Deutsch, kam ein gutes Jahr später beim Stuttgarter Seewald-Verlag heraus. Wesentlich bekannter als „The Grand Design", stellt sie im Grunde nur die aktualisierte und erweiterte deutsche Ausgabe dieses Buches dar. Es fehlt eine Reihe scharf akzentuierter Aussagen speziell zur Ostpolitik und das autobiographische Schlußkapitel „Personal attitudes", ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Position und Konzeption von Strauß. Auf seine dritte umfassende Konzeptionsschrift „Herausforderung und Antwort", die 1968 ebenfalls bei Seewald erschienen ist, wird im nächstfolgenden Kapitel zurückzukommen sein.

Bei Fertigstellung seiner Konzeption beutete der Autor sowohl die Vorarbeiten Gleichgesinnter wie des Freiherrn zu Guttenberg [46]) aus, als beispielsweise auch sozialdemokratische Anregungen zu einer veränderten Ostpolitik. Er benutzte sie, soweit sie in sein Schema der Schaffung einer imperialistischen Großmacht Europa unter westdeutscher Führung paßten, und griff zugleich auf Zielsetzungen zurück, die beinahe genauso alt sind wie der deutsche Imperialismus selber [47]).

Schon vor 1914 hatte eine durch die Deutsche Bank vertretene Monopolgruppe der Chemie- und Elektroindustrie unter der Parole „Mitteleuropa" den Zusammenschluß ganz Zentral- und Südosteuropas zu einem wirtschaftlichen Großraum angestrebt, der von Berlin aus im wesentlichen indirekt beherrscht werden sollte. Einen Monat nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs plädierte der Vorsitzende des Bankdirektoriums, Arthur v. Gwinner, für eine entsprechende „Wirtschaftsgemeinschaft" unter deutscher Führung [48]). Hauptsächlich nach dieser Vorgabe stellte Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg sein Kriegszielprogramm

[45]) „Bayernkurier" v. 11. 9. 1965 und „Die Zeit" v. 17. 9. 1965.
[46]) Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1964.
[47]) Zur Kontinuität der Zielsetzungen vgl. Eberhard Czichon, Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Köln 1970.
[48]) Ebd., S. 27.

vom 9. September 1914 zusammen, wobei der Direktor der Deutschen Bank, Karl Helfferich, später in Staatsdiensten bzw. Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Formulierungshilfe leistete.

Auf dem Höhepunkt der Machtentfaltung Hitlerdeutschlands gab sodann das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank H. J. Abs Zielvorstellungen bekannt, die vom beträchtlich gewachsenen Appetit zeugten. Vor dem Handelspolitischen Ausschuß der Reichswirtschaftskammer erklärte Abs am 17. Juli 1941, es „sei davon auszugehen, daß Deutschland nach dem Kriege Europa beherrscht" [49]). Der Begriff Kontinentaleuropa werde „durch die kriegerischen Verwicklungen im Osten eine neue Prägung erhalten ... Auch die Wirtschaft Rußlands wird zumindest in wesentlichen Teilen einem zukünftigen kontinentalen europäischen Wirtschaftsraum zuzuzählen sein" [50]). Durch die Gegenoffensiven der Sowjetarmee gestaltete sich aber für den deutschen Imperialismus die Kriegslage im Osten sehr rasch schwierig, so daß er „bescheidener" wurde.

Ende 1944 lag dem beim Reichswirtschaftsministerium gebildeten Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen, dem u. a. Abs und das Mitglied des „Freundeskreises Reichsführer SS" Karl Blessing angehörten, eine eminent wichtige Denkschrift vor. Darin hieß es, für den Zusammenschluß Kontinentaleuropas werde zweierlei verlangt: „... der Verzicht auf Herrschaftsgelüste eines einzelnen Volkes über die anderen und der Verzicht aller auf schrankenlose Selbständigkeit außerhalb europäischer Ordnung. In diesem Sinne Fahnenträger, nicht Herr Europas zu werden, muß eigener Vorsatz Deutschlands sein. Fahnenträger eines neuen Europas, das seinen Platz und Rang unter den Weltmächten behaupten kann" [51]).

In den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges bereits wurden so die späteren Bestrebungen des BRD-Imperialismus, möglichst rasch zu einer „europäischen Gemeinschaft" zu gelangen, konzipiert. An die Stelle der Forderung direkter Herrschaft über Europa trat die Parole indirekter Herrschaft, wobei die anderen europäischen Völker eine Art deutscher Vorkämpferposition respektieren sollten. Die Deutsche Bank und die mit ihr verbundenen Konzerne haben diese Herrschaftsform stets bevorzugt.

Die Kontinuität in der Entwicklungsgeschichte des imperialistischen deutschen Europakonzepts tritt noch klarer hervor, wenn berücksichtigt wird, daß schon Anfang 1943, unter dem Eindruck der Niederlage von Stalingrad, Reichspropagandaminister Josef Goebbels die Losung ausgegeben hatte: Um „deutsches Blut" fortan zu sparen, müßten alle Europäer in eine gemeinsame antibolschewistische Front gebracht werden [52]); daher sei gebührend herauszustellen, „daß Deutschland für Europa kämpfe" [53]). Zugleich müsse „eine Darstellung der künftigen Neuordnung Europas, aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige", als denkbar unangebracht vermieden werden [54]). „Der Minister weist noch einmal darauf hin, alle egoistischen

49) Akten der Deutschen Bank, Nr. D 6474, Bd. 1 (Diskussionsprotokoll).
50) Ebd. (Rede Abs' vor dem Handelspolitischen Ausschuß am 17. 7. 1941)
51) Zit. nach Eberhardt Czichon, Hermann Josef Abs. Porträt eines Kreuzritters des Kapitals, Berlin (DDR) 1969, S. 273. Verfasser der Denkschrift war der 1944 verstorbene Aufsichtsratsvorsitzer der IG Farben-Tochter Donau Chemie AG, der frühere österreichische Staatssekretär Richard Riedl.
52) Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939—1943, München 1969, S. 442 und 428.
53) Ebd., S. 443.
54) Ebd., S. 442. Siehe auch S. 424: „Sehr scharf wendet sich der Minister gegen die Methode, gegenüber den Russen von unserer Eroberungsabsicht im Osten zu sprechen. Der Minister verweist auf das Beispiel der nationalsozialistischen Kampfzeit und sagt, daß, wenn wir vor der Machtübernahme von dem Wotanglauben oder der Auflösung der deutschnationalen Partei, der Kassierung der Sozialdemokraten und der Einsperrung der Kommunisten gesprochen hätten und von dem Kampf gegen die Kirchen, sicherlich uns niemand gewählt hätte. So sei es auch heute Wahnsinn, gegenüber den Russen von unseren Absichten im Osten zu sprechen. Es gebe nur eine Parole, die immer wieder verkündet werden müßte, das sei unser Kampf gegen den Bolschewismus."

Ziele im Osten abzustreiten und von dem heiligen Kreuzzug des 20. Jahrhunderts gegen den Bolschewismus zu sprechen" [55]).

Rund 20 Jahre nach Goebbels' Parolenausgabe und der dem Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen unterbreiteten Denkschrift setzte F. J. Strauß die Linie deutscher imperialistischer Europakonzeption fort.

2. *Die Ziele im Westen*

Gleich allen imperialistischen Politikern strebt der CSU-Vorsitzende eine Kräftekonstellation an, die das sozialistische Gesellschaftssystem zum Rückzug und schließlich zur Selbstaufgabe zwingen würde. Den besonderen bundesdeutschen Bedingungen entsprechend, will er, daß „die Demarkationslinie der Kriegskonferenz von Jalta beseitigt" [56]), die territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges revidiert werden.

„Europäische Vorwärtspolitik", wie Strauß sie fordert, heißt nach seiner Definition „den Wettlauf gegen die Zeit aufnehmen, indem wir unsere Lebensbedingungen den Gesetzen und Maßstäben der modernen Technik anpassen und auf dieser Grundlage auch auf die Wiederherstellung der historischen Einheit Europas hinarbeiten" [57]). Das soll dadurch geschehen, daß aus dem Zusammenschluß der Staaten Westeuropas unter Angliederung der mittel- und osteuropäischen Gebiete eine zweite imperialistische Weltmacht entsteht, die „im weltpolitischen Kräftespiel das Übergewicht der freien Gesellschaft", also des imperialistischen Systems sichert [58]). Als erstes Etappenziel betrachtet Strauß die westeuropäische Konföderation möglichst aller EWG-Staaten; gleichzeitig sei Großbritannien zum Beitritt zu ermuntern. Darüber hinaus strebt der CSU-Chef die Einbeziehung Franco-Spaniens in das geplante Westeuropa-System an. Spanien seinerseits soll als „Brücke nach Afrika" die Nord-Süd-Verbindung mit jener Ländergruppe halten, der Strauß zufolge die Rassistenregime in Pretoria und Salisbury, das portugiesische Kolonialreich und „einige schwarze Staaten" angehören müßten [59]).

Um den Ausgangspunkt der imperialistischen Einigung Westeuropas, den Akkord BRD-Frankreich, zu erreichen, trat der CSU-Vorsitzende mit Adenauer und Guttenberg jahrelang dafür ein, Präsident de Gaulle und dessen Regierung beim Wort zu nehmen. Schließlich hätten diese sich für das Zusammenwirken mit der Bundesrepublik zugunsten eines „europäischen Europas" ausgesprochen [60]). Strauß' Vorschläge zur Zusammenarbeit Bonn-Paris hatten sowohl die schrittweise Schaffung der westeuropäischen politischen Union als auch gemeinsame „Entwicklungshilfe"-Projekte zum Inhalt [61]). Er wollte Frankreich die Rolle eines Primus inter pares zuerkennen, aber nur, wenn es dafür die Bonner Zielvorstellung eines bundesstaatlich organisierten „Europas der Völker" übernehme, seine Atomstreitmacht in dies Europa einbringe und die westdeutschen außenpolitischen

55) Ebd., S. 447.
56) Entwurf für Europa, S. 12.
57) Ebd., S. 135.
58) Ebd., S. 26/27.
59) „Die Welt" v. 11. 5. 1966.
60) Guttenberg berief sich in: Wenn der Westen will, S. 104/05, auf Äußerungen von Armeeminister Messmer und Staatssekretär Deloncle. Strauß hob auf eine Erklärung de Gaulles am 22. 11. 1964 in Straßburg ab, der westdeutsch-französische Vertrag sei nur zu rechtfertigen, wenn beide Staaten an die Schaffung eines militärisch und politisch „unabhängigen, mächtigen, einflußreichen Europas" gingen („archiv der gegenwart", Bonn-Wien-Zürich, S. 11 546/47).
61) „Rheinische Post" v. 9. 1. und 8. 10. 1965, 5. 11. 1966; DPA v. 15. 1. 1965; „Bayernkurier" v. 24. 7. 1965; „Die Welt" und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 9. 10. 1965; „Süddeutsche Zeitung" v. 19. 9. 1965; „Handelsblatt" v. 20. 9. 1966; „Bayernkurier" v. 24. 9. 1966 und „Stuttgarter Zeitung" v. 19. 10. 1966; Artikel im „Rheinischen Merkur" v. 7. 10. 1966 und im „Bayernkurier" v. 8. 10. 1966; Entwurf für Europa, S. 27. 117/18.

Bestrebungen unterstütze. Mit den Worten der Denkschrift von 1944 gesagt, verlangte demnach der „Fahnenträger", daß die französischen Imperialisten „auf schrankenlose Selbständigkeit" verzichteten.

Es sollten aber auch die USA „umfunktioniert" und dabei Kennedys Plan zur atlantischen Partnerschaft, der die Festigung der führenden Rolle Washingtons im Bündnis zum Zweck hatte, nahezu in sein Gegenteil verkehrt werden. Seine Vorstellungen suchte Strauß den USA schmackhaft zu machen, indem er argumentierte, daß ein geeintes Westeuropa wesentlich größere Lasten auf sich nehmen würde, die Amerikaner ihre dort stationierten Truppen bis zur Hälfte verringern könnten und nicht in jeden europäischen Krieg sofort mit Kernwaffen eingreifen müßten. Wenn sie daraufhin ihr Engagement in anderen Erdteilen verstärkten, würde aus dieser „Arbeitsteilung" die ganze „freie Welt" Nutzen ziehen [62]).

Tatsächlich liegt dem Strauß-Konzept die schon seit Kriegsende vom deutschen Imperialismus verfolgte Absicht zugrunde, die USA für seine eigenen Ziele einzuspannen. Insbesondere soll Washington auch nach Bildung der „Großmacht Europa" bereit sein, sich jederzeit in eine europäische atomare Auseinandersetzung hineinziehen zu lassen [63]).

Strauß' Erwägungen über das Verhältnis Westeuropa-USA waren auch durch den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf bedingt. Im Widerspruch zu Bundeskanzler Erhard, jedoch im Einvernehmen mit Großbankier Abs forderte er Mitte der 60er Jahre Maßnahmen zur Eindämmung der US-Investitionen in Schlüsselindustrien der Bundesrepublik und Westeuropas: die Schaffung einer Evidenzzentrale, die Förderung überstaatlicher Kapitalkonzentration im EWG-Rahmen und die Einrichtung von „Europa-Konzernen", um amerikanischem Kapital den Weg zu verlegen. Die Waffenkäufe zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz sollten zugunsten von Rüstungsaufträgen für westeuropäische, vor allem westdeutch-französische Firmen verringert werden. An die Stelle des bisherigen Einwegsystems in der Kapitalbewegung USA-Westeuropa sollte ein Zweiwegsystem treten [64]).

Mit wachsendem Eifer wurde zu der Zeit, da Strauß sein Europakonzept entwickelte, im imperialistischen Lager über eine NATO-Reform diskutiert. Formeller Anlaß war, daß ab 1969 die Mitgliedschaft der Partnerstaaten gekündigt werden konnte. Die Diskussion brachte die Unzufriedenheit vieler Partner mit der fortdauernden Unterordnung ihrer eigenen Belange unter die des US-Imperialismus zum Ausdruck. Sie wurde in hohem Maße durch den Kurs Frankreichs stimuliert, das sich — unter Berufung auf nationale Erfordernisse und auf die staatliche Souveränität — von der militärischen Integration zurückzog.

Der CSU-Vorsitzende wertete den 1949 geschlossenen NATO-Pakt als der Form nach überholt, weil die europäischen Mitgliedstaaten weiter einseitig von den USA abhängig wären. In Übereinstimmung mit anderen Vertretern des rechten Flügels der Unionsparteien nannte er die atomare Gleichberechtigung aller Partnerstaaten die Kernfrage für die Zukunft des Bündnisses überhaupt [65]). Er empfahl, die französischen und britischen Atompotentiale zusammenzulegen und

62) CSU-Dokumentation. Rede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß (v. 30. 11. 1965) im Bundestag, München 1966, S. 41/42; Interview mit „U.S. News and World Report" v. 18. 4. 1966; Entwurf für Europa, S. 28/29 und 116.
63) Strauß lt. UPI v. 6. 12. 1964.
64) „Industriekurier" v. 16. 3. 1965 und 10. 11. 1966; „Bayernkurier" v. 24. 7. und 25. 9. 1965, 24. 9. 1966; „Süddeutsche Zeitung" v. 19. 9. 1965; „Handelsblatt" v. 20. 9. 1965, Entwurf für Europa, S. 129.
65) Entwurf für Europa, S. 104.

auf dieser Grundlage eine westeuropäische Kernstreitmacht zu schaffen. Ihr Aufbau im Rahmen einer modernisierten „europäischen Verteidigungsgemeinschaft" müßte beginnen, bevor die zweite Etappe der Verwirklichung des Straußschen Gesamtkonzepts — Bildung der Föderation Europa — in Angriff genommen würde [66]). Die USA sollten ihre technologischen Kenntnisse auf dem Gebiet der Atomwaffen zur Verfügung stellen [67]), die nicht nuklear gerüsteten Staaten Westeuropas finanzielle und wissenschaftlich-technische Hilfe leisten [68]). Strauß dachte an die außerordentlich kostspielige Fertigung von Trägerwaffen [69]) und damit an ein Gebiet, auf dem die leistungsstarke Bundesrepublik rasch in Führung gehen könnte.

Wie üblich bestritt er jedwedes Streben nach nationaler Kontrolle über Kernwaffen. Der EVG-Oberbefehlshaber, schlug er vor, könnte zunächst ein Franzose sein, später vielleicht im Wechsel mit einem Engländer [70]). Der Einsatzbefehl würde anfangs bei den nationalen Autoritäten jener Staaten bleiben, die Kernwaffen beigesteuert hätten bzw. auf deren Boden solche Waffen stationiert wären [71]). Er müßte schließlich auf eine europäische Bundesautorität übertragen werden. Die gesamte strategische Planung sollte von vornherein einem aus den Verteidigungsministern aller Mitgliedstaaten bestehenden Rat obliegen [72]). Strauß verlangte eine „substantielle Lösung" und betonte, „daß Deutschland nicht Atompatronage, sondern Atompartnerschaft wünscht" [73]).

Der CSU-Vorsitzende bezeichnete die Schaffung einer westeuropäischen Föderation mit eigener Nuklearstreitmacht als Kriterium dafür, daß der Begriff Europa" noch ernstgenommen werde [74]). Er begründete seinen Plan mit der Behauptung, die UdSSR bedrohe Westeuropa, und verlangte, dieses müsse eigene taktische und strategische Kernwaffen haben, um auch „die Lebenszentren des Feindes" treffen zu können [75]). Bei bewaffneten Auseinandersetzungen in Europa sollte außerdem die amerikanische Nuklearstreitmacht bereit stehen, um notfalls den westeuropäischen Imperialisten zu helfen [76]).

3. *Expansionistisch-konterrevolutionäre Ostpolitik*

Das Haupthindernis für die Verwirklichung seiner Europa-Konzeption sah und sieht Strauß in einer „Entspannungspolitik, die auf der Grundlage der Moskauer Bedingungen für einen Atomwaffen-Sperrvertrag und nach den von Moskau lancierten Ideen eines ‚kollektiven europäischen Sicherheitssystems' zustandekäme ... Angesichts dieser prekären Situation, in die uns diese offensive Koexistenz-Politik der Sowjets hineintreiben möchte, müssen wir aktiv werden" [77]).

Nun konnte der Autor nicht offen, um unverblümt expansionistischer Ziele willen, die friedliche Koexistenz schlechthin befehden. Seine Aktivität hatte daher seit langem ihre „defensive" Seite, die dadurch gekennzeichnet war, daß er die Sowjetunion als aggressionslüstern und ihre Entspannungspolitik als „neue

66) Ebd., S. 110.
67) „Bayernkurier" v. 25. 9. 1965; „The Daily Telegraph" v. 1. 10. 1965; Entwurf für Europa, S. 31 und 97; Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 187.
68) Entwurf für Europa, S. 112; Herausforderung und Antwort, S. 186/87.
69) Entwurf für Europa, S. 112; „U.S. News and World Report", 13. 1. 1969.
70) Entwurf für Europa, S. 110/11.
71) Entwurf für Europa, S. 112; „Die Welt" v. 21. 5. 1969.
72) Entwurf für Europa, S. 111.
73) Entwurf für Europa, S. 123/24; Herausforderung und Antwort, S. 189; „Bayernkurier v. 24. 12. 1965 und 5. 3. 1966.
74) „Süddeutsche Zeitung" v. 4. 4. 1966; „Bayernkurier" v. 9. 4. 1966.
75) Entwurf für Europa, S. 94.
76) Franz Josef Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten, in: Armee gegen den Krieg, Wert und Wirkung der Bundeswehr. Hrsg. Wolfram v. Raven, Stuttgart 1966, S. 32.
77) Entwurf für Europa, S. 37/38; Herausforderung und Antwort, S. 102.

Phase des Kalten Krieges mit anderen Mitteln" bezeichnete [78]). Eindeutig offensiv wurde er mit dem Appell, die sowjetische Koexistenzpolitik durch Manipulation zu konterrevolutionären Zwecken auszunutzen: „Der Westen muß Koexistenz und Entspannung ... als politische Waffe sehen, mit der er eine ‚Demokratisierung' und ‚Liberalisierung' innerhalb des kommunistischen Lagers fördern kann mit dem Ziel, dort von innen her den Kommunismus zu überwinden. Der ‚Kalte Krieg' ist damit vom Stellungskampf in einen Bewegungskampf übergegangen" [79]). Ein „koordiniertes und differenziertes Einwirken ... von den Mitteln der klassischen Diplomatie bis zur psychologischen Kampfführung" sei erforderlich [80]). Es gehe „um die beste Form der Annäherung, ... durch welche die internationale Organisation des kommunistischen Weltreichs aufgeweicht und dieses mit friedlichen Mitteln von innen her aufgebrochen werden kann" [81]).

In diesem aggressiven Sinn bekannte sich, anderen Bonner Führern gegenüber mit einiger Verspätung, nun auch der CSU-Vorsitzende zu größerer Flexibilität in der Ostpolitik. Als Konservativer hielt er es im Kampfe gegen die sozialistischen Staaten für am aussichtsreichsten, nationalistische Tendenzen auszunutzen. Strauß' Rezepte, auf die ost- und südosteuropäischen Länder einzuwirken, waren gemessen an dem SPD-Repertoire vor allem anfangs sehr dürftig. Sie gingen über die Empfehlung kultureller und sportlicher Kontakte, von Touristik, Jugendaustausch u. ä. nicht hinaus [82]). Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kreditgewährung lehnte Strauß zunächst vollständig ab. Sodann verlangte er, nur solche Projekte zu fördern, „die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftlichen Stärkung der osteuropäischen Regimes dienen" [83]) und „diese Länder enger an den Westen als an den Osten binden. Die kommunistischen Regimes sollten langsam abgebaut ... werden", lautete seine Schlußfolgerung [84]). Insbesondere die französische Diplomatie wollte er für den Versuch einspannen, „die sowjetische Klammer um die Satellitenstaaten zu lockern und diese an den Westen zu ziehen" [85]). Sie sollte — teils zusammen mit der britischen — sein Europakonzept den sozialistischen Ländern schmackhaft machen, die Furcht vor dem bundesdeutschen Revanchismus zerstreuen und die DDR isolieren helfen [86]). Über Fragen der Nachkriegsgrenzen gelte es zu schweigen, da sonst nur Gegensätze der Vergangenheit aufbrechen würden [87]).

Von den EWG-Staaten verlangte Strauß, sie sollten ihre Osthandelspolitik koordinieren. In Anlehnung an vorher von ihm bekämpfte Vorschläge Außenminister Schröders empfahl er eine Modifikation der Hallstein-Doktrin, so daß sie schließlich nur gegen blockfreie Länder voll in Anwendung käme [88]). BRD-Handelsmissionen in sozialistischen Staaten sollten jedoch erst dann in diplomatische Vertretungen umgewandelt werden, wenn Aussicht bestünde, daß die betreffenden Länder „ihre Haltung in der deutschen Frage änderten" [89]), d. h. sich den offiziellen Bonner Standpunkt zu eigen machten.

An Spekulationen Adenauers anknüpfend, trat der CSU-Vorsitzende seit 1964 dafür ein, den chinesisch-sowjetischen Konflikt für den BRD-Imperialismus aus-

78) In „Das deutsche Wort" v. 5. 7. 1964.
79) Allianz zwischen zwei Kontinenten, S. 22/23.
80) „Münchner Merkur" v. 12./13. 4. 1964.
81) The Grand Design, S. 28.
82) „Frankfurter Rundschau" v. 17. 10. 1964; „Der Kurier" v. 9. 3. 1965; Entwurf für Europa, S. 44.
83) Entwurf für Europa, S. 42; Herausforderung und Antwort, S. 106/07.
84) The Grand Design, S. 17.
85) Entwurf für Europa, S. 124.
86) Ebd., S. 39/40, 54, 124/25; Herausforderung und Antwort, S. 147; „Rheinische Post" v. 9. 1. 1965.
87) Entwurf für Europa. S. 83.
88) Ebd., S. 44.
89) Ebd., S. 43.

zunutzen [90]). Strauß befand sich hierin auf gleicher Wellenlänge auch mit Schröder. Unter „Verständigung mit dem Osten" verstand er, daß die UdSSR, vom Westen und von China in die Zange genommen, ihre Hand zum Abbau des Sozialismus in Europa bieten müsse [91]). Sein Axiom im Hinblick auf die osteuropäischen Völker lautete, sie seien in ihrer Mehrheit antikommunistisch und Verbündete des Westes. Über Bonns „Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen" hinausgehend, erklärte er, die Stimme der Ost- und Südosteuropäer finde „auch ihr Sprachrohr durch uns" [92]). Er forderte „Freiheit" für diese Völker, während Guttenberg sogar dafür eintrat, daß sich der Westen ein militärisches Eingreifen vorbehalten solle [93]).

Wie erwähnt, spekulierte F. J. Strauß auf Tendenzen des Nationalismus in den sozialistischen Ländern — Tendenzen, die sich später im prowesteuropäischen Sinne auswirken sollten. Gleich der Schweiz, Holland und Belgien, so schrieb er, gehörten auch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien zu Europa. „Es geht darum, sowohl durch die Einwirkung auf diese Länder wie in harten Verhandlungen mit Moskau in einem langfristigen Prozeß dafür zu arbeiten, daß diese Länder wieder Bestandteil Europas wenigstens erst einmal in dem Sinne werden, wie es die Bezeichnung Zwischeneuropa ausdrückt" [94]). In „The Grand Design" war dieser „langfristige Prozeß", der nach Begründung der westeuropäischen Konföderation einsetzen soll, auf 20 Jahre veranschlagt [95]).

Im Widerspruch zu de Gaulle und Hallstein vertrat der CSU-Vorsitzende die Auffassung, „Europa" reiche politisch bis an die Westgrenze der UdSSR. Er begründete dies mit den historisch veränderten Bedingungen seit 1917, dem eurasischen Charakter und der Stärke der Sowjetunion, die das Zustandekommen größerer Vereinigter Staaten von Europa unmöglich machen würde [96]). Dies als Bescheidenheit in der imperialistischen Zielsetzung zu deuten, wäre falsch. Strauß hat bei anderer Gelegenheit auch erklärt, in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht ende „Europa" nicht einmal am Ural [97]).

(Vierter Teil folgt)

---

90) Am 12. 6. 1964 in Milwaukee (nach AP), am 22. 6. 1964 in einem RIAS-Interview, am 26. 6. 1964 in einem „Rheinischer Merkur"-Interview, am 25. 6. 1964 im „Bayernkurier"; ferner auf der CSU-Landesversammlung im Juli 1964 und im Interview mit „Die Zeit" v. 8. 4. 1966.
91) Entwurf für Europa, S. 66 und 86; Herausforderung und Antwort, S. 109.
92) So auf der CSU-Landesversammlung im April 1965 („Bayernkurier" v. 17. 4. 1965).
93) Guttenberg, a. a. O., S. 123 und 215.
94) Entwurf für Europa, S. 46, 55/56; Herausforderung und Antwort, S. 108, 147/48. — Der in Strauß' Konzept sehr wichtige, für Staaten westlich der sowjetischen Grenze und Länder Südosteuropas gebrauchte Begriff „Zwischeneuropa" hat in der imperialistischen politischen Publizistik seine Vorgeschichte. Er wurde ab 1930 von Giselher Wirsing verwendet, dem außenpolitischen Mitarbeiter der von Hans Zehrer geleiteten Monatsschrift „Die Tat", die der Herrschaft des Faschismus über Deutschland ideologisch den Weg bereiten half. Wirsing diente ab 1933 Goebbels und der SS. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er Chefredakteur des Gerstenmaier-Blattes „Christ und Welt". Vgl. Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971.
95) The Grand Design, S. 23.
96) Entwurf für Europa, S. 85; Herausforderung und Antwort, S. 111.
97) „Süddeutsche Zeitung" v. 7. 5. 1968.

Sechs Jahre „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte" in Peru

Von Reiner Schulze

Nach Fertigstellung des nachfolgenden Beitrages nahm die darin angesprochene Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen in Peru noch zu: Während auf der einen Seite die Militärregierung den staatlichen Sektor im Energie- und Bergbaubereich ausbaute und dabei die Enteignung der US-Gesellschaft Marcona Mining Comp. miteinbezog (vgl. im Aufsatz dazu Anm. 15), fand auf der anderen Seite die bisher größte Aktion gegen die Regierung statt. Ein zunächst als Lohnkampf erscheinender Streik der Funkstreifen-Polizisten von Lima zeigte spätestens mit der wiederholten Ablehnung des Verhandlungsangebotes des Innenministers durch die Anführer der Streikenden und mit der massiven Unterstützung durch die rechte APRA-Partei seinen politischen Charakter. Die Gefährlichkeit der Situation erwiesen die Plünderungen und Überfälle in Lima und die Festnahme eines aus Chile einschlägig bekannten CIA-Mannes durch die Belegschaft der Zeitung „expreso" bei der Verteidigung ihres Verlages gegen eine Aufrührergruppe. Hatte noch wenige Tage zuvor Präsident Velasco sich gegen Versuche von Christ- und Radikaldemokraten wenden müssen, die Kommunisten und andere Linkskräfte aus der Bewegung der „Peruanischen Revolution" herausdrängen zu wollen, und hatten noch am Anfang des Polizistenstreiks manche Linksintellektuellen geglaubt, es böte sich nunmehr eine Gelegenheit zum Protest von links gegen die Militärregierung, so wurde jetzt die Einheit aller antiimperialistischen Volkskräfte und ihr Bündnis mit dem Militär stärker als je zuvor als Gebot der Stunde erkannt. Erste Konsequenz fand dies in der Gründung eines nationalen Koordinationskomitees, zu dem sich außer der größten Gewerkschaft CGTP und der nationalen Landwirtschaftskonföderation auch die christlichen Gewerkschaften, der Verband der Comunidades Laborales und 22 andere Volksorganisationen spontan zusammenschlossen, alles in allem Repräsentanten von vier Millionen Peruanern. Die Notwendigkeit eines übergreifenden organisierten Zusammenschlusses der Volksbewegung anerkannte inzwischen auch die Militärregierung mit der Rede Velascos vom 17. Februar 1975; gleichzeitig machte sie aber klar, daß sie hierbei die Initiative und den maßgeblichen Einfluß behalten will. Diese Entwicklung der letzten Wochen bestätigt zwei wesentliche Kennzeichen der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung Perus: die wachsende Bedeutung der organisierten Arbeiter- und Bauernschaft für das politische Leben des Landes und die Schlüsselstellung, die nach wie vor die Militärs um Velasco einnehmen. D. Verf.

Im vergangenen Jahr vollzog sich der faktische Abschluß der Agrarreform im größten Teil Perus. Von der in- und ausländischen Reaktion geschürte Wirtschaftsschwierigkeiten sollten nun jenen Kräften — auch innerhalb des Militärs — Auftrieb geben, die mit der Agrarreform die „Peruanische Revolution" insgesamt abschließen wollten. Durch die Enteignungen US-amerikanischer Bergwerksgesellschaften, die Veröffentlichung des bislang geheimen Aktionsprogramms der Militärregierung, des „Plan Inca" [1]), sowie die Einführung eines neuen Gesetzes über „gesellschaftliches Eigentum" und eines neuen Presserechts zeigte

1) Den vollständigen Text des „Plan Inca" bzw. „Plan de Gobierno Revolutionario de la Fuerza Armada" vgl. „El Peruano", Lima, v. 30. 7. 1974.

die Militärregierung unter General Velasco in dieser Situation jedoch, daß sie bei den bisher erreichten sozialen Veränderungen nicht stehenbleiben will. Damit gewann Peru einerseits die verstärkte solidarische Aufmerksamkeit der antiimperialistischen Kräfte Lateinamerikas, die sich zum Beispiel in dem Besuch Raul Castros dokumentierte; andererseits führte diese Politik das Land in eine konfliktträchtige Kontrastsituation zum Pinochet-Chile und verschärfte im Inneren die Auseinandersetzungen mit den Rechtskräften und den nordamerikanischen Einflußbereichen bis hin zur Ausweisung des US-Friedenskorps.

Will man untersuchen, in welcher politischen und ökonomischen Situation sich Peru nach sechs Jahren Militärregierung befindet und welche Ausgangslage sich damit für die weitere Entwicklung des Andenlandes bietet, so gilt es zunächst, sich den beiden Bereichen zuzuwenden, in denen sich die größten Veränderungen in den letzten Jahren vollzogen: dem Agrarsektor (I) und der Einleitung der Industrialisierung (II). Erst auf diesem Hintergrund lassen sich Aufschlüsse über die aktuellen politischen Maßnahmen der Regierung (III) und die sozialen und politischen Entwicklungsperspektiven des Landes (IV) gewinnen.

I. Die Agrarreform als Kernproblem der bisherigen peruanischen Entwicklung

Die Beseitigung der Rückständigkeit auf dem Agrarsektor stellte die erste Hauptaufgabe für eine Überwindung des wirtschaftlichen und sozialen Elends Perus dar. Von ihr hing nicht nur unmittelbar die soziale Lage der 62 % der Bevölkerung, die als Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien auf dem Lande lebten [2]), ab, sondern Peru als vorwiegend im Agrarbereich produzierendes Land brauchte für seine industrielle Entwicklung einen dort erwirtschafteten Überschuß.

Der Großgrundbesitz, dem der überwiegende Teil des bebaubaren Landes gehörte [3]), ließ — vor allem in der Sierra — den Boden nach völlig veralteten Produktionsmethoden durch den Einsatz zahlreicher billiger Arbeitskräfte und weitgehend ohne Maschinen bebauen. Dadurch waren ihm ausreichende Erträge für ein luxuriöses Dasein zwar gewährleistet, große Teile der landwirtschaftlichen Kapazitäten blieben aber ungenutzt. Die Kosten für den Import von Grundnahrungsmitteln für das Agrarland Peru stiegen infolgedessen sogar fortlaufend [4]). Devisenverlust und fehlende Mittel für die Industrialisierung machten somit die Beseitigung der rückständigen Strukturen in der Landwirtschaft zur Voraussetzung aller weiteren Entwicklungsmöglichkeiten. Kein Jahr nach ihrer Regierungsübernahme im Oktober 1968 erließ die Militärregierung deshalb ein Gesetz über die Agrarreform [5]). Die Beseitigung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Landes an Einzel- und Genossenschaftsbauern sollte das Interesse der unmittelbaren Produzenten an ihrer Arbeit und die intensive und rationelle Ausnutzung von Boden und Gerät fördern und so die Effektivierung der Landwirtschaft gewährleisten.

Im Gegensatz zu vorangegangenen Versuchen in Peru und manchen anderen lateinamerikanischen Staaten wurde die Agrarreform mit großer Konsequenz durchgeführt. Der Widerstand der Großgrundbesitzer durch politischen Druck und wirtschaftlichen Boykott wurde gebrochen [6]). Bis 1974 erhielten 1½ Millionen

[2]) Vgl. zu den Zahlenangaben F. Bonilla, Reforma Agraria, Lima 1974, S. 12 f.
[3]) 2 % der Bevölkerung besaßen 90 % des Landes; vgl. „Plan Inca" und Bonilla, a. a. O.
[4]) 1966 importierte Peru bereits für 129,7 Mio. Dollar Grundnahrungsmittel. Während der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt 1950 noch 25 % betrug, war er 1964 auf 17,4 % gesunken, ohne daß dies einem vergleichbaren Anstieg in anderen Bereichen entsprochen hätte; vgl. Bonilla, a. a. O.
[5]) „Decreto Ley" (D.L.) 17716 („Ley de la Reforma Agraria").
[6]) Maßgeblich trug dazu die Einrichtung einer neuen Gerichtsbarkeit bei, die mit dem Großgrundbesitz weniger stark liiert ist als die normalen Zivilgerichte und die sich speziell mit Agrarsachen befaßt. Neue prozessuale Vorschriften sichern die Zügigkeit und Durchschaubarkeit des Verfahrens; die Rechtsstellung der bisherigen Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern wurde durch Prozeßkostenfreiheit verbessert.

Menschen Land zur genossenschaftlichen oder einzelbäuerischen Bewirtschaftung. Heute ist die Entgeignung der Latifundien im größten Teil des Landes abgeschlossen; die letzten Plantagen im Urwaldgebiet werden bis 1976 folgen [7]).

Im Ergebnis dieser sechs Jahre Agrarreform kann man zunächst feststellen, daß die einstmals herrschende Großgrundbesitzerschicht als selbständige ökonomische und politische Gruppe fast verschwunden ist. Durch eine vom Staat gewährte und von den Bauern innerhalb von zwanzig Jahren zurückzuerstattende Entschädigung, die nur in inländischem Industriekapital angelegt werden kann, ist ihr allerdings die Assoziierung an die Bourgeoisie angeboten worden.

Zum anderen ist es schon innerhalb der kurzen Zeitspanne seit Beginn der Agrarreform gelungen, die landwirtschaftlichen Erträge so zu steigern, daß Peru keine Devisen mehr für die Nahrungsmitteleinfuhr ausgeben muß und bereits Mittel für die industrielle Entwicklung erwirtschaftet werden. Auf dieser Grundlage bereitet die Regierung jetzt Pläne für eine „Zweite Etappe der Agrarreform" vor, in deren Mittelpunkt die Technisierung der Landwirtschaft stehen soll.

Wenn diese Resultate auch schon jener 1969 weit verbreiteten Skepsis gegenüber den Erfolgschancen der Agrarreformpläne widersprechen, die aus den Erfahrungen gescheiterter vergleichbarer Versuche in Lateinamerika resultierte, so zeigt sich nach sechs Jahren Agrarreform noch ein weiteres Ergebnis, das damals kaum vorhergesehen wurde: Die Landbevölkerung, zahlenmäßig größter und doch bisher durch Unterdrückung, Armut und Unbildung politisch zum Schweigen verurteilter Teil des Volkes, beginnt sich in vielen Teilen des Landes zu Wort zu melden. Vor allem viele Genossenschaftsbauern lernten schon in den wenigen Jahren der Agrarreform trotz mancher Schwierigkeiten in verschiedenen Produktionsgenossenschaften [8]), die Leitung der ehemaligen Güter selbst in die Hand zu nehmen und ihre Interessen kollektiv zu formulieren. Genossenschaften organisierten in ihren Regionen Kampagnen gegen den Analphabetismus, setzten die Sonderzulassung der von ihnen delegierten Genossenschaftsbauern an die Universitäten durch und begannen auf regionalen Treffen, die Interessen und Forderungen der Massen auf dem Lande zu artikulieren. Ein mit Unterstützung der Regierung durchgeführter nationaler Kongreß in den drei Hauptsprachen des Landes (Spanisch, Quechua, Aymara) zeigte ihnen, welche bedeutende soziale Kraft sie darstellen [9]). Teile der Bauernschaft beginnen auch, ihre gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse gegenüber den enteigneten, entschädigten und nunmehr zu Kapitalisten verwandelten Großgrundbesitzern zu erkennen, deren Enteignungsentschädigung sie noch 20 Jahre belasten soll. Diese zunehmende Organisierung und Politisierung der Bauernklasse dürfte eines der für die weitere Entwicklung Perus relevantesten Resultate der Agrarreform sein.

II. Perus Weg zur Industrialisierung

Neben den rückständigen landwirtschaftlichen Verhältnissen behinderte vor allem der Einfluß ausländischer Konzerne die Industrialisierung Perus. 1968 schrieben

---

7) Für diesen letzten und auch wegen der gleichmäßigen Berücksichtigung der Interessen von zugezogenen Landarbeitern und Kleinbauern und der einheimischen Stämme sehr komplizierten Teilbereich wurde 1974 mit dem D.L. 20653 die Grundlage geschaffen.

8) Schwierigkeiten ergaben sich zum einen aus dem in Jahrhunderten der Abhängigkeit gewachsenen Bedürfnis nach eigenem Land, das gelegentlich zu Forderungen nach Auflösung der Genossenschaften und Aufteilung des Landes führte; zum anderen dadurch, daß mangelnde Erfahrungen der Bauern und Bevormundung durch staatliche Agraringenieure bewirken, daß sich in verschiedenen Genossenschaften die gesetzlich vorgesehenen demokratischen Strukturen und die gleichmäßige Mitbestimmung der Genossenschaftsbauern nur langsam durchsetzen. Das letztgenannte Problem wird in den Genossenschaften und in der Presse stark diskutiert.

9) Die Rassen- und Sprachprobleme erweisen sich entgegen den Befürchtungen von M. Krüger, „Zur Entwicklung in Peru", „Blätter", 12/1969, 1312 ff., nach den bisherigen Erfahrungen nicht als unüberwindbar. —

die Militärs um Velasco dazu: „Die Industrie ist abhängig von großen ausländischen Konsortien und wird nach Grundsätzen geleitet, die den Interessen des Landes zuwiderlaufen . . .[10]). Fast der gesamte Bergbau befindet sich in der Hand großer ausländischer Unternehmen. Die Gesetzgebung erlaubt, die Vorkommen auf unbestimmte Zeit in Reserve zu halten[11]) . . ., der größte Teil der Mineralien wird ohne jede Verarbeitung ausgeführt. Die Unternehmen nutzen den Ertrag der Minen, um damit Minen, die sie in anderen Ländern besitzen, zu finanzieren und um die Zahlung von Steuern an den Staat zu vermeiden, indem sie zu Niedrigpreisen an ihre Muttergesellschaften (im Ausland) verkaufen" [12]).

Die nationale Kontrolle über die Naturschätze des Landes und die Beseitigung der Vormachtstellung ausländischer Monopole waren daher neben der Lösung der Agrarfrage weitere Grundvoraussetzungen für eine industrielle Entwicklung Perus. Durch die Enteignung der International Petroleum Company sechs Tage nach der Regierungsübernahme durch das Militär und die Gründung der staatlichen Gesellschaft Petroperu[13]) sowie die Enteignung des gesamten Kupferbergbaus[14]) und anderer US-Bergbaukonzerne[15]) wurden dem Aufbau einer peruanischen Industrie die aus dem natürlichen Reichtum des Landes stammenden finanziellen Ressourcen erschlossen.

Aber auch diese Maßnahme hätte nicht hinreichen können, um Perus Industrialisierung langfristig zu gewährleisten. Die dominierende Position ausländischer Konzerne behinderte auch die Entwicklung des Energiesektors[16]) und der gesamten Infrastruktur. Daher übernahmen Staatsgesellschaften den Elektrizitätsbereich und die Wasserwirtschaft. Staatliche Aktivitäten und Rahmenplanungen traten zur Überwindung von Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur und zur Gewährleistung von Prioritätensetzungen hinzu, um den Abstand gegenüber den industrialisierten Staaten zu vermindern; der technische Vorsprung der Industriestaaten und Monopolstellungen auf dem Weltmarkt machten insbesondere gezieltes staatliches Eingreifen in wichtigen Wirtschaftsbereichen, wie Investitionsgüter- und Chemieproduktion, erforderlich[17]). Devisen- und Bankwesen mußten vom Staat kontrolliert werden, um die Gefährdungen der kontinuierlichen wirtschaftlichen Entwicklung durch das Ein- und Ausströmen aus- und inländischen Kapitals zu verhindern.

Von der Regierung wird die Organisierung und politische Aktivität der Bauern bewußt gefördert, weil sie in ihnen — neben dem Militär — die zweite Hauptkraft der „Peruanischen Revolution", ihren „brazo popular" sieht; vgl. A. Zimmermann Z., El Plan Inca, Lima 1974, S. 6.

10) z. B. hielt die International Petroleum Company das Monopol für die Erdölfelder. Sie unternahm keine systematischen und kostenaufwendigen Versuche, alle Erdölfelder Perus zu erschließen.

11) z. B. war die auch in Chile engagierte Anaconda Copper Company Eigentümerin des zweitgrößten Kupferbergbaus in Peru, Cerro Verde bei Arequipa. Die dort lagernden ungeheuren Reserven wurden von ihr zum größten Teil nicht erschlossen. Die Marcona Mining, eine andere nordamerikanische Gesellschaft, betrieb und betreibt Raubbau mit den Eisenvorkommen und beutet die Bergwerke in einer Weise aus, die eine planmäßige Erschließung Jahrzehnte behindern wird.

12) „Plan Inca", B 7 a 4, B 8 a 1 ff.

13) Petroperu hat inzwischen das staatliche Monopol der Ölverarbeitung und des Ölexportes und kontrolliert mit Beteiligung privater Investitionen die Förderung. Ihre sofort inganggesetzten intensiven Bohrungen im Amazonasgebiet hatten 1971 Erfolg und eröffnen Peru ungeahnte Perspektiven: 1980 sollen bereits 5500 Mio. Dollar durch Erdölexport erwirtschaftet werden.

14) Gerade in den Minen der Anaconda Copper Corportation wurden daraufhin statt 120 Mio. t sofort 1000 Mio. t abbaubare Vorkommen erschlossen.

15) Dabei verfährt die Regierung bislang noch zögernder. So wurde zwar bereits die Cerro de Pasco verstaatlicht, den Forderungen nach Enteignung der Marcona Mining Comp. ist die Regierung aber bislang noch nicht nachgekommen. Eine Rolle spielt dabei wohl, daß die Gesellschaften mit dem Abzug von Fachkräften bei einer sofortigen vollständigen Verstaatlichung weite Teile des Bergbaus mit großer Wahrscheinlichkeit zum Erliegen bringen könnten. Die restlose Verstaatlichung des Bergbaus ist aber im „Plan Inca" vorgesehen und läßt sich für die nächsten Jahre erwarten.

16) z. B. war 1968 der größte Teil des Landes nicht elektrifiziert. Da die privaten Gesellschaften nur gewinnversprechende Schwerpunkte versorgten, entfielen von der produzierten Elektroenergie 25 % allein auf Lima.

17) Auch beim Fischexport wurden z. B. eine Ausweitung der Produktionskapazitäten und eine Abkehr von der einseitigen Ausrichtung auf Fischmehl eingeleitet.

Im Ergebnis dieser und anderer Maßnahmen wurden Deviseneinfuhrmöglichkeiten gewonnen, der Einfluß der US-Konzerne zurückgedrängt, die Entwicklung neuer Industriezweige planmäßig eingeleitet und zudem durch das Amazonas-Erdöl ungeheure wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet. Auch Verbesserungen der Infrastruktur des Landes lassen sich bereits jetzt besonders in bezug auf das Straßennetz, die Elektrifizierung und die Wasserversorgung feststellen.

Mit den bereits erfolgten und den absehbaren Fortschritten der Industrialisierung wird zudem eine große Veränderung der Sozialstruktur inganggesetzt: Bisherige Angehörige der Landbevölkerung und Zehntausende aus den Elendsvierteln an den Stadträndern werden im Zuge der Industrialisierung zu Angehörigen der Arbeiterklasse. Durch die staatlichen Wirtschaftseingriffe wird dabei die Errichtung relativ großer Produktionsanlagen und somit das Entstehen von Schwerpunkten der Arbeits- und Wohnstätten des Proletariats befördert. Damit wächst die bislang entsprechend dem niedrigen Stand der industriellen Entwicklung recht kleine Arbeiterklasse zahlenmäßig und in ihrer ökonomischen Bedeutung. Wie auf dem Weg zur Industrialisierung durch die Agrarreform die Bourgeoisie um den ehemaligen Großgrundbesitz verstärkt wurde, so entwickelt diese Industrialisierung mit der Arbeiterklasse ein Gegengewicht, das immer stärker in das soziale und politische Geschehen eingreift.

Daß trotz der bisher sich noch in recht kleinen Dimensionen vollziehenden Entwicklung der „Klasse an sich" schon jetzt gute Voraussetzungen auch zugunsten der Entwicklung der „Klasse für sich" bestehen, zeigt sich z. B. daran, daß freie gewerkschaftliche und politische Betätigung möglich ist und daß besonders durch die Gewerkschaftszentrale CGTP [18]) ein hoher Grad von Gewerkschaftseinheit erreicht ist. Mit dieser Gewerkschaftszentrale wurden gegen die Unternehmer Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Mitbestimmungsrechte einer neuen Betriebsverfassung verbesserten dabei die Ausgangspositionen der Arbeiter. Zugleich unterstützten große Teile der Arbeiterklasse mit der CGTP entschieden die antiimperialistische Politik der Regierung und forderten insbesondere weitere Verstaatlichungen ausländischer Konzernbetriebe. Sie vertraten und vertreten aber auch erforderlichenfalls ihre Klasseninteressen gegenüber der Regierung, wie z. B. gegenwärtig mit der Forderung nach der Rücknahme der zweijährigen statt der bisher einjährigen Laufzeit der Tarifverträge. Obwohl unter anderem die kleinbürgerlichen Illusionen, mit denen viele bis vor kurzem der Landbevölkerung angehörende Arbeiter in die Städte zogen, entgegenwirkende Faktoren sind, beweisen auch die Streikaktionen der letzten Zeit [19]) die zunehmende gewerkschaftliche und politische Aktivität der Arbeiterklasse.

III. Zur aktuellen Politik der peruanischen Militärregierung

Mit der Beseitigung des Großgrundbesitzes im Agrarsektor und der Zurückdrängung der ökonomischen und politischen Beherrschung durch die US-Monopole hat die Regierung zwei Hindernisse aus dem Weg geräumt, die der Entwicklung der kleinen und mittleren nationalen Bourgeoisie seit Jahrzehnten entgegenstanden. Mit ihr und mit dem Kleinbürgertum ist die Regierung auch ihrer sozialen Herkunft nach verbunden. Zugleich vertrat die peruanische Regierung mit dieser Politik aber auch Interessen aller werktätigen Klassen und Schichten Perus und

[18]) „Central General de Trabajadores de Peru".
[19]) In den Monaten August/September 1974 gab es u. a. Streiks der Minen- und Hüttenarbeiter und aller in der CGTP organisierten Arbeiter, mit denen höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und einstatt zweijähriger Tarifverträge gefordert sowie gegen Rationalisierungs-Entlassungen protestiert wurde.

fand bei diesen dementsprechend Unterstützung. Während z. B. die von der Oligarchie geführte und US-orientierte APRA [20]) und die Anhänger des 1968 gestürzten Präsidenten Belaunde sie scharf angreifen, wird sie von allen Linksparteien und den Christdemokraten weitgehend unterstützt [21]).

Die Regierung hat in den vergangenen Jahren bewiesen, daß auch sie ihrerseits bereit ist, die Entwicklung der antiimperialistischen Volksbewegung zu unterstützen. Schon eine erste oberflächliche Betrachtung der politischen Verhältnisse in Peru zeigt, daß die Militärregierung sich dabei in die Tradition revolutionärer lateinamerikanischer Bewegungen zu stellen und eine entsprechende Bündnispolitik zu treiben gewillt ist: Uberall in den Städten und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, auf privaten und öffentlichen Gebäuden und Fahrzeugen findet man neben Bildern des indianischen Freiheitshelden Tupac Amaru und des Präsidenten Velasco das Bild Ché Guevaras. In kaum einem lateinamerikanischen Land — außer Kuba und vielleicht Argentinien — wird soviel marxistische Literatur verkauft und öffentlich diskutiert.

Die Regierung hat das Recht freier gewerkschaftlicher Betätigung garantiert. Es gibt zahlreiche unterschiedliche linke Gruppierungen und Verbände; die kommunistische Partei und die sozialistische Partei können — im Gegensatz zu den meisten Nachbarstaaten Perus — in voller Legalität arbeiten. Insofern unterscheidet sich Peru von anderen antiimperialistischen Staaten mit Militärregierung — wie etwa Libyen —, und es spricht nicht einmal der äußere Anschein für eine Gleichsetzung mit proimperialistischen und profaschistischen Militärregimen bolivianischer oder spanischer Prägung.

Dennoch blieb der Charakter und die Zielsetzung der Regierung Velasco lange Zeit schwer einschätzbar. Deutlichere Aufschlüsse darüber ließen sich auf dem Hintergrund des bereits eingeschlagenen Weges nunmehr im Sommer des vergangenen Jahres vor allem durch die Bekanntgabe des „Plan Inca" und die ihr vorausgegangenen Maßnahmen gewinnen.

Der „Plan Inca" war seit seiner Ausarbeitung als politische Grundlage des Militärstaatsstreichs 1968 „aus Gründen der politischen Strategie" [22]) geheimgehalten worden, wahrscheinlich, um durch das vorzeitige Bekanntwerden seiner Aufgabenstellung — nämlich einer „Umwandlung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen mit dem Ziel einer neuen Gesellschaft" [23]) — nicht vorzeitiges Handeln der in- und ausländischen Reaktion zu provozieren. Auf der Grundlage der Agrarreform und der eingeleiteten Industrialisierung sowie des von ihr begünstigten Anwachsens der antiimperialistischen Volksbewegung glaubte die Regierung ihre Positionen stark genug, um ihre Zielsetzungen darzulegen.

Die Proklamation der antiimperialistischen und antioligarchischen Programmatik, die der „Plan Inca" für 31 Sozialbereiche zusammenfaßt, auf einer großen Massendemonstration am Nationalfeiertag in Lima legte den antiimperialistischen Charakter des gegenwärtigen Kurses von Militär und Volksmassen in Peru deutlich und offen fest. In zwei der 31 Sektoren dieses Programms hatte die Regierung unmittelbar zuvor entsprechend dem Plan gehandelt: Bei der Schaffung des „gesellschaftlichen Eigentums" und bei der Enteignung der bürgerlichen Presse.

[20]) „Alianza Popular Revolucionaria Americana": Amerikanische revolutionäre Volksallianz.
[21]) Die Regierung stützt sich offiziell auf keine der Parteien, Beziehungen lassen sich allerdings zum linken Flügel der Christdemokraten und zu radikaldemokratischen Teilen der Sozialistischen Volksaktion („Accion Popular Socialista") vermuten.
[22]) Vgl. das Vorwort der ersten broschierten Veröffentlichung des „Plan Inca", Lima 1974.
[23]) „Plan Inca", A 1.

Diese Maßnahmen sollen deshalb hier exemplarisch für die Gesamtpolitik der Regierung Velasco im sechsten Jahr nach ihrem Machtantritt stehen.

Der Erlaß des Gesetzes über das „gesellschaftliche Eigentum" [24]) setzte eine Politik fort, die zur Herausbildung neuer Eigentumsverhältnisse und zu einer neuen Betriebsverfassung geführt hat: Der gesamte Bereich der Grundstoffindustrien ist dem öffentlichen (= staatlichen) Sektor vorbehalten [25]); in den sonstigen Bereichen besteht ebenfalls die Möglichkeit staatlichen Engagements. Der Regelfall war jedoch dort bislang privates kapitalistisches Eigentum. Nunmehr treten mit dem „gesellschaftlichen Eigentum" Unternehmen hinzu, die im Rahmen staatlicher Entwicklungspläne gegründet und gefördert werden, aber im Eigentum der jeweiligen Belegschaft stehen.

Die Politik wird für den privaten Sektor ergänzt durch eine bereits zuvor eingeführte Betriebsverfassung, die durch die Einrichtung der „Comunidades Laborales" [26]) gekennzeichnet ist, eines gleichberechtigten Zusammenschlusses aller Betriebsangehörigen, dem aber auch der Unternehmer angehören kann. Damit verbunden, wurden der Belegschaft weitgehende Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte sowie Organisationsmöglichkeiten eingeräumt.

Die neuen Eigentumsverhältnisse und die neue Betriebsverfassung führten zu zahlreichen Arbeiterkongressen und Diskussionen und wurden von vielen verstanden als „die Anerkennung der Notwendigkeit und Möglichkeit, daß unsere Arbeiterklasse die ökonomische Leitung in Unternehmen und Staat in ihre Hände nehmen muß" [27]).

Die zweite Maßnahme der peruanischen Regierung kurz vor Bekanntgabe des „Plans Inca" betraf den Pressesektor. Die Lage in diesem Bereich hatten die Militärs 1968 folgendermaßen beschrieben: „Im Land existiert keine Pressefreiheit, sondern nur Freiheit der Unternehmen. Die Presseorgane befinden sich in den Händen von Familien und Machtgruppen. Nachrichten werden entsprechend den Interessen der Presseeigner verkürzt, verschwiegen oder hervorgehoben" [28]).

In der Tat befanden sich die sechs großen Tageszeitungen in den Händen von fünf Unternehmen, deren Eigentümer aus dem Großgrundbesitz und der Großbourgeoisie stammten und mit ihrem sonstigen Vermögen teilweise untereinander, teilweise mit ausländischem Kapital, z. B. dem Rockefeller-Clan, liiert waren [29]). Verschärft wurde die Situation dadurch, daß diese Presseorgane systematisch gegen die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Schaffung eines staatlichen Wirtschaftssektors Gerüchte über Versorgungsschwierigkeiten und angeblich bevorstehende Engpässe aufbrachten. In der Tat gelang es ihnen damit zuweilen, Panikkäufe und Hortungen auszulösen und so wirkliche Schwierigkeiten zu provozieren oder zu vergrößern. Besonders beflügelt wurden sie in dieser Taktik, nachdem sie den Erfolg entsprechender Kampagnen in Chile gesehen hatten.

Entsprechend nahmen aber auch die Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit nach Maßnahmen gegen die Presseunternehmer zu [30]). Die Regierung

[24]) „Ley de Empresas de Propriedad Social" D. L. 20598.
[25]) D. L. 18350 (Allgemeines Industriegesetz).
[26]) In der Rechtsform juristischer Personen des Privatrechts (Art. 1 D.L. 18348 = Allg. Industriegesetz).
[27]) Jorge del Prado, El Partido Communista y la revolución peruana, Lima 1973, S. 65.
[28]) „Plan Inca", B 24 a 1 ff.
[29]) Vgl. z. B. für den „expreso" die Angaben bei A. Zimmermann Z., a. a. O., S. 25 u. 41.
[30]) z. B. schrieb die kommunistische „Unidad", daß die großen Tageszeitungen den „alten oligarchischen

entsprach ihnen mit einem neuen Pressestatut und dem entsprechenden Enteignungsgesetz für die sechs überregionalen Tageszeitungen. Durch diese Gesetze sollte erreicht werden, daß die Zeitungen zukünftig „Organe darstellen, mit deren Hilfe die bedeutenden Sektoren der organisierten Bevölkerung ... in voller Freiheit und Unabhängigkeit ihre Wünsche, Bedürfnisse, ihre Ansichten und ihre Kritik ausdrücken; daß sie eine ständige und verantwortliche Kontrolle der öffentlichen Gewalt ausüben; und daß sie wirklich Medien der Äußerung und Verbreitung der verschiedenen ideologischen Standpunkte darstellen, die es innerhalb der peruanischen Revolution gibt..." [31]). Statt der „falschen Pressefreiheit" [32]), die in der Realität das Recht, über die Inhalte der Presse zu bestimmen, auf die Wenigen beschränkte, die das Kapital zum Erwerb eines Presseunternehmens besaßen, sollte „Meinungsfreiheit für alle" [33]) dadurch erreicht werden, daß das Eigentum an den großen Zeitungen auf die Organisationen überging, die relevante Teile der Bevölkerung repräsentieren.

Die Wirtschaftszeitung „El Comercio" wurde z. B. Organ der Landbevölkerung, insbesondere der Produktionsgenossenschaften und anderer Landarbeiter- und Bauernorganisationen. „expreso" wurde den Organisationen im Erziehungs- und Universitätsbereich zugeordnet einschließlich der lehrenden und nichtlehrenden Beschäftigten und der Schüler und Eltern der Erziehungszentren [34]).

Die Enteignung der Tageszeitungen und ihre Begründung bedeutete für die proimperialistischen Kräfte nicht nur den Verlust einer wichtigen Position in der aktuellen politischen und ideologischen Auseinandersetzung; die Oligarchie wurde nicht nur ein „Tiger ohne Papier" [35]); sondern sie war auch mit einer generellen Kritik an traditionellen Grundpositionen bürgerlichen Freiheitsverständnisses verbunden und löste überall in Lateinamerika eine lebhafte Diskussion über Funktion und Struktur der Presse aus.

Gleichzeitig scheinen sich jedoch im neuen Presserecht Grenzen der Regierungspolitik abzuzeichnen: Entgegen den Wünschen vieler Gewerkschafter wurde der Gewerkschaft keine der enteigneten Zeitungen zugewiesen. Begründet wurde diese Entscheidung damit, daß die unbestrittene Funktion der Gewerkschaften im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung bestehe, daß sie aber — im Gegensatz zu den „Comunidades Laborales" — keine Organisationen der „neuen Gesellschaft" seien. Im Ergebnis bedeutet dies, daß das neue Presserecht Zeitungen nur gesellschaftlichen Sektoren zuweist, in denen die Arbeiterklasse organisiert nur zusammen mit anderen Klassen und Schichten auftritt, daß sie aber den Gewerkschaften als Repräsentanten der als selbständiger gesellschaftlicher Kraft organisierten Arbeiterklasse dieses Medium verweigert.

In dem Bild einer zukünftigen Gesellschaftsordnung in Peru, in der die Arbeiterklasse als eigenständiger sozialer Faktor keine Bedeutung mehr haben soll, drückt sich die Konzeption mancher Regierungskreise aus, zu der die Ablehnung übermächtiger Monopole und der Wunsch nach Überwindung der Unterentwick-

Gruppen, die schon in ihrer ökonomischen und politischen Macht verdrängt sind", aus den Händen genommen werden müßten (Lima, 25. 7. 1974); ein Belegschaftsvertreter eines Zeitungsverlags schrieb am Tag der Enteignung: „Die gegenwärtige revolutionäre Situation, in die diese Zeitung eintritt, ist auch das Produkt eines langen Kampfes ihrer Arbeiter" („La Cronica", Lima, v. 27. 7. 1974).

31) D. L. 20680 (Neues Pressestatut), einleitende Erwägungen.

32) „Extra", Lima, in der ersten Ausgabe nach der Enteignung v. 27. 7. 1974.

33) So z. B. die Schlagzeile des „Extra" in der angegebenen Ausgabe.

34) Zur weiteren Verteilung: „Correo" ging an die Vereinigung der Rechtsanwälte, an die Ärzte u. ä. Berufe; „Ojo" an die Schriftsteller-, Künstler- und allgemeinen Intellektuellenorganisationen; „Ultima Hora" an den Dienstleistungsbereich. Die bisher ultrarechte „Prensa" übernahmen die Communidades Laborales als Organisationen der in Industrie, Fischerei, Bergbau und anderen Bereichen Tätigen. — Meldungen der hiesigen Presse über eine angebliche Verstaatlichung waren also insofern unzutreffend.

35) „La Cronica", Lima, v. 27. 7. 1974.

lung ebenso gehört wie die Furcht vor einem Erstarken der Arbeiterklasse und vor einer Gesellschaft, in der die Arbeiter die Produktionsmittel selbst in die Hand nehmen und die Bourgeoisie insgesamt damit überflüssig wird. Diese Konzeption strebt demgegenüber eine Integration der Arbeiterklasse in ein reformiertes System ohne grundsätzliche Abkehr vom Privateigentum an Produktionsmitteln an [36]). Sie versteht sich selbst als Theorie eines „abseits von Kapitalismus und Kommunismus" [37]) liegenden neuen, dritten Weges, auf dem sich die Klassen versöhnen. Von dieser Position aus wird geleugnet, „daß die Interessen von Kapital und Arbeit, d. h. von Arbeitern und Kapitalisten immer absolut antagonistisch sind aufgrund einer ‚naturgegebenen' widersprüchlichen Beziehung, die nicht geändert werden kann" [38]), und es wird dementsprechend der Versuch einer „Integration der beiden großen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit" [39]) gemacht.

Wenn daher auch die Militärregierung bei der Enteignung der Tageszeitungen entsprechend ihrer antiimperialistischen Orientierung gehandelt und dem in- und ausländischen Großkapital wichtige Positionen genommen hat; wenn sie mit dem „gesellschaftlichen Eigentum" wichtige ökonomische Bereiche dem Zugriff privaten Kapitals entzogen hat und durch die Mitbestimmungsmöglichkeiten den Arbeitern Einflußbereiche institutionell abgesichert hat, so hat sie doch offenbar unter dem Einfluß dieser Ideologie einer neuen, den Klassenwidersprüchen überhobenen Gesellschaft viele Fragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung offengelassen: Welche Klassenkräfte werden sich über die gesellschaftlichen Organisationen in der neuen Presse zu Wort melden? [40]) Werden die Betriebe in den Händen der jeweiligen Belegschaften sich als Vorformen des Eigentums der Gesamtheit der Produzenten an ihren Produktionsmitteln erweisen oder werden sie als Einzelbetriebe konkurrierender Belegschaften wieder nach Profitgesichtspunkten produzieren? Werden die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte als Kampfpositionen für weitergehende Ziele der Arbeiterklasse oder als Integrationsmittel dienen?

IV. Zu den Perspektiven der antiimperialistischen Entwicklung in Peru

Für die weitere Entwicklung in Peru ist absehbar, daß sich die politische Bedeutung vor allem der sozialen Kräfte noch verstärken dürfte, deren wachsende Rolle Resultat der eingangs dargestellten, von der Militärregierung selbst initiierten Prozesse ist: der durch die Agrarreform in die politische Auseinandersetzung eingeführten Klasse der Einzel- und Genossenschaftsbauern und der im Zuge der Industrialisierung erstarkenden Arbeiterklasse.

Die gegenwärtigen Bedingungen gestatten es Arbeiterklasse und Bauernschaft Perus, ihre Organisierung besser als je zuvor voranzutreiben, und geben ihnen durch ihre Mitbestimmungs- und Einflußmöglichkeiten in den verschiedensten gesellschaftlichen Sektoren die Möglichkeit, politische Erfahrungen zu sammeln. Ihre Kampfbereitschaft wird zudem durch das gesamte politische Klima in Peru mit seiner revolutionär-antiimperialistischen Grundtendenz verstärkt. Von daher bestehen günstige Möglichkeiten, daß diese beiden gesellschaftlichen Kräfte

36) Diese Gesellschaft wird von ihren Vertretern durchaus als „humanistisch, s o z i a l i s t i s c h (hervorgehoben vom Verf.) und von echt christlichem Geist" bezeichnet, vgl. A. Zimmermann Z, a. a. O., S. 7. Dagegen bezeichnet die Kritik derartige Vorstellungen als Mittel „zur Zusammenarbeit der Klassen und als Angelpunkt einer Zwischengesellschaft, die nicht gestatten soll, zum Sozialismus voranzuschreiten"; so Jorge del Prado, a. a. O., S. 64.
37) Carlos Delgado, in „La Cronica", Lima, v. 26. 8. 1974.
38) Juan Velasco Alvarado, Botschaft an die Nation v. 28. 7. 1971.
39) F. Bonilla, Einleitung zu „ABC de la Communidad Laboral de Peru", S. 13, Lima 1973.
40) Die Regierung wird sich in dieser Hinsicht mehr festlegen müssen, wenn sie demnächst die Ausführungsverordnung erläßt, die die Zusammensetzung der Leitungsgremien der enteigneten Zeitungen im einzelnen regeln wird.

Positionen wie die enteignete Presse oder die neuen Eigentums- und Betriebsverfassungsgesetze als Kampfpositionen gegen die noch immer bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse der Ausbeutung und der Abhängigkeit begreifen und damit zum Bestandteil einer Bewegung machen, die schließlich mit der Beseitigung der ökonomischen und politischen Zentren des Imperialismus die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus vorbereiten könnte. Nur wenn Arbeiter- und Bauernschaft die soziale Entwicklung in eine solche Richtung vorantreiben, können in diesem Rahmen die enteignete Presse, die neuen Belegschaftsrechte im Betrieb und andere Maßnahmen der Regierung zu einem politisch relevanten Bestandteil einer antiimperialistischen und antioligarchischen Ordnung werden. Wenn hingegen die Maßnahmen der Militärregierung nicht als Schritte innerhalb eines solchen Prozesses begriffen und genutzt würden, blieben neues Presserecht ebenso wie neue Eigentumsformen nichts als utopisch-kleinbürgerliche Versuche der Herstellung der Gleichheit der Rechte innerhalb einer real durch Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaft, die sich schließlich weder ideologisch noch politisch noch ökonomisch gegen die Wiedereroberung durch das Großkapital halten ließen.

So sehr sich auch eine Perspektive, für die die gegenwärtigen Maßnahmen erste Schritte zu weitergehenden, tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen sind, unter den Arbeitern und Bauern Perus durchzusetzen beginnt und so sehr zu vermuten ist, daß eine in diesem Sinne einheitlich handelnde Arbeiter- und Bauernschaft auch das zahlenmäßig sehr starke städtische Kleinbürgertum und Teile des Militärs beeinflussen könnte — zur Zeit ist nach wie vor der entscheidende politische Faktor das Militär unter Juan Velasco Alvarado. Es ist nicht nur integrierendes Moment für Teile des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie, die der gegenwärtigen Entwicklung in Peru zurückhaltend gegenüberstehen, sondern auch gegenüber den durch die APRA, die Belaunde-Anhänger und nicht zuletzt den CIA gut organisierten reaktionären Kräften wichtiger Garant des gegenwärtigen antiimperialistischen Kurses.

Nicht zuletzt darf auch die Bedeutung des Bündnisses zwischen Volksbewegung und Streitkräften wegen der auswärtigen Gefahr nicht unterschätzt werden. Im letzten Jahr versuchten die USA verschiedentlich durch Gerüchte über angeblich geplante peruanische, exilchilenische oder gar sowjetische Angriffspläne Kriegsstimmung zwischen Chile und Peru zu produzieren, um damit von der Innenpolitik des Pinochet-Regimes abzulenken und die Entwicklung in Peru zu bedrohen. Hinzu kommt jetzt noch die durch den Bau der Transamazonas-Straße neugeschaffene Aufmarschmöglichkeit für brasilianische Truppen.

Weil insofern vieles von der Festigkeit des Bündnisses zwischen Militär und Volkskräften abhängt, wird in der nächsten Zeit großes politisches Geschick von den Organisationen der Arbeiter- und Bauernschaft gefordert werden. Wenn es ihnen gelingt, die Regierung zur weiteren konsequenten Fortsetzung ihres antiimperialistischen Kurses zu drängen und dabei zugleich die Grenzen der Möglichkeiten gemeinsamen Handelns in der gegenwärtigen Etappe richtig einzuschätzen, bietet sich ihnen die Möglichkeit, sich die gegenwärtigen günstigen Entwicklungsbedingungen für ihr politisches Erstarken erhalten und zugleich die ideologische und politische Klärung über die weiteren Perspektiven der „Peruanischen Revolution" vorantreiben zu können. Dann allerdings könnte — trotz aller angesprochenen Schwierigkeiten und sicherlich nicht kurzfristig und widerspruchsfrei — der seit 1968 eingeleitete Prozeß Grundlage einer zukünftigen neuen Etappe werden, in der die ökonomischen und politischen Widersprüche der peruanischen Gesellschaft grundlegend gelöst werden können.

Medienkritik

JENES UNERLÄSSLICHE GEFÜHL . . .

„Das Ergebnis: aus einem mäßigen Buch wurde ein hervorragender Film." Dieses Lob erhielt Peter Lilienthals Film „Hauptlehrer Hofer" (ARD, 18. März) von einem Kritiker der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Michael Schwarz, am 20. März). Man darf fragen, wie der Film bei dieser Zeitung angekommen wäre, wenn man ihn nicht gegen seine „auf die optimistische Sicht des Kommunismus verpflichtete" Vorlage, eine Novelle von Günter Herburger, hätte ausspielen können, hätte man ihr gegenüber nicht die „pragmatische, bescheidene und realistische Sicht der Dinge" bei Lilienthal loben und Herburger eine „plane, unvermittelte Beschreibung" und den „Versuch, dem Leser die ideologisch probate Lösung aufzudrängen" vorwerfen können.

Herburger hat gegen die Veränderungen protestiert, die Lilienthal gegenüber einer Novelle im Film vorgenommen hat. Dieser — wie die FAZ es sieht — „Beginn der Trennung" beider Autoren dürfte der eigentliche Grund für das Lob sein: Freude über das Scheitern der Zusammenarbeit mit einem Kommunisten. Die lobenden Epitheta für Lilienthals Film entschleiern durch die Parallelität mit banalen Abqualifizierungen von Herburgers Novelle ihre wahre Funktion als Positiv-Klischees. Diese Methode wird über vier Spalten hinweg durchaus mit dem Holzhämmerchen angewendet und führt zu außergewöhnlichen Interpretationsblüten: „einmal . . . gibt es ein schweres Unglück, das Unzufriedenheit, Streik, die Forderung nach dem Ende der Kinderarbeit zur Folge hat. Lilienthal zeigt freilich auch die andere Seite, läßt fragen, wie denn die Eltern ohne den Lohn ihrer Kinder auskommen können". Zynischer lassen sich die Argumente der anderen Seite nicht vertreten, und diese „Sicht der Dinge" nennt der Interpret dann auch noch „dialektisch" . . . ein kluger Kopf?!

Aber solcher — wie es Lilienthal empfinden mag — Beifall von der falschen Seite tut ihm leider nicht immer unrecht. In seinem Film zeichnen sich die Versuche des Hauptlehrers Hofer, den Kindern im Dorf die Möglichkeit des Lernens zu erschließen oder den streikenden Arbeitern zu helfen, durch einen fatalen Dilettantismus aus. Wie ein König aus dem Morgenland folgt er verbissen dem Stern seiner Humanität, eingesponnen in den Rhythmus der langsamen, magischen Abfolge der Szenen. Das ländliche Milieu durch schöne Bilder und aufdringliche Geräusche stets präsent, erweist sich in seiner Unveränderlichkeit als stärkere, schicksalhaft Hofers Bemühungen entgegenstehende Macht. Lilienthals Rhythmisierung und Ästhetisierung dieser doch mit realistischem Anspruch gezeichneten Welt scheint noch die reaktionären Elemente der Geschichtsauffassung der Herrschenden mit vermitteln zu wollen: die Ideologie der passiven Ergebung ins Unvermeidlichgottgewollte. Das rastlose Schweigen ist denn auch die Hauptverhaltensweise der Dorfbewohner — und ihres Hauptlehrers. In den wenigen Augenblicken der Auflehnung, des Ausbruchs, wenn er z. B. dem Schulrat Antworten gibt, die ein politisches Bewußtsein verraten, das er in seinen Handlungen nicht anwendet, oder wenn er auf der Kirchenorgel die Internationale spielt, in diesen Momenten des Außersichseins ist Hofer nicht mehr als ein Woyzeck, der Stimmen hört, der es durch einen affektiven Akt der sinnlos-masochistischen Rebellion seinen Gegnern leicht macht, ihn von denen zu trennen, denen er helfen will und könnte. Seine politische Bildung und seine Verbundenheit mit der schon ein halbes Jahrhundert alten Arbeiterbewegung sind zwar dokumentiert, erscheinen jedoch in der inneren Logik des Films nur als emotionale Provokationen.

Tatsächlich vermittelt Lilienthals Film nicht mehr als, wie es der FAZ-Rezensent nennt, „jenes unerläßliche Gefühl von der Veränderbarkeit unhaltbarer Zustände", aber keine Perspektive, nicht einmal die damals bereits mögliche. „Jener von Herburger vermißte Optimismus liegt mithin jenseits des Films" — da liegt er gut; der Durchschnittszuschauer wird sich nicht auf die Suche machen. Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

I. Daten

1. Industrielle Nettoproduktion im Jahre 1974 (1970 = 100)

	1974	Veränderung in % geg. 1973
Gesamte Industrie	111,5	— 1,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	—	— 0,2
Investitionsgüterindustrie	—	— 3,1
Verbrauchsgüterindustrie	—	— 3,7

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 2/75, S. 117.

2. Industrielle Auftragseingänge (1970 = 100)

	Januar 1975	Veränderung in % geg. Dezember 1974	Januar 1974
Industrie insgesamt	121,9	+ 4,7	— 10,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	123,9	+ 2,9	— 17,6
Investitionsgüterindustrie	124,5	+ 3,6	— 4,7
Verbrauchsgüterindustrie	112,3	+ 11,1	— 8,4
Aus dem Inland	113,6	+ 7,7	— 5,9
Aus dem Ausland	148,7	— 1,9	— 18,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: „Frankfurtur Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 15. 3. 1975.

3. Unternehmenszusammenbrüche

	Januar 1975	Veränderung in % geg. Dezember 1974	Januar 1974
Gemeldete Insolvenzverfahren	792	+ 10,6	+ 38,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 19. 3. 1975.

4. Preise (1970 = 100)

	Februar 1975	Veränderung in % geg. Januar 1975	Februar 1974
Industrielle Erzeugerpreise	134,7	+ 0,1	+ 7,7
Großhandelsverkaufspreise (1962 = 100)	151,3	0,0	+ 11,1
Private Lebenshaltung aller Haushalte	132,0	+ 0,5	+ 5,8
Private Lebenshaltung ohne Heizöl und Saisonwaren	—	+ 0,7	+ 6,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, zit. in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 19. und 22. 3. 1975; „Handelsblatt" v. 24. 3. 1975.

5. Außenhandel (in Mrd. DM)

	Januar 1975	Veränderungen in % geg. Dezember 1974	Januar 1974
Import	13,791	— 7,3	— 1,2
Export	17,398	— 13,7	— 0,7
Saldo	3,607	— 31,8	+ 1,0

Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1975, S. 70 *; „Wirtschaftswoche", 13/1975, S. 11.

6. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Februar 1975	Differenz in 1000 geg. Januar 1975	Februar 1974
Arbeitslose	1183	+ 29	+ 763
Kurzarbeiter	956	+ 55	+ 647
Offene Stellen	246	+ 25	— 87

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, zit. in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 8. 3. 1975.

Während die Regierung seit Monaten mit Beharrlichkeit „Silberstreifen am Horizont" entdeckt, weisen alle verfügbaren statistischen Zahlen im Gegensatz dazu auf eine Fortsetzung des Abwärtstrends hin. Selbst das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung muß in seinem letzten Konjunkturbericht zugeben: „Die seit der Jahreswende bekanntgewordenen Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, daß der erhoffte konjunkturelle Aufschwung noch einige Zeit auf sich warten läßt" („Ifo-Wochenbericht", 12/1975, S. 99).

Besonders deutlich schlägt sich diese negative Tendenz in der Entwicklung der Auftragseingänge nieder. Sie weisen noch kräftiger ins Minus als die Dezemberzahlen, die, wie sich später herausstellte, von der Bundesregierung etwas nach oben „abgerundet" worden waren, wohl um ihren Konjunkturoptimismus zu untermauern.

Inzwischen scheint sich auf dem Gebiet der Preise eine leichte Abschwächung bemerkbar zu machen, die allerdings nicht von Dauer sein muß. Vor allem die reduzierte Steigerungsrate der industriellen Erzeugerpreise ist vorwiegend optischer Natur. Denn im vergleichbaren Vorjahresmonat war der Index hier sprunghaft um 2,7 % gestiegen, so daß sich im Jahresvergleich eine wesentlich stärkere Preisberuhigung ergibt, als sie tatsächlich erfolgt ist.

Die inzwischen alle Wirtschaftszweige erfassende Krise mit allgemeinen kräftigen realen Absatzverlusten scheint nun in einem gewissen Maße auch die Preiserhöhungsspielräume in der Industrie zu begrenzen.

Dieser Effekt darf jedoch nicht überschätzt werden. Immer noch setzen vor allem große Konzerne kräftige Preisanhebungen durch. Die Opel AG hat zum 14. März ihre Preise um durchschnittlich 7,5 % erhöht, die Erzeugerpreise für Roheisen stiegen nur von Dezember 1974 bis Januar 1975 um 19,7 %. Auch bei den Verbrauchsgütern gibt es noch exorbitante Preissprünge, die teilweise auf Maßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen sind. So stiegen im Januar 1975 gegenüber dem Vormonat die Gebühren für Postanweisungen und Zahlkarten um 81,1 %. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich im Februar die Margarinepreise um 43,4 %, die Brotpreise um 12,9 %, Äpfel waren um 30,2 % und Milch um 10,4 % teurer als vor Jahresfrist.

Ein Beispiel für die öffentlich geförderte Preistreiberei sind die Strompreise. So erhöhten die Energieerzeugungskonzerne am Jahresanfang ihre Absatzpreise mit staatlicher Genehmigung um Raten zwischen 4 und 18 %. Als Begründung mußte die Preiserhöhung von 12,8 % für Steinkohle herhalten. Tatsächlich basiert aber nur ein knappes Drittel der Stromerzeugung der BRD auf Steinkohle, so daß, selbst bei vollständiger Überwälzung, lediglich eine durchschnittliche Preisheraufsetzung um etwa 1,5 % mit diesem Argument begründet werden könnte (nach Angaben des Gesamtverbandes Steinkohlenerzeugung).

Es muß schließlich bedacht werden, daß der ehemals so gern als Rechtfertigung für Preiserhöhungen vorgebrachte Hinweis auf den Anstieg der Rohstoffpreise gegenwärtig eher ein Argument für Preissenkungen wäre. Denn die Rohstoffpreise sinken seit einiger Zeit. Im Februar sank der monatliche Durchschnittsindex für Rohstoffe des HWWA-Instituts in Hamburg gegenüber dem Vormonat um 3,2 %. Er liegt damit nur noch um knapp 8 % über dem Vorjahresstand.

Bei Berücksichtigung dieser Tatsachen ist der Schluß zulässig, daß die Preispolitik der Unternehmen trotz leicht beruhigter Preissteigerungsraten nach wie vor unvermindert expansiv auf die Steigerung der Gewinne gerichtet ist.

II. Zur Konstanz der Verteilungsquote

Die Entwicklung der Einkommensverteilung spielt in der aktuellen konjunktur- und wirtschaftspolitischen Diskussion eine erhebliche Rolle. Dabei wird häufig der Eindruck erweckt, als würde sich die Einkommensverteilung permanent zugunsten der Arbeiter und Angestellten verschieben, so daß die Unternehmer mehr und mehr unter Gewinndruck geraten.

Unlängst wurden nun die Ergebnisse einer Untersuchung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht, in der auch die längerfristige Entwicklung der Verteilungsverhältnisse in der BRD offengelegt wird. Selbst die unzureichenden statistischen Systematiken lassen erkennen, daß die Verteilung sich auf lange Sicht keineswegs zugunsten der Arbeiter und Angestellten verbessert hat:

Anteile [1]) am Bruttosozialprodukt in %	1954	1958	1962	1966	1970	1973
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	63,7	62,7	62,8	62,4	62,0	63,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	13,6	15,5	14,5	14,5	15,2	13,4

Die Verteilungsrechnung geht lediglich von den Verhältnissen vor Abzug der direkten Steuern aus. Aussagekräftig wären jedoch nur Untersuchungen, die die umverteilende Wirkung des Steuersystems, d. h. die Sekundärverteilung, einbeziehen. Leider fehlen die dazu notwendigen vergleichbaren Statistiken, so daß nur ungefähre Berechnungen angestellt werden können.

Allein zwischen 1970 und 1973 stieg der Anteil der Lohnsteuern an den Bruttolöhnen und -gehältern von 12,3 auf 15,6 %, also um 3,3 %. Daraus kann abgeleitet werden, daß der korrigierte Anteil der Arbeiter und Angestellten am Bruttosozialprodukt 1973 um etwa 2,1 % geringer war als der oben angegebene Anteil, wenn man den Belastungsanstieg infolge der Steuerprogression außer acht läßt. Anders ausgedrückt: der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Bruttosozialprodukt ist tatsächlich von 62,0 % 1970 auf 61,1 % 1973 gesunken, wenn man die zusätzliche Belastung durch die Lohnsteuerprogression nicht außer acht läßt.

Die Annahme, daß der Anteil der Nettoarbeitseinkommen eine sinkende Tendenz hat, wird bestätigt durch die letzten Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Zwischen 1970 und 1973 hat sich der Anteil der „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" am Bruttosozialprodukt von 35,1 auf 34,1 % verringert. Eine Korrektur dieser Zahl durch die veränderte Erwerbstätigenstruktur kann hier vernachlässigt werden, da sich der Anteil der Unselbständigen in diesem Zeitraum nur leicht erhöht hat.

Alles deutet also darauf hin, daß sich die Verteilungsverhältnisse in der BRD im Zeitablauf erheblich verschlechtert haben.

Zwar ist die Primärverteilung mit einigen Schwankungen konstant geblieben. Nach der Sekundärverteilung über das Steuersystem haben die Arbeiter und Angestellten jedoch erhebliche Einbußen hinnehmen müssen.

Jörg Goldberg

1) Anteil des Einkommens korrigiert durch den Anteil der Beschäftigten der jeweiligen Gruppe an den Gesamtbeschäftigten.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 11/1975.

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft *)

Die Eingliederung von Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem wird auch in den nächsten Jahren schwierig sein. Zu diesem Schluß kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in einer jetzt herausgegebenen Untersuchung. Wegen wirtschafts- und sozialpolitischer Bevölkerungsbewegungen sei in den nächsten sieben Jahren „keine Verringerung, sondern eher eine Verschärfung des Problems" zu erwarten. Das gelte an sich auch für 1975. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 5. 3. 1975

*) Ausgewählte Nachrichten aus der Wirtschaftspresse, zusammengestellt von Gerhard Kade.

Im öffentlichen Dienst werden in diesem Jahr weniger Lehrstellen für Jugendliche zur Verfügung gestellt als in den vergangenen Jahren. Das hat jetzt die Bundesregierung bestätigt. So werden zum Beispiel im Bereich der Oberpostdirektion Hamburg 1975 nur noch 108 neue Lehrlinge eingestellt, im Vorjahr waren es noch 377. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 21. 3. 1975

Mit den physiologischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen beschäftigt sich gegenwärtig in einer wissen-

schaftlichen Arbeit der Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie an der Technischen Universität München, Professor Wolf Müller-Limmroth. Er kam zu dem Schluß, daß Arbeitslosigkeit nicht nur seelisch, sondern auch körperlich krank macht. Nach seinen Ergebnissen kommen auch in vermehrtem Maße Magengeschwüre und Durchblutungsstörungen sowie Alkoholismus und im psychischen Bereich Depressionen auf das Konto der Arbeitslosigkeit. ...
„Die Welt" v. 20. 3. 1975

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund hat an 6259 von 37 828 Bewerbern für Fächer mit bundesweitem Numerus clausus Zulassungs- und an 31 569 Ablehnungsbescheide geschickt. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 5. 3. 1975

Eine Reihe von großen amerikanischen Gesellschaften und 50 bis 60 der 14 000 Banken des Landes werden zur Zeit von der amerikanischen Notenbank aufmerksam beobachtet: Sie gelten als finanziell anfällig. Die Federal Reserve Zentrale in Washington ist darauf vorbereitet, sofort mit Krediten einzugreifen, wenn eines dieser Unternehmen zusammenzubrechen droht. In der derzeitigen labilen Wirtschaftslage könnte ein solcher Zusammenbruch, so fürchtet die Notenbank, eine Lawine von Insolvenzen auslösen und die Finanzmärkte in einen Zustand der Panik versetzen. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 8. 3. 1975

Die westdeutsche Binnenschiffahrt wrackt seit gut fünf Jahren ab. Ein Ende der vom Bundesverkehrsministerium im Rahmen des Leberplanes 1969 abgesegneten Aktion ist nicht abzusehen. Die wichtigsten Ziele sind bisher nicht erreicht worden: Das Angebot an Frachtraum sollte vermindert werden. Der Schiffsbestand, vor allem der der Partikuliere (Selbstfahrer) und kleinen Reeder, sollte verjüngt und somit eine Strukturverbesserung für die schwächsten Wettbewerber der Branche erreicht werden. Seit Beginn der Abwrackaktion sind zwar 3119 Schiffe — 1409 Schleppkähne mit 637 000 t Laderaum und 1418 Motorschiffe mit 522 000 t Tragfähigkeit sowie 292 Schlepper mit 101 000 PS — von Schneidbrennern zerlegt in die Hochöfen zurückgekehrt, aber die Gesamttonnage hält sich fast konstant bei 4,5 Mill. t Frachtraum.

Die Ursachen sind in der Neubautätigkeit größerer und großer Reedereien und im weiteren Vordringen der Schubschiffahrt zu suchen, durch die fast jede abgewrackte Tonne Tragfähigkeit ersetzt worden ist. Hinzu kam das Berlinhilfe-Gesetz, dessen Steuer- und Abschreibungsvorteile Branchenfremde zum Engagement beim zweitgrößten Verkehrsträger verlockten. So gab es in der Vergangenheit keine verbesserte Rentabilität durch Ausdünnung der Flotte. Abwrackaktion und Berlinhilfe-Gesetz trugen nur dazu bei, daß die mittelständischen Betriebe weiter in Bedrängnis geraten sind. ...
„Die Welt" v. 20. 3. 1975

Die Mineralölgesellschaften Belgiens haben ihre auf See befindlichen Tanker angewiesen, ihre Fahrt zu drosseln. Die Lager in den belgischen und holländischen Häfen schwappen über. Die meisten westeuropäischen Raffinerien nutzen ihre Kapazitäten nur zu 55 bis 60 Prozent aus.
„Die Welt" v. 8. 3. 1975

Nach Ansicht von Sachverständigen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG) werden noch mindestens zehn Jahre nötig sein, um die Behandlungs-, Transport- und Lagerungsprobleme des mittel- und hochaktiven Atommülls lösen zu können. In einem Vorschlag an den EG-Ministerrat zur Behandlung der atomaren Abfälle beziffert die Kommission die in der EG anfallenden Mengen an hochradioaktivem Material für 1980 auf jährlich etwa 350 Kubikmeter, 1990 auf jährlich 2500 und für 2000 auf 6000 Kubikmeter jährlich. Kumuliert wären in diesen Jahren 1500, 17 000 und 70 000 Kubikmeter vorhanden. Die kumulierten mittel- und schwach radioaktiven Abfälle dürften 1980 über 100 000, 1990 über 1 Million und im Jahre 2000 einige Millionen Kubikmeter erreichen.
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 12. 3. 1975

Präsident Ford und Verteidigungsminister Schlesinger haben einen Wehretat für das Haushaltsjahr 1976 mit der Rekordsumme von 92,8 Milliarden Dollar zur Aufrechterhaltung eines weltweiten militärischen Gleichgewichts gefordert. Selbst dieser Rekord in Friedenszeiten gilt als Minimum, um der Inflation entgegenzuwirken. Der amerikanische Wehrhaushalt ist damit im Vergleich zum Vorjahr um acht Milliarden Dollar angestiegen. Da jedoch die künftigen Kosten vorauskalkuliert werden, fordert das Verteidigungsministerium bereits jetzt im Hinblick auf die kommenden Jahre eine Gesamtsumme von 106 Milliarden Dollar. Diese Summen soll der Kongreß für die Kostendeckung langfristiger Projekte genehmigen, damit eine Sicherung der Gesamtplanung erzielt wird. Sicher wird der von der demokratischen Opposition beherrschte Kongreß erhebliche Ab-

striche an bestimmten Vorhaben — so den neuen „Trident"-Atomunterseebooten und dem Überschall-Fernbomber „B 1" — vornehmen. Die größte Haushaltsforderung ist allerdings für die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte vorgesehen. Das Heer soll durch Umgruppierung innerhalb seiner heutigen Stärke von rund 785 000 Mann von 13 auf 16 Divisionen vergrößert, die Panzerproduktion von 40 auf 103 Stück monatlich vermehrt, Munitionsvorräte und Lufttransporteinheiten aufgestockt sowie bisherige Versorgungseinheiten der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik in Kampftruppen umgewandelt werden. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"
v. 5. 2. 1975

Die Teuerungsrate in den Vereinigten Staaten hat im letzten Quartal 1974 mit 14,4 Prozent einen neuen Höchststand erreicht, wie das Handelsministerium in Washington berichtet. Die bisher höchste Jahresinflationsrate hatten die Vereinigten Staaten im ersten Quartal 1951 mit 13 Prozent erreicht.
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"
v. 22. 2. 1975

Die Altersheime und Pflegeanstalten Amerikas befinden sich in einem skandalösen Zustand; sie sind zumeist in privaten Händen und werden um des Profits willen betrieben.
Die Patienten erhalten nicht die angemessene Pflege, da Personal und die ärztliche Betreuung unzureichend sind, oft nicht die notwendige Diät und wenig Unterhaltung; die Gebäude genügen oft nicht den Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften des Staates. Aber Dienste, die nicht geleistet wurden, werden der Alters-Krankenversicherung in Rechnung gestellt. Milliarden werden angeblich an hilflosen Krüppeln verdient. Die 23 000 Anstalten nahmen im vorigen Jahre 7,5 Milliarden Dollar ein, und offenbar ist der Profit so hoch, daß sich Mafia-Figuren in das Geschäft einzukaufen versuchten oder bereits eingedrungen sind. ...
„Handelsblatt" v. 10. 2. 1975

Erhöhte Absetzungen für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen, hat der Finanzausschuß des Bundestages beschlossen. Dem Umweltschutz dienende Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die nach dem 31. Dezember 1974 und vor dem 1. Januar 1981 angeschafft oder hergestellt worden sind, können jetzt im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung bis zu 60 % und in den folgenden Wirtschaftsjahren bis zur vollen Absetzung jeweils bis zu 10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgeschrieben werden. Die Pressestelle des Bundestages teilt ferner mit, die erhöhten Absetzungen könnten nur in Anspruch genommen werden, wenn die Wirtschaftsgüter in einem im Inland gelegenen Betrieb unmittelbar und fast ausschließlich dem Umweltschutz dienten. Das im Jahresdurchschnitt begünstigte Investitionsvolumen für den Umweltschutz in bereits bestehenden Betrieben schätzt das Finanzministerium auf rd. 2,1 Mrd. DM. Den Fiskus kostet das an Steuermindereinnahmen 1975 440 Mill. DM.
„Handelsblatt" v. 3. 2. 1975

... „In den Vorstandsetagen der Großbanken ballt sich die eigentliche Macht zusammen", meinte Vetter in Siegen vor der DGB-Landesbezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen. Hier würden Kapitalströme und Investitionen oft unkontrolliert beeinflußt. 50 Prozent der Depotstimmrechte und 60 Prozent des Vermögens der Investmentfonds würden von den Großbanken verwaltet und kontrolliert. Die 38 Vorstandsmitglieder der drei Großbanken hätten 340 Aufsichtsratssitze. Damit beherrschten die Großbanken ‚Wirtschaftsimperien, die ihresgleichen suchen. ... Nirgendwo auf der Welt gibt es eine derartige Machtkonzentration bei den Banken." ...
„Süddeutsche Zeitung" v. 28. 1. 1975

Die Insolvenzwelle, die zur Zeit die Bundesrepublik überrollt, hat in mehr als 7000 Vergleichs- und Konkursverfahren 6 bis 7 Mrd. DM Forderungen notleidend werden lassen. Dies hat der deutschen Volkswirtschaft 1974 einen Verlust zugefügt, der dreimal so hoch wie sämtliche industriellen und privaten Feuerschäden zusammen sein wird. ...
„Handelsblatt" v. 20. 2. 1975

Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft der Bundesrepublik hat sich 1974 deutlich beschleunigt. Wie das Bundeskartellamt in Berlin am Donnerstag mitgeteilt hat, sei mit 318 nach Paragraph 23 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen angezeigten Zusammenschlüssen seit 1966 die höchste Zahl an Konzentrationsvorgängen erfaßt. Gegenüber 1973 mit 242 Anzeigen ergebe sich eine Zunahme von 31 Prozent. Lediglich 1970 sei mit 305 Zusammenschlüssen eine ähnlich hohe Zahl von Konzentrationsvorgängen registriert worden. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"
v. 7. 2. 1975

Frankfurter Aufruf zum 8. Mai 1975 als 30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg

(Wortlaut)

Am 8. Mai 1945 endete in Europa der Zweite Weltkrieg. Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition zwangen die faschistische Wehrmacht zur bedingungslosen Kapitulation und eröffneten dadurch eine Perspektive der Sicherheit und des Friedens in Europa.

Mehr als ein Vierteljahrhundert dauerte dann trotzdem das Ringen zwischen den Befürwortern einer Politik der Entspannung und des Friedens und den unbelehrbaren Anhängern einer Politik des Kalten Krieges. Schließlich gelang es, die gefährliche Konfrontation abzubauen:

In einem System von Verträgen wurden die durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Grenzen völkerrechtlich anerkannt und beide deutsche Staaten in die UNO aufgenommen. Damit wurde ein ständiger Spannungsherd in Mitteleuropa beseitigt und die „Nachkriegszeit" beendet. Es öffnete sich der Weg für die Anbahnung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und für eine Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Diese Chancen, die sich unserem Lande damit noch einmal bieten, müssen genutzt werden. Es gilt, endlich die Lehren zu ziehen aus jener größten Katastrophe der deutschen Geschichte, in die der Faschismus unser Land gestürzt hat, aus dem unendlichen Leid von Millionen Opfern des Krieges und des Terrors, aus der Zerstörung blühender Städte und aus dem Verlust der Heimat von Millionen Familien, die ein Opfer der Folgen nazistischer Eroberungspolitik wurden.

Vor 30 Jahren, als die fürchterliche Hinterlassenschaft von 12 Jahren brauner Gewaltherrschaft jedermann klar vor Augen stand, gab es bei Antifaschisten und demokratisch gesinnten Bürgern keinen Zweifel daran, daß die Nazidiktatur ohne das Wirken von Großindustrie, Hochfinanz und Pressekonzernen nicht möglich gewesen wäre. Damals war man sich allseits bewußt, daß zur endgültigen Beseitigung der faschistischen Gefahr die Macht der großen Konzerne gebrochen und die Neubildung gigantischer Kapitalansammlungen in privater Hand wirksam unterbunden werden müßte. Das war nicht nur die Ansicht von SPD und KPD sowie der Gewerkschaften, sondern auch die CDU erklärte 1947 in ihrem Ahlener Programm, die Neuordnung Deutschlands dürfe nicht wieder auf der Basis kapitalistischen Macht- und Gewinnstrebens erfolgen. Dies zeigt, daß damals, angesichts der Trümmer und des Elends, auch bürgerliche Kreise erkannten, daß nur eine konsequente Demokratisierung auch auf wirtschaftlichem Gebiet einen sozialen Rechtsstaat schaffen könnte.

Diese Erkenntnis führte zur Forderung nach Ächtung des Krieges und nach Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum. Sie fand ihren Niederschlag in den antifaschistisch-demokratischen Aufträgen für die gesetzgebende und ausführende Gewalt, wie sie in zahlreichen Artikeln des Grundgesetzes, in seinem Grundrechtskatalog und in den Länderverfassungen enthalten sind. Aber diese Verfassungsaufträge sind bis heute nicht erfüllt — im Gegenteil: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die Geschichte der Restauration jener Besitzverhältnisse, die einst den Faschismus hervorgebracht haben. Die historische Wahrheit gebietet die Feststellung: Mit der Währungsreform, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und mit deren Eingliederung in die NATO wurde die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staatsverbandes verhindert. Diese Fehlentwicklung wurde fortgesetzt durch die Aufrüstung der Bundesrepublik zur viertstärksten Militärmacht der Erde und führte zur endgültigen Teilung Deutschlands. Zwar wurde die Politik der Konfrontation und des Kalten Krieges durch den Druck der auf Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn orientierten Kräfte in der Bundesrepublik und durch eine realistischere Politik der SPD/FDP-Regierung beendet, jedoch im Innern wurde der Kurs zur Einschränkung der demokratischen Entwicklung durch die Aushöhlung des Grundgesetzes und die Bei-

behaltung des Antikommunismus als Staatsdoktrin fortgesetzt. Ein Beweis dafür sind die *verfassungswidrigen Berufsverbote.*

Wir alle sind tagtäglich Zeugen dafür, wie nationale und multinationale Konzerne ihre wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken mißbrauchen. Ihr übermächtiger Einfluß durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Ihre ökonomischen Entscheidungen stellen weitgehend die Weichen für das gesamte soziale Leben. Sie haben ihre Interessenvertreter in allen wichtigen Institutionen des Staates. Sie sorgen dafür, daß ein riesiger Teil des Volkseinkommens über die Rüstung in ihre Taschen fließt. Sie setzen ihre wirtschaftliche Macht gegen die Politik der Entspannung ein. Sie fördern und unterstützen alle reaktionären und neofaschistischen Kräfte in der Bundesrepublik und — siehe Chile! — auch im Ausland. Bedenkenlos nehmen sie alle damit für unser Volk und die ganze zivilisierte Staatengemeinschaft verbundenen Friedensrisiken in Kauf.

Diesem unheilvollen Wirken gilt es entgegenzutreten.

An diesem 30. Jahrestag der Niederringung der Nazidiktatur wollen wir unserem Volk deutlich machen, daß die Politik der Entspannung und der friedlichen Entwicklung nur gesichert ist, wenn in Erfüllung der Aufträge des Grundgesetzes und der Länderverfassungen jeder Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken verhindert und die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht werden.

Eingedenk der bitteren Erfahrungen, die unser Volk mit der faschistischen Diktatur machen mußte, rufen wir alle Antifaschisten und Demokraten dazu auf, ungeachtet der Unterschiedlichkeit ihrer weltanschaulichen oder politischen Bindungen, gemeinsam einzutreten und am 10. Mai 1975 in Frankfurt am Main unter der Losung zu demonstrieren: „30 Jahre Befreiung vom Hitler-Faschismus — 30 Jahre Kampf um ein Europa des Friedens"

— für die Fortführung der Politik der Entspannung und Friedenssicherung;

— für die Zusammenarbeit *aller* europäischen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz;

— für den sofortigen Rüstungsstopp und die Einleitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen;

— gegen jede weitere Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte;

— für die demokratische Kontrolle der Macht der nationalen und multinationalen Konzerne;

— für die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und für sozialen Fortschritt!

Diesen Aufruf haben unter anderen folgende Persönlichkeiten unterschrieben:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth — Gerhard Adler, Maschinensetzer — Prof. Dr. Wilhelm Alff — Norbert Arndt, Jugendvertreter der Friedrich-Krupp-Hüttenwerke AG — AStA der Philipps-Universität Marburg — AStA der Fachhochschule Frankfurt/M. — Kurt Bachmann, Mitglied des Präsidiums der DKP — Prof. Dr. H. W. Bartsch — Arno Behrisch, *Mitglied des Direktoriums der DFU* — *Arend Bertzbach, Pastor, Mitglied* der Christlichen Friedenskonferenz — Friedrich Bilda — Betriebsratsvorsitzender — Willy Bleicher, Gewerkschaftssekretär i. R. — Bernhard Braun, Mitglied des SHB-Bundesvorstands — Fritz Bringmann, Generalsekretär der Amicale Internationale Neuengamme — Hans Brommond, Bezirksjugendleiter der IG Druck und Papier — Dieter Brumm, Landesbezirksvorsitzender der dju in der IG Druck und Papier — Helmut Buck, 1. Bevollmächtigter der IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen — Dr. Kurt Bunke — Dr. Georg Bussmann, Kunsthistoriker — Gert Christ, Student — Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin — Dr. Josef Drexel, Verleger — Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt/M. — Ralph Durchleuchter, freier Journalist — Jörg Eichhorn, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten — Rainer Einenkel, Jugendvertreter der Adam Opel AG — Bernt Engelmann, Schriftsteller — Prof. Dr. Walter Fabian — Dr. h. c. Johann Fladung, Bundesvorsitzender des Demokratischen Kulturbundes — Horst Freitag, Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Nordmark-Werke — Wolfgang Gehrke, Bundesvorsitzender der *SDAJ* — Therese Giehse, Schauspielerin — *Dieter Gleichfeld, Gewerkschaftssekretär* — *Rudi Gottschalk,* Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora in der BRD — Werner Habermehl, Betriebsratsvorsitzender — Klaus-Dieter Hagner, Bezirksgewerkschaftssekretär der IG Druck und Papier — Dieter Hooge, Gewerkschaftssekretär — Prof. Dr. Walter Jens — Prof. Dr. Gerhard Kade — Eugen Kessler, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau — Werner Kiesewetter, Betriebsratsvorsitzender — Horst Kohfink, Gewerkschaftssekretär — Aenne Kolb, Hausfrau — Helga Koppel, Sekretärin des Bundes demokratischer Wissenschaftler — Prof. Dr. Reinhard Kühnl — Klaus Linsel, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands — Dr. Doris Maase, Ärztin, Sprecherin der Lagergemeinschaft Ravensbrück — Klaus Mannhardt, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner — AStA der Gesamthochschule Duisburg — Dr. R. Neven du Mont, Publizist — Dr. Martin Niemöller, Pastor i. R. — Max Reimann, Mitglied des Präsidiums der DKP — Prof. H. Ridder — Dr. Josef Rossaint, Präsident der VVN/Bund der Antifaschisten — Herbert Seebauer, Kreisjugendsekretär DGB München — Christoph Speier, Hessischer Landesschulsprecher — Paul Schallück, Schriftsteller — Richard Schmidt, Vorsitzender des Kreisjugendausschusses

DGB München — Herbert Schneider, Lithograph, MdL — Hans Schwarz, Gewerkschaftssekretär — Karl-Heinz Schwarz, Stellvertretender Vorsitzender des DGB Dillenburg — Prof. Dr. Gerhard Stuby, Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen — Helmuth-Michael Vogel, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner — Günther Wallraff, Schriftsteller — Gerhard Weber, Generalsekretär des CVJM und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft — Josef Wildemann, DGB-Kreisvorsitzender Münster-Warendorf — Heinz-Werner Wurstius, Gewerkschaftssekretär.

Erklärung Konstanzer Professoren zur Praxis des Radikalenerlasses

(Wortlaut)

Die gegenwärtige Praxis bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst soll nach den ihr zugrunde liegenden Erklärungen die verfassungskonforme Bewältigung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes sichern. Durch die an die so genannten Radikalenerlasse anknüpfende Ausforschungs- und Beurteilungspraxis sowie durch eine Reihe bekannt gewordener Ablehnungsfälle ist jedoch fraglich geworden, ob die Landesregierungen (insbesondere diejenige Baden-Württembergs) die Freiheiten des Art. 5 Grundgesetz und die vorgeschriebene Treue zur Verfassung noch in einem abgewogenen Verhältnis zueinander halten. Gegenüber der eingetretenen bedrohlichen Verunsicherung sei hier das für ein vernünftig verstandenes demokratisches Gemeinwesen Selbstverständliche in Erinnerung gerufen:

1. Das Grundgesetz stellt es gemäß Art. 15 frei, Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, im Gemeineigentum oder in anderer Form der Gemeinwirtschaft zu überführen. Es enthält in diesem Sinne keine Festlegung auf die marktwirtschaftliche oder kapitalistische Wirtschaftsordnung. Es gebietet überdies gemäß Art. 14, die Eigentumsordnung der Republik daran zu messen, ob sie dem „Wohle der Allgemeinheit" dient. — Daraus folgt zunächst, daß Meinungen und wissenschaftliche Theorien, die der Kritik der marktwirtschaftlichen Ordnung verpflichtet sind, gegebenenfalls auch das System dieser Ordnung grundlegend verändernde Alternativen vortragen, dem Auftrag des Grundgesetzes aktiv entsprechen. Auch daß hier wie überall Irren menschlich ist, kann das entsprechende Bemühen nicht als verfassungsfeindlich diskreditieren.

2. Es gilt darüber hinaus, daß für grundlegende Änderungen des Systems der marktwirtschaftlichen Ordnung gemäß Art. 14 und 15 des Grundgesetzes aktiv politisch eingetreten und in Übereinstimmung mit Gesetz und Verfassung gehandelt werden darf. Die Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst darf daher, soweit es sich nicht um so genannte politische Beamte handelt, einer solchen Fortentwicklung der Verfassung nicht entgegentreten. Sie würde sonst den Angehörigen des öffentlichen Dienstes einen bestimmten (unter den durch Verfassung und Gesetz zugelassenen) Willen vorschreiben und damit das Recht der freien Berufswahl (Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz) oder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Art. 5, Abs. 1 Grundgesetz), verfassungswidrig, entsprechend dem in totalitären Systemen Üblichen, einschränken. Für den Bereich wissenschaftlicher Forschung und Lehre gälte dann überdies, daß bestimmte Argumentationen und Ergebnisse im öffentlich geförderten Wissenschaftsbetrieb von vornherein negativ sanktioniert wären.

3. Für die wissenschaftliche Forschung und Lehre ist ein weiteres wichtig: Theorien der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland können nicht von vornherein auf ein positives oder neutrales Urteil zum Grundgesetz festgelegt werden. Das gilt auch für unabänderliche Grundgesetzartikel und für Prinzipien, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1962 als Verpflichtungsbasis für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes genannt werden; soweit es sich dabei nicht um Formeln für einen allgemeinen moralischen Rahmen handelt, den auch eine rational verstandene Wissenschaft nicht verlassen kann. Insbesonders muß es möglich sein, in vergleichenden historischen und empirischen Analysen auf kritikbedürftige Konsequenzen unabänderlicher Grundgesetzregelungen im Zusammenwirken etwa mit Normen der Wirtschaftsordnung hinzuweisen. Würden derartige Theorien nicht in den Bereich des Freiheitsgebotes von Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz fallen, so würde sich die Verfassung gegenüber der Wissenschaft in

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

90

Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie
Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)

Editorial

P. Bürger: Was leistet der Widerspiegelungsbegriff in der Literaturwissenschaft?
T. Metscher: Ästhetische Erkenntnis und realistische Kunst
F. Tomberg: Notiz zur Formbestimmtheit der Kunst

Aktuelle Analyse: W. Pfaffenberger: Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise im Sachverständigengutachten 1974

Literaturbericht: H. Immler: Neue Literatur zur Ökologie

Rezensionen

17. Jahrgang · April 1975 · Heft 3/4 · Doppelheft

Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 6,– DM; für Schüler und Studenten 7,– DM, im Abonnement 5,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 7

Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD

Teil A: Methodische Vorbemerkungen
I. Begriff und Ermittlungsverfahren von Automation; II. Bedingungen und Schranken von Automation

Teil B: Indikatoren für technischen Fortschritt
III. Entwicklung der Produktivität; IV. Entwicklung der Arbeitskräftestruktur; V. Zunahme der Staatstätigkeit

Teil C: Entwicklung und Ausbreitung von Automation
VI. Genese; VII. Ausbreitung automatischer Datenverarbeitung; VIII. Automation in Verwaltung, Handel und Banken; IX. Automation in der Produktion
Erscheint im April 1975; Umfang: Vierfachheft (ca. 320 Seiten)
Einzelpreis 15,50 DM, im Abonnement 10,– DM; für Schüler und Studenten 11,– DM, im Abonnement 8,– DM

AS 5

Hanns Eisler

Faustus-Diskussion; Probleme der Ästhetik; Eislers Verhältnis zu anderen Komponisten; Musikalische Analysen; Kommentierte Bibliographie und Diskographie; Rezensionen; Schallplatte

Erscheint voraussichtlich Mitte 1975; Umfang: Vierfachheft (ca. 320 Seiten; Preise wie AS 7

Argument-Verlag **75 Karlsruhe 21** **Postfach 21 07 30**

diesem Punkte die Position des Kardinals Ballarmin gegenüber Galilei anmaßen. Dies kann nicht im Sinne der wissenschaftsbezogenen Freiheitsgarantie des Grundgesetzes liegen. Auch die prinzipiellen Behauptungen und Meinungen, die den Konstruktionen des Grundgesetzes zugrundeliegen, sind demnach für eine wissenschaftliche Erörterung, die nicht bestätigenden Charakter hat, nicht tabu. Selbst soweit wissenschaftliche Theorien solche Grundgesetzkritik enthalten, kann damit die Einstellung ihrer Autoren in den öffentlichen Dienst wissenschaftlicher Forschung und Lehre nur nach denselben Maßstäben erfolgen, die für Wissenschaftler, deren Arbeiten einen anderen Gegenstand haben, angelegt werden. Ein Fall, den die Freiheitsgarantie von Grundgesetzartikel 5, Abs. 3 nicht mehr deckt, liegt erst dort vor, wo aus einer theoretischen Grundgesetzkritik die nicht-theoretische Konsequenz eines verfassungs- und gesetzwidrigen Handelns gezogen wird.

4. Für wissenschaftliche Institutionen wie für die demokratische Grundordnung gilt gleichermaßen, daß jede Einschränkung der Freiheiten des Art. 5 ihren Lebensnerv berührt. Da die wissenschaftlichen Institutionen in der Bundesrepublik Institutionen des öffentlichen Dienstes sind, widerspricht jede Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst im Wissenschaftsbereich aufgrund von nicht gerichtsverwertbaren politischen „Erkenntnissen" Art. 12, Abs. 1 Grundgesetz und stellt überdies eine Einschränkung der durch die Verfassung garantierten Freiheit von Forschung und Lehre dar. Eine Auslese von Bewerbern nach Kriterien politischer Zuverlässigkeit mag einer politisch gelenkten staatlichen Bürokratie als geeignetes Mittel erscheinen, die Freiheit der Wissenschaft und die demokratische Grundordnung zu schützen; in Wirklichkeit ist es ein sicheres Mittel, beide zu zerstören.

5. Eine Beurteilungspraxis im Zusammenhang mit der Einstellung in den öffentlichen Dienst, die sich den oben in Erinnerung gerufenen Grundsätzen verpflichtet hat, wird als nichttotalitäre überdies den Betroffenen nicht ihre vergangenen Erklärungen und Auffassungen vorhalten können. Wenn sie nicht den total irrtumsfreien Menschen fordern will, muß sie auch bei politischen und verfassungshermeneutischen Aussagen zum Grundgesetz das gegenwärtig artikulierte Verständnis der Betroffenen zugrundelegen, wenn dies nicht glaubhaft widerlegt werden kann. Es verstößt insbesondere gegen die Basisnormen des Rechtsstaates, hier die Beweislast dem Betroffenen aufzubürden.

Es sollte eine bittere historische Erfahrung gerade in Deutschland gelehrt haben, daß die Bedrohung einer verfassungsmäßig demokratischen Grundordnung auch von staatlichen Bürokratien ausgehen kann. Es sei daran erinnert, daß die Verpflichtung zur Verfassungstreue für öffentliche Bedienstete auch die Pflicht einschließt, sich gegen Verletzungen der Verfassung von seiten der staatlichen Bürokratie zur Wehr zu setzen. Dies gilt insbesondere dann, wenn im Namen eines Schutzes der demokratischen Ordnung demokratische Grundrechte ausgehöhlt werden. Die Unterzeichner sehen eine solche Gefahr der Aushöhlung demokratischer Grundrechte in der auf die sogenannten Radikalenerlasse gegründeten Ausforschungs-, Beurteilungs- und Ablehnungspraxis. Die unmittelbare Folge ist ein erheblicher Einschüchterungseffekt in den Berufsfeldern des öffentlichen Dienstes. Diese für eine an einem aufgeklärten Verfassungsverständnis orientierte Berufspraxis verheerende Folge kann nicht die Absicht der Landesregierungen sein. In der durch die Verfassung gebotenen Wahrnehmung ihres Amtes fordern daher die Unterzeichner insbesondere die Landesregierung Baden-Württembergs auf, die zur Zeit von ihr geübte Überprüfungs- und Einstellungspraxis im Sinne dieser Erklärung zu revidieren.

Liste der Unterzeichner an der Universität Konstanz:

Prof. Dr. Peter Böger — Prof. Dr. Jürgen Brinckmann — Prof. Dr. Hans Brintzinger — Prof. Dr. Rudolf Cohen — Prof. Dr. David Colton — Prof. Dr. Edwald Daltrozzo — Prof. Dr. Jürgen Felsche — Prof. Dr. Helmut Fend — Prof. Dr. Rudolf Fisch — Prof. Dr. Robert Freeman — Prof. Dr. Harald Gerfin — Prof. Dr. Dieter Groh — Prof. Dr. Peter Hartmann — Prof. Dr. Peter Hemmerich — Prof. Dr. Joachim Jens Hesse — Prof. Dr. Peter Janich — Prof. Dr. Hans Robert Jauss — Prof. Dr. Johannes Jochims — Prof. Dr. Friedrich Kambartel — Prof. Dr. Rolf Knippers — Prof. Dr. Hein Kötz — Prof. Dr. Thomas Luckmann — Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß — Prof. Dr. George Morton — Prof. Dr. Frieder Naschold — Prof. Dr. Herbert Nesselhauf — Prof. Dr. Eberhard Pause — Prof. Dr. Hansgert Peisert — Prof. Dr. Hans Pfaffenberger — Prof. Dr. Horst Rabe — Prof. Dr. Lothar Rogge — Prof. Dr. Peter Lebr. Schmidt — Prof. Dr. Arnim v. Stechow — Prof. Dr. Hans-Jörg Stoß — Prof. Dr. Jurij Striedter — Prof. Dr. Horst Sund — Prof. Dr. Heinz Walter — Prof. Dr. Albrecht Wellmer — Prof. Dr. Erhard Wiehn — Prof. Dr. Götz Wienold — Prof. Dr. Gilbert Ziebura.

Der Erklärung Konstanzer Professoren haben sich folgende Professoren von den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Stuttgart angeschlossen:

Prof. Dr. Wolfgang Abel — Prof. Dr. Joachim Bark — Prof. Dr. Rainer Bestine — Prof. Dr. Klaus v. Beyme — Prof. Dr. Ernst Bloch — Prof. Dr. Werner Böge — Prof. Dr. Walter Bräutigam — Prof. Dr. Klaus Brockhaus — Prof. Dr. Hermann Bujad — Prof. Dr. Christoph Burchard — Prof. Dr. Joh. Cremerius — Prof. Dr. Rolf Damman — Prof. Dr. Joachim Dyck — Prof. Dr. Hans H. Eggebracht — Prof. Dr. Kurt Egger — Prof. Dr. Helmut Fahrenbach — Prof. Dr. Andreas Flitner — Prof. Dr. Hans M. Gauger — Prof. Dr. Carl Friedrich Graumann — Prof. Dr. Martin Greiffenhagen — Prof. Dr. Sebastian Goeppert — Prof. Dr. Wolfgang Hagemann — Prof. Dr. Dietrich Harth — Prof. Dr. Dieter Henrich — Prof. Dr. Hans Peter Herrmann — Prof. Dr. Walter Jens — Prof. Dr. Gert Kaiser — Prof. Dr. Albrecht Klein — Prof. Dr. Wolfgang Klein — Prof. Dr. Volker Klotz — Prof. Dr. Werner Koller — Prof. Dr. Friedrich Kümmel — Prof. Dr. Ludwig Liegle — Prof. Dr. Wolfgang Loch — Prof. Dr. Herbert W. Ludwig — Prof. Dr. Rainer Marten — Prof. Dr. Fritz Martini — Prof. Dr. Wolfram Mauser — Prof. Dr. Jürgen Moltmann — Prof. Dr. Georg Picht — Prof. Dr. Peter v. Polenz — Prof. Dr. Rolf Rendtorff — Prof. Dr. Arnold Rothe — Prof. Dr. Edwin Sangmeister — Prof. Dr. Heinz Schaller — Prof. Dr. Alfred Schindler — Prof. Dr. Robert Schmitt-Brandt — Prof. Dr. Hans-Peter Schneider — Prof. Dr. Gottfried Schramm — Prof. Dr. Gerhard Schröder — Prof. Dr. Ernst Schulin — Prof. Dr. Walter Schulz — Prof. Dr. Lothar Steiger — Prof. Dr. Michael Theunissen — Prof. Dr. Hans Thiersch — Prof. Dr. Heins Eduard Tödt — Prof. Dr. Ernst Tugendhat — Prof. Dr. Rudolf Ullmann — Prof. Dr. Hans-Günther Zmarzlik — Prof. Dr. Herta Zutt.

Erklärung und Aufruf zur Hilfe der Hilfsaktion Vietnam e. V. vom 2. April 1975

(Wortlaut)

Verbrannte Erde, Flächenbombardements und Massenflucht in Südvietnam — die Schuld daran tragen ausschließlich das Saigoner Regime und jene, die dessen Politik unterstützen. Seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens vor zwei Jahren hat sich Thieu — unterstützt von der US-Diplomatie und dem Pentagon — geweigert, die in den Verträgen vorgesehenen politischen Lösungen überhaupt nur zu diskutieren. Stattdessen setzte Thieu seinen ganzen Militär- und Terrorapparat ein, um die Bestimmungen des Abkommens zu sabotieren. Seit dem Pariser Vietnamabkommen läßt Thieu Dörfer und Städte im Gebiet der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams bombardieren und durch seine Truppen angreifen. Mit massiven amerikanischen Waffenlieferungen eskalierte das Saigoner Regime den Nachkriegskrieg, der die jetzige Situation in Südvietnam heraufbeschworen hat. In seinem eigenen Machtbereich stellt Thieu die Veröffentlichung des Textes des Pariser Abkommens unter Strafe und läßt alle verhaften, die den Frieden wollen und sich seinem Terror widersetzen. Er ignoriert die Dritte Kraft — die Buddhisten und Katholiken —, er führt Massenverhaftungen durch und hält mehr als 200 000 Menschen in Kerkern und Tigerkäfigen gefangen. Korruption, Hunger und Verelendung führten im September/Oktober vergangenen Jahres zu Aufständen in den Städten, die Thieu niederknüppeln und zusammenschießen ließ.

Aber es waren amerikanische Militärs, die die Methode der „Flüchtlingserzeugung" erfanden und praktizierten, eine Methode, die Thieu jetzt auf grausame Art vervollständigt durchführt. Verbrannte Erde und Flächenbombardements hat das Thieu-Regime in Saigon allen südvietnamesischen Bürgern angedroht, wenn sie der Aufforderung zur Massenflucht nicht Folge leisten. Dafür hat das Regime im ganzen Land „Komitees zur ordnungsgemäßen Evakuierung der Zivilbevölkerung" gebildet, die die Lebensmittelvorräte der Dörfer und Städte abtransportieren, die Menschen mit Gewalt aus ihren Häusern holen und dann die Häuser in Brand stecken. Hilflos sind Hunderttausende von Menschen dem Elend, dem Hunger, dem Regen, der Heimatlosigkeit und dem Tod ausgeliefert. Thieus brutale Strategie der „Flüchtlingserzeugung" läßt den Opfern nur die Wahl, ihre zerstörten Dörfer zu verlassen oder freiwillig zum Ziel von Flächenbombardements der Saigoner Luftwaffe zu werden.

Davor fliehen die meisten Menschen in ihrer Angst. Das Thieu-Regime, das in diesen Tagen eine ganze Reihe von Provinzen den Befreiungsstreitkräften abtreten mußte, hat Übung darin, die Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit zu manipulieren. Das gilt nicht zuletzt für das Problem der Flüchtlinge.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) Südvietnams verurteilte die Zwangs-

deportation durch das Saigoner Regime. In einer Erklärung sagte sie allen Vietnamesen, die sich der Zwangsdeportation widersetzen, Hilfe und Unterstützung zu. In dieser Erklärung wird allen Einwohnern der von Saigon aufgegebenen Gebiete zugesichert, daß sie in ihren Heimatorten bleiben sowie frei und ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können. Personen und Familien, die bereits von der Regierung in Saigon zwangsausgesiedelt worden sind, konnten ungehindert an ihren Wohnsitz zurückkehren.

Millionen Menschen in Hué, Da Nang, Hai An, Quang Ngai, Qui Nhon und vielen anderen Orten, die jetzt im Gebiet der PRR liegen, haben alles verloren und müssen von der PRR versorgt werden. Um diesen Millionen Obdachlosen in den Städten und den Hunderttausenden von Flüchtlingen auf den Straßen zu helfen, hat das Rote Kreuz der PRR der Republik Südvietnam die Hilfsaktion Vietnam e. V. dringend ersucht, als Soforthilfe Milchpulver, Wolldecken und Antibiotika zur Verfügung zu stellen.

Angesichts des furchtbaren Elends der Menschen in Südvietnam fordert die Hilfsaktion Vietnam e. V. die Bundesregierung auf, die Soforthilfemaßnahmen der Hilfsaktion Vietnam großzügig zu unterstützen; sie bittet die Kirchen ebenfalls um finanzielle Unterstützung. Sie appelliert in dieser Situation erneut an die Menschen in der Bundesrepublik, an Organisationen, Gewerkschaften und Kirchengemeinden, durch Sofortspenden die schnelle Beschaffung großer Mengen Milchpulver, Wolldecken und Antibiotika zu ermöglichen. Diese lebenswichtigen Güter werden sicher und auf dem schnellsten Wege nach Vietnam gebracht. Wir wollen den Menschen in Vietnam helfen gegen Hunger, Kälte und Krankheit und können aufgrund unserer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz der PRR versichern, daß alle Hilfsgüter direkt den Betroffenen zugutekommen. Wir appellieren an alle:

Spenden Sie auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam e. V., Düsseldorf, Postscheckkonto Essen 90040-430.

Düsseldorf, 2. April 1975.

Für den Vorstand der Hilfsaktion Vietnam e. V.:

Prof. Dr. Walter Fabian

Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg

Sybille Weber

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

FABIAN, Dr. Walter, geb. 1902 in Berlin, Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M., Abteilung Erziehungswissenschaften, Vorsitzender des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz und der Deutsch-polnischen Gesellschaft der BRD, langjähriger Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", lebt in Köln; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BUTTERWEGGE, Christoph,* geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Sozialwissenschaftler; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *EHRLER, Klaus,* M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUFFSCHMID, Dr. Jörg,* geb. 1940 in Köln, Hochschullehrer für Politische Ökonomie der BRD an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Konzentrations- und Wirtschaftspolitik. *** *SPRIGATH, Dr. Gabriele,* geb. 1940 in Eisleben, Kunstwissenschaftlerin, lebt in München; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ZASSENHAUS, Angela,* geb. 1947 in Wedel (Holstein), Historikerin, lebt in Paris. *** *KRICKEBERG, Dr. Klaus,* geb. 1929 in Ludwigslust (Mecklenburg), Professor der Mathematik an der Universität Bielefeld. *** *KATZENSTEIN, Dr. Robert,* geb. 1928 in Berlin, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, Promotion und Habilitation. Langjährige Forschungstätigkeit an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und am Deutschen Wirtschaftsinstitut. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis von Staat und Ökonomie. *** *SCHULZE, Reiner,* geb. 1948 in Berlin, Studium der Rechtswissenschaft, z. Z. Wissenschaftlicher Assistent an der FU Berlin. *** *HALFMANN, Dieter* (Pseudonym), lebt als Studienrat in München.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten des Monitor-Verlags (DVZ) und (einer Teilauflage) des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

In Heft 3/1975 ist auf S. 283 (Beitrag von Frigga Haug) ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen, den wir zu entschuldigen bitten. In der 16. Zeile des 3. Absatzes muß es statt „zu gewinnen" heißen: „zu zwingen". D. Red.

Berichtigung zur Autorennotiz Manfred Feustel aus Heft 3/1975: Manfred Feustel, Betriebswirt (VWA), geb. 1936 in Duisburg, Industriekaufmann, von 1953—1963 Funktionär und zeitweilig Kreissekretär der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken" ...

Der Verlag bittet die Bezieher der „Blätter", Adressenänderungen rechtzeitig ihrem Postamt (Postzeitungsstelle) mitzuteilen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

FABIAN, Dr. Walter, geb. 1902 in Berlin, Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M., Abteilung Erziehungswissenschaften, Vorsitzender des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz und der Deutsch-polnischen Gesellschaft der BRD, langjähriger Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", lebt in Köln; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BUTTERWEGGE, Christoph,* geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Sozialwissenschaftler; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *EHRLER, Klaus,* M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUFFSCHMID, Dr. Jörg,* geb. 1940 in Köln, Hochschullehrer für Politische Ökonomie der BRD an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Konzentrations- und Wirtschaftspolitik. *** *SPRIGATH, Dr. Gabriele,* geb. 1940 in Eisleben, Kunstwissenschaftlerin, lebt in München; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ZASSENHAUS, Angela,* geb. 1947 in Wedel (Holstein), Historikerin, lebt in Paris. *** *KRICKEBERG, Dr. Klaus,* geb. 1929 in Ludwigslust (Mecklenburg), Professor der Mathematik an der Universität Bielefeld. *** *KATZENSTEIN, Dr. Robert,* geb. 1928 in Berlin, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, Promotion und Habilitation. Langjährige Forschungstätigkeit an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und am Deutschen Wirtschaftsinstitut. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis von Staat und Ökonomie. *** *SCHULZE, Reiner,* geb. 1948 in Berlin, Studium der Rechtswissenschaft, z. Z. Wissenschaftlicher Assistent an der FU Berlin. *** *HALFMANN, Dieter* (Pseudonym), lebt als Studienrat in München.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten des Monitor-Verlags (DVZ) und (einer Teilauflage) des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

In Heft 3/1975 ist auf S. 283 (Beitrag von Frigga Haug) ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen, den wir zu entschuldigen bitten. In der 16. Zeile des 3. Absatzes muß es statt „zu gewinnen" heißen: „zu zwingen". D. Red.

Berichtigung zur Autorennotiz Manfred Feustel aus Heft 3/1975: Manfred Feustel, Betriebswirt (VWA), geb. 1936 in Duisburg, Industriekaufmann, von 1953—1963 Funktionär und zeitweilig Kreissekretär der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken" ...

Der Verlag bittet die Bezieher der „Blätter", Adressenänderungen rechtzeitig ihrem Postamt (Postzeitungsstelle) mitzuteilen.